Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/nf/laden_leipzig

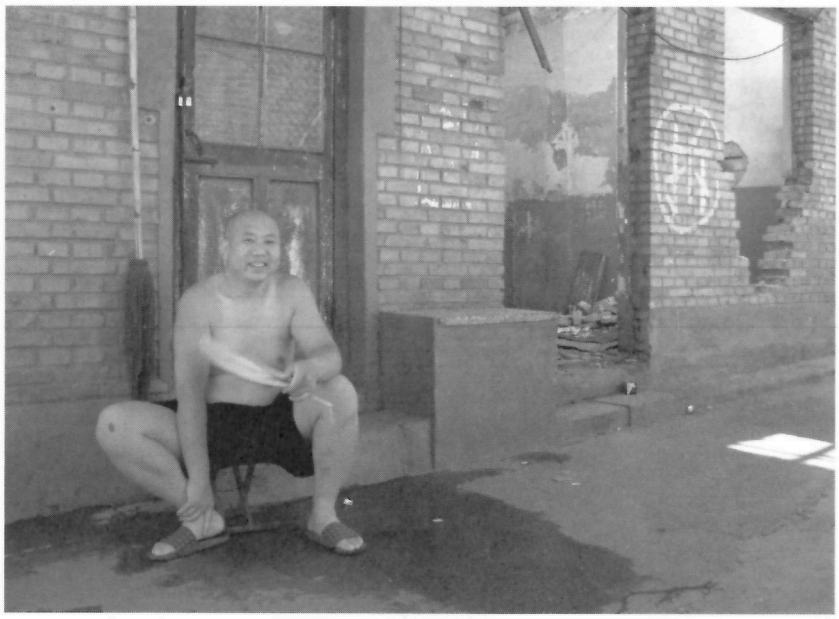
Unruhen in China

Beilage der Wildcat #80 – Dezember 2007

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Chinesisch – Sprache für Sozialrebellen

Auf den ersten Blick erscheint die chinesische Sprache vielen NichtchinesInnen fremd und kompliziert. Tatsächlich geht ein Studium mit dem Erlernen von Singen und Malen einher, dem Umreißen vielstrichiger Zeichen und dem Formen obskurer Sch-Laute. Im Vergleich zu anderen schwierigen Sprachen, wie Deutsch, hat die chinesische Sprache aber eine einfache Grammatik. Kein Wunder, können doch wegen der festgelegten Silben (etwa 400), die den Zeichen zugeordnet sind und aus denen alle Worte und Sätze bestehen, keine Verben konjugiert und keine Substantive dekliniert werden. Das führt in anderen Sprachen dazu, dass sich Worte ständig seltsam verändern.



Für das Chinesische gibt es eine lateinische Umschrift aller Silben, das sogenannte *pinyin*, das uns – und heutzutage allen Kindern in China – das Erlernen der Aussprache eines Zeichens (einer Silbe) erleichtert. Jede Silbe (wie *shi*, *wo*, *tuo*...) wird – im sogenannten Hochchinesischen – in vier unterschiedlichen Tönen gesprochen, was nicht nur die Aussprache ändert, sondern auch die Bedeutung. Wir müssen beim Schreiben von *pinyin*-Worten also auch den Ton angeben. Dafür verwenden wir hier Zahlen hinter den Silben. Ein Beispiel mit der Silbe *xing*: Erster Ton: xing1 = nach Fisch riechen (腥), zweiter Ton: xing2 = Folter (刑), dritter Ton: xing3 = Nase schnäuzen (擤) und vierter Ton: xing4 = Sex (性). Der erste Ton wird hoch und auf gleich bleibender Tonhöhe gesprochen, der zweite Ton steigt an, der dritte Ton geht nach unten und steigt anschließend wieder an, und der vierte Ton ist fallend und knapp.

In diesem Heft findet ihr pro Seite einen chinesischen Begriff, bestehend aus zwei oder mehr Zeichen. Wir verwenden dabei die vereinfachte Schreibweise, die in der Volksrepublik China gilt, und nicht die traditionelle, die weiterhin in Hongkong, Taiwan und Singapur verwendet wird. Unter den Zeichen steht jeweils die *pinyin*-Umschrift, die deutsche Übersetzung und manchmal eine kurze Erklärung. Klar, dass wir vor allem Begriffe gesammelt haben, die mit der Lage und den Kämpfen der «gefährlichen Klassen» in China zusammenhängen.

Falls ihr Lust habt, euch noch näher mit der Sprache zu beschäftigen, dann mal los! Es wird euch eine neue Welt eröffnen, nicht nur was die Sprache selbst angeht. Chinesisch befähigt euch, an einigen der spannendsten sozialen Auseinandersetzungen teilzunehmen, die vor uns liegen. Die Zukunft dieser Kämpfe ist ungewiss, aber die (chinesischen) Zeichen für eine umfassende soziale Rebellion stehen 不错, bu4 cuo4: nicht schlecht!

Dieses Heft ist eine Beilage der **wildcat #80**.

Diese Texte und andere findet Ihr auf:
www.wildcat-www.de/dossiers/china

Anregungen, Fragen und Kritik an:
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Bestellungen:
Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln
oder:
versand@wildcat-www.de

Fertigstellung: 20.11.2007

Unruhen in China

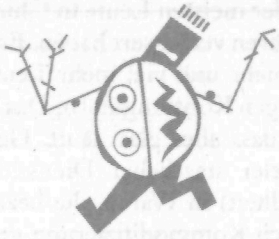
Leitartikel zur Wahrnehmung von China hier, den Kämpfen der «gefährlichen Klassen» dort, der neuen Rolle Chinas in der Welt und den Versuchen einer Linken, die Kämpfe in China zu unterstützen. [2]

Die Geister der Geschichte

In diesem Beitrag beschäftigt sich Anton Pam mit den Hintergründen der Kämpfe der Bauern und WanderarbeiterInnen, der Spaltung in Land- und Stadtbevölkerung, den Lehren der Hunger-Geschichte, den aktuellen Auseinandersetzungen... [11]

Gesichter der Wanderung

Überblick über die Lage der WanderarbeiterInnen, die Arbeits- und Lebensbedingungen, Organisierungsformen und Streiks dieser «neuen» Arbeiterklassen. [18]



Wanderarbeit in Tianjin

Auswertung einer Serie von Interviews mit Bauarbeitern und Dienstleistungsarbeiterinnen in Tianjin, Nordchina, die uns deren konkrete Lebenssituation näherbringen. [29]

Die unglückliche Arbeitergeneration

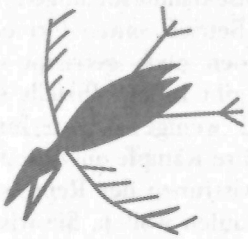
Artikel zu den Protesten der städtischen ArbeiterInnen, die zu den Verlierern der Reformen seit 1978 gehören und von denen viele seit den neunziger Jahren entlassen wurden und nun zu den prekären Teilen des städtischen Proletariats gehören. [35]

Arbeiterinnen im maoistischen Patriarchat

Der Maoismus hat Formen des «feudalistischen» Patriarchats übernommen und in die neuen gesellschaftlichen Organisationsformen integriert. Dieser Beitrag erläutert dies am Schicksal der Frauen aus der Generation der Kulturrevolution. [43]

Eine gescheiterte Revolution?

Anton Pam stellt in diesem Beitrag die Bewegung vom Tian'anmen 1989 und ihre Niederschlagung dar und geht der Frage nach, welche Rolle die ArbeiterInnen beim Aufstand gespielt haben. [52]

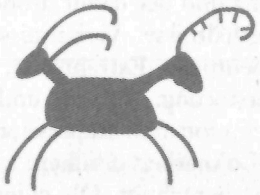


Adam Smith in Beijing

Giovanni Arrighi untersucht in seinem neuen Buch den Abstieg Chinas im 19. und den Wiederaufstieg Ende des 20.Jahrhunderts, der die Welt verändern wird. Diese Besprechung schildert seine Argumentation und lädt zur Kontroverse ein. [59]

China und Indonesien

Vieles unterscheidet diese beiden Entwicklungsdiktaturen, aber bei diesem Vergleich stoßen wir auch auf erstaunliche Gemeinsamkeiten. [68]



Unbequeme Filme in unbequemen Zeiten

Vorstellung einiger Spiel- und Dokumentarfilme, die sich den gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialen Verhältnissen und Kämpfen in China widmen. [74]

Nachschauen

Chinesisch für Sozialrebellen [Umschlag vorne], Buchtipps [79], politische Karte von China [80] und Daten der neueren Geschichte Chinas [Umschlag hinten].

Unruhen in China

Auf der anderen Seite des Globus tut sich Gewaltiges. Aber was? Da werden die Städte gezeigt mit ihren Neureichen, mit den Malls, der neuen Mode und den umtriebigen Künstler-UnternehmerInnen. Alles etwas fremd, etwas hip und in der Dosis der Reportage dann doch so vertraut. Dann dieses China im architektonischen Umbruch mit den täglich neuen Wolkenkratzern, dem Olympiastadion und den abscheulichen Neubauvierteln. Und selbstverständlich wird nie vergessen, auf die armen Mädchen in den Fabriken hinzuweisen, welche die giftigen Spielsachen produzieren müssen.

Was ist, wenn alle Chinesen Auto fahren? Die chinesische Gesellschaft fordert ihren Anteil am weltweiten Reichtum ein. Müssen wir dann teilen, verzichten, astronomische Preise für Energie zahlen? Wird die Atmosphäre das überleben?

In den späten neunziger Jahren hantierten bei uns die Kapitalisten oft erfolgreich mit der Drohung, die Fabriken nach China zu verlagern. Dann kamen die Billigelektroartikel, die heute nicht mehr ganz so billig und auch nicht mehr ganz so minderwertig sind. Derzeit wird «China» für die Ölpreise verantwortlich gemacht und morgen werden wir massive nationalistische Progaganda gegen das «chinesische» Finanzkapital erleben, das hier die Sahnestückchen kauft.

Wir erinnern uns an den Aufstieg Japans in den achtziger Jahren. Damals wurde uns allen ein schlechtes Gewissen gemacht, weil «die Japaner» schneller, länger, gewissenhafter arbeiten – und Begriffe japanischer Arbeitsorganisation halten sich mancherorts bis heute. Jetzt sind «die Chinesen» billiger, williger, geschäftstüchtiger und haben keine Gewerkschaft.

China also als Bedrohung, auch wenn anerkannt wird, dass die Weltkonjunktur auf dem chinesischen Wirtschaftswunder beruht. Nur wer die Zeitungen des Kapitals liest, erfährt, dass es da eine ganz andere Angst gibt. Nämlich vor dem Fall des Regimes in China und der damit drohenden Umwälzung der Verhältnisse. Verhältnisse, die jetzt noch Überausbeutung, Extraprofite, Fälschung und Umweltzerstörung, Armut und obszönen Reichtum, Korruption und Repression bedeuten, kurzum auf der Lohnarbeit beruhen.

Diese Angst ist berechtigt. Die chinesische Gesellschaft ist in Bewegung. Die neuen ArbeiterInnen, die städtischen ProletarierInnen, die Bauern kämpfen um eine bessere Gegenwart und vor allem um eine bessere Zukunft. Um diese bereits vor sich gehende Umwälzung geht es in diesem Heft.

表现

biao3xian4

(Arbeits) Leistung

[in den staatlichen Betrieben oft an politische Stromlinienförmigkeit gebunden]

«Gefährliche Klassen»

Auf welchem Stand sind die Kämpfe der drei «gefährlichen Klassen», der städtischen ArbeiterInnen, WanderarbeiterInnen und Bauern? Die immensen sozialen Umwälzungen seit Anfang der Reformen Ende der siebziger Jahre haben die alte Klassenzusammensetzung aufgemischt. Alle drei genannten Gruppen sind immer wieder in Bewegung und setzen durch ihre Forderungen nach einer Teilhabe am neu geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum und durch ihre Protestaktionen das Regime der Kommunistischen Partei Chinas unter Druck. Von außen ist es oft wenig sichtbar, aber diese Aktionen haben zumindest dazu geführt, dass sich die Lebensbedingungen nicht nur der städtischen Mittelschicht sondern der meisten Leute in China in den letzten dreißig Jahren verbessert haben. Es gibt fast keinen Hunger mehr und viel mehr Leute haben Zugang zu wichtigen Konsumgütern. Das bedeutet allerdings nicht, dass alles glatt läuft. Gerade die Umwandlung vieler staatlicher Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit) in Waren, die bezahlt werden müssen – auch Kommodifizierung genannt –, führte zu einer Verknappung von Ressourcen, die sich obendrein viele nicht mehr leisten können, wie sich in der Gesundheitsversorgung zeigt.

Die offiziellen Zahlen der Regierung sagen uns, dass die sozialen Unruhen seit Mitte der neunziger Jahre stetig zugenommen haben, mit derzeit jährlich Hundertausenden von Konflikten und vielen Millionen Beteiligten. Dabei kommt es sowohl zu immer mehr institutionell abgesicherten, legalen Formen des Protestes (wie Petitionen, Anrufen von Schlichtungsstellen, juristischen Auseinandersetzungen) als auch nicht-institutionellen Formen (wie Demonstrationen, Blockaden, Streiks). Die einzelnen sozialen Auseinandersetzungen sind in der Regel auf einen Betrieb, einen Ort oder Stadtteil beschränkt, finden noch getrennt und nebeneinander statt. Es gibt kaum offizielle Organisierungsformen, und wenige ArbeiterInnen versuchen von sich aus, ihre Kämpfe auszuweiten, weil die beteiligten AktivistInnen der Repression nicht ins offene Messer laufen wollen. Sie wissen um die Grenzen und Gefahren. Aber wo immer es möglich scheint, setzen sich ArbeiterInnen und Bauern für ihre unmittelbaren Interessen ein und warten nicht erst auf eine größere Bewegung oder gemeinsame Mobilisierung. Soziale Unruhen sind verbreitet und die Leute greifen schnell zu kollektiven Aktionen. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen über die Verhaltensweisen und die Kämpfe zirkulieren durch die Wanderung, über ihre Familien und andere Kontakte, über die neuen Kommunikationsmittel wie Handys und Internet.

Momentan scheint es aber keinen Anlass und kein Ziel für eine neue Bewegung zu geben – anders als 1989, als die Besetzung des Tian'anmen-Platzes durch die StudentInnen den Rahmen zu einer landesweiten Mobilisierung gab, an der sich auch viele ArbeiterInnen beteiligten. Erneuter gesellschaftlicher Aufruhr dieser Art wird durch die unterschiedlichen Bedingungen der Ausgebeuteten

剥削

bo1xue1

ausbeuten

und diverse Spaltungsmechanismen behindert. Die Anlässe für soziale Kämpfe sind verschieden, weil die rasant wachsende Wirtschaft nicht nur neue Subjekte, sondern damit auch eine ganze Reihe unterschiedlicher sozialer Brennpunkte geschaffen hat: soziale Degradierung und die Beseitigung sozialer Absicherung, prekäre Jobs, ungezahlte Löhne, Arbeitsunfälle, Verseuchung von Luft, Wasser und Boden, Landraub. Weiterhin gibt es eine Trennung zwischen Land- und Stadtbewohnern, auch wenn das in den fünfziger Jahren eingeführte Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*) durch die Wanderungsbewegungen immer mehr aufgeweicht wird. Das Verhältnis von Stadt- und Landbewohnern, aber auch gegenüber «Fremden» aus anderen Provinzen oder Ortschaften ist oft durch Ablehnung geprägt. Vom Maoismus nicht aufgebrochene, patriarchale Verhältnisse bestimmen weiter die Geschlechterbeziehungen, wobei es auch hier einen Unterschied zwischen Stadt und Land gibt. Zudem hat es zwar einen Übergang vom sozialistischen Zwangskollektivismus in ein kapitalistisches Lohn- und Kontrollsystem gegeben, die strikten Arbeiterhierarchien und der Fabrikdespotismus blieben aber in «modernisierter» Form bestehen.

Schauen wir uns die Erfahrungen der drei «gefährlichen Klassen» genauer an: Die Bauern, chinesisch *nongmin*, immer noch die größte gesellschaftliche Gruppe in China (etwa 700 Millionen), waren in den achtziger Jahren zunächst Nutznießer der Reformen. Die Volkskommunen wurden aufgelöst und jede Familie erhielt das Recht auf Zuweisung und Nutzung eines Stückes Land, das weiter dem Staat gehört. Die ländlichen Einkommen stiegen, ihre Situation besserte sich. Nach und nach bekamen sie aber auch die neuen Härten zu spüren: Preiserhöhungen und die Kommerzialisierung des Bildungs- und des Gesundheitssystems fraßen die Einkommenszuwächse wieder auf. Bei den Bauern gilt heute die Regel, dass eine einfache Krankheit den Verlust eines Schweins, eine mittlere Krankheit den eines Jahreseinkommens und eine schwere Krankheit für die Familie den Ruin bedeutet. Die größere wirtschaftliche Autonomie der lokalen Behörden führte nicht nur zur Entwicklung einer vom lokalen Staat unterstützten ländlichen Akkumulation, sondern auch zur Herausbildung einer gnadenlosen lokalen Staatsmafia, die sich durch immer neue Steuern und Abgaben für die Bauern bereichert und aufmüpfige LandbewohnerInnen verfolgt und erniedrigt. Die größten Probleme aber sind der Landraub, die oft entschädigungslose Enteignung der Bauern durch korrupte Beamte, die das Land für Infrastrukturprojekte, Industrie- oder Wohngebiete nutzen oder verkaufen, sowie die Verseuchung und Unbrauchbarmachung von Land durch Industrieabfälle, versickernde Flüsse und andere Formen der Umweltzerstörung. Es soll schon über vierzig Millionen landlose Bauern geben, von denen in den letzten Jahren viele aufbegehrten, zunächst oft durch Beschwerden und Petitionen, aber wo diese scheiterten, durch gewaltsame Aktionen und Angriffe auf Kader und Rathäuser. Sie wollen ihr Land verteidigen, da es weiterhin ihre einzige «Sicherheit» ist gegen den in Zeiten des Sozialismus allgegenwärtigen Hunger, an den sie sich noch gut erinnern können.

Bei den ArbeiterInnen lassen sich weiter grob zwei Arbeiterklassen unterscheiden: zum einen wurden die «alten» staatlichen Industriesektoren umstrukturiert und etwa fünfzig Millionen StaatsarbeiterInnen im nördlichen Rostgürtel und anderswo aus ihren garantierten Jobs gedrängt. Viele von ihnen kämpfen gegen ihren Ausschluss und den Verrat durch den sozialistischen Staat. Zum anderen wurden aus Teilen der Bauernschaft neue proletarische Subjekte geschaffen, die über hundert Millionen *mingong* oder BauernarbeiterInnen, die umherziehen und arbeiten. Sie kämpfen gegen ihre Ausbeutung und Diskriminierung. Diese zwei Gruppen repräsentieren den Tod des alten und die Geburt des neuen Ausbeutungsregimes. Beide Klassen sind in sich nicht homogen, denn es gibt jeweils nach Sektor, Region oder Herkunft der Betroffenen große Unterschiede bezüglich Arbeitsbedingungen, Lebensstandard, Zukunftsaussichten, Wünschen, Problemen, Kampfmöglichkeiten. Bei den *mingong* reicht das zum Beispiel von Arbeit unter sklavenähnlichen Verhältnissen in Werkstätten oder Minen in armen Binnenregionen bis hin zu vergleichsweise hoch entlohnten Facharbeiterlöhnen in den industriellen Zentren wie Shanghai. Aber trotzdem lassen sich die «alte» und die «neue» Arbeiterklasse ausmachen, trennen sie doch unterschiedliche Erfahrungen mit dem Staat, ein anderer Status durch ihre Registrierung als Stadt- oder Landbewohner, und damit zusammenhängend ihre Lage als Proletarisierte oder Semi-Proletarisierte.

Die «alte» Arbeiterklasse sind zum einen die noch in staatlichen Unternehmen, in der Industrie,

ArbeiterInnen fordern Lohn; Randale in Shenzhen; Demo gegen Umweltzerstörung

in Dienstleistungsbereichen und Verwaltungen arbeitenden *gongren*, zum anderen die *xiagang*, die «Abgewickelten», dort bereits Entlassenen. Sie wohnen und arbeiten in der Stadt und verfügen außer ihrer Arbeit (oder staatlichen Wohlfahrtsleistungen) über keine Einkommensmöglichkeiten. Ihr Verhältnis zum Staat ist durch einen Jahrzehnte lang geltenden Sozialvertrag geprägt, der ihnen im staatlichen Betrieb, der *danwei*, Wohnungen, Kranken- und Altersabsicherung, eben die komplette «Eiserne Reisschüssel» garantierte. Seit die Regierung 1997 die Schließung vieler *danwei* und die Entlassung der vorher lebenslang angestellten ArbeiterInnen beschloss, haben Millionen ihren Job verloren. An den Entlassungen, Firmenbankrotten und Privatisierungen entzünden sich nun immer neue Kämpfe. Konkret geht es dabei oft um die Bedingungen und Begleitumstände der Umstrukturierung oder Privatisierung, wie um ausbleibende Löhne, Abfindungen, Renten und Arbeitslosengeld. Die Kämpfe werden in ihren Wohnvierteln organisiert, welche die Zerlegung der staatlichen Betriebe überdauert haben. In den Protesten spielen die bisherigen betrieblichen und sozialen Hierarchien eine Rolle, die Vorarbeiter, Meister, lokale Verwalter oder Partei- und Gewerkschaftsführer. Sie benutzen nicht selten eine vom KP-Jargon und der Kulturrevolution geprägte Sprache, um sich gegen ihre «Enteignung» zu wehren. Schließlich waren sie bisher die «Herren der Fabrik», die Stütze des kommunistischen China. Die letzte große Mobilisierung, die auch die Begrenzung auf einen Betrieb oder einen Ort sprengte, fand im Frühjahr 2002 in Nordostchina statt, eine Streik- und Protestbewegung von staatlichen Erdöl- und Stahlarbeitern, mit «illegalen» Organisationsstrukturen, Demontrationen und Besetzungen. ArbeiterInnen in anderen Gegenden ließen sich durch dieses Vorbild inspirieren. Die Bewegung wurde durch staatliche Repression zerschlagen, angebliche Rädelsführer sitzen heute noch im Knast.

拆

chai1

abreißen, demontieren

[wird an die Häuser gemalt, die abgerissen werden sollen]

Die «neue Arbeiterklasse» der ArbeitsmigrantInnen oder *mingong* ist vor allem durch die Verlagerung von Industrien in die Sonderwirtschaftszonen Chinas und die (Semi-)Proletarisierung eines großen Teils der ländlichen Bevölkerung entstanden, die es seit Anfang der achtziger Jahre in die Städte zieht. Diese *mingong* arbeiten unter anderem als FabrikarbeiterInnen, Bauarbeiter, Straßenhändler, Sexarbeiterinnen, Dienstmädchen. Sie sind die Träger des chinesischen Wirtschaftsaufschwungs, und diejenigen von ihnen, die in den Weltmarktfabriken arbeiten (vor allem junge Frauen) und dort Kleidung, Spielzeug, Elektrowaren, Elektronik und Autoteile produzieren, gehören zu den wichtigsten Akteuren der zeitgenössischen Globalisierung. Die Bedingungen in den Fabriken – und auch in den anderen Bereichen, in denen *mingong* arbeiten – sind erschreckend: überfüllte Wohnheime, niedrige Löhne und häufiger Lohnbetrug, lange Arbeitszeiten und Überstunden, repressives Management, willkürliche Strafen bei Verstößen, fehlende soziale Absicherung. Vieles davon widerspricht den chinesischen Arbeitsgesetzen, aber die zuständigen lokalen Behörden handeln in den seltensten Fällen, wollen sie doch potentielle Investoren nicht verschrecken – wenn sie nicht selbst als Teilhaber oder Geldgeber von der Ausbeutung profitieren.

Die *mingong* kommen trotzdem in die Stadt. Sie vergleichen ihre prekäre Lage mit dem Leben ihrer Eltern und Großeltern – also mit der Not unter der Guomindang vor 1949, dem Hunger beim «Großen Sprung nach Vorn» und der Armut und den Verfolgungen während der Kulturrevolution. Sie wollen der materiellen und kulturellen Rückständigkeit auf dem Land entfliehen. Wenn die jungen Leute vom Dorf heute in die Industriestädte des Ostens kommen und zwölf Stunden am Tag und ohne freies Wochenende für fünfzig bis hundert Euro im Monat malochen, dann ist unsere Assoziation Manchester-Kapitalismus und *sweatshop*, aber sie selber erleben nicht nur die Ausbeutung, die miesen Vorarbeiter und die giftigen Dämpfe in der Fabrikhalle, sondern auch die Möglichkeit, Freunde oder Freundinnen zu finden und am modernen Konsum teilzuhaben – wozu erst mal Internet, Handy oder Makeup gehören mögen. Besonders für die Frauen zählt zudem die im Vergleich zum patriarchalen Dorf geringere soziale Kontrolle. Dazu kommt, dass ihr Lohn oft nicht nur sie selbst ernährt, sondern auch noch den Verwandten ermöglicht, auf dem Dorf ein Haus zu bauen, was ihnen wiederum mehr Raum und Bedeutung in der Familie verschafft. Viele wollen nicht mehr dauerhaft zurück aufs Land – oder erst, wenn sie genug Geld verdient haben, um sich mit Ehepartner und Kind niederzulassen, was ihnen wegen ihres ländlichen *hukou* und ihrer prekären materiellen Lage in der Stadt weiterhin schwer gemacht wird.

Das heißt aber nicht, dass sie die Situation in der Stadt hinnehmen. Die Zahl der Kämpfe der *mingong* nahm in den letzten Jahren zu. Es geht gegen Lohnbetrug und die Arbeitsbedingungen, wie Strafen, Arbeitstempo, und immer häufiger auch gegen lange Überstunden, Gesundheitsschäden, schlechte Wohnheime und so weiter. Die Verbindungen aus der alten Heimat (Familien, Dorfstrukturen) spielen in diesen Kämpfen gegen die Fabrikbosse ebenso eine Rolle, wie schon bei der Suche nach Arbeit, beim Zurechtfinden in den Industriestädten. Die *mingong* kennen den alten Sozialvertrag der städtischen *gongren* nicht. Sie kämpfen hier und heute für ihre Rechte, gegen Diskriminie-

Streik in einem Restaurant in Beijing

rung als WanderarbeiterInnen mit ländlichem *hukou*. Sie haben gegenüber den StädterInnen einen Vorteil, können sie doch wieder aufs Dorf, wenn sie entlassen werden, einen Unfall haben oder um ihren Lohn betrogen werden, weil sie und ihre Familie in der Regel noch Anrecht auf das Stück Land haben, dass sie in der Not ernähren könnte.

Tendenzen

Die «gefährlichen Klassen» Chinas tasten beim Überqueren des Flusses nach den Steinen, sie experimentieren mit Widerstandsformen. In Zeiten des Umbruchs, der institutionellen Instabilität und des Fehlens funktionierender Kanäle für die Lösung sozialer Probleme haben ihre Kämpfe Chancen, den Gang der Ereignisse entscheidend zu verändern.

Die angesprochene Teilung in zwei Arbeiterklassen prägt noch die gegenwärtige Situation, könnte sich aber mehr und mehr auflösen. Es gibt Anzeichen, dass die *mingong* zu dauerhaften BewohnerInnen der Städte werden. Viele haben ihren Landanspruch bereits durch Entwicklungsprojekte und Betrügereien verloren, und noch ist offen, ob die zweite und dritte Generation nicht in der Stadt bleiben und damit die Verbindung zum Land und ihren Status als Semi-Proletarisierte aufgeben wird. Vor allem die zweite Generation, ob sie als Kind noch das Elend auf dem Land erlebt hat oder ganz in der Stadt aufgewachsen ist, hat oft keine Lust, aufs Land zu ziehen. Während die *mingong* mittelfristig vollständig proletarisiert werden könnten, wird die alte Arbeiterzusammensetzung in den Städten aufgelöst und ein Teil davon prekarisiert. Diese «Arbeitlosen» und informellen ArbeiterInnen machen schon dieselben Jobs wie die *mingong*, wie Straßenhandel, Bauarbeit, Wachschutz. Auch in den staatlichen Fabriken ändert sich die Zusammensetzung der ArbeiterInnen. Dort werden zunehmend *mingong* eingestellt, vor allem für die dreckigen und harten Jobs, und die StädterInnen bekommen nur noch befristete Arbeitsverträge, allerdings weiterhin meist mit etwas höheren Löhnen, sozialen Garantien und Privilegien.

Die genannte Spaltung zwischen «Einheimischen» und «Zugereisten» wirkt weiter, aber es ist offen, was passiert, wenn die *mingong* als dauerhafte StadtbewohnerInnen erfolgreich ihre Ansprüche geltend machen. Sie lernen schnell, mit dem Stadt- und ArbeiterInnenleben zurecht zu kommen, nutzen die Verbindungen untereinander und bringen ihre Erfahrungen in die sozialen Kämpfe in der Stadt und auf dem Land ein. Schon in den letzten Jahren haben sie es geschafft, ihre Bedingungen zu verbessern. Neben ihren Kämpfen spielt dabei auch der Arbeitskräftemangel eine Rolle, über den chinesische und ausländische Kapitalisten in den letzten Jahren klagen. Obwohl jährlich zehn bis fünfzehn Millionen Arbeitskräfte auf dem Land freigesetzt werden und die Arbeitslosigkeit in der Stadt hoch ist, finden sich in manchen Regionen – wie dem Perlflussdelta – nicht mehr genügend ArbeiterInnen für ihre beschissenen Jobs. Die Fluktuation in den Betrieben ist enorm hoch, und die heutige Generation von Wanderarbeitern ist sehr viel ungeduldiger und anspruchsvoller als ihre Vorgänger. Sie verkauft ihre Arbeitskraft zu einem höheren Preis, wo immer das geht. Firmen müssen sich entsprechend mehr Mühe geben, Leute zu halten, indem sie zum Beispiel bessere Unterkünfte bauen oder Freizeitmöglichkeiten bieten.

Und die Bauern? Sie werden sich weiter mit Landraub, Korruption und der Abgabenlast rumschlagen müssen. Aber sie stehen auch unter dem Einfluss der Ereignisse in den Städten: In jeder Bauernfamilie gibt es Verwandte, die als *mingong* unterwegs sind. Zudem waren viele Bauern früher schon mal selber länger in der Stadt zum Arbeiten, und viele sind regelmäßig auf dem Land oder in Kleinstädten auf Baustellen und in Betrieben beschäftigt. Auch wenn sich die Bedingungen auf den Äckern und in den dörflichen und kleinstädtischen Unternehmen von denen in städtischen Unternehmen und Weltmarktfabriken unterscheiden mögen, für ein Zusammenkommen in den Kämpfen stehen die Voraussetzungen gar nicht schlecht. ArbeitsmigrantInnen und städtische ArbeiterInnen teilen die Erfahrung der Unterdrückung und Auspressung – und den Hass gegen die Kapitalisten, die Reichen und die korrupten Beamten. Schon heute haben die Kämpfe aller den lokalen Staat im Visier, und es ist fraglich, wie lange der Zentralstaat noch die Rolle des Vermittlers spielen kann, wenn er sich als unwillig (und unfähig) zeigt, die Probleme der Ausbeutung, Korruption und Willkür zu lösen.

Krisenmanagement

Das Regime spürt die Gefahr einer sozialen Explosion. Bisher gelang es ihm, durch ein geschicktes Krisenmanagement den Sprengstoff immer wieder zu entschärfen und die Entstehung einer starken Klassenbewegung zu verhindern.

Der Staat reagiert auf Kämpfe mit einer Mischung aus Konzession und Repression. Die seit 2003 regierende Partei- und Staatsführung maß den sozialen Problemen und Konflikten gezwungenermaßen mehr Bedeutung bei als ihre Vorgänger. Sie versuchte, die Diskriminierung von WanderarbeiterInnen (zum Beispiel durch willkürliche Verhaftungen) abzubauen und Sozialprogramme aufzulegen, welche die sozialen Folgen der Kommodifizierung der Arbeitskraft lindern – oder mindestens eine Linderung in der Zukunft versprechen. Beschwerden und Petitionen sowie eine öffentliche Diskussion über soziale Missstände und Probleme sind in Grenzen erlaubt, zeigen sie den Machthabern doch, wo gefährliche Situationen entstehen, so dass sie reagieren können. Nach entsprechender öffentlicher Empörung über Korruption und Misswirtschaft werden gerne einzelne Beamte oder Unternehmer als Sündenböcke verantwortlich gemacht und abgesägt. Wirtschaftlichen Forderungen protestierender ArbeiterInnen oder Bauern kommen die Behörden oft entgegen, zum Teil nach Intervention und finanzieller Hilfestellung der Provinz oder Zentrale.

厂方保安

chang3fang1 bao3an1

Werkschutz

[wird nicht nur bei Streiks gegen die ArbeiterInnen eingesetzt]

Hier spielen auch die verteilten Rollen der verschiedenen Machtebenen des Staates eine Rolle. Wenn Auseinandersetzungen nicht mehr zu leugnen oder schnell zu unterdrücken sind, wird die Wut auf lokale und regionale Verantwortliche und Kader geleitet, damit die Zentralregierung – und damit das Regime an sich – nicht ins Zentrum der Kritik gerät. Dahinter steht, dass die lokalen Stellen im Zuge der Reformen die Entscheidungsgewalt über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten erlangt haben und versuchen, in ihrer Region die Akkumulation anzukurbeln und auf hohem Niveau zu halten. Deswegen unterstützen sie das despotische Fabrikregime, die niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen. Der zentrale Staat versucht dagegen, über gesetzliche Rahmenvorgaben und politische Entscheidungen die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zu einer von ihm so genannten «Sozialistischen Marktwirtschaft» vorzugeben und dabei die Vernutzung der ArbeiterInnen – also die Unbrauchbarmachung ihrer Arbeitskraft – über entsprechende Gesetze zu verhindern. Das widerspricht aber dem Akkumulationsstreben der lokalen Behörden, die systematisch diese Gesetze unterlaufen. Die ArbeiterInnen oder Bauern treffen in ihren Kämpfen also auf den lokalen Staat als direkt Verantwortlichen, als Besitzer oder Teilhaber der Betriebe, als weisungsbefugte Behörde von mit den Kapitalisten verbundenen Beamten. Der zentrale Staat dagegen erscheint ihnen als oberste Instanz, die ihre gerechte Sache aufnehmen und sie gegen die lokalen Schergen verteidigen sollte.

Ob lokal oder zentral, das Regime steckt genaue Zonen von Indifferenz, Toleranz und Inakzeptanz ab. Während Petitionen oder kurze Streiks in einem Betrieb geduldet werden, treffen betriebsübergreifende Formen des Protestes auf harte Reaktionen des autoritären Staates. Auf lokaler Ebene versuchen die Kader, die Ausbreitung von Aktionen zu verhindern, indem sie diejenigen, die als Rädelsführer gelten, verhaften lassen oder private Sicherheitskräfte oder Schläger anheuern, um Protestierende anzugreifen und auseinander zu treiben. Wo ArbeiterInnen in verbotene Zonen vorpreschen, wie in Liaoyang 2002, wo es um fabrikübergreifende oder politische Mobilisierungen geht oder die Bildung unabhängiger Gewerkschaften, antwortet der Staat mit brutaler Unterdrückung. Der Aufbau einer Aufstandsbekämpfungspolizei dient darüber hinaus dem Ziel, die vielen sozialen Mobilisierungen mit ihren Demonstrationen und Riots in den Griff zu kriegen.

Die Repression prägt die gesellschaftliche Situation in China insgesamt, bedeutet jedes dem Regime störende Verhalten doch die mögliche Anwendung von Gewaltmaßnahmen. Dabei unterscheiden die Behörden und Richter in maoistischer Tradition, ob die «Delinquenten» sich «gegen die Gesellschaft» stellen und als deren «Feinde» gelten, oder ob sie «Teil der Gesellschaft» bleiben und ihnen «umerziehbar» scheinen. Zu ersteren zählen sie alle eines Verbrechens beschuldigten «Kriminellen» ebenso wie Dissidenten oder die ArbeiteraktivistInnen, denen die Regierung Landesverrat vorwirft, weil sie mit ausländischen JournalistInnen sprechen. In der Regel wandern sie nach einer Gerichtsverhandlung ins Gefängnis, dem *laogai*, was etwa Veränderung durch Arbeit bedeutet. Daneben gibt es bisher noch ein System, das sich *laojiao* nennt, Erziehung durch Arbeit. Leute, von denen angenommen wird, sie stehen weiter «innerhalb der Gesellschaft» und lassen sich nach entsprechender Behandlung wieder eingliedern, können ohne Gerichtsbeschluss auf Antrag der Polizei bis zu drei Jahre in ein Umerziehungslager gesteckt werden. Das trifft nicht nur Leute, denen einfache Eigentumsdelikte vorgeworfen werden, sondern auch viele ArbeiterInnen, die in sozialen Auseinandersetzungen auffällig geworden sind. Dieses System soll seit Jahren reformiert werden. Aber die Behörden und Kader haben auch andere Möglichkeiten, störende Leute loszuwerden, zum Beispiel durch die zwangsweise Einweisung in die Psychiatrie.

Die angesichts der immensen sozialen Umwälzungen noch relativ stabile Lage lässt sich nicht nur mit Repression erklären. Tatsächlich braucht auch das autoritäre Regime Chinas eine Legitimationsbasis. Deswegen ist das Vertrauen, das viele ArbeiterInnen und Bauern noch in die Zentralregierung setzen, so wichtig. Die Einführung eines kapitalistischen Systems mit privaten Akteuren und Entscheidungsträgern macht zudem eine gewisse Verlässlichkeit und Rechtssicherheit für eben diese Akteure notwendig, ohne die ein entwickelter, kapitalistischer Wirtschaftsprozess nicht funktioniert. Wachstum und Marktliberalisierung schaffen aber soziale Probleme und unterminieren die Legitimation des Regimes.

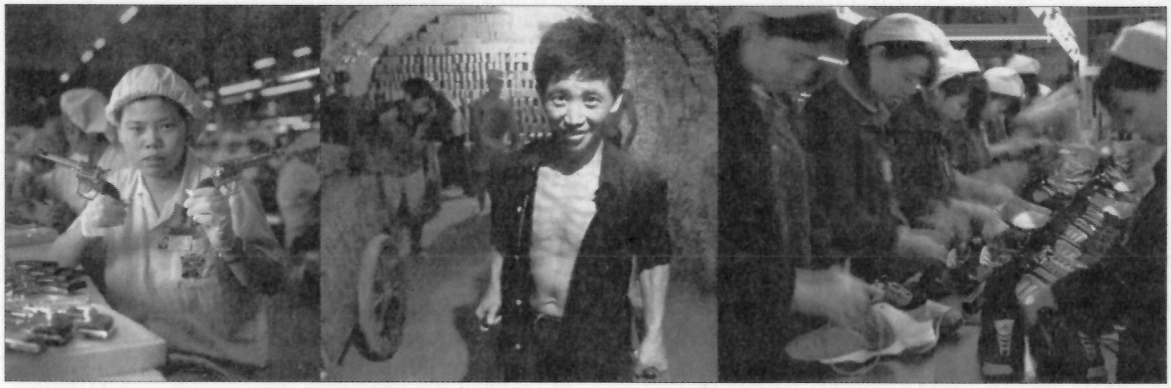
Das Regime versucht, durch gesetzliche Regelungen und materielle Interventionen in soziale Auseinandersetzungen, diese Legitimation zurückzuerlangen, ohne die Profitabilität zu gefährden. Vor allem braucht es die Unterstützung der sogenannten Mittelklasse. Diese setzt sich weitgehend aus Abkömmlingen der alten Eliten des KP-Regimes und des Militärs und der gebildeten, städtischen Verwaltungsschicht zusammen, die alle den Umbau genutzt haben, um sich einen Teil des neuen (und des alten) Reichtums zu sichern. Die Mittelklasse hat nach den sozialen Verwerfungen der sechziger und siebziger Jahre, in denen die Intelligenzia ebenso wie ein Teil der Parteikader ständig Angriffen ausgesetzt war und um ihre Privilegien bangen musste, keine Lust auf irgendwelche Experimente, die ihren materiellen Aufstieg in Gefahr bringen könnten. Einige aus der heutigen Mittelklasse waren auch am letzten Versuch beteiligt, eine Teilhabe an der politischen Macht Marke «westliche Demokratie» durchzusetzen, der aber im Juni 1989 am Beijinger Tian'anmen Platz von Panzern zermalmt wurde. Jetzt hat die Mittelklasse den Kopf in den Sand gesteckt oder gar die neue KP-Hymne von der «Harmonischen Gesellschaft» gefressen, die nichts anderes ist als ein verzweifelter Versuch, nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie durch einen rhetorischen

吃苦

chi1ku3

Härten oder Bitteres erleben

[wird oft als Beschreibung der eigenen Lebenserfahrungen angeführt]



Spielzeug-knarrenfabrik; Lehmziegelfabrik, Schuhfabrik

Rückgriff auf den reaktionären Konfuzianismus gesellschaftliche Stabilität herbeizuflehen. Gleichzeitig ist es eine Aufforderung an alle, sich ruhig zu verhalten, eine Drohung an die Unterdrückten, die Harmonie der Ausbeuter nicht zu stören.

Ob dies lange funktionieren kann, ist nicht ausgemacht. Die Hauptakteure des chinesischen Wirtschaftswunders, die in den Weltmarktfabriken arbeitende «neue» Arbeiterklasse, hat mit Streiks, Riots und sonstigen Protesten Ansprüche auf eine Verbesserung ihrer Lage angemeldet. Wenn aus den Kämpfen der *mingong*, der gefährlichsten aller Klassen, eine Bewegung werden sollte, wäre das eine ganz andere Bedrohung für die KP-Herrschaft als die Tian'anmen-Bewegung oder die Verteidigungskämpfe der StaatsarbeiterInnen in den Rostgürteln.

Allerdings stellt sich die Frage, ob aus den vielen kleinen und lokalen Auseinandersetzungen eine große Welle von Arbeiterunruhen entstehen kann, oder ob sie weiter als Sicherheitsventile funktionieren, welche immer wieder den Druck rausnehmen. Damit bleibt also erstmal offen, ob und wann es zu einer sozialen Explosion in China kommt. Und es ist auch unklar, ob in den sozialen Auseinandersetzungen in China die Wurzeln einer Bewegung liegen, die über China hinaus – also weltweit – die Verhältnisse zum Tanzen bringen kann.

China ist zurück

Weltgeschichte ist schneller geworden. Innerhalb kurzer Zeit hat sich China von einem isolierten armen Land wieder zu einer Weltmacht entwickelt. Chinas politischer Einfluss wächst mit seinem wirtschaftlichen Gewicht. Es ist inzwischen die drittgrößte «Volkswirtschaft». Das chinesische Wirtschaftswunder mit seinen immer noch zweistelligen Wachstumsraten trägt die Weltkonjunktur. Vor allem amerikanische Firmen – von Wal-Mart bis Mattel – sind die Auftraggeber für die südkoreanischen oder taiwanesischen Subunternehmer, die in ihren Schwitzbuden die Arbeit der WanderarbeiterInnen kommandieren. Jetzt beginnen auch die Investitionen derjenigen ausländischen Firmen, die auf den Markt in China gesetzt haben (Chemieindustrie, Maschinenbau) Gewinn abzuwerfen.

Bislang ist China ein stabilisierender Faktor in der Weltwirtschaft. Bei der Asienkrise 1997/98 hat die Regierung die Nerven behalten, seine Währung nicht wie fast alle anderen Länder im süd- und südostasiatischen Wirtschaftsraum abgewertet und damit einen noch größeren Schaden im internationalen Kapitalmarkt verhindert. Der chinesische Staat hält 1.400 Milliarden US-Dollar an Devisen. Bislang war das meiste davon in US-Staatsanleihen festgelegt. Staatsanleihen sind Schuldverschreibungen, also nur das Versprechen, später zu bezahlen. Damit stützt China direkt den Dollar, auch wenn der derzeit steigende Euro von einer Umschichtung der Devisen durch die asiatischen Zentralbanken – einschließlich Chinas – zeugt.

Der engen wirtschaftlichen Verflechtung von China mit den USA – und der etwas weniger engen mit Westeuropa – entsprechen gute politische Beziehungen. Beim medialen «Streit» über Menschenrechte geht es um gemeinsame oder unterschiedliche wirtschaftliche Interessen, so zum Beispiel im Verhältnis zum Regime in Burma (Myanmar), zu dem China intensivere Wirtschaftsbeziehungen hat.

Europa und die USA unterhalten in China nicht nur Kultureinrichtungen, sie finanzieren nicht nur mit Zustimmung der chinesischen Regierung einige große NGOs, sondern die USA unterhalten auch ein Büro des FBI in Beijing, und man erkennt die jeweilige Liste der Terrororganisationen der anderen Seite an.

Alles in Ordnung? Weit entfernt. Abseits der Frage, ob mit China eine neue Hegemonialmacht am Horizont erscheint oder das nächste «amerikanische Jahrhundert» zu Ende geht, bevor es richtig begonnen hat, können wir die aktuelle Geschichte genauer beobachten.

Am Beispiel der Leichtindustrie (von Schuhen bis Spielzeug) kann beobachtet werden, dass sich die Umwälzungen beschleunigen. Auf der Suche nach den billigsten Arbeiterinnen begann Nike die Produktion Anfang der sechziger Jahre in Japan; als dort die Löhne stiegen, wurde die Produktion in den siebziger Jahren nach Südkorea verschoben. Gerade die Frauen der Schuhindustrie spielten dort eine hervorragende Rolle beim Sturz des Militärregimes. Die Fabriken wurden 1989 nach Indonesien, aber auch schon in die neuen Sonderwirtschaftszonen in China verlagert.

1997/98 kam die Asienkrise, die vor allem Indonesien traf. Die Währung verlor achtzig Prozent ihres Wertes mit der Folge, dass die indonesischen ArbeiterInnen plötzlich die billigsten der Welt waren. Aber sie verteidigten ihren Lebensstandard

打工妹

da3gong1 mei4

«arbeitende Schwester»

[Begriff für die jungen Wanderarbeiterinnen, die in der Fabrik oder anderswo arbeiten]

mit unzähligen Streiks und anderen Aktionen. Etwa Anfang 2000 flüchtete die Bekleidungsindustrie nach China, zum Teil nach Vietnam. Mit ihr Teile der Schuhindustrie.

Nach wenigen Jahren in den Südostprovinzen Chinas dann erneute Schwierigkeiten. Diesmal waren es nicht die Löhne im engeren Sinne, die blieben dort lange hinter denen in anderen Teilen des Landes zurück. Aber genau das war das Problem: die *mingong* gingen nach Shanghai oder Beijing und für die Textil-/Schuhindustrie im Südosten war plötzlich die Ware «frische weibliche Arbeitskraft» knapp geworden. 2006 meldete Li&Fung, einer der größten Textilhändler der Welt, dass sie immer mehr Aufträge nach Bangladesh und Kambodscha vergeben würden – China hätte seinen Wettbewerbsvorteil verloren.

In Japan und Südkorea gelang es, die Energie der Arbeiterklasse in den Aufbau moderner Schwer-, Automobil- und Computerindustrie zu lenken. In beiden Ländern konnte der Lebensstandard der Weltspitze erreicht werden. Aber das geschah in Phasen, in denen die Weltwirtschaft unabhängig von Japan oder Südkorea expandierte.

Darauf kann China als Lokomotive der Weltkonjunktur nicht hoffen. Die Erfahrung anderer Entwicklungsdiktaturen zeigt, dass sie nur solange von ihren Leuten geduldet werden, solange sie eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen aufrechterhalten können.

Noch beruhen die Wachstumsraten auf der Ausbeutung der billigen jungen ArbeiterInnen, die vor allem Teile zusammenbauen, die in anderen Ländern gefertigt werden. Die zunehmenden Kämpfe der ArbeiterInnen am «Fließband der Welt» deuten bereits an, dass diese Wachstumsphase ein schnelles Ende haben kann.

Um den Boom in China aufrechterhalten zu können, braucht es jetzt Rohstoffe für eine Industrie, die höherwertigere Jobs anbieten kann. Und tatsächlich sind die Staatsbetriebe überall auf der Welt auf der Suche. Sie kaufen, was noch zu haben ist. Kupferminen in Chile, Ölquellen in Afrika usw.

In der Nickelmine Ramu in Papua Neuguinea, im Besitz der staatseigenen China Metallurgical Construction, enthüllte ein Streik Anfang des Jahres dermaßen katastrophale Arbeitsbedingungen (Lohn, sanitäre Einrichtungen und vor allem keinerlei Arbeitsschutz), dass sogar die ansonsten nicht gerade arbeiterfreundliche Regierung den Entzug der Schürfrechte androhte, sollte die Situation nicht umgehend verbessert werden. In Indonesien, mit dem China inzwischen beste Kontakte pflegt, ist die PetroChina (oder eine ihrer vielen Töchter) bei so vielen Erdgasprojekten dabei, dass im Parlament starke Kräfte fordern, wenigstens ein Viertel der Ressourcen für den nationalen Bedarf zu sichern.

Um besser für zukünftige Störungen der Wirtschaft gewappnet zu sein, ist das Regime in China dabei, seine Finanzpolitik grundlegend zu ändern. Die bisher langfristig festgelegten Devisen werden aktiviert – und auch als Geldkapital im Ausland investiert.

Dabei geht es um zwei Dinge. Einerseits ist es die Lehre aus der Asienkrise von 1997/98, bei der sich im Nachhinein herausgestellt hatte, dass aus Europa, den USA und Japan viel zu viel Geld dorthin gepumpt worden war, in der Hoffnung, sich an der Ausbeutung der billigen asiatischen Arbeitskraft beteiligen zu können. Ein Teil dieses Geldes konnte aber keine produktive Anlage finden und diente der Bereicherung der herrschenden Cliquen oder auch zur Ruhigstellung der Bevölkerung. Es wurde «verbraucht», was zur Schwächung und schließlich zum Zusammenbruch der Währungen führte.

Anderseits geht es der chinesischen Regierung darum, dieses Kapital flexibler zu machen, um auf Störungen besser reagieren zu können. Zu diesem Zweck dient ein in diesem Jahr aufgelegter Fonds mit einem Kapital von 200 Milliarden Dollar – er ist im Westen schon als «Staatsheuschrecke» bezeichnet worden. Und tatsächlich könnte dieses Geld im Krisenfall relativ schnell von irgendwo abgezogen und zum Stopfen eigener Löcher verwendet werden.

Man kann annehmen, dass die chinesische Regierung vor allem die im rasanten Wachstumsprozess angelegten internen Krisen im Auge hat. Dies könnte zum Beispiel ein Crash der Shanghaier Börse sein, bei dem Millionen Chinesen, die im Moment «mit Aktien spielen», ihre Ersparnisse verlieren würden.

Es ist nicht die Angst vor der wirtschaftlichen Krise an sich, die die Regierung und das Weltkapital umtreibt. Viel stärker fürchten sie Aufstände wie 1989 in Beijing. Die zahllosen kleinen Riots, Demonstrationen und Streiks seither haben gezeigt, dass die Menschen in China auf jede Zumu-

大跃进

da4yue4 jin4

«Großer Sprung nach vorn»

[Regierungskampagne 1958-1961, die zu einer Hungerkatastrophe führte]

Bergarbeiter warten nach Unfall; Telefonproduktion

tung reagieren, die ihre Hoffnung auf ein besseres Leben stört. Trotz massiven Stellenabbaus in den Staatsbetrieben, trotz Arbeitslosigkeit, ohne Gewerkschaften oder anderer vergleichbarer politischer Organisierung konnten sie eine Erhöhung des Lebensstandards durchsetzen. Allein in diesem Jahr sind die städtischen Löhne um achtzehn Prozent gestiegen.

Es ist nicht schwer, hinter all den beschleunigten Bewegungen der drei Ebenen – produktives Kapital, Jagd nach Futter für den Boom und Finanzkapital – den Klassenkampf in seiner mannigfaltigen Gestalt zu erkennen. Die Organisierung der Ausbeutung in China erfordert immer neue und immer mehr Anstrengungen.

In den USA und in Europa reicht es offenbar, mit einer nur langsamen Verschlechterung der Lebensbedingungen Stabilität zu erhalten. In China braucht es eine schnelle Verbesserung. Beides hängt nicht nur, aber vor allem von den Wachstumsraten der chinesischen Ökonomie ab, Wachstumsraten, von denen niemand weiß, wie sie auf Dauer aufrecht erhalten werden können.

Mit anderen Worten: Wie lange werden die chinesischen ArbeiterInnen die Tretmühle des «Fließbandes der Welt» antreiben und sich mit den wirtschaftlichen und politischen Brosamen begnügen, die ihnen dafür vom Weltkapital und der Regierung zugeworfen werden?

Linke (und) Perspektiven

Kommen wir zur Frage der politischen Linken in China und hier und wie die sozialen Kämpfe in China unterstützt werden können.

In China ist es zwar gang und gäbe, über soziale Probleme, die Interessen der ArbeiterInnen und die Möglichkeiten für eine bessere Welt zu diskutieren, unter ArbeiterInnen wie mit Intellektuellen. Aber in diesen Diskussionen schwingen die Erfahrungen mit, die in China mit sozialen Mobilisierungen gemacht wurden. Die Kulturrevolution bleibt, wie erwähnt, Teil des kollektiven Gedächtnisses und begründet das Misstrauen vieler gegenüber radikalen Forderungen oder Versuchen. Die Exzesse der Roten Garden gegen Intellektuelle und andere sind genauso traumatisch wie der Eingriff der Roten Armee und die Vertreibung der rebellischen Jugend aus der Stadt.

In China finden sich viele Leute, die im privaten Rahmen das Regime geißeln, sich über die Partei lustig machen oder ihre Wut gegen die korrupten Kader und menschenverachtenden Fabrikbesitzer herausschreien. Aber wenige wagen das öffentlich. Es gibt nicht diese Form demokratisch-repressiver Toleranz, die uns in einigen Ländern der Welt erlaubt, relativ offen unsere Meinung zu sagen. In China herrscht eine Form diktatorischer Repression, welche die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei zu sichern sucht und jede Form organisierter, politischer Gegenwehr niedermacht – ob sie nun anarchistisch ist oder irgendwie westlich-demokratisch.

Für kritische Geister bedeutet dies, dass sie sich eher innerhalb oder nah an der Partei organisieren können, in Form linker, intellektueller Kreise oder neo-maoistischer Gruppen, die für eine Stärkung von Arbeiterinteressen im Rahmen der gegebenen Ordnung eintreten. Innerhalb der Partei gibt es eine «Neue Linke», die eine Art anti-imperialistischer Position vertritt, gegen den von der USA dominierten weltweiten Neoliberalismus. Sie will einen starken chinesischen Staat, der Chinas Interessen in einer globalisierten Welt vertritt und im Inneren den Auswüchsen der Ausbeutung Grenzen setzt. Arbeiterkampf ist bei ihnen lediglich ein Verteilungskampf.

Leute, die revolutionäre Positionen vertreten, können dies nur verdeckt tun, in Form von Unterstützungsgruppen für WanderarbeiterInnen oder andere Gruppen, die protestieren und sich wehren. Sie lassen Informationen über deren Kämpfe zirkulieren, im Internet oder auf der Straße. Die Polizei versucht, dies zu unterbinden. 30.000 staatliche Schnüffler sollen allein das Internet durchforsten, auf der Suche nach missliebigen Texten aus dem In- und Ausland. Aber diese linken AktivistInnen sind wenige. Die meisten chinesischen ArbeiterInnen, ob in den Rostgürteln des Nordens oder den Weltmarktfabriken des Südens, bekommen wenig mit von der Solidarität linker Gruppen.

Daran haben auch die Unterstützungsversuche von Hongkong aus wenig geändert. Hongkong gehört mittlerweile zur Volksrepublik China, aber als Sonderverwaltungszone mit «Versammlungs- und Meinungsfreiheit», in der kritische politische Gruppen auftreten können. Dort hat sich eine kleine Szene von AktivistInnen unterschiedlicher politischer Couleur etabliert, die sich mit den sozialen Auseinandersetzungen in der Volksrepublik beschäftigt und versucht, sich einzumischen. Dazu

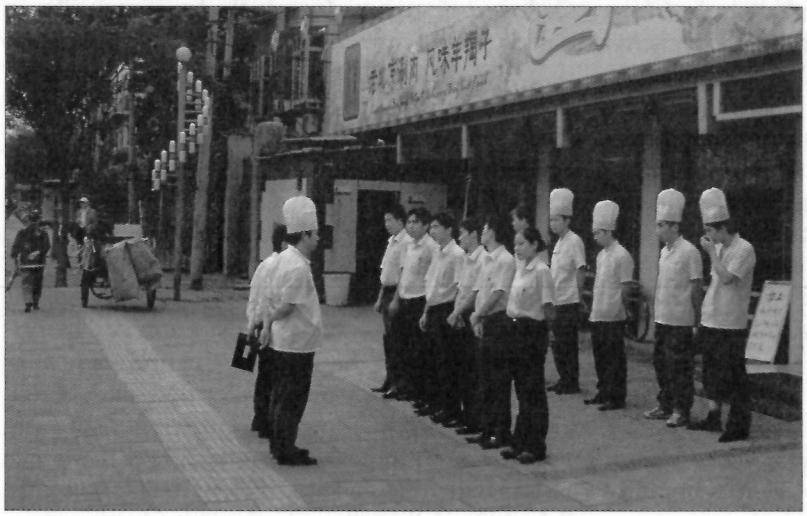
怠工

dai4gong1

Bummelstreik, langsam arbeiten

Textilfabrik; Arbeiter fordern, dass sie nach Hause fahren können

gehört eine akademische Linke, die sich die Untersuchung der sozialen Lage und der Kämpfe in China vorgenommen hat. Einige der Ergebnisse dieser Forschungen werdet ihr in diesem Heft wiederfinden. Eine Reihe von NGOs versucht zudem, die soziale Situation von ArbeiterInnen und Bauern in China zu verbessern, indem sie auf die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen, Umweltstandards und so weiter drängt. Die ProtagonistInnen setzen vor allem auf juristische Beratungen von betroffenen ArbeiterInnen und Bauern, auf Fabrikinspektionen oder Konsumentenboykotte. Das ist auch eine Art der Anpassung an die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse, da die Unterstützung von Protesten schwierig und gefährlich sein kann. Darüber hinaus versuchen einige Linke und BasisaktivistInnen – zum Teil auch über NGOs – Kontakte zu



RestaurantarbeiterInnen beim Morgenappell

ArbeiterInnen aufzubauen und Informationen über die Lage und die Kämpfe in China und weltweit zu verbreiten. Ihr Ziel ist, die ArbeiterInnen in China selbst in die Lage zu bringen, sich besser zur Wehr zu setzen und eigene Aktionen zu organisieren. Sie zählen nicht auf juristische Unterstützung und Boykotte, sondern auf die Erhöhung des Klassendrucks durch die Kämpfe selbst.

Und außerhalb Chinas? In den letzten Jahren sind – vor allem durch das größere Interesse am Aufstieg Chinas und den Berichten über soziale Kämpfe dort, zum Teil im Rahmen der so genannten Anti-Globalisierungsbewegung – mehr Kontakte entstanden zwischen Gruppen in Hongkong/China und anderen Ländern. Diese Versuche stehen am Anfang und müssen die Sprachschwierigkeiten, die staatliche Repression und die räumlichen Distanzen überwinden.

In der westlichen Linken herrscht weiterhin eher blankes Erstaunen über die rasante Umwälzung und eine Konfusion bei der Einschätzung der Lage in China vor. Für die einen hat der Kapitalismus nun auch das maoistische China erfasst, andere halten China weiter für sozialistisch, wieder andere sehen nur die steigenden Zahlen sozialer Auseinandersetzungen und setzen Hoffnungen auf eine große Kampfwelle in China, aber ohne die Situation dort genau zu kennen. Da gilt es einiges geradezurücken.

Wenn wir die Neuigkeiten über Kämpfe und Bewegungen einordnen und die Chancen auf eine Ausbreitung und Radikalisierung der Auseinandersetzungen abschätzen wollen, brauchen wir mehr direkte Kontakte zu AktivistInnen, ProletarierInnen und Bauern in China, und einen Austausch über die eigene Lage, die Vorstellungen von einer Verbesserung, von einer Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Wir können davon ausgehen, dass Ostasien mit Schwerpunkt China sich als ein Zentrum der kapitalistischen Produktion, aber auch der Kämpfe etablieren wird. Wie diese Kämpfe aussehen werden, wissen wir nicht. Es könnten wieder Bewegungen entstehen, die sich nicht mehr durch Propaganda, Repression und Arbeitslager einschüchtern lassen. Möglicherweise werden aber weiterhin nationalistische und andere spalterische Elemente eine wichtige Rolle spielen. Hier wird es wichtig sein, Leute in China zu finden und zu unterstützen, die sich dem entgegenstellen und der Repression ein Schnippchen schlagen.

Außerhalb Chinas können wir versuchen, mehr Informationen über die Auseinandersetzungen in China zu verbreiten, und mehr direkte Kontakte und einen Austausch über proletarische Erfahrungen und Kämpfe zu fördern. Das gilt nicht nur für China, sondern auch für Länder wie Indonesien, die Philippinen, Südafrika oder Brasilien. Wir müssen öfter hinfahren und mehr übersetzen und zirkulieren lassen... und uns daran gewöhnen, dass die Rufe der Kämpfenden in Tagalog, Bahasa oder Zhongwen um den Globus hallen.

Das Heft soll eine Annäherung sein, ein Aufriss. Wir wollen alle LeserInnen auf eine Reise durch die sozialen Gefilde Chinas mitnehmen, die verstehen wollen, was dort passiert. Und vielleicht bringen wir einige dazu, sich selbst in dieses Abenteuer zu stürzen und weiter anzunähern an die dortigen Umwälzungsprozesse.

单位

dan1wei4

Arbeitseinheit

[Bezeichung für staatliche Betriebe]

Anton Pam

Die Geister der Geschichte

Historische Hintergründe zu den gegenwärtigen Kämpfen der chinesischen Bauern und Wanderarbeiter

In den letzten Jahren kommt es in China auf dem Land täglich zu Demonstrationen oder kleinen Unruhen. Da siebzig Prozent der Chinesen immer noch auf den Dörfern wohnen, ist die «Bauernfrage» für die Stabilität der Herrschaft der Kommunistischen Partei von großer Bedeutung. 100 bis 200 Millionen Bauern und Bäuerinnen sind in die Städte zum Arbeiten aufgebrochen, um das Überleben ihrer Familien zu sichern. Die Kämpfe der Landbevölkerung entflammen nicht aus dem Nichts, sondern haben ihre Geschichte und Traditionen. Das Handeln der protestierenden Bauern und Bäuerinnen wird auch von ihren Erfahrungen bestimmt. Dieser Artikel soll die Schlüsselereignisse und Widerstandsformen in den Kämpfen der Bauern in China von 1949 bis heute darstellen. Am Schluss wird die Frage aufgeworfen, ob eine Solidarisierung zwischen den protestierenden Bauern, Wanderarbeitern und streikenden Staatsarbeitern möglich ist.

Das hukou-System oder der Kampf des Staates gegen die Mobilität

Alle Beobachter der Unruhen in China sind der Meinung, dass Streiks, Proteste oder Riots bisher keine landesweiten Bewegungen hervorgebracht haben und in den meisten Fällen lokal isoliert sind. Obwohl sowohl Teile der Kernbelegschaften der Staatsbetriebe als auch rechtlose Wanderarbeiter immer öfter für ihre Interessen kämpfen, kommt es bisher nicht zur Solidarisierung oder Vernetzung von unterschiedlichen Teilen der Arbeiterklasse. Als Grund für die lokale Isolierung von Kämpfen wird häufig die starke Dezentralisierung des politischen Systems nach den Reformen von 1978 genannt. Lokale Behörden haben ihre weitgehenden Steuerhoheiten und die Deregulierung des Marktes genutzt, um lokale Akkumulationsregime zu errichten. Daher würde sich auch der Widerstand von Arbeitern und Bauern gegen die lokalen Regierungen und nicht die Zentrale in Beijing richten.

Der Grund für die tiefgehende Spaltung der chinesischen Gesellschaft und die Fragmentierung von Kämpfen liegt aber auch in dem Haushaltsregister-System (*hukou*) begründet, das die städtische und ländliche Gesellschaft bis heute spaltet. Obwohl sich die Kommunistische Partei Chinas vor der Machtübernahme 1949 in erster Linie auf die Bauern stützte, wurden die Dorfbewohner zu Bürgern zweiter Klasse gemacht. 1955 teilte der Staat seine Bürger in Agrar- und Nichtagrarbevölkerung ein. Die Stadtbevölkerung erhielt ein Recht auf Lebensmittelkarten und Sozialleistungen, während sich die Dörfer selber versorgen mussten. Ab 1958 wurde die Mobilität durch das *hukou*-System enorm eingeschränkt. Ein Bauer mit dem *hukou* des Dorfes X durfte seine Scholle nicht verlassen und hatte in der Stadt kein Anrecht auf Lebensmittelkarten. Damit hatte er bis zur Abschaffung des Rationierungssystems Mitte der achtziger Jahre in der urbanen Gesellschaft keine Existenzgrundlage. Um den Aufbau der Schwerindustrie zu finanzieren, zwang der Staat die Bauern ab 1953 Getreide und andere Agrarprodukte zu Dumpingpreisen an ihn zu verkaufen. Im Gegenzug konnten die Löhne der Arbeiter in den Städten niedrig gehalten werden. In diesem Punkt unterschied sich das chinesische Modell nur wenig von Stalins Sowjetunion.

Obwohl Mao Zedong die traditionelle chinesische Kultur revolutionieren wollte, konservierte die Partei durch das *hukou*-System die traditionellen Strukturen auf den Dörfern, weil die Mobilität der Gesellschaft unterbunden wurde. Die mobilen Teile der Bevölkerung wurden mit negativen Begriffen wie «floating population» (*liudong renkou*) oder sogar «Rowdys» (*liumang*) belegt. Noch heute werden die Wanderarbeiter *mingong* genannt, was in älteren Lexika mit «bei staatlichen Bauprojekten vorübergehend beschäftigte Arbeiter aus der Landbevölkerung» übersetzt wird.

Von 1949 bis Anfang der achtziger Jahre hatte sich das Verhältnis von der Land- zur Stadtbevölkerung von 4 zu 1 nicht verändert. Nur einer winzigen Minderheit gelang es in diesem System den eigenen sozialen Status zu verändern. Diese Teilung der Gesellschaft in Stadt und Land wirkt bis heute nach, auch wenn das *hukou*-System gelockert wurde. Bauern dürfen heute in den Städten arbeiten, aber nur bestimmte Jobs annehmen. Damit sie ihre Familien nicht nachholen, verwehrt der Staat ihnen den Zugang zu den öffentlichen Schulen. Um eine Universität zu besuchen, muss ein Bauernkind bei der zentralen Aufnahmeprüfung viel bessere Noten als ein Kind aus der Stadt haben. Einen Vorteil hat der Agrar-*hukou* jedoch, weshalb viele Bauern bereit sind, die Nachteile in Kauf zu nehmen. Jeder chinesische Bauer hat das Anrecht von der Dorfregierung ein Stück Land zugeteilt zu bekommen, für das seine Familie das Nutzungsrecht besitzt. Diese egalitäre Agrarordnung wurde mit der Bodenreform (1949-1952) geschaffen und verhindert bis heute das Entstehen einer neuen Klasse von Großgrundbesitzern.

Die Lockerung des *hukou*-Systems war kein Geschenk des Staates, sondern wurde hart erkämpft. Als Anfang der achtziger Jahre im Zuge der Reformen die Gemeindeindustrie in den Kleinstädten und die Sonderwirtschaftszonen boomten, strömten Millionen von Bauern einfach in die Städte. Da sie

倒闭

dao3bi4

dichtmachen, Bankrott gehen

ihre Lebensmittel nun auf dem freien Markt kaufen konnten, verfügte der Staat nicht mehr über das Rationierungssystem als Disziplinierungsmittel. Die Arbeiter vom Lande hatten und haben in den Städten kein «Bleiberecht». 1962 wurden 15 Millionen Menschen auf das Land zurückgeschickt. So musste der Staat in der schwierigen Zeit nach der Hungersnot des «Großen Sprungs nach vorne» sie nicht mehr ernähren. Die Partei warb für die Rückkehr auf die Dörfer mit der Wiederzulassung der Privatparzellen innerhalb der Volkskommunen. Auch in den achtziger und neunziger Jahren kam es immer wieder zu «Säuberungsaktionen» und Deportationen aus den Städten. Auf jede Deportation folgte aber wieder eine neue Welle der Migration in die Städte. In den letzten Jahren haben Kleinstädte und einige Großstädte «Green cards» für ländliche Migranten eingeführt oder sogar den Erwerb eines städtischen *hukou* ermöglicht. Korrupte Beamte verkaufen auch immer wieder städtische *hukou*.

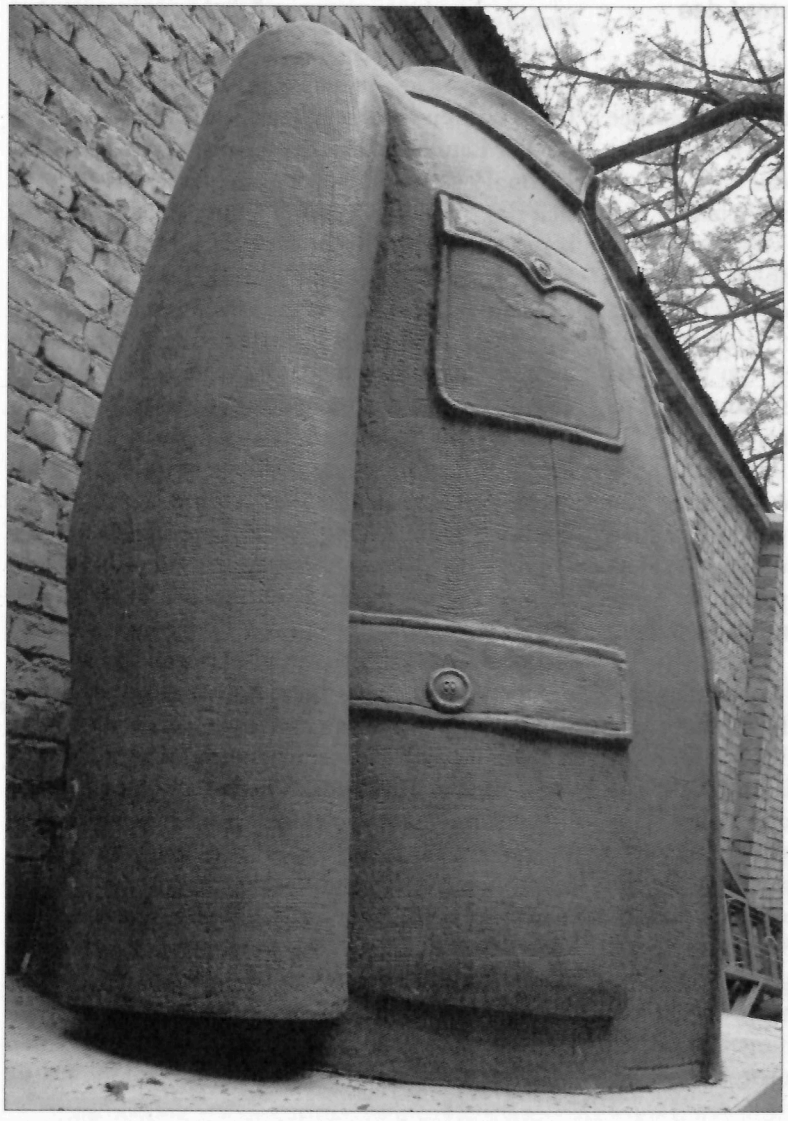
In Europa fiel im 18. und 19. Jahrhundert die Aufhebung der feudalen Niederlassungsbeschränkungen als Teil der Bauernbefreiung mit der forcierten Industrialisierung zusammen. Obwohl die Mobilität der Ware Arbeitskraft eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitalismus ist, hält die Kommunistische Partei China weiter an dem *hukou*-System fest. Zum einem fürchtet die Partei ein Entstehen von großen Slums in den Städten und das Anwachsen einer unkontrollierbaren Schattenwirtschaft. So haben zum Beispiel im Süden Beijings Migranten aus den Provinzen Anhui und Zhejiang ihre eigenen Enklaven errichtet. Die Diskriminierung der Landbevölkerung im Bildungssystem wird mit begrenzten Ressourcen begründet. Immer noch wird Mobilität vom Staat als destabilisierendes Moment angesehen, weshalb das *hukou*-System in den Zentren der Macht wie Beijing oder Shanghai auch viel strenger angewendet wird als in unbedeutenden Provinzhauptstädten. Der Staat braucht zwar die billigen Arbeitskräfte vom Land, fürchtet aber die dazugehörigen Menschen und ihre Familien. An diesem Dilemma wird deutlich, dass die Arbeitskraft eben keine x-beliebige Ware wie jede andere ist, da der dazugehörige Mensch überleben muss.

In den westlichen Medien werden die Wanderarbeiter häufig als rechtlose Opfer bemitleidet. So schlecht ihre Arbeitsbedingungen auch sind, Migration in die Städte kann auch eine Befreiung aus den dörflichen Strukturen bedeuten, gerade für junge Frauen, die einen großen Teil der Arbeitskräfte ausmachen. Wurden noch vor einigen Jahren Frauen im Alter von 25 Jahren aus den Weltmarktfabriken entlassen, um zum Heiraten auf die Dörfer zurückzugehen, so werben diese Fabriken heute mit Zimmern für Eheleute. Immer mehr Frauen lernen ihren Partner in den Fabriken kennen und sind nicht mehr auf die patriarchalen Familiennetzwerke des Dorfes angewiesen. Schon Karl Marx wies im «Kapital» darauf hin, dass der «Exodus» eine Form des Klassenkampfes ist, um unerträglichen Arbeitsbedingungen zu entkommen. In den Weltmarktfabriken im Perlflussdelta mussten in den letzten Jahren die Löhne angehoben werden, weil viele Wanderarbeiter lieber nach Shanghai oder Beijing auf die Baustellen gehen. Selbst Weltkonzerne klagen über die mangelnde Identifikation ihrer unqualifizierten und qualifizierten Mitarbeiter mit dem Betrieb und die hohe Fluktuation.

反叛

fan3pan4

Revolte, Aufstand



Geist der Geschichte in Galerie, Beijing

Die Verteidigung des Bodens: Die Lehre der Geschichte

Doch nun zur Lage auf den Dörfern: Obwohl jeder Bauer ein Nutzungsrecht auf ein Stück Land hat, verlieren Millionen Dorfbewohner ihren Boden im Zuge von Industrieprojekten und

der Ausdehnung der Städte. Der Boden gehört in China dem Staat, während die Bauernfamilien ein Nutzungsrecht für dreißig Jahre haben. Landraub durch lokale Behörden oder zu niedrige Entschädigungen sind die Hauptursache für die tausenden Bauerndemonstrationen oder Unruhen der letzten Jahre. Das Bodenmonopol des Staates ist eine der Hauptquellen der Korruption, weil die Vergabe von Immobilienprojekten große Profite verspricht. Die Explosion der Quadratmeter-Preise von Eigentumswohnungen gilt heute als Erfolgskriterium für einen chinesischen Bürgermeister. Weder der Zusammenbruch des ländlichen Gesundheitssystems noch die wachsenden Unterschiede zwischen Arm und Reich riefen derartige heftige Reaktionen hervor wie der Landraub durch den Staat.

In diesem Ausmaß ist es historisch einzigartig, dass ein bäuerliches Proletariat von 100 bis 200 Millionen, das in den Städten arbeitet, auf dem Dorf noch über eine eigene Subsistenzgrundlage verfügt. Auch wenn diese Arbeiter weder ein «Bleiberecht» in den Städten noch einen Anspruch auf Sozialleistungen haben, wäre es jedoch falsch, das chinesische Modell als reinen neoliberalen Kapitalismus zu bezeichnen. Das eigene Land im Dorf, was häufig von den Kindern und Alten bestellt wird, ist die letzte «Lebensversicherung» dieser Arbeiter. Im Gegenzug leben auch immer mehr Regionen von den Überweisungen der jungen Wanderarbeiter aus den Städten. Ohne zusätzliche Arbeit können der Schulbesuch der Kinder und die Kosten für Medikamente der Alten sonst nicht finanziert werden.

Wird den Bauern das Land von den lokalen Behörden genommen, nimmt der Widerstand in der Regel zunächst friedliche Formen an. Zunächst versuchen die Betroffenen sich bei höheren Stellen zu beschweren (*shangfang*) oder mutige Anwälte und Journalisten einzuschalten, die bereit sind, ihnen zu helfen. Wie zum Beispiel der Dokumentarfilm «Taishicun» (2005) über Bauernunruhen in der Provinz Guangdong zeigt, haben die Dorfbewohner gelernt, mit Hilfe staatlicher Verordnungen und Gesetze zu argumentieren. Das Versprechen der Parteiführung, einen Rechtsstaat aufzubauen, wird genutzt, um gegen lokale Behörden zu argumentieren, die gesetzeswidrig handeln. Kevin O'Brien nennt diese Formen von Widerstand «rightful resistance». Nicht nur die berühmte Reportage von Chen Guidi und Wu Chuntao «Zur Lage der chinesischen Bauern» zeigt, dass häufig diese friedlichen Proteste gewaltsam von den Behörden mit Hilfe der bewaffneten Volkspolizei unterdrückt werden. Ist der friedliche Protest gescheitert, schreiten Bauern häufig zu gewaltsamen Aktionen und greifen Kader und die Gebäude von Behörden an.

Warum die Bauern ihren Boden mit Zähnen und Klauen verteidigen, ist nur vor dem Hintergrund ihrer geschichtlichen Erfahrungen zu verstehen. Ralph Thaxton hat in seinem Buch «China's hidden crisis» versucht, den Zusammenhang zwischen der «Großen Hungersnot» (1958-1961) und dem Widerstand heute zu ziehen. Während des «Großen Sprungs nach vorne» zogen die Volkskommunen die Parzellen der Bauern ein und der Staat übernahm mit den Volksküchen die Versorgung der Bauern. Als Resultat von Missmanagement und Abzug von zu viel Getreide von den Dörfern brach 1959 eine Hungersnot aus, in deren Folge 15 bis 45 Millionen Menschen starben.

In früheren Hungersnöten versuchten sich die Bauern dadurch zu retten, dass sie in andere Gebiete flohen, ihr Land verkauften oder bettelten. Der sozialistische Staat versuchte jedoch mit dem *hukou*-Systems diese lebensrettenden Maßnahmen zu unterdrücken. Die Lehre, die die Bauern aus dem millionenfachen Tod zogen, ist laut Thaxton folgende: Die eigene Subsistenzgrundlage muss um jeden Preis verteidigt werden, da man sich auf den Staat nicht verlassen kann. Während entlassene Staatsarbeiter heute häufig Hilfe vom Staat fordern, wollen die Bauern eher von ihm in Ruhe gelassen werden. Thaxton meint, dass die Rebellionen gegen die hohen Steuerlasten heute nur vor dem Hintergrund zu verstehen sind, dass der Staat den Bauern schon einmal so viel abnahm, dass sie verhungern mussten. Viele Bauernfamilien in Provinzen wie Anhui, Sichuan, Gansu oder Henan verloren während der Hungersnot Kinder. Von daher können sie sich nicht darauf verlassen, dass das eine Kind, das ihnen die Geburtenplanung zuspricht, auf jeden Fall überleben wird. Die Ein-Kind-Politik konnte auf den Dörfern nie erfolgreich umgesetzt werden.

Auch wenn für die große Mehrheit der Bauern mit der Einführung der Familienwirtschaft auf staatlichem Boden zu Beginn der achtziger Jahre die Ernährungsfrage gelöst wurde, droht das Gespenst des Hungers wiederzukommen, da immer mehr Bauern ihr Land verlieren.

封建

feng1jian4

feudalistisch

[für viele «rückständige» Haltungen benutzt]

Vom versteckten zum offenen Widerstand

Bisher haben die Bauern noch keine neuen Widerstandsmethoden entwickelt, mit denen sie dem Staat großen Schaden zufügen können. Kollektives Beschweren bei höheren Stellen oder Demonstrationen können in der Regel von der bewaffneten Volkspolizei aufgelöst werden. Versuchen die Bauern zur nächsthöheren Behörde zu gelangen, werden die Bahnhöfe abgesperrt und die «Rädelsführer» verhaftet. Jeder chinesische Bürger hat das Recht – wie zu Kaisers Zeiten – sich in Beijing beim Beschwerdebüro zu beschweren. Abgesehen davon, dass die Flut der Beschwerden kaum bearbeitet werden kann, versuchen lokale Regierungen zu verhindern, dass die Beschwerdeführer in Beijing ankommen. Ein Bauer aus dem Kreis Xin'an in der Provinz Henan berichtete mir, dass die Kreisregierung extra Kader in Beijing stationiert habe, um Bauern, die sich beschweren, zurückzuholen. Häufig werden auch die Familien der Betroffenen unter Druck gesetzt oder Beschwerdebriefe von den Postämtern zurückgehalten.

Mit der starken Dezentralisierung des politischen und wirtschaftlichen Systems haben auch die loka-

len Behörden die Verantwortung für Steuer-, Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie für die Vergabe des Bodens übernommen. Der uralte Mythos vom guten Kaiser und den bösen lokalen Beamten ist immer noch weit verbreitet. Da die Regierung um Hu Jintao und Wen Jaibao sich gerne volksnah gibt und den Aufbau eines «Neuen sozialistischen Dorfes» verspricht, hoffen viele Protestierende, dass ihnen die Zentralregierung hilft. Auch dieser Mythos ist ein Grund, warum Proteste sich in erster Linie gegen die lokalen Behörden richten und sich nicht vernetzen.

Der Staat versucht außerdem, die Entstehung von Bauernverbänden zu verhindern. Geschäftsleute, Arbeiter, Christen, Buddhisten oder Frauen haben in der Volksrepublik China alle ihre eigenen Verbände. Natürlich werden diese Organisationen von der Kommunistischen Partei kontrolliert und geführt. Die Bauernverbände wurden hingegen schon in den fünfziger Jahren aufgelöst und selbst unter staatlicher Führung nie wieder zugelassen. Nichts fürchtet die Partei mehr, als dass Intellektuelle sich zu Fürsprechern der Bauern machen und ihnen bei der Organisierung helfen. Um ein Beispiel zu nennen: Als der Führer der Neuen Dorfbewegung der Republik-Zeit (1911-1949), Liang Shiming, 1953 sagte, dass die Bauern in der neunten Hölle und die Arbeiter im neunten Himmel leben würden, schäumte Mao Zedong vor Wut und hielt die aggressivste öffentliche Rede seines Lebens. Aus denselben Gründen betrachtet die Kommunistische Partei auch die rasante Ausbreitung von religiösen und sektenähnlichen Vereinigungen auf den Dörfern mit Argwohn. In der chinesischen Geschichte fanden Bauernaufstände wie die Taiping-Revolution (1851-1864) oder der Boxeraufstand (1900) unter religiösen Vorzeichen statt. Obwohl sich bisher keine der «Sekten» die Interessen der Bauern explizit auf die Fahnen geschrieben hat, befürchtet die Partei, dass eine unkontrollierbare Parallelgesellschaft auf den Dörfern entstehen könnte.

腐败

fu3bai4

Korruption

Auch wenn es paradox klingen mag, zu den Zeiten der Volkskommune hatten die Bauern mehr Möglichkeiten, dem Staat zu schaden. Die chinesischen Bauern blicken auf eine lange Tradition der Auseinandersetzungen mit dem sozialistischen Staat zurück. Von 1962 bis zu ihrer Auflösung gestanden die Volkskommunen den Bauern eigene Parzellen zu und bauten auf den traditionellen Familienstrukturen auf. Die Bauern waren unglaublich kreativ, Regierungspolitik von unten zu hintertreiben und den Staat zu hintergehen. Die Formen von Bummelei (*moyanggong*) und «so tun, als ob man arbeitet» waren bei den chinesischen Bauern sehr vielfältig. Diebstahl und Unterschlagung konnten nur schwer verhindert werden, wenn die vom Staat geschaffenen kollektiven Organisationen, wie die Produktionsgruppen, zusammenhielten. Enteignungen und Verstaatlichung hatten den Respekt vor privatem Eigentum erschüttert. Der chinesische Forscher Gao Wangling glaubt, dass die Bauern in den sechziger und siebziger Jahren zwanzig Prozent des Getreides heimlich unterschlugen und unter sich aufteilten.

Durch diese subversiven Verhaltensweisen musste die Partei nicht selten ihre Politik neu ausrichten oder korrigieren. Ein chinesisches Sprichwort sagt: «Oben gibt es die politischen Richtlinien, unten die Gegenmaßnahmen». Ein sozialistischer Staat ist dafür besonders anfällig, da sich die Produktionsmittel und Grund und Boden in seinen Händen befinden. Arbeiter, die durch Bummelei die Produktivität senken, können nicht einfach entlassen werden. Der Staat kann den Bauern zwar verbieten Privatwirtschaft zu betreiben, er ist aber von der Ernte der Kollektive abhängig. Senken die Bauern mangels Arbeitsanreizes die Produktion, kann der Staat entweder mit Terror oder Moralpredigten reagieren, die beide selten Erfolg haben.

Können alltägliche Handlungen wie Diebstahl und Unterschlagung von Getreide überhaupt als Widerstand bezeichnet werden? Diese Maßnahmen waren weder dorfübergreifend organisiert noch politisch motiviert, die Kommunistische Partei zu stürzen. Die alltäglichen Widerstandshandlungen waren viel mehr Teil des Überlebenskampfes der Bauern in der Volkskommune, die weder den Mangel beseitigen konnte noch Arbeitsanreize schuf. In der Summe konnte die isolierte aber tausendfache Unterschlagung von Getreide dem Staat Schaden zufügen.

Nach der Auflösung der Volkskommunen haben die Bauern in der Auseinandersetzung mit dem Staat an Einflussmöglichkeiten verloren – Verheimlichung und Unterschlagung von Getreide machen in einer Marktwirtschaft keinen Sinn mehr. Eine absichtliche Senkung der Produktivität trifft in erster Linien die Bauern selbst. Die relativ homogene Masse der Bauern in den Produktionsgruppen ist nun in atomisierte Familien zerfallen. Die Bauern sind heute vom Staat unabhängiger und sie schätzen auch sehr, dass sie über eine eigene Subsistenzgrundlage verfügen. Die versteckten Widerstandsmöglichkeiten in einer Planwirtschaft sind heute nicht mehr vorhanden, ohne dass offener Widerstand in einer parlamentarischen Demokratie hinzugekommen wäre.

Der Staat regiert auf den ländlichen Widerstand

Auch wenn die Bauern unter den neuen Bedingungen den lokalen Behörden meistens unterlegen sind, so ist ihr Widerstand gesamtgesellschaftlich nicht völlig wirkungslos. 2002 konnte ich in den chinesischen Buchläden nicht viel zum Thema Bauern finden. Mittlerweile wurden ganze Berge an Literatur zu den Problemen der Landwirtschaft, der Dörfer und der Bauern (*san nong wenti*) veröffentlicht. 2004 beschloss das Zentralkomitee eine historische Trendwende mit dem so genannten «Dokument Nr. 1». Das ZK stellte fest, dass in der Vergangenheit Ressourcen von den Dörfern abgezogen wurden, um die Städte zu unterstützen. Nun sei es an der Zeit, dass die urbane Gesellschaft die Entwicklung der ländlichen Gesellschaft unterstüt-

ze. Unter dem Schlagwort «Neues sozialistisches Dorf» soll ein Subventionssystem eingeführt werden. Die direkten Agrarsteuern wurden außerdem abgeschafft. In einigen Provinzen wurden massiv die Steuern für die ländliche Bevölkerung gesenkt. Die Zentralregierung in Beijing betont unermüdlich, dass die Bodennutzungsrechte der Bauern geschützt werden sollen. Tausende Bauern, die sich in der Provinz Henan durch illegalen Bluthandel mit Aids infiziert haben, bekommen nun eine geringe staatliche Unterstützung. Geschickt setzt die chinesische Regierung auch auf symbolische Gesten. Der Premierminister Wen Jiabao ließ sich mehrfach mit Aids-kranken Bauern beim Händeschütteln fotografieren.

Die Betonung der neuen Formel des «allgemeinen Wohlstands» im Unterschied zur alten Parole von Deng Xiaoping, dass die Einen zuerst reich werden und dann die Anderen, zeigt eine zunehmende Sensibilisierung der chinesischen Regierung für die soziale Frage. Auch Staatschef Hu Jintaos Slogan von der «Harmonischen Gesellschaft» (*hexie shehui*) kann man als Reaktion auf die sozialen Unruhen in Stadt und Land sehen. Rebellierenden Bauern, streikenden Arbeitern sowie kriminellen Kadern kann die Regierung nun vorwerfen, dass sie die Harmonie gefährden würden.

Alle, die auf einen baldigen Zusammenbruch des Systems hoffen, sollten die machiavellistischen Fähigkeiten der Kommunistischen Partei Chinas nicht unterschätzen. Ob diese neuen Maßnahmen

die Lage der Bauern verbessern werden, ist aber fraglich. Zum einem ist der chinesische Staatsapparat so ineffektiv und korrupt, dass nur ein Bruchteil der Gelder der Zentrale auf den Dörfern ankommen wird. Zu einer wirklichen Umverteilung ist die Partei nicht bereit. Auch weiterhin müssen die Gehälter der Lehrer und Kader unterhalb der Kreisebene durch die lokale Besteuerung der Bauern finanziert werden. Die Abermillionen Kader unterhalb der Kreisebene, die sich auch noch durch Vetternwirtschaft rasant vermehren, auf die staatliche Gehaltsliste zu setzen, würde für Beijing ein Fass ohne Boden öffnen. In der Steuersenkungs-Modellprovinz Anhui führte die Senkung der Steuerlast der Bauern dazu, dass in einigen Gegenden Schulen und lokale Behörden nicht mehr finanziert werden konnten. Die Zentrale zwingt die unteren Ebenen zu Steuersenkungen gegenüber den Bauern ohne allerdings die Einnahmeverluste ausgleichen zu wollen.

Skepsis ist auch gegenüber dem großen Programm zur Entwicklung des armen chinesischen Westens (*xibu da kaifa*) angebracht. Hier wird die chinesische Regierung von der Angst vor Unruhen in den Minderheiten-Gebieten in Tibet und Xinjiang getrieben. Die von Minderheiten bewohnten Gebiete machen fast ein Drittel der Fläche des chinesischen Staates aus. Durch Infrastrukturprojekte soll das Hinterland stärker an die Zentrale angebunden werden. Unter Tibetern kursiert schon der Witz, dass es sich nicht zum die große Entwicklung (*fa*) des Westens, sondern die große Ausgrabung (*wa*) handelt. Die Silben klingen für chinesische Ohren sehr ähnlich. Flughäfen, Rohstoffindustrien, Eisenbahnlinien und Autobahnen stehen bei der Westentwicklung im Zentrum, nicht die Infrastruktur auf den Dörfern.

Das bauernfreundliche Auftreten der Zentralregierung ist in erster Line der Angst vor Unruhen zu verdanken. Neben dem Zuckerbrot gibt es auch weiterhin noch die Peitsche. In den seltensten Fällen werden lokale Kader, die Demonstrationen niederschießen oder Bauern verhaften lassen, abgesetzt oder bestraft. Die lokalen Behörden werden von oben unter Druck gesetzt, die Probleme erstmal selber in den Griff zu bekommen und Unruhen im Keim zu ersticken. Versammeln sich tausende Bauern vor den Gebäuden der Kreisregierung, so gilt der Kreissekretär als Versager, weil er es nicht verhindern konnte. Die Zentralregierung macht nicht mehr den Fehler wie 1989, die Armee gegen Demonstranten zu schicken. Die Drecksarbeit müssen heute die lokalen Behörden mit Hilfe der bewaffneten Volkspolizei selber erledigen.

Ist eine Solidarisierung möglich?

Am Ende soll die Frage aufgeworfen werden, ob die Solidarisierung zwischen kämpfenden Bauern, *mingong* und Staatsarbeitern möglich ist. Bisher existieren die Kämpfe in China unabhängig voneinander. Ohne eine Vernetzung des Widerstandes werden aus den Kämpfen wohl keine Bewegungen entstehen können, die die Macht der KP China ernsthaft in Frage stellen. Die geschichtlichen Erfahrungen veranlassen eher zur Skepsis.

Nach der blutigen Niederschlagung der chinesischen Arbeiterbewegung 1927 spielte das urbane Proletariat in der chinesischen Revolution keine entscheidende Rolle. Nach 1949 wurden die Kern-

父权制

fu4quan2 zhi4

Patriarchat

Mittag in Beijing

belegschaften der Staatsbetriebe privilegiert und bis Anfang der neunziger Jahre von der Wiege bis zur Bahre vom Staat versorgt. Bei den größeren Streikwellen nach der kommunistischen Machtübernahme 1957 und 1966/67 solidarisierten sich die privilegierten Kernbelegschaften nicht mit den Kontraktarbeitern vom Land, wie Elizabeth Perry zeigte. Selbst während der Mao-Ära wurden circa dreißig Prozent der Industriearbeiter nur befristet auf Vertragsbasis beschäftigt und wieder auf die Dörfer geschickt, wenn sie nicht mehr gebraucht wurden. Während der Streiks in Shanghai in der Hochphase der Kulturrevolution 1966/67, schlossen sich viele Vertragsarbeiter den Rebellengruppen an. Die Kernbelegschaften unterstützten eher die konservativen Kräfte. Den kämpfenden Arbeitern gelang es zeitweise, die Akkord- und Prämienlöhne durch einheitliche Tarifverträge zu ersetzen und die Kontrolle der staatlichen Gewerkschaften zu überwinden. Die Kämpfe dieser benachteiligten Arbeiter fanden jedoch ein jähes Ende, als die kulturrevolutionäre Linke auch in den Chor der Parteiführung gegen den sogenannten Ökonomismus und Anarchismus einstimmte. Von 1966 bis 1968 wurden die Machtkämpfe in der Partei zwischen Mao Zedong und Liu Shaoqi noch von großen gesellschaftlichen Bewegungen begleitet. Ab 1969 wurde die Kulturrevolution nur noch von oben weiter geführt. Mit der Landverschickung von Millionen Jugendlichen wurden die Roten Garden und Rebellengruppen faktisch zerschlagen.

Als es 1989 mit der Bewegung vom Platz des Himmlischen Friedens zur nächsten offenen Auseinandersetzung zwischen Staat und Gesellschaft kam, zeichneten sich wieder die alten Fragmentierungen ab. Das Etikett «Demokratiebewegung» kann die unterschiedlichen sozialen Kräfte und Forderungen nicht widerspiegeln. Während sich in den Städten Millionen Menschen dieser Bewegung anschlossen, blieb es auf den Dörfern ruhig. Die Bauern zehrten noch von der «goldenen Ära» der Familienwirtschaft auf staatlichem Boden zu Beginn der achtziger Jahre.

Heute hat sich die Lage insofern gewandelt, als dass Abermillionen Bauern in den Städten arbeiten und die Staatsarbeiter viele Privilegien verloren haben oder im Zuge der Privatisierung von Staatsbetrieben entlassen worden sind. Trotzdem gibt es immer noch geistige Barrieren zwischen den alteingesessenen Stadtbewohnern und den Migranten vom Dorf. Entlassene Staatsarbeiter haben auf dem Arbeitsmarkt wenige Chancen. Gegen die billigen Wanderarbeiter (*mingong*) können sie nicht konkurrieren, da sie das Stadtleben ihrer Familie finanzieren müssen. Für bessere Jobs in der Privatwirtschaft sind sie zu unqualifiziert, da sie häufig weder Englisch können noch Computerkenntnisse haben. Viele Bürger, die den *hukou* für Beijing oder Shanghai besitzen, haben große Vorurteile gegenüber den ländlichen Migranten. Ein Beijinger Sprichwort sagt: «Leute aus der Provinz Henan sind Betrüger, aus Sichuan Diebe und aus *dongbei*, dem schwerindustriellen Nordosten, Raufbolde.» Die *mingong* werden für den Anstieg der Kriminalität verantwortlich gemacht. Die Diskriminierung der Arbeitsmigranten aus Henan ging so weit, dass die Verteidigungsschrift «Wen haben die Henaner belästig?» von Ma Shuo zum Bestseller wurde.

Meiner Meinung nach ist die Stellung zum *hukou*-System zentral für eine Überwindung der Isolierung der verschiedenen Kämpfe. «Gleiche Rechte für alle! Weg mit dem *hukou*!» wäre eine wichtige Forderung, um die Spaltung zu überwinden. Außerdem brauchen die chinesischen Bauern und Arbeiter das Recht, ihre eigenen Organisationen gründen zu können. Bisher können die *mingong* auch ohne Organisation eine gewisse Verbindung zwischen Stadt und Land herstellen, weil sie in beiden Welten arbeiten und so Informationen über die Zustände im urbanen und ländlichen China verbreiten. Obwohl Nachrichten über Unruhen immer häufiger per Internet und Handy verbreitet werden, fehlt bisher ein Netzwerk, das diese Informationen systematisch sammelt.

Dazu bedarf es auch Hilfe von Aktivisten oder Intellektuellen, die ihre Fähigkeiten einsetzen, um den Bauern bei der Vernetzung des Widerstandes zu helfen. Der Report «Zur Lage der chinesischen Bauern» von Chen Guidi und Wu Chuntao hat zum Beispiel viele Geschichten zu Unruhen und ihrer Unterdrückung gesammelt. Die Autoren haben jedoch gemerkt, dass sie die Spielräume des Systems überschätzt haben. Das Nachwort von 2003 endet mit einem Lob für die Hu-Jintao- und Wen-Jiabao-Administration. Bis auf einzelne mutige Journalisten und Anwälte halten sich die Intellektuellen bisher sehr zurück. Der Kommunistischen Partei ist es nach der Kulturrevolution und auch nach der Niederschlagung der Bewegung vom Tian'anmen immer wieder gelungen, die Intellektuellen in das System einzubinden. Selbst der sogenannten «Neuen Linken» werden gewisse Freiheiten gewährt, solange sie sich auf sozialdemokratisches Jammern über den chinesischen «Neo-Liberalismus» beschränkt und nicht auf die Dörfer und in die Fabriken geht, um den Widerstand zu vernetzen. Auf einen Versuch eines «neuen Linken» Arbeiter zu erreichen, reagierte die Partei äußert geschickt. Nachdem das erfolgreiche Revolutionstheaterstück «Che Guevara» in Fabriken aufgeführt wurde, verbot es die Partei plötzlich. Der Regisseur wurde aber nicht ins Gefängnis geworfen, sondern bekam einen lukrativen Job beim Staatsfernsehen CCTV.

Durch die Landverschickung von Millionen Schülern und Studenten während der «Kulturrevolution» haben viele städtische Intellektuelle den Schrecken vor dem Dorf immer noch in den Knochen. Nach den Erfahrungen mit der Kulturrevolution und den «Schock-Therapien» nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa nach 1989 fällt die Propaganda der Partei bei den Mittelschichten auf fruchtbaren Boden, da die gesellschaftliche Stabilität auf jeden Fall gewahrt bleiben soll und der Verfall der staatlichen Ordnung die größte Katastrophe wäre. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen auf dem Land weisen

改革开放

gai3ge2
kai1fang4

Öffnung
und
Reformen

[Begriff für
die Zeit nach
1978]

darauf hin, dass die Bauern viel größere Angst davor haben, ihre letzte Subsistenzgrundlage zu verlieren als vor einer Störung der gesellschaftlichen «Harmonie».

Unruhen, die Zukunft der KP und die Linken in Europa

Der Slogan von der «harmonischen Gesellschaft» wurde von der Partei in dem Moment verkündet, als sich soziale und politische Kämpfe von unten in Stadt und Land in einem seit 1949 nie da gewesenen Ausmaß entfachten. Dabei stellt sich die Frage, ob die Herrschaft der Partei in Beijing auf dem Tian'anmen gestürzt werden muss oder ob das System durch tausende Nadelstiche von allen Seiten und an vielen Orten zum Einsturz gebracht werden kann. Bisher richten sich die meisten Kämpfe von Bauern und Arbeitern gegen den lokalen Staat und nicht gegen die neue Klasse der Privatkapitalisten. In China sind aber Staat und Kapital aufs Äußerste verbunden. Staatliche Funktionäre stehlen den Boden der Bauern, um damit zu spekulieren, oder investieren illegal die Rentenkassen von Staatsfabriken in private Firmen. Protestierenden Arbeiter und Bauern tritt wiederum sofort die Gewalt des Staates gegenüber. So ist es durchaus möglich, dass der Kampf gegen Staat und Kapital zusammenfallen könnte. Solange der Mythos vom guten Kaiser in Beijing und den bösen lokalen Beamten nicht fällt, braucht die Zentralregierung nicht zu fürchten, dass sich die geballte Wut der Massen gegen sie richtet. Es bleibt also abzuwarten, wann die Herrschaft der Partei ernsthaft in Frage gestellt wird.

Die Frage «Ist eine Solidarisierung möglich?» soll auch auf die Linke in Europa bezogen werden. Während der Kulturrevolution begeisterten sich tausende Linke in Europa für China. Heute, wo es jeden Tag zu Kämpfen kommt, ist das Interesse relativ gering. Immer noch sind viele westliche Linke in ihrem Internationalismus sehr staatsfixiert. Linkssozialdemokratische Staatschefs in Lateinamerika wie in Venezuela oder Bolivien bekommen mehr Aufmerksamkeit als tausende Streiks und Bauernunruhen in China, obwohl eine Destabilisierung des Reichs der Mitte für das kapitalistische Weltsystem eine viel größere Gefahr darstellt. Mit Hugo Chavez und Latino-Chic können sich europäische Linke vielleicht besser identifizieren oder die Sprache verstehen. Wegen der sprachlichen und kulturellen Distanz ist es deshalb notwendig, dass diejenigen unter uns, die Chinesisch können, den Menschen in China auf den Dörfern, Straßen und Fabriken zuhören und ihre Wünsche, Hoffnungen und Gedanken verbreiten. Ich möchte deshalb den Artikel beenden mit einem Plädoyer für einen Internationalismus von unten, der sich zum Motto macht, alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist.

Erwähnte Literatur

Chen, Guidi / Wu, Chuntao (2006): Zur Lage der chinesischen Bauern. Frankfurt/M.

Mao Zedong (1977): Kritik an Liang Shu-Mings reaktionären Ideen, in: Ausgewählte Werke, Band V, Beijing.

O'Brien, Kevin / Li, Lianjiang (2006): Rightful Resistance in Rural China. New York.

Perry, Elizabeth (2002): Challenging the Mandate of Heaven, Social Protest and State Power in China. New York

Thaxton, Ralph (2005): China's Hidden Crisis: Memory, Voice and Contention in the Aftermath of the Catastrophe of Maoist Rule (unpublished book).

干部

gan4bu4

Parteikader

Zerplatzte Träume

[Aus: Reeve, Charles/Xi Xuanwu: Mensonges au pays de l'harmonie sociale. Editions Verticales/Paris; erscheint im Frühjahr 2008]

Zhang: Ich habe in einer Sportschuhfabrik gearbeitet, einem Kontraktunternehmen für eine britische Firma.
Der Chef ist Taiwanese, und die Fabrik befindet sich in Zhangping, einer Kleinstadt in der Provinz Guangdong. Es war im April 2004. Wir arbeiteten zwölf Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Das war sehr anstrengend, und wir konnten sehen, wie unser Leben sich in Müdigkeit verlor. Die Überstunden wurden nicht bezahlt. Manchmal bekamen wir selbst den Lohn verspätet. Wir verdienten fünfhundert Yuan im Monat. Und eines Tages kam es dann zum Streik!
Aber vorher werde ich euch erzählen, warum ich nach Shenzhen gegangen bin. Diese Wirtschaftszone war das Land meiner Träume.
Von klein auf habe ich meinem Cousin zugehört, der in einer Fabrik arbeitete und erzählte, wie toll dort alles ist... Ich wollte auf jeden Fall hin.
Als ich ankam, habe ich sofort Arbeit in einer Fabrik gefunden. Die Ausbeutung habe ich das erste Mal gespürt, als wir gezwungen wurden, die ganze Nacht durchzuarbeiten. Einige Vorarbeiterinnen haben sich an die Spitze der Revolte gestellt. Der Stücklohn war zu niedrig. Sie hatten Erfahrung. Sie wussten, wie man sich organisiert, wie es in der Fabrik läuft. Wir haben auf sie gezählt und folgten ihnen. Bald war die ganze Fabrik im Streik. Er dauerte einige Tage. Danach hat die Fabrikdirektion einige der Vorarbeiterinnen gekauft, damit sie die Arbeit wieder aufnehmen, und sie hat allen gekündigt, die am Streik teilgenommen hatten. Ich bin dann fortgegangen.
Charles Reeve: War das dein erster Streik?
Zhang: Ja, war es. Aber ich muss sagen, schon vor dem Streik haben wir die Zügel schleifen lassen. Wenn ich nicht einverstanden war mit Anweisungen der Chefs, machte ich irgendeinen Unsinn. Die Produkte kamen dann raus wie sie rauskamen...
Ich war auch bei der Revolte in einer benachbarten Fabrik dabei. Das war im Februar 2004. Die ArbeiterInnen haben die Maschinen und Computer der Fabrik kaputtgeschlagen. Danach sind sie ins Lager und haben die Telefone rausgerissen und drinnen alles zertrümmert. Sie haben gegen die falsche Berechnung des Lohnes protestiert. Die Polizei ist gekommen und hat einige der aktivsten und aufgebrachtesten ArbeiterInnen festgenommen. Wir haben sie nicht wiedergesehen.
Ich sage euch, Shenzhen ist eine Stadt, in der was abgeht. Man fragt sich, wohin das noch führen wird!
Charles Reeve: Und was ist mit den Träumen des kleinen Mädchens?
Zhang: Sie sind geplatzt oder wurden gestohlen. Aber all das hat mich stärker gemacht...

Gesichter der Wanderung

Lage und Proteste der «neuen» Arbeiterklassen

搞事分子

gao3shi fen4zi3

AktivistIn, «RädelsführerIn»

Auch vor den Reformen ab 1978 gab es im sozialistischen China Migrationsbewegungen. Anfang der fünfziger Jahre zogen Millionen vom Land in die Städte und begannen, in den neuen staatlichen Industrien zu arbeiten. Auch wenn sie dort zunächst benötigt wurden, so ergaben sich spätestens Mitte der fünfziger Jahre Probleme wie Arbeitslosigkeit und Versorgungsengpässe. Die Regierung führte daraufhin eine strikte Haushaltsregistrierung (*hukou*) ein, welche die Mobilität des überwiegenden Teils der chinesischen Bevölkerung einschränkte und sie für die nächsten Jahrzehnte auf dem Land hielt. Das Verweilen am Registrierungsort wurde kontrolliert, und die Zuteilung von Lebensmitteln und anderen Resourcen war direkt an den *hukou* gebunden. Die Bauern im sozialistischen China sollten für den Aufbau der Schwerindustrie durch die Abgabe von Getreide zu niedrigen Preisen bluten. Nur eine Minderheit durfte in den Städten wohnen und an den Errungenschaften des sozialistischen Planstaats teilnehmen.

Damit hörte die Migration aber nicht auf. Während der Hungerzeit des «Großen Sprungs nach vorn» (1958-62) kam es zu erheblichen Wanderungsbewegungen. Und auch in den sechziger und siebziger Jahren wurden saisonal Millionen Menschen vom Land in die Stadt geholt, um in den staatlichen Betrieben die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten zu machen. Sie waren nur befristet dort beschäftigt und mussten nach dem Arbeitseinsatz wieder aufs Land zurück. Auch in der Stadt blieben sie von den Sozialleistungen der städtischen ArbeiterInnen («Eiserne Reisschüssel») ausgeschlossen.

Die erste große Migrationsbewegung, die mit Beginn der Reformen einsetzte, waren die «Rückkehrer»: In den sechziger und siebziger Jahren waren im Rahmen der Kulturrevolution Millionen Jugendliche aufs Land geschickt worden, um «von den Bauern zu lernen». Die Partei wollte sie damals aus den Städten raushaben, um die sozialen und politischen Unruhen der Kulturrevolution in den Griff zu kriegen und die städtische Arbeitslosigkeit zu lindern. Nach 1978 setzen nun viele von ihnen durch, wieder in die Stadt zurückkehren zu können. Etliche kamen in den Staatsbetrieben unter, andere wurden Selbständige, waren damit an der Aufweichung der Kontrolle privater Geschäftstätigkeit beteiligt und verdingten sich als StraßenhändlerInnen oder in städtischen Dienstleistungen.

Anfang der achtziger Jahre begann auch der Zug von Teilen der ländlichen Bevölkerung in die Städte. Dabei gab es sowohl ziehende als auch drückende Faktoren (*pull/push*). Die Aufteilung des Landes an die Familienhaushalte und die Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft führte zu einer «Überbevölkerung» nicht gebrauchter Arbeitskräfte auf dem Land. Gleichzeitig wurden in den dörflichen und kleinstädtischen Unternehmen, die eine gewisse Unabhängigkeit vom Zentralstaat erlangt hatten, den neuen Sonderwirtschaftszonen und später den expandierenden staatlichen Unternehmen billige Arbeitskräfte gesucht. Als dann Ende der achtziger Jahre und besonders Anfang der neunziger der Staat in viele Infrastrukturprojekte investierte und die städtische Bautätigkeit ebenso wie die ausländischen Investitionen in industrielle Unternehmen enorm zunahmen, machten sich viele Millionen vor allem junger Leute vom Land auf, um in der Stadt Geld zu verdienen. Gleichzeitig wollten sie an dem aufregenden Stadtleben teilhaben, der Vision von Modernität und Freiheit des Konsums, der die Reformen begleitete.

Bis heute sind die neuen ArbeiterInnen aber keine dauerhaften StadtbewohnerInnen geworden. Weiterhin existiert das *hukou*-System, das alle Einwohner Chinas in Land- und Stadtbewohner einteilt. Wer heute vom Land in die Stadt zieht, muss dort eine vorübergehende Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung beantragen, die in der Regel auf ein Jahr befristet und an eine Arbeitsstelle gebunden ist. Deswegen werden die WanderarbeiterInnen auch weiterhin *mingong* genannt, Bauern-die-Arbeiter-wurden. Sie sind den Stadtbewohnern nicht gleichgestellt und sind von vielen städtischen Dienstleitungen ausgeschlossen.

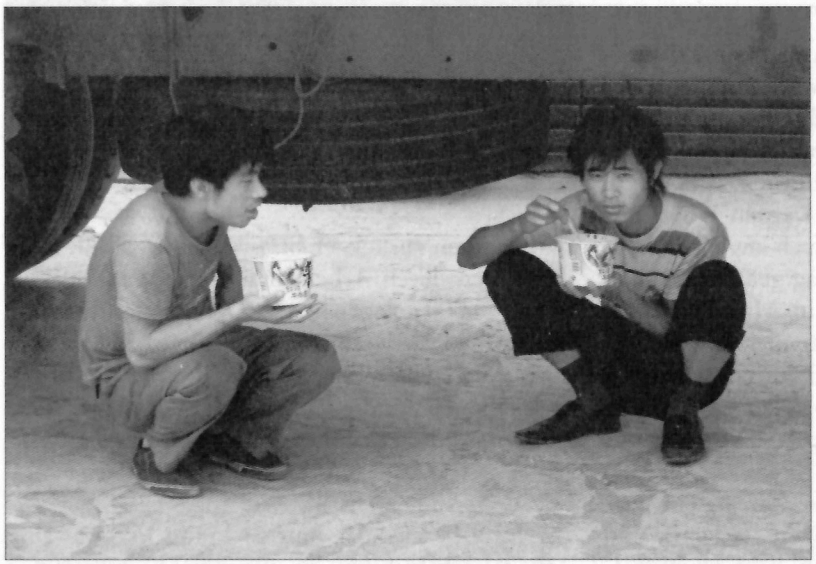
Zahlen und Gesichter

Die genaue Gesamtzahl der Migranten und Migrantinnen ist unklar. Selbst die Regierungszeitung China Daily nennt Zahlen zwischen 150 Millionen – oder 11,5 Prozent der Bevölkerung, fast doppelt so viele wie 1996 (10.11.06, 18.1.07) – und 200 Millionen (28.11.06). Gehen wir von den Statistiken von 2005 aus, dann umfasste bei einer Gesamtbevölkerung von knapp über 1.300 Millionen die städtische Bevölkerung – einschließlich der *mingong* und ihrer Familien, die länger als sechs Monate in der Stadt leben – etwa 560 Millionen Menschen, das sind 43 Prozent. Einen städtischen *hukou* besaßen aber nur etwa 358 Millionen, 949 Millionen hatten einen ländlichen. Das bedeutet, dass etwa 200 Millionen Menschen ohne städtischen *hukou* in der Stadt lebten.[1] Alle diese Zahl en sind mit Vorsicht zu genießen: Viele melden sich gar nicht bei den städtischen Behörden.

Nach Schätzung der staatlichen Kommission für Bevölkerungs- und Familienplanung gibt es auf dem Land immer noch einen Arbeitskräfteüberschuss von 150 bis 170 Millionen (China Daily, 18.1.07), so dass die Wanderung in die Städte anhalten und das Heer der Wanderarbeiter noch größer werden wird. Jährlich muss die Regierung mindestens zehn Millionen neue Jobs bereitstellen, wozu sie nur in der Lage ist, wenn das Wirtschaftswachstum ungebremst weiter geht.[2]

Bis zur Jahrtausendwende hat sich die Zusammensetzung der chinesischen Arbeiterschaft durch die Wanderungen dramatisch verändert. Die *mingong* arbeiten vor allem in Fabriken, auf dem Bau, in Bergwerken, in der Landwirtschaft, in personenbezogenen Dienstleistungen (Haushalthilfe, Kellnerin, Verkäuferin), unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Wachschützer, Gebäudereinigerinnen, Kuriere) und als Kleinselbständige (in Läden, auf Märkten, als Müllsammler). Von allen *mingong* arbeiten 37 Prozent in der Industrie, von den übrigen sind 14 Prozent auf dem Bau, 12 Prozent in Restaurants und weitere 12 Prozent in diversen Dienstleistungen (Lee 2007: 39). Sie stellen 57,5 Prozent der industriellen Arbeitskraft, in den Dienstleitungen 37 Prozent, darunter den Großteil der 20 Millionen Hausangestellten. In der Textilindustrie haben sie gar einen Anteil von 70 bis 80 Prozent (Lee 2007: 6), auf dem Bau von 80 Prozent (von 30 Millionen Bauarbeitern), in der Chemieindustrie und im Bergbau von 56 Prozent (China Daily, 28.11.06). 47,5 Prozent aller WanderarbeiterInnen sind Frauen, aber in Zentren der Weltmarktproduktion sind es viel mehr, in Shenzhen zum Beispiel 65,6 Prozent.

Die Migration hat viele Gesichter: kurzfristige Aufenthalte in dorfnahen Kleinstädten, Arbeitseinsätze bei großen Infrastrukturprojekten, Hin- und Herpendeln zwischen Weltmarktfabriken und Bauernhof, ständige Wanderung von einer Baustelle zur anderen, saisonale Erntearbeit, Minenarbeit, aber auch Landflucht wegen Verlust



oder Enteignung der eigenen Scholle und endgültiger Umzug mit der Familie in die Stadt. Es gibt *mingong*, die einige Monate auswärts arbeiten, aber zu Erntezeiten nach Hause fahren. Andere bleiben für längere Zeit, zwei oder drei Jahre, in der Stadt, ohne ihre Familie je zu besuchen. Neben den ArbeitsmigrantInnen vom Land ziehen auch viele mit Kleinstadt-*hukou* in andere Provinz-Städte, wenn es dort bessere Jobs gibt, oder in die Metropolen Beijing-Tianjin, Jangtse-Delta oder Perlfluss-Delta. Nicht alle WanderarbeiterInnen sind also wirklich vom Dorf.

Bedingungen und Probleme

Die Bedingungen, unter denen *mingong* arbeiten und leben, sind durchaus unterschiedlich, je nach Sektor, aber auch abhängig von ihrer Qualifikation und ihren Erfahrungen. Oft ist ihr erster Job in der Stadt prekär, schlecht entlohnt oder gefährlich. Er wird ihnen meist von Leuten vermittelt, die aus dem selben Dorf stammen und ihnen bei den ersten Schritten helfen. Ob eine *mingong* also auf dem Bau, in der Fabrik oder beim Wachschutz landet, hängt stark davon ab, in welcher Region schon Leute aus ihrer Heimat arbeiten und in welchen Sektoren sie sind. Wer es schafft, versucht nach den ersten Erfahrungen eine bessere Arbeit zu finden, mit Arbeitsvertrag und stabilem Einkommen. Oft geht das nur über (teure) Ausbildungen. Die China Daily gab in ihrer Ausgabe vom 20.11.2006 ein paar Beispiele: Ein 30-jähriger Wanderarbeiter aus Henan fing in Beijing bei einem Sicherheitsdienst in Banken und öffentlichen Gebäuden an, fand aber später eine Anstellung im Gebäudemanagement. Ein 29-jähriger Mann aus Shanxi war ebenfalls zuerst bei einem Sicherheitsdienst, dann Techniker für Klimaanlagen und Expresszusteller bevor er etwas in der Werbebranche fand. Eine 25-Jährige aus Shanxi arbeitete als Haushaltshilfe für eine alte Frau, bereitet sich nun auf Prüfungen vor, um ein Zeugnis in Rechtspflege zu bekommen. So etwas klappt nicht bei allen.

Wichtigstes Ziel der *mingong* ist, Geld zu verdienen. Sie arbeiten in Fabriken, auf Baustellen, in Haushalten oder Bergwerken, weil sie dort mehr bekommen als mit Landwirtschaft und Gelegenheitsjobs in der Heimat. Aber auch wenn die Löhne in der Heimat vergleichbar sind – was durchaus vorkommt, vor allem in den Ostprovinzen –, gibt es noch andere Gründe zum Wandern: Die jungen Leute wollen weg von zu Hause, wollen die Welt sehen, was erleben, auch weg von der Kontrolle der Familie.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der *mingong* in der Stadt sind prekär. Zu den wichtigsten Problemen, denen sie sich in der Stadt gegenüber sehen, gehören:

Niedrige Löhne und Lohnbetrug

Die Löhne sind in den letzten Jahren gestiegen, allerdings konnten sie kaum die Preissteigerungen ausgleichen. In den Weltmarktfabriken und auf den Baustellen der Großstädte bewegen sie sich um 1.000 Yuan monatlich (etwa 100 Euro) für einfache ArbeiterInnen, die zehn bis zwölf Stunden am Tag arbeiten und kaum mehr als ein oder zwei Tage im Monat frei haben. In vielen Zulieferbetrieben und Dienstleistungen liegen die Löhne darunter. Es gab in den letzten Jahren zwar immer wieder

工潮

gong1chao2

Arbeiter- oder Streikbewegung

Pause in Shanghai

Schule für Kinder der *mingong* in Beijing

工分

gong1fen1

Arbeitspunkt

[in Betrieben und Volkskommunen benutzte Bewertungsform der Arbeitsleistung]

Erhöhungen des Mindestlohns, aber viele Firmen zahlen nicht einmal den. Offiziell liegt der Mindestlohn bei 300 bis 800 Yuan, je nach Region.[3] Oft müssen die WanderarbeiterInnen noch Geld an die Arbeitsvermittler zahlen oder als Kaution bei ihren Betrieben abgeben, die damit verhindern wollen, dass sie den Job wieder hinschmeißen, wenn sie einen besseren gefunden haben.

Ein großes Problem ist die Nichtzahlung des Lohns. Bei einer Untersuchung des Nationalen Statistikbüros Chinas hatten von 30.000 befragten Arbeitern zwanzig Prozent erst verspätet den Lohn ausbezahlt bekommen oder nur Teile davon. Durchschnittlich mussten die Arbeiter vier Monate auf den Lohn warten (China Daily, 27.10.06). Nach anderen Untersuchungen haben drei von vier *mingong* Probleme, ihren vollen Lohn zu bekommen. Die Lohnrückstände reichen oft über Monate, und viele bekommen danach nicht die vollständige Summe (Lee 2007: 164). Der Lohnbetrug geht so weit, dass er in einigen Bereichen zur Normalität gehört. Solange die *mingong* von der Firma Wohnung und Essen bekommen, hören sie oft nicht auf zu arbeiten, auch wenn sie keinen Lohn erhalten. Wenn sie die Arbeit niederlegen, kriegen sie oft nichts mehr zu essen. Überleben können die ArbeiterInnen nur, weil sie meistens die Wohnung gestellt bekommen und ab und an geringe Abschlagszahlungen erhalten. Außerdem wissen sie, dass sie zur Not wieder in ihr Heimatdorf zurückkehren können, wo die Familie weiter über ein Stück Land verfügt.

Schlechte Arbeitsbedingungen

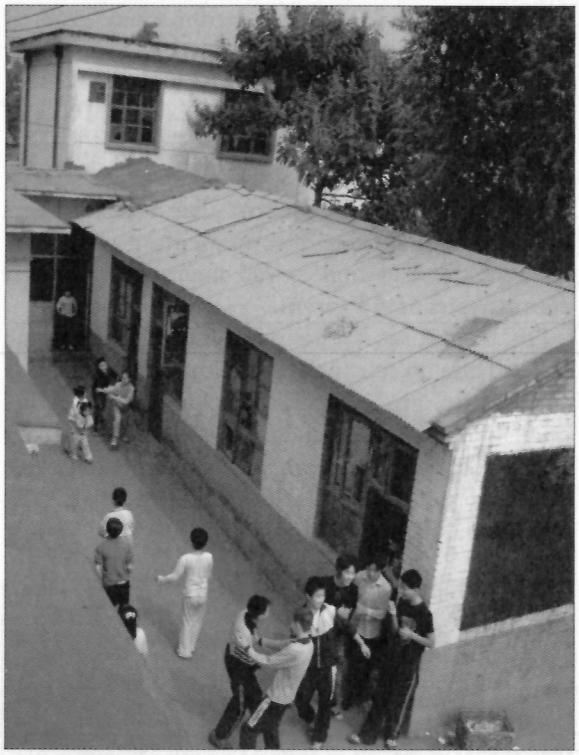
Ob in der Fabrik oder auf dem Bau, die ArbeiterInnen arbeiten oft zehn bis zwölf Stunden oder länger täglich. Viele wollen auch Überstunden leisten, ist doch sonst der Lohn zu niedrig, um etwas nach Hause zur Familie zu schicken. Gerade in Zeiten mit guter Auftragslage werden Überstunden bis spät in die Nacht aber auch angeordnet. In einigen Bereichen wird jeden Tag gearbeitet, ohne Ruhetag, in anderen ist ein Tag im Monat frei. Das lässt sich nur deswegen aushalten, weil viele MigrantInnen ab und zu aufs Land fahren – ohne für die Tage entlohnt zu werden –, oder einfach den Job wechseln und dadurch ein paar Tage Ruhezeit haben.

Wenn jemand die Perspektive hat, in ein paar Jahren so viel Geld wie möglich zu verdienen und dann zurück aufs Land zu gehen, kann er mit seiner eigenen Arbeitskraft viel schonungsloser umgehen, als jemand, der weiß, dass er Jahrzehnte in der Fabrik verbringen wird. Da lässt sich auch das in den Fabriken herrschende repressive Regime mit oft entwürdigenden und gewalttätigen Disziplinierungsmaßnahmen und Strafen bei Verstößen gegen die Fabrikordnung – Lee nennt dies eine «despotische Produktionsweise» (Lee 1998) – eine Zeit lang überstehen.

Die Arbeitszeiten, viele Strafen, das Fehlen von Arbeitsverträgen und anderes mehr verstößt gegen das chinesische Arbeitsgesetz, aber die lokalen Behörden handeln in den seltensten Fällen, wollen sie doch potentielle Investoren nicht verschrecken und die Profite der Bosse nicht gefährden.

Viele Unfälle

Das oft mörderische Arbeitstempo, Arbeiten ohne Ruhepausen, fehlender Schlaf und veraltete und kaputte Maschinen, fehlende oder unzureichende Einweisungen und Wartungen oder einfach das Umgehen von Sicherheitsmaßnahmen, um die Produktionsvorgaben einzuhalten, sind Ursachen für die vielen Unfälle mit Personenschäden. Bekannt sind die fast 5.000 Toten in den Bergwerken (2006), die fast alle auf die schlechten Sicherheits-



maßnahmen zurückgehen. Insgesamt soll die Zahl der Toten durch Arbeitsunfälle im Jahr 2005 bei etwa 100.000 gelegen haben (Der Spiegel, 13.9.06). Neben den Verletzungen und Toten gibt es aber auch «versteckte» Formen, zum Beispiel die ArbeiterInnen, die ständig ohnmächtig oder gar verrückt werden, weil sie den Stress nicht mehr ertragen.

Fehlende Absicherung

Lee fand heraus, dass nur 23 bis 30 Prozent aller ArbeitsmigrantInnen in privaten Unternehmen Arbeitsverträge haben (Lee 2007: 42). Die China Daily spricht von vierzig Prozent der 30.000 Befragten (China Daily, 27.10.06). Dementsprechend haben die meisten auch keine Renten- und Krankenversicherung. In Krankheitsfällen oder bei Unfällen zahlen die Arbeitgeber zuweilen in kleineren Fällen die Behandlungskosten, aber gerade bei größeren Unfällen und den vielen schleichenden Berufskrankheiten, die über Vergiftungen ausgelöst werden, stehlen sie sich aus der Verantwortung, und die WanderarbeiterInnen müssen alleine für die Kosten aufkommen. Da sie dies meistens gar

nicht können, gehen die Ersparnisse der ganzen Familie drauf – oder die Betroffenen siechen vor sich hin, bis sie sterben. Renten stehen auch den *mingong* zu, die über längere Zeit in der Stadt gearbeitet haben. Sie können sich bei der Rückkehr aufs Land die Beiträge auszahlen lassen, aber nur dann, wenn der Arbeitgeber für sie in die Sozialversicherung eingezahlt hat, wie es die Arbeitsgesetze vorschreiben. Eine Umfrage in Guangdong fand aber heraus, dass 73,8 Prozent von 1.500 ArbeitsmigrantInnen keinerlei Sozialversicherung hatten (2001). Das hängt mit den häufigen Jobwechseln zusammen und mit der Tatsache, dass die lokalen Behörden Unternehmen gestatten, nur zehn oder zwanzig Prozent der Beschäftigten bei den Sozialversicherungen anzumelden, und nicht alle, wie gesetzlich vorgeschrieben (Lee 2007: 47).

Schlechte Wohnverhältnisse

Viele WanderarbeiterInnen leiden unter beengten und jegliche Privatheit entbehrenden Wohnverhältnissen. Sie haben in der Stadt kein Recht auf Zuweisung einer Wohnung – wegen ihres ländlichen *hukou*. Privat gemietete Wohnungen sind zu teuer, also bleiben in der Regel nur die Wohnheime. Beim Aufbau der Sonderwirtschaftszonen und anderer Industriegebiete errichteten die Städte und Gemeinden Wohnheimkomplexe, die sie an die Fabrikleitungen vermieteten. Viele Firmen begannen aber schnell, auf ihrem eigenen Betriebsgelände Wohnheime zu bauen. Auf den Baustellen werden Backsteingebäude für die Arbeiter hochgezogen und nach der Fertigstellung wieder abgerissen. 75 bis 80 Prozent der *mingong* leben in Wohnheimen, in Zimmern, die im Durchschnitt 26 Quadratmeter groß sind und zwölf Leute beherbergen (Lee 2007: 57). Die tatsächlichen Bedingungen in den Wohnheimen sind unterschiedlich, von Baracken ohne Duschen und Warmwasser bis hin zu sauberen Gebäuden mit Gemeinschaftsräumen. Die Wohnheime ermöglichen zunächst die Unterbringung der Beschäftigten, erfüllen aber noch mehr Funktionen: Neben der Reduzierung der Reproduktionskosten – was auch den *mingong* entgegen

Kämpfe der mingong

(*von* **www.umwaelzung.de**: *Informationen über soziale Kämpfe in Asien*)

Bau

2007: * Im Juli wurden auf der Baustelle eines Wasserkraftwerks in der Provinz Guangdong dreihundert streikende Arbeiter von Schlägern angegriffen. Dabei gab es viele Verletzte, ein Arbeiter starb im Krankenhaus. Die Angriffe gingen auch weiter, nachdem die Polizei angekommen war. Die Arbeiter streikten, weil sie seit vier Monaten keinen Lohn mehr bekommen hatten. Immerhin verhaftete die Polizei den Chef des Firmen-Sicherheitsdienstes und den Baustellenleiter.

* Im August hinderte die Polizei in Beijing dreihundert Mingong-Bauarbeiter daran, zum Tian'anmen-Platz zu demonstrieren. Die Arbeiter wollten damit gegen Lohnbetrug protestieren, sie hatten seit einem Jahr keinen Lohn bekommen. Als sie sich zur Demo versammelten, tauchte die Polizei mit Bussen auf, zwang die Arbeiter einzusteigen und transportierte sie ab.

Fabrik

2004: * US-Kundenunternehmen des taiwanesischen Schuhherstellers Stella drangen darauf, dass die Arbeitszeiten verkürzt werden, weil die Firmen nicht die Kritik von Anti-Sweatshop-Gruppen auf sich ziehen wollten. Die Arbeiterinnen waren damit nicht einverstanden, weil es für sie vor allem weniger Lohn bedeutete. Einer der Manager sagte hinterher: «Wir hatten nicht verstanden, dass für Arbeiter einhundert Yuan ein bedeutender Betrag ist.» Es kommt zu Protesten, Streiks und Randale von tausenden Arbeitern in zwei Stella-Fabriken in Dongguan. Dabei wurde Firmeneigentum zerstört, Manager wurden verletzt. Polizisten schlugen den Riot nieder, einhundert Arbeiter wurden verhaftet. Prozesse gab es gegen insgesamt zehn Arbeiter, denen Gewalttätigkeit, Zerstörung von fremden Eigentum, Körperverletzung und so weiter vorgeworfen wurde. Einer der Anwälte machte in seinem Plädoyer auf die Hintergründe aufmerksam: Schon lange waren die Arbeiter erbost, weil die Bedingungen in den Fabriken unerträglich waren. Elf Stunden Arbeit an sechs Tagen die Woche, schlechtes und mangelhaftes Essen, verspätete Lohnzahlungen. Es gab relativ milde Verurteilungen, und bis Ende 2004 kamen alle frei. Dies ist wohl auch dem Druck internationaler NGOs und Schuhfirmen zu verdanken.

* Fünfhundert ArbeiterInnen einer Fabrik des japanischen Büromaschinenherstellers Ricoh in Shenzhen traten in den Streik, weil ein japanischer Manager weibliche Beschäftigte obszön beschimpft und als schwachsinnig bezeichnet hatte. Erst als sich der Schweinehund am nächsten Tag entschuldigte, wurde der Streik beendet.

* Ebenfalls in Shenzhen protestierten hunderte ArbeiterInnen einer Haushaltsgerätefabrik gegen die geplante Verlagerung der Fabrik ins billigere Zhuhai und für Abfindungen und die Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen. Als die Streikenden vor das Tor wollten, gab es Auseinandersetzungen mit dem Werkschutz, der sie nicht raus lassen wollte.

2005: * In Shenzhen traten dreitausend Arbeiter der Uniden Electronic (produziert schnurlose Telefone) spontan in den Solidaritätsstreik mit einem entlassenen Kollegen, der für gewerkschaftliche Organisationsfreiheit eingetreten war. In dem Werk hatte es vorher etliche kurze Streiks und Diskussionen um die Gründung einer eigenen Gewerkschaft gegeben. Dem Solidaritätsstreik schlossen sich fast alle zehntausend Beschäftigten an. Hinzu kamen Forderungen zu Arbeitszeit, Lohn, sanitären Einrichtungen und dem Verhalten der Vorgesetzten. Im Zentrum des Streiks stand die Forderung nach einer eigenen Gewerkschaft. Das war neu in China. Die Behörden reagierten mit Repression, die Streikenden wurden in der Fabrik eingeschlossen, ein Rauskommen mit Gewalt verhindert. Der Streik dauerte eine Woche. Dann waren die Arbeiterinnen eingeschüchtert, die Streikführer verschwunden und viele entlassen. Zwei Monate später gab das Unternehmen bekannt, dass es die Produktion von Shenzhen nach Laguna (auf den Philippinen) zurück verlagern will, mit ausdrücklichem Bezug auf den Streik. Erst zwei Jahre zuvor war das Werk in Laguna geschlossen und die Produktion nach Shenzhen verlagert worden, wegen der niedrigeren Arbeitskosten in China.

* Ebenfalls in Shenzhen demonstrierten eintausend Arbeiter einer Druckerei gegen längere Arbeitszeiten und Abzüge vom Lohn. Der Grund war, dass die Geschäftsführung die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden, sowie die Einführung von Abzügen für Essen und Unterkunft angekündigt hatte. Bisher waren Kost und Logis gratis. Die Arbeiter beendeten den Protest, als die Geschäftsführung einen Rückzieher bezüglich der Arbeitszeitverlängerung machte und versprach, die Qualität des Essens in der Fabrik zu verbessern.

* In Dalian gab es in siebzehn japanischen Firmen eine Serie von Streiks (im zeitlichen Zusammenhang mit antijapanischen Studentendemonstrationen in Beijing und anderen Städten). Dabei ging es um Löhne, Unterkünfte und Probleme mit der... *(weiter S. 22)*

工会

gong1hui4

Gewerkschaft

[in China ist nur die staatliche Einheitsgewerkschaft legal, unabhängige Gewerkschaften werden unterdrückt]

(von S. 21) ... Kantine. Die streikenden Arbeiter legten die Arbeit zu verschiedenen Zeiten für jeweils einige Tage nieder. Die Polizei griff ein, einige Rädelsführer wurden verhaftet.

* In Shenzhen streikten dreitausend ArbeiterInnen der Sofa-Fabrik des italienischen Herstellers DeCoro gegen Lohnkürzung und den Rassismus der Vorgesetzten. Die Lohnzahlungen waren niedriger ausgefallen als erwartet, und zehn ArbeiterInnen beschwerten sich darüber. Sie wurden entlassen und bei dem Versuch, die Fabrik wieder zu betreten, von ausländischen Vorgesetzten zum Teil krankenhausreif geschlagen. Offenbar schlagen die Vorgesetzten dort recht gerne zu. Auch Anfang 2007 traten bei DeCoro hunderte Arbeiter in den Streik, nachdem drei Kollegen, die höhere Entschädigungen gefordert hatten, geschlagen worden waren.

2006: * In Xiamen gingen dreihundert Arbeiterinnen der NEC Tokin Electronics in den Streik, weil sie gehört hatten, dass einige verwendete Chemikalien giftig sind und sie viele beschriebene Gesundheitsstörungen bei sich selbst bemerkt hatten. Sie verlangten bessere Arbeitsbedingungen und Zulagen für Medikamente. Die Firma stimmte den Forderungen zu.

* In Dongguan protestierten Arbeiter der Spielzeugfabrik Merton zwei Tage lang wegen schlechter Löhne und Unterbringung. Der Protest begann im firmeneigenen Arbeiterwohnheim und entwickelte sich zum Riot, dem sich über tausend Arbeiter anschlossen. Dutzende wurden verhaftet. Die Grundlöhne entsprachen dem Mindestlohn, aber andere gesetzliche Vorgaben (bezüglich Überstunden, Lohnabrechnung, Feiertagsfreistellung, Sozialversicherung) wurden nicht eingehalten. Die Verpflegung war schlecht, und trotzdem wurde den Arbeitern für Kost und Logis ein Viertel ihres Lohn abgezogen.

* Dreitausend ArbeiterInnen der Möbelfabrik Siu Fung in Shenzhen (mit Kapital aus Hongkong) streikten gegen überlange Arbeitszeiten und unwürdige Behandlung. Sie mussten 12 Stunden arbeiten, erhielten aber keine Überstundenzulagen. Für den Gang auf die Toilette mussten sie einen Schein abholen. Sicherheitsleute sollen mehrfach Arbeiter geschlagen haben. Die ArbeiterInnen marschierten zum Gästehaus des Staates, wurden aber von Riot-Polizei aufgehalten, und es kam zu Rangeleien (siehe Interview S. 24).

* In Guangzhou blockierten mehr als dreihundert Arbeiter einer Schuhfabrik eine Autobahn, weil sie drei Monate lang keinen Lohn bekommen hatten. Am Vortag war das Management abgehauen und hatte per Fax mitgeteilt, dass die Fabrik pleite ist. Die Polizei räumte die Blockade.

2007: * In Shenzhen protestierten mehr als zweihundert ArbeiterInnen gegen die Schließung der Huangxing Light Manufacturing. Die Fabrik war plötzlich geschlossen worden, achthundert Beschäftigte hatten ihren Job verloren. Die ArbeiterInnen blockierten die Fabrik und verlangten von den Behörden Hilfe, um Abfindungen von der Firma zu kriegen. Sie versuchten auch, eine Hauptstraße zu blockieren. Einige wurden verhaftet, später aber wieder freigelassen, nachdem die KollegInnen eine Polizeistation belagert hatten. Auslöser der Fabrikschließung soll gewesen sein, dass Walt Disney, der Hauptkunde, seine Aufträge zurückgezogen hatte, nachdem die Fabrik der Überausbeutung der Beschäftigten beschuldigt worden war.

* Tausende Arbeiter (die meisten davon Frauen) der Plastikweihnachtsbaumfabrik Baoji Artefacts in Shenzhen streikten gegen die langen Arbeitszeiten und Entlassungen ohne Abfindung. Fünf Stunden lang widerstanden die Arbeiterinnen dem Versuch einiger hundert Polizisten, die Streikenden auseinanderzutreiben. Erst heftiger Regen löste die Menge auf. Eine Streikende wurde von Polizisten geschlagen, es gab einhundert vorübergehende Festnahmen.

* Im August traten tagelang tausende ArbeiterInnen aus zwei Fabriken der Feihuang Electronic in Shenzhen in den Streik und demonstrierten auch außerhalb. Es gab etliche Verhaftungen. Die Fabrik gehört dem deutschen Unternehmen CEAG AG und produziert Akkus und Ladegeräte für Mobiltelefone. Neunzig Prozent der Beschäftigten sind Frauen aus den Inlandsprovinzen Sichuan, Hunan, Hubei. Die Fabrik hatte von ihnen verlangt, pro Stunde neunzig Ladegeräte mehr zu produzieren. Falls sie das nicht schafften, sollten sie die fehlende Stückzahl nach ihrer Schicht nacharbeiten, andernfalls würde ihnen der Grundlohn gekürzt. Die Streikenden stellten schriftlich Forderungen an die Geschäftsleitung und die lokale Arbeitsbehörde: Lohnerhöhung, Nachtschichtzulage, gesetzliche Sozialversicherung, sauberes Trinkwasser in der Fabrik. Die Arbeitsbehörde schaltete sich ein, und das Management bot Verhandlungen an. Dies gestaltete sich aber schwierig, denn die Streikenden wollten keine Vertreter schicken, weil sie fürchten, dass diese dann Repressionen ausgesetzt sind.

工人阶级

gong1ren2 jie1ji2

Arbeiterklasse

kommt – können die Firmenleitungen das Leben der ArbeiterInnen unter Kontrolle halten und den Arbeitstag leicht ausdehnen, weil die ArbeiterInnen immer verfügbar sind. Darüber hinaus wollen sie damit verhindern, dass unzufriedene ArbeiterInnen sich woanders einen Job suchen. Pun und Smith nennen dies das «Wohnheim-Arbeitsregime» (*dormitory labor regime*; Pun/Smith 2007).

Isolation und Diskriminierung

Die Abwesenheit von der Heimat und die prekäre Situation in den Städten führten bei vielen zu einem Gefühl von Isolation. Oft leben die Lebenspartner und -partnerinnen noch auf dem Land oder arbeiten in einer anderen Stadt. Da die *mingong*-Kinder lange von den städtischen Schulen ausgeschlossen waren und heute hohe Schulgebühren ihren Besuch einschränken, lassen die meisten MigrantInnen sie in der Heimat. Viele Kinder von *mingong* wachsen somit dort bei den Großeltern oder anderen Verwandten auf. Ihre Eltern sehen sie nur ein Mal im Jahr, beim chinesischen Neujahrsfest. Nur in einigen Städten gibt es mittlerweile private und billigere *mingong*-Schulen, so in Beijing. In der Stadt sehen sich die *mingong* weiterhin staatlichen Diskriminierungen ausgesetzt, auch wenn sich diese Situation in den letzten Jahren etwas gebessert hat.

Bis vor einigen Jahren durften sie in vielen Städten nur bestimmte manuelle Arbeiten machen. Ein Grund dafür war, dass den aus den Staatsbetrieben entlassenen ArbeiterInnen bessere Arbeitsstellen «reserviert» werden sollten. In letzter Zeit sind diese Beschränkungen offiziell abgeschafft worden – was nicht bedeutet, dass StädterInnen nicht doch bevorzugt werden. Weiterhin sehen sich *mingong* in vielen Städten auch der Ablehnung durch Teile der Stadtbevölkerung gegenüber. Dies wurde lange Zeit durch die Medien geschürt, die Wanderarbeiterinnen als «ziellos Umherziehende» beschimpften.[4] Auch wenn sich die Berichterstattung verändert hat und heute viele Zeitungen die Leistung der *mingong* für den Aufbau der «Sozialistischen Marktwirtschaft» hervorheben, bedeutet das noch kein Ende ihrer Stigmatisierung und Diskriminierung.

Zwischen Stadt und Land

Trotz der vielen Probleme kommen die WanderarbeiterInnen weiter in die Städte, weil ein Verbleib auf dem Land für viele nicht mehr in Frage kommt. Das Land ist und bleibt zwar Heimat, mit der sie sich emotional identifizieren, aber man kann dort nichts verdienen, hat dort keine Zukunft. So wechseln sie zwischen Heimweh und Fernweh, der bekannten und scheinbar geordneten Welt auf dem Dorf und dem offenen Abenteuer und der Teilhabe an einem «modernen» Leben in der Stadt. Diese Spannung lässt viele junge Migrantinnen häufig «pendeln», zwischen Beschäftigungszeiten in der Stadt und Aufenthalten auf dem Land, wenn sie keine Arbeit haben – oder einfach für eine Zeit genug haben von der Stadt – bis es dann im Dorf wieder zu langweilig wird und sie wieder losziehen. Das *dagong*, die Lohnarbeit für einen Boss in der Stadt, ist tatsächlich nicht der finale Umzug dorthin, sondern eine doppelte Existenz zwischen der ländlichen und der urbanen Welt.

Die Gedanken und Vorstellungen der *mingong* (wie auch vieler Bauern) sind durch drei Dinge geprägt: 1. die Armut in der Vergangenheit (in den siebziger und noch Anfang der achtziger Jahre); 2. die harten Bedingungen in der Gegenwart, auch wenn sich ihre materiellen Verhältnisse verbessert haben; und 3. der Traum vom eigenen Geschäft auf dem Land, um sowohl der Landarbeit als auch der Fabrikarbeit zu entkommen (Lee 2007: 221). Nur wenige erreichen dieses letzte Ziel.[5] Die Orientierung an den Zeiten der Armut und den aktuellen materiellen Problemen weisen der Frage des eigenen Stückes Land, auf das jede Bewohnerin und jeder Bewohner mit ländlichem *hukou* einen Anspruch hat, eine besondere Bedeutung zu. Für viele *mingong* sichert dieses Stück Land weiterhin die eigene Subsistenz. Die Dörfer sind der Ort der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft.

Hier wird geheiratet, werden Kinder geboren und aufgezogen, erholen sich die *mingong*, sorgen für das Subsistenzeinkommen, wenn sie keine Arbeit finden. Das Land ist wie eine informelle Sozialversicherung, auch ein Grund, warum sie ihre Scholle nicht aufgeben und dauerhaft in der Stadt bleiben wollen (Pun/Li: 42). Andere kommen zurück, um sich um Kinder oder Eltern zu kümmern.

Die Einkommenssituation auf dem Land ist unterschiedlich, vor allem wenn man die Küstenregion, Zentralchina und den Westen vergleicht. Aber egal, ob das Geld der *mingong* für das Haus und die bessere Schule oder für Lebensmittel benötigt wird, ihre Einkommen machen in vielen Fällen bis zu zwei Drittel des Haushaltseinkommens aus (Lee 2007: 210). Zwar müssen die meisten Bauern auch auf dem Land über Nebenbeschäftigungen oder Saisonarbeit etwas hinzuverdienen, wo immer das möglich ist. Aber darüber hinaus ist *dagong* für viele bäuerliche Familien pure Notwendigkeit, um alle Ausgaben zu decken.

Die größten Ausgaben sind 1. die Bildung der Kinder, damit die nächste Generation Chancen auf sozialen Aufstieg hat, 2. eventuelle Krankheiten von Familienmitgliedern und 3. der Hausbau. Bildung und Gesundheit gehören zu den Gütern, die eine Kommodifizierung erfahren haben und für viele Leute, vor allem auf dem Land, extrem teuer geworden sind. Das Ziel, ein Haus zu bauen, hat verschiedene Ursachen. Die alten Häuser sind eng, unwirtlich und fallen leicht auseinander, sie wollen ein neues aus Steinen und Zement. Aber das neue Haus ist auch ein wichtiges Symbol für den wirtschaftlichen Aufstieg einer Familie, Voraussetzung dafür, dass ein männlicher Sprössling eine Frau findet, die ihn heiratet, und der Ort, an dem die *mingong* leben wollen, wenn sie alt werden.

Alle WanderarbeiterInnen verbindet, dass sie weiterhin den Rückzugsweg aufs Land haben, also nur halb proletarisiert sind und sich ihre Identität als Bäuerin oder Arbeiterin vermischt (Pun: 20). Sie sehen sich nicht als Arbeiterklasse oder ArbeiterInnen (*gongren*), weil diese Begriffe für die alte, städtische Arbeiterschaft stehen und einen ausschließenden Charakter haben. Sie begreifen sich als Bauern (*nongmin*), Bauernarbeiter (*nongmingong*) oder als zugereiste ArbeiterInnen (*wailaigong*). Viele Bauern und WanderarbeiterInnen halten sich weiter für «rückständig» und «abergläubisch», für ein Hemmnis beim Aufbau einer sozialistischen Nation, weil sie dieses Bild bäuerlicher Minderwertigkeit weiterhin verinnerlicht haben.

Aber im Vergleich zu den aus den Staatsbetrieben entlassenen ArbeiterInnen (siehe Artikel dazu in diesem Heft) sind die *mingong* nicht verzweifelt oder hadern mit dem Schicksal einer vergangenen Welt. Sie sehen Fortschritte und glauben – trotz bitterer Alltagserfahrungen, Ausbeutung in der Fabrik, Aussaugung auf dem Land und Korruption und Repression durch die Kader – an eine bessere Zukunft. Die Erfahrungen machen sie wütend, und sie wollen die Diskriminierung bekämpfen.

工自联

gong1zi4 lian2

(Beijinger) Autonome Arbeitergewerkschaft

[während der Bewegung 1989 gegründet, nach der Niederschlagung unterdrückt]

Arbeiter in Shanghai

Mit den Wanderungen und der Arbeit in unterschiedlichen Regionen, Sektoren und Berufen sind auch verschiedene Subjekte entstanden, wie die wandernden Bauarbeiter (siehe dazu den Artikel in diesem Heft), die Hausangestellten (siehe den Beitrag dazu auf der Website) und die Fabrikarbeiterinnen, die *dagongmei* (siehe Kasten). Die WanderarbeiterInnen sind noch weit davon entfernt, eine einheitliche neue Arbeiterklasse zu sein, auch wenn sich das im Zuge der sozialen Konflikte schnell ändern kann.

Zusammenhalt und Kämpfe

Die *mingong* organisieren ihren Alltag und die Arbeit über informelle Verbindungen und Cliquen mit Leuten aus ihren Heimatorten und später mit neu in der Fabrik, auf der Baustelle oder im Wohnheim gefundenen FreundInnen. Diese Verbindungen nutzen sie für finanzielle Hilfen, emotionale Unterstützung, Informationen über den Arbeitsmarkt und für die Aufrechterhaltung der Kommunikation mit den Familien zu Hause. Zuweilen organisieren sie auch kulturelle Aktivitäten wie Musikgruppen oder eigene Schulen für ihre Kinder. In den Betrieben spielen diese Zusammenhänge in den täglichen Auseinandersetzungen, dem Herausholen von Pausen, Bummeln, dem Widerstand gegen den Fabrikdespotismus, den sogenannten «Waffen der Schwachen» (Pun: 73) eine Rolle.

Wenn *mingong* auf dem Bau arbeiten, verdingen sich oft ganze Kolonnen aus demselben Dorf. Auch die Anwerber, Kapos oder Subunternehmer sind meist Wanderarbeiter. In den Fabriken ist die Zusammensetzung flüssiger, die Verbindungen sind locker, werden schnell geschlossen und wieder gelöst, abhängig nicht zuletzt vom häufigen Jobhopping. (Lee 2007: 196).

Für die Organisation von Kämpfen reichen die herkunftsbasierten Organisationsstrukturen – ob als Familie, Dorf, Provinz, Mafia – oft nicht aus, wenn auf Abteilungs- oder Firmenebene gegen Maßnahmen der Bosse vorgegangen werden soll. Dafür müssen die WanderarbeiterInnen dann die Abneigungen und Rassismen untereinander überwinden, die auf der unterschiedlichen Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Klasse und Kultur der aus verschiedenen Provinzen kommenden *mingong* beruht.[6]

Die Kämpfe der WanderarbeiterInnen sind zahlreich. Im Jahr 2005 soll es allein in der Provinz Guangdong 10.000 Streiks gegeben haben (New York Times, 19.12.06). Lee hat Kämpfe in Shenzhen, Guangdong, ausgewertet, die zu Protesten, Schlichtungs- oder Gerichtsverfahren führten. Es ging vor allem um vier Punkte: 1. Lohnrückstände, illegale Lohnabzüge, Löhne unter dem Mindestlohn, was zusammen bisher etwa zwei Drittel aller Fälle ausmacht, die bei den Arbeitsbehörden landen; 2. Disziplinarische Maßnahmen (oder Exzesse) und Verstöße gegen die (ArbeiterInnen-)Würde; 3. Arbeitsunfälle und Ausbleiben von Unfallentschädigungen; 4. Entlassungen (Lee 2007: 164).

Die Proteste entstehen vor allem auf betrieblicher, allenfalls noch auf lokaler Ebene. Es gibt Kämpfe, die zustande kamen, weil Leute durch Streiks in anderen Betrieben zu eigenen Taten ermutigt wurden. Solche Informationen verbreiten sich über die Fluktuation, über persönliche Bekanntschaften mit Beschäftigten anderer Betriebe (weil man zum Beispiel aus demselben Dorf kommt), oder dadurch, dass sich AktivistInnen beim Beschwerdegang im Büro der Gewerkschaft oder Arbeitsbehörde treffen. Auch die Wohnheime dienen nicht nur der Kontrolle der ArbeiterInnen.

共产党

gong4chan3 dang3

Kommunistische Partei

«Wir kommen wieder!»

[Aus: Reeve, Charles/Xi Xuanwu: Mensonges au pays de l'harmonie sociale. Editions Verticales/Paris; erscheint im Frühjahr 2008]

In einem billigen Lokal in Yau Ma Tai, Hongkong, sprechen wir mit He Baijiu, einem jungen Chinesen, der gerade von China aus in Hongkong angekommen ist.

Xi Xuanwu: Warum bist du nach Hongkong gekommen?

He Baijiu: Ich bin nach dem Streik fortgegangen.

Xi Xuanwu: Streik? Was für ein Streik?

He Baijiu: Ich erzähle es euch. Ich war Arbeiter in Xili, einer Ortschaft in der Gegend von Shenzhen, in einer Möbelfabrik, die einem Unternehmer aus Hongkong gehört: Siu Fung Möbel. Es ist ein große Fabrik mit mehr als 3.000 Leuten.

Vor einem Monat haben wir die Arbeit niedergelegt – fast alle. Wir wollten gegen die Arbeitsbedingungen und gegen die schlechte Behandlung durch die Vorgesetzten protestieren. Sie behandelten uns nicht wie Menschen. Wir arbeiteten zwölf Stunden am Tag plus Überstunden – für die wir nie einen Lohn erhielten! Außerdem hat der Chef kleine Ganoven für seinen Sicherheitsdienst engagiert, die oft gewalttätig wurden.

Wir haben in der Fabrik unsere Vertreter bestimmt und sind danach auf die Straße gegangen. Wir sind zum Ortszentrum gelaufen und haben das Gebäude umstellt, in dem sich die lokalen Parteikader versammelt hatten. Es hat nicht lange gedauert, da haben sie uns die bewaffnete Polizei auf den Hals geschickt... Wir haben uns ins Zeug gelegt, haben Zoff gemacht, aber wir konnten den Bullen nicht das Wasser reichen... Nach einer Stunde etwa sind wir dann auseinandergelaufen. Es gab unter uns auch einen Journalisten aus Hongkong – ich glaube er hat in irgendeiner Zeitung hier darüber berichtet, möglicherweise...

Wir wollten lediglich, dass die Behörden über unsere Situation informiert sind. Nichts zu machen! Nun, einer unser Vertreter hat gesagt: «Wir demonstrieren friedlich, aber wenn sie nichts machen, dann kommen wir wieder!»

Ich hatte genug und entschied, nicht an die Arbeit in dieser maroden Fabrik zurückzukehren. Mit einem Freund habe ich es geschafft und einen «Schlangenkopf» [Schleuser] bezahlt, damit wir über die Grenze nach Hongkong kommen. Hier sind die Arbeitsbedingungen weniger harsch. Man bringt den ArbeiterInnen Respekt entgegen. Ich muss noch Arbeit finden...

Charles Reeve: Du wirst die Siu Fung Gruppe meiden, oder?

He Baijiu: Diese Banditen, ich kann sie nicht mehr sehen! Ich habe genug von denen!

Charles Reeve: Nach Auflösung der Demonstration, habt ihr da noch was von euren Vertretern gehört?

He Baijiu: Nein. Ich weiß nicht, was aus ihnen geworden ist. Keine Ahnung, ob sie verhaftet worden sind. Das ist möglich. Man wird abwarten müssen. Ich habe sie nicht wiedergesehen. Ich bin danach fortgegangen...

Hier treffen sich auch die Cliquen und Netzwerke, tauschen Informationen über die Maßnahmen der Firmenleitungen aus, zirkulieren die Erfahrungen vorheriger Kämpfe, diskutieren die ArbeiterInnen über die Regelungen des Arbeitsrechts und die nächsten Schritte und wirksamsten Protestformen. Andere Orte dafür sind Kantinen oder Krankenhausabteilungen, wo die Arbeitsunfälle liegen.

Die von Lee analysierten Kämpfe liefen oft nach einem Muster ab: Nach erfolglosen Beschwerden beim Boss gehen einige ArbeiterInnen zur Petitionsabteilung der Arbeitsbehörde. Je mehr ArbeiterInnen bei den Arbeitsbehörden auflaufen – als Kundgebung oder Sit-in –, desto schneller wird gehandelt und desto besser das Ergebnis. Wenn nur wenige kommen, passiert gar nichts (Lee 2007: 179). Falls die Arbeitsbehörde sich darum kümmert, versucht sie, den Konflikt über eine für alle Beteiligten freiwillige Vermittlung oder Schlichtung zu regeln, oft mit Vorschlägen, bei denen nicht mal die gesetzlichen Standards eingehalten werden. Der lokalen Arbeitsbehörde, die oft eng mit den örtlichen Wirtschaftskreisen verbandelt ist, geht es um eine schnelle und kostengünstige Lösung. Scheitert der Versuch, kann es zu einem Gerichtsprozess kommen. Arbeitgeber setzen oft auf eine gerichtliche Klärung statt auf Vermittlung oder Schlichtung, weil sie davon ausgehen können, dass die ArbeiterInnen keinen so langen Atem haben und aufgeben. Die Gerichtsurteile kommen oft den Unternehmern entgegen, auch weil die Gerichte direkt von den lokalen Behörden finanziert werden. Bei einem ungerechten Gerichtsurteil kann der Konflikt auf der Straße eskalieren. Die ArbeiterInnen versammeln sich vor der Arbeitsverwaltung oder dem Betrieb, gehen gemeinsam zum Gericht, zu anderen lokalen Behörden oder schicken gar eine Delegation nach Beijing, um sich bei der zentralen Petitionsstelle oder anderen zentralen Behörden zu beschweren.

Nicht immer verläuft es nach diesem Muster: Viele Konflikte eskalieren direkt auf der Betriebsebene, führen zu «spontanen» Streiks – und auch zu tätlichen Angriffen auf Vorarbeiter und Fabrikbesitzer.

Das administrative und juristische Geplänkel bei den Behörden und Gerichten spielt darüber hinaus eine ambivalente Rolle zwischen Befriedung und Radikalisierung der Auseinandersetzungen. Manche ArbeiterInnen beziehen sich zunächst auf die Gesetze, weil die dort gesetzten Standards meist deutlich besser sind als die Bedingungen, die sie haben. Das Wissen über die chinesischen Arbeitsgesetze, die in etwa dem mitteleuropäischen Standard entsprechen, aber systematisch übergangen werden, macht aus «normalen Nöten» und «Pech» ein offenes Vergehen gegen das Gesetz. Das mobilisiert die Leute zu Protesten (Lee 2007: 174).

Es geht ihnen dabei weniger um die formale «Gesetzwidrigkeit» der Zustände, als vielmehr um die Notwendigkeit einer Lageverbesserung. Wenn sie später lernen, dass sie bei den Behörden, vor Gericht oder bei einer Schlichtung nur eingeschüchtert, diskriminiert und im Ergebnis verarscht werden, wenn sie den Beamtenfilz, die Einflussnahme der Bosse und die Korruption erfahren, kann das aber auch zu einer weiteren Eskalation mit Sit-ins und Streiks führen.

Wenn es denn so weit kommt. Für den Abbruch vieler Kämpfe gibt es wichtige Gründe. Zum einen haben die *mingong* tatsächlich keinen langen Atem. Ohne finanzielle Reserven sind sie darauf angewiesen, eine andere Arbeit zu finden. Haben sie eine neue Arbeit, fehlt ihnen aufgrund der Arbeitszeiten und der Kasernierung in den Wohnheimen oft die Möglichkeit, weiter gemeinsam um ihre Ansprüche an den alten Arbeitgeber zu kämpfen. Finden sie keine neue Arbeit, gehen sie zurück aufs Dorf – oft ist es einige hundert oder gar über tausend Kilometer entfernt –, wo sie auf die Unterstützung der Familie zurückgreifen, aber nicht weiter am Kampf teilnehmen können.

Außerdem entstehen in den Kämpfen selten langfristige Verbindungen oder Organisationsstrukturen, die eine längere Auseinandersetzung tragen könnten. Im Moment der Proteste entsteht eine Solidarität und Gemeinsamkeit, die mit dem Ende des Kampfes (oder auch der Schließung eines Betriebes) vorbei ist, weil alle wieder auseinandergehen. Übrig bleiben die Verbindungen aus dem Dorf, die für die Suche nach einem neuen Job nützlich sind oder für die Organisation der Heimreise. Viele AktivistInnen, die ansonsten noch an dem Kampf drangeblieben wären, resignieren. Es fällt auf, dass die Kämpfe der von Umstrukturierung oder Entlassung betroffenen StaatsarbeiterInnen im Rostgürtel meist länger dauern, weil die Leute nicht so mobil sind und feste Wohnorte haben, auch nach Entlassungen.

Reaktionen des Staates

Ein wichtiger Faktor für das Ende oder gar den Abbruch von Kämpfen ist auch die Reaktion des Staates oder der Unternehmer. Oft schlagen die Polizei oder angeheuerte Sicherheitsdienste und Schlägertruppen zu, wenn es keine Einigung gibt, der Unternehmer die richtigen Verbindungen zu den Behörden hat, oder der Kampf Formen annimmt, die der Staat nicht hinnehmen will. Schläger wie Polizei greifen sich in der Regel die vermeintlichen RädelsführerInnen. Wollen die lokalen Behörden die AktivistInnen loswerden, können sie diese per Verwaltungsakt – also ohne Gerichtsprozess – in ein Umerziehungslager stecken (bis drei Jahre Haft und Zwangsarbeit). Bei härteren «Vergehen» gibt es auch Gefängnis (über drei Jahre, nach einem Gerichtsprozess). Auch wurden die wenigen Versuche, unabhängige Gewerkschaften für *mingong* zu organisieren, zerschlagen und die AktivistInnen in den Knast oder Umerziehungslager gesteckt.

Die Kämpfe der *mingong* sowie der städtischen StaatsarbeiterInnen (*gongren*) und Arbeitslosen (*xiagang*) haben einige Gemeinsamkeiten, wie der Bezug auf die Gesetze, die Fragmentierung der ArbeiterInnen und ihr lokalisierter Aktivismus,

共产主义

gong4chan3 zhu3yi4

Kommunismus

ihr Zusammenkommen in den Wohnvierteln und Wohnheimen, die Repression bei einer Ausbreitung über Betriebsgrenzen hinaus und das Abgreifen der AktivistInnen. Untergrundorganisationen werden brutal zerschlagen, den Forderungen der (isolierten) Kämpfe aber nachgegeben – zumindest formal; ob alle Verbesserungsversprechen auch eingehalten werden, ist eine andere Frage.

Vor allem aber zeigen sie beide das auf den ersten Blick widersprüchliche, tatsächlich aber sich gut ergänzende Auftreten des lokalen und des zentralen Staates. Die Dezentralisierung des sozialistischen Planstaates im Zuge der Reformen, die Erhebung der lokalen Behörden zu Profitcentern der neuen sozialistischen Marktwirtschaft und die Stärkung der mit den lokalen Partei- und Verwaltungsgrößen verbandelten Fabrikdirektoren und -besitzer haben dazu geführt, dass eine Klasse von Kadern und Kapitalisten entstanden ist, die nicht nur die Akkumulation organisiert, sondern sich auch einen großen Teil des neuen Reichtums aneignet, den die *mingong* mit ihrer Arbeit produzieren. Das schafft erhebliche soziale Verwerfungen und nährt – gerade in China – das Gespenst massenhafter Revolten gegen das neue Ausbeutungsregime. Dagegen entwickeln die Politstrategen der Kommunistischen Partei und der Zentralregierung Konzepte – manche meinen, es wären nur Illusionen – wie Rechtsstaatlichkeit, Sozialgesetze, demokratische Kontrolle auf lokaler Ebene und anderes mehr. Einiges davon haben sie schon in juristische Regeln gegossen, für die sie in der staatlichen Propaganda wie für ihre «Harmonische Gesellschaft» Werbung machen.

关系

guan1xi0

Beziehungen, Verbindungen

Für die wütenden ProletarierInnen und Kleinbauern bilden diese Gesetze und sozialen Konzepte des Zentralstaats einen wichtigen Bezugspunkt, während der lokale Staat ihr wichtigster Angriffspunkt ist. Dem Zentralstaat ist daran gelegen, dieses Arrangement noch eine Weile zu erhalten, weil er sich seine eigene Legitimation noch erhalten kann, ohne den Forderungen der Massen nach einer Verbesserung ihrer Bedingungen in nennenswertem Umfang nachgeben zu müssen. Er ist bemüht, die Kontrolle über die Wanderungsbewegungen zu erhöhen und gleichzeitig die angespannte Situation der *mingong* in den Städten zu entschärfen. Es gibt Versuche, WanderarbeiterInnen besser zu integrieren, etwa dadurch, dass sich Teile der Staatsgewerkschaft oder NGOs um sie kümmern. Sie bekommen Aufmerksamkeit und Unterstützung von offiziellen Medien, Arbeitsrechtsgruppen, Arbeiteraktivisten (vor allem aus Hongkong) und sogar staatlichen Stellen. Die hohen Gebühren lokaler Behörden für die *mingong* wurden im Oktober 2001 von der Zentralregierung abgeschafft. Im Januar 2003 strich sie ebenso den Ausschluss von *mingong* von bestimmten Jobs, wandte sich gegen Lohnrückstände und illegale Lohnabzüge und forderte den Zugang von *mingong*-Kindern zu städtischen Schulen ohne diskriminierende Gebühren. Ebenfalls 2003 wurde das Gesetz gegen Landstreicherei geändert, illegale Verhaftungen wurden geächtet. Vorher war es oft vorgekommen, dass Polizisten WanderarbeiterInnen der Landstreicherei verdächtigten und in die Lager steckten.

In Shanghai und Shenzhen wurden neue Chip-Karten ausgegeben, auf denen persönliche Daten und der Aufenthaltsstatus gespeichert sind. Die Karten können dann bei den Behörden eingesetzt werden, wenn es um Sozialhilfe, Familienplanung, Bildung und so weiter geht. In deren Sprache heißt das «Bevölkerungsmanagement» (Shenzhen Daily, 9.2.2007, China Daily, 27.12.06). Dabei geht es sowohl um die Kontrolle der Wanderung als auch um die der Ansprüche auf soziale Dienstleistungen. Diese werden zum Teil auch für WanderarbeiterInnen geöffnet, um weitere soziale Spannungen abzufedern, die sich aus der Armut, der mangelnden oder fehlenden medizinischen Versorgung und dem teuren Zugang zu Bildungseinrichtungen ergeben.

In anderen Städten wird diskutiert, ob der *hukou* nicht abgeschafft wird, so auch in Beijing. Laut Angaben der South China Morning Post arbeitet die Behörde für Öffentliche Sicherheit dort an einem Plan, die Ausgabe von vorübergehenden Aufenthaltserlaubnissen auslaufen zu lassen, um die «Diskriminierung» gegen MigrantInnen zu beenden (SCMP, 31.1.2007). In der Provinz Yunnan wurde

schon die Abschaffung des alten *hukou*-Systems angekündigt. Das alles bedeutet nicht, dass die Diskriminierung schon vorbei ist: Weiterhin werden *mingong* in vielen Aspekten schlechter behandelt, müssen höhere Gebühren zahlen oder erfahren die Arroganz, Skrupellosigkeit und Korruption der lokalen Behörden.

Wie geht es weiter?

Zunächst hängt das vom weiteren Krisenmanagement des Regimes ab. Das Regime muss für die eigene Legitimation und das eigene Überleben die Korruption in den Griff kriegen und die Effektivität der Regierung erhöhen. Eine weitere Formalisierung und Institutionalisierung der Arbeitsverhältnisse und eine Stärkung der juristischen Instanzen und Gesetze könnte zu einer weiteren Kanalisierung der Konflikte in bürokratische Bahnen beitragen. Aber ob das klappt?

Die *mingong* werden die Situation in den Städten

mehr und mehr bestimmen. Sie sind der mobilste und dynamischste Teil der chinesischen Gesellschaft. In manchen Großstädten machen sie mittlerweile ein Viertel oder mehr der Bevölkerung aus. So haben siebzehn Millionen Menschen einen *hukou* von Shanghai, dazu kommen vier bis fünf Millionen Auswärtige (China Daily, 13.1.2007). In Shenzhen kommen auf drei Millionen «feste» Einwohner gar sechs Millionen *mingong* (Shenzhen Daily, 9.2.2007). Es ist vollkommen unklar, wie lange diese weiter zwischen Stadt und Land pendeln oder ob sie sich dauerhaft in der Stadt niederlassen und ihre Ansprüche durchsetzen werden.

Schon heute jammern viele chinesische und ausländische Kapitalisten über Arbeitskräfteknappheit und Lohnanstieg. Ein Wissenschaftler der Akademie der Sozialwissenschaften in der Provinz Guangdong schreibt, die Löhne und Arbeitsbedingungen für WanderarbeiterInnen hätten sich dort deutlich verbessert. Der Monatslohn für einfache Arbeiten wäre von 750 Yuan (2004) auf 890 Yuan (2005) gestiegen, bei gelernten Arbeitern von 1.600 Yuan auf 2.000 Yuan. Der Standard der von den Unternehmen angebotenen Wohnräume sei ebenfalls besser geworden, unter anderem durch Räume mit Klimaanlagen und solche für Verheiratete. Unternehmer, die solche Verbesserungen nicht finanzieren wollen oder können, wanderten in andere, «weniger entwickelte» Gegenden. Der Mindestlohn, der in Guangdong von 780 Yuan im Monat in der Hauptstadt Guangzhou bis runter auf 450 Yuan in ländlichen Regionen reicht, sei ebenfalls erhöht worden.

In Zukunft scheint sowohl die Eskalation als auch die Kontrolle der Kämpfe der *mingong* möglich. Zum einen schließt die illegale Landnahme das Sicherheitsventil der ländlichen Subsistenz und zerstört das Hinterland, in das sich die *mingong* in Zeiten der Erschöpfung oder Arbeitslosigkeit zurückziehen können. Das könnte die Explosivität ihrer Kämpfe in der Stadt erhöhen. Bis 2004 hatten schon vierzig Millionen Bauern kein Land mehr, und die «enclosure»-Bewegung hat bis heute zu einer Enteignung von drei Prozent des Ackerlandes geführt – für Entwicklungszonen, Technologieparks und Universitätsstädte (Lee 2007: 259). Gleichzeitig nehmen in der Stadt die Konflikte um Vertreibungen aus Innenstadt-Wohnungen weiter zu, solange die Immobilienblase weiter wächst und lokale Kader an Business-Parks und Einkaufszentren verdienen. Das trifft die schon durch Arbeitslosigkeit und prekäre Jobs gebeutelten (ehemaligen) staatlichen ArbeiterInnen, nimmt es ihnen doch die oft einzige soziale Sicherung, die nach den Umstrukturierungen übrig geblieben ist: die (mittlerweile gekaufte oder weiterhin billig gemietete) Betriebswohnung. Aber es trifft auch viele *mingong*, die aus den Innenstadt- in die Randbezirk-Slums verdrängt werden. Entsteht hier eine neue Allianz?

Bisher wurde in China die alte Arbeiterklasse, eine Minderheit im sozialistischen China, zersetzt. Zwar ist mittlerweile die Mehrheit der gesamten Bevölkerung proletarisiert oder zumindest semiproletarisiert worden, aber daraus ist nicht eine, sondern sind mehrere neue Arbeiterklassen entstanden. Dieser Fragmentierung steht die Allianz von Kadern, Bürokraten und Kapitalisten gegenüber, die in China in den achtziger und neunziger Jahren geschmiedet wurde. Wie nun entwickeln sich die Kämpfe der einzelnen Arbeiterklassen weiter? Werden sie zusammenkommen? Welche Sprengkraft werden ihre Kämpfe erreichen? Für Antworten ist es zu früh.

Literatur

Lee Ching Kwan (2007): Against the Law. Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt. Berkeley/London

Lee Ching Kwan (1998): Gender and the South China Miracle. Two Worlds of Factory Women. Berkeley/London

Pun Ngai (2005): Made in China. Women factory workers in a global workplace. Durham, NC

Pun Ngai/Li Wanwei (2006): Shiyu de husheng. Zhongguo dagongmei koushu. Beijing (Deutsch: *dagongmei* – Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen. Erscheint im Juni 2008 bei Assoziation A)

Pun Ngai/Smith, Chris (2007): Putting transnational labour in its place: the dormitory labour regime in post-socialist China. In: Work, employment and society, Volume 21(1): 27-45, 2007

Reeve, Charles/Xi Xuanwu (2008): Mensonges au pays de l'harmonie sociale. Editions Verticales, Paris (erscheint im Frühjahr 2008)

Endnoten

1 Zahlen von Chen Xiwen, Finanzberater der Zentralregierung Chinas, siehe China Daily, 25.10.06. Chen schreibt, dass es sich hier um eine Übergangsphase handelt, und die *mingong* letztlich zu regulären Stadtbewohnern werden.

2 Das Arbeitsministerium erwartet zwischen 2006 und 2010 fünfzig Millionen neue Stadtbewohner, China Daily, 10.11.06. Dazu kommen aber noch die Millionen, die durch die Reform der staatlichen Unternehmen arbeitslos werden.

3 Aufstellung der Mindestlöhne bei China Labor Watch: http://www.chinalaborwatch.org/2007wagestand.htm

4 Wörtlich: blind umherziehen: liu mang, 流盲; auch als liu mang, 流氓, zu lesen und zu verstehen: Strolche.

5 In Europa kennen wir das auch: Bäuerliche Arbeitsmigranten, die in die Industriegebiete ziehen, denken, sie würden in ein paar Jahren genug Geld verdienen, zum Beispiel um daheim ein Haus bauen und ein kleines Geschäft eröffnen zu können. Für die allerwenigsten hat sich diese Vorstellung realisiert.

6 Dabei spielen weniger die ethnischen Minderheiten eine Rolle, die in China etwa zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber vor allem im Westen (Xinjiang...), Süden (Yunnan) oder Norden (Innere Mongolei) leben. Unter den *mingong* sind eher die Spaltungen in unterschiedliche Dialekt- und Sprachgruppen der Han-ChinesInnen entscheidend.

国营工业

guo2ying2 gong1ye4

staatliche Industrie

过劳死

guo4lao2 si3

Tod durch Überarbeiten

Arbeitende Schwestern

«Auf der Unteren Mittelschule haben wir einiges über marxistische Theorie gelesen. Als die Lehrer uns den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der kapitalistischen Gesellschaft erläuterten, erwähnten sie auch die unmenschliche Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Damals haben wir das nicht begriffen. Aber seit ich nach Shenzhen gekommen bin, um zu arbeiten, kapiere ich allmählich, wie Kapitalisten die Arbeiter und Arbeiterinnen unterdrücken und ausbeuten.» (Arbeitsmigrantin in Shenzhen, Pun/Li 2006)

Mit der Entwicklung Chinas zur «Werkbank der Welt» in den achtziger und neunziger Jahren entstanden in den Ostküstenprovinzen industrielle Ballungsgebiete und Sonderwirtschaftszonen. Über einhundert Millionen vor allem junge Leute wurden vom Land in diese Städte gesogen oder drängten dorthin, weil sie für sich ein höheres Einkommen und bessere Lebensbedingungen erwarteten. Vor allem in den beiden südlichen Metropolen des Jangtse-Deltas um Shanghai und in den Provinzen Fujian und Guangdong haben sich viele Städte zu urbanen Industriezonen entwickelt, die nach den Bedürfnissen des Fabriksystems und des internationalen Warenverkehrs strukturiert sind.
In den Fabriken arbeiten die MigrantInnen vom Land, deren Leben sich deutlich von dem der alten Arbeiterklasse im Sozialismus unterscheidet. Diese ArbeiterInnen werden oft *dagongmei* (arbeitende Schwestern) und *dagongzai* (arbeitende Söhne) genannt. Der geschlechtsneutrale Begriff des *gongren*, des an der «Eisernen Reisschüssel» sitzenden sozialistischen Arbeiters, wurde also ersetzt durch einen geschlechtsspezifischen Begriff, der gleich in doppeltem Sinne deren Zweitklassigkeit ausdrückt. Das *dagong* entspricht dem deutschen Anglizismus «jobben». Es drückt Flüchtigkeit und Geringfügigkeit aus und beschreibt einen zweitklassigen Nebenjob für einen privaten Kapitalisten, anders als *gongzuo*, das Wort für vollwertige Arbeit in einem staatlichen Betrieb. Die Beschreibung der Personen als *mei*, kleine Schwester, und *zai*, Sohn, deutet auf jugendliche, unerfahrene ArbeiterInnen in nachgeordneter Stellung. Zusammengenommen beschreiben sie die jungen WanderarbeiterInnen als Hilfskräfte und Ungelernte, als informell und ungeschützt. Gleichzeitig sind sie es, die in den Weltmarktfabriken für die ganze Welt Konsumgüter produzieren, von Elektronik über Spielzeug bis zu Strümpfen, und eine zentrale Rolle in den internationalen Produktionsketten einnehmen. Was aber denken die *dagongmei* und *dagongzai* selber über ihr Leben und ihre Zukunft?

Zwei Autorinnen aus Hongkong haben durch ihre Untersuchungen und Interviews vor allem mit den *dagongmei* Einblicke in deren Leben als Frauen, Migrantinnen und Arbeiterinnen verschafft.

Ching Kwan Lee hat in ihrer Untersuchung in zwei Elektronikfabriken eines Konzerns in Hongkong und Shenzhen herausgearbeitet, wie sie in den neuen Fertigungsstätten des Perlflussdeltas einem «despotischen Fabrikregime» unterworfen werden, das sich die prekäre Lebenslage der *dagongmei* zunutze macht (Lee Ching Kwan, 1998: *Gender and the South China Miracle. Two Worlds of Factory Women*. Berkeley/London).
In einem späteren Buch zeigt sie dann, wie sich die *dagongmei* zusammenfinden, und gegen die Ausbeutung und Diskriminierung kämpfen, obwohl sich an ihrer prekären Lage seit den neunziger Jahren wenig geändert hat. In diesem Buch untersucht sie sowohl die Kämpfe der WanderarbeiterInnen in Shenzhen als auch die der StaatsarbeiterInnen im nördlichen Rostgürtel von Liaoning und schaut auf die Hintergründe dieser getrennten Proteste (Lee Ching Kwan, 2007: *Against the Law. Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*. Berkeley/London).

Pun Ngai begann ihre Untersuchung ebenfalls in einer Elektronikfabrik in Shenzhen und zeigt, wie sich das Leben der neu angekommenen Arbeiterinnen abspielt (Pun Ngai, 2005: *Made in China. Women factory workers in a global workplace*. Durham, NC). Bestimmt von den Ausbeutungs- und Machtbeziehungen des Fabrikregimes sehen sie sich mit den harten Arbeitsbedingungen, den endlosen Arbeitstagen und gefährlichen oder giftigen Produktionsabläufen konfrontiert. Sie leben in überfüllten Wohnheimen in einer feindlichen urbanen Umwelt und müssen als Neulinge erst neue Freundinnen finden und lernen, sich zurechtzufinden. Wie andere ArbeiterInnen weltweit lernen sie langsam, die Spaltungen untereinander zu überwinden und sich den Angriffen der Fabrikdirektoren entgegenzustellen, was in Widerstandsaktionen in der Fabrikhalle, Bummelstreiks und Streiks seinen Höhepunkt findet. Allerdings bleibt das ein langwieriger und widersprüchlicher Prozess, mit vielen Rückschritten und nur erträglich, weil die *dagongmei* oft die Fabrik wechseln, wenn die Bedingungen inakzeptabel sind.
Pun Ngai hat später zusammen mit Li Wanwei ein weiteres Buch herausgebracht, eine Sammlung persönlicher Lebenserfahrungen von sechzehn *dagongmei*, beruhend auf den Interviews mit diesen Frauen (Pun Ngai/Li Wanwei, 2006: *Shiyu de husheng. Zhongguo dagongmei koushu*. Beijing; auf Deutsch: *dagongmei* – Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen. Erscheint im Juni 2008 bei Assoziation A). Das Buch zeigt ihren Werdegang in all seiner Widersprüchlichkeit: die Notwendigkeit, aus dem Dorf fortzugehen, um Geld zu verdienen, zugleich der Wunsch, was von der Welt zu sehen und am modernen Stadtleben teilzunehmen; die Flucht aus dem Dorf vor dem langen Arm der patriarchalen Familie, gleichzeitig die Hoffnung, nach einigen Jahren Arbeit zur Familie zurückzukehren, zu heiraten und Kinder zu haben. Die jungen Frauen wollen ihren eigenen Weg finden, aber ihr in der Stadt verdientes Geld schicken sie oft nach Hause, wo es nicht nur ein wichtiger Teil des Familieneinkommens ist, sondern ihnen als Frauen auch einen besseren Status gibt. Gegen arrangierte Ehen, die despotischen Vorgesetzten und die Ignoranz und Diskriminierung durch die lokalen Behörden finden sie Wege des Widerstands und versuchen trotz der Ausbeutung und Repression durch den sozialistischen Staat und die neuen und alten Kapitalisten für ihren Traum von einem unabhängigen und sorgenfreien Leben zu kämpfen.

Beide Autorinnen zeigen, wie hier eine neue Arbeiterklasse entsteht, wie junge Frauen sich neue Möglichkeiten erkämpfen, die hoffen lassen, dass sie nicht ebenso bittere Erfahrungen machen werden wie ihre Mütter und Großmütter. Das verbindet sie mit den *dagongmei* in anderen asiatischen Staaten oder den lateinamerikanischen Maquiladoras.

Wanderarbeit in Tianjin

Interviews mit Bauarbeitern und Dienstleistungsarbeiterinnen

Wandernde Bauern sind bereits ein wichtiger Teil der industriellen Arbeitskraft»[1], musste sich die Kommunistische Partei China (KPCh) im Februar 2004 auch in der Öffentlichkeit eingestehen. Nachdem es in den Jahren davor immer häufiger zu Protesten sowohl auf dem Land als auch von WanderarbeiterInnen in den Städten der Volksrepublik (VR) China gekommen war, sah sich die Partei gezwungen, zu reagieren und ihre Politik gegenüber der ländlichen Gesellschaft zu ändern. Dennoch oder gerade deshalb stellen sich die Fragen: In welcher Arbeits- und Lebenssituation befinden sich WanderarbeiterInnen derzeit in chinesischen Städten? Haben sich ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse verbessert?

Im folgenden Artikel sollen die Ergebnisse von Interviews[2] präsentiert werden, die wir im Zeitraum von Juni bis Juli 2007 mit WanderarbeiterInnen in der Stadt Tianjin geführt haben. Tianjin ist eine von vier regierungsunmittelbaren Städten Chinas, liegt im Norden des Landes, südöstlich von Beijing und ist in fünfzehn Stadtbezirke und drei Kreise unterteilt. Im Jahr 2005 lebten 10.430.000 Menschen im Gebiet Tianjins, von denen 9.393.100 als registrierte und etwa eine Million als temporäre EinwohnerInnen galten.[3]

Insgesamt haben wir zwölf Interviews mit WanderarbeiterInnen durchgeführt, von denen ein Interview abgebrochen werden musste, da das Auswahlkriterium, über keinen urbanen *hukou* zu verfügen, in diesem Fall nicht erfüllt wurde. Abgesehen von diesem Kriterium, beschränkten wir die Auswahl der InterviewpartnerInnen auf Frauen in Dienstleistungsberufen und Männer, die als Bauarbeiter tätig sind. Des Weiteren schränkten wir die Gespräche örtlich auf die Bezirke Nankai (Arbeiterinnen in Dienstleistungsjobs) und Xiqing (Bauarbeiter) ein – diese Wahl der Bezirke beruht auf der Feststellung Li Bingqin's, Anfang 2000 hätten sich dreißig Prozent der MigrantInnen in diesen Bezirken Tianjins niedergelassen.[4] Die Interviews wurden mit einem halbstrukturierten Fragenkatalog geführt, mithilfe dessen wir Fragen zur Arbeits-, urbanen Lebens- und Familiensituation sowie zum Verhältnis mit staatlichen Institutionen stellten. Die Gespräche erfolgten jeweils abends nach dem Arbeitsende der ArbeiterInnen an deren Arbeitplatz. Um eine Beeinflussung durch die Anwesenheit von ArbeitskollegInnen zu verhindern, wurden die Interviews ausschließlich einzeln durchgeführt.

Das Ziel der Interviews liegt in einem genaueren Verständnis der Situation von WanderarbeiterInnen in Tianjin. Unser Anliegen war es im Besonderen, durch die Gespräche einen Einblick in viele unterschiedliche Bereiche ihres Lebens in der Stadt zu erlangen, was sich in den auf mehrere Themenbereiche angelegten Fragen widerspiegelt. Abgesehen von der Unmöglichkeit, die Ergebnisse der Interviews als repräsentativ zu bezeichnen, ist damit die Einschränkung verbunden, in diesem Beitrag einen weniger analytischen und eher deskriptiven Blick auf das Gesagte der WanderarbeiterInnen werfen zu können. Der folgende Artikel gliedert sich in eine Zusammenfassung der zentralen Aussagen der Arbeiterinnen in Dienstleistungsberufen sowie anschließend der Bauarbeiter. Verteilt auf diese Zusammenfassung finden sich auch Interview-Auszüge zu einigen Themenbereichen, die wir hervorheben wollen, da sie uns besonders interessant erscheinen.

和谐社会

he2xie2 she4hui4

«Harmonische Gesellschaft»

[Propagandabegriff der gegenwärtigen Regierung]

Verwandtschaftliche Beziehungen sind sowohl für Arbeiterinnen in Dienstleistungsberufen als auch für Bauarbeiter von zentraler Bedeutung, um in die Stadt zu kommen und eine Arbeit zu finden. Es zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede in den Beweggründen dieser beiden Gruppen, den Heimatort zu verlassen. Auf die Frage «Warum hast du deinen Heimatort verlassen und in der Stadt/in Tianjin eine Arbeit gesucht» antworten die Wanderarbeiterinnen in Dienstleistungsjobs:

«Ich will mich selbst ein wenig abhärten und mich selbst dazu bringen, erwachsen zu werden.»

«Weil sie [die Mitschülerinnen] sagen, dass es auswärts mehr Spass macht. Sie sagen nach dem Schulabschluss ist es auswärts sehr gut – sich ein wenig durchschlagen. Dann bin ich eben gleich von dort weg und her gekommen.»

«Weil die Entwicklung in meiner Heimat nicht gut ist und ich finde, dass sich Tianjin besser entwickelt.»

«Um eben etwas Geld zu verdienen und nachher meine Eltern zu ernähren.»

«Weil ich zuhause keine passende Arbeit gefunden habe und es mir außerdem zu nahe bei meiner Familie war. Ich will mich auch selbst durchs Leben schlagen und etwas Erfahrung sammeln.»

Dahingegen lauten die Antworten der Bauarbeiter, die meist auch Hauptverdiener innerhalb der Familie sind:

«Ich habe zuhause ein paar Kinder und die finanzielle Lage ist relativ schwierig, deshalb bin ich gekommen um etwas Geld zu verdienen.»

«Zuhause kann man sich seinen Lebensunterhalt überhaupt nicht verdienen. In einem Jahr kann eine Person ein Mu[8] Land bebauen. Wenn man bei einem Mu Land den Einsatz abzieht, dann liegt der höchste Ertrag bei nur tausend Kuai. Sag mir, was kann man mit tausend Kuai machen? Wer würde denn weg gehen wollen, wenn man dort ein gutes Leben hätte? Niemand würde weg gehen wollen.»

«Die Situation zuhause ist relativ eng, denn wir haben kein Geld. […] Wir sind zwei Brüder, deshalb haben wir zurzeit keine Wohnung. So bin ich eben weg gegangen, um Geld zu verdienen.»

«Ich bin mit ihnen [Freunden aus dem Heimatort] gemeinsam gekommen, um Geld zu verdienen.»

«Es ist dort zurzeit so: Zuhause haben wir nicht viel Land, die Anbaufläche ist sehr klein. Jeder hat nur etwa vier, fünf Fen[9] Land und alles ist Gebirgsgebiet. Ich bin von dort weg und hierher arbeiten gekommen um ein wenig Geld zu verdienen.»

«Um Geld zu verdienen und die Familie zu ernähren halt.»

Dienstleistungsberufe

Die fünf befragten Wanderarbeiterinnen in Dienstleistungsberufen sind zwischen 18 und 22 Jahre alt. Sie kommen aus den Provinzen Hebei, Henan und Jilin sowie aus der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing. Der Zeitraum der Ankunft in Tianjin reicht von Mai 2005 bis Februar 2007. Drei der interviewten Frauen arbeiten als Kellnerinnen (eine davon im Imbissladen ihrer eigenen Eltern), eine Frau ist als Verkäuferin in einem Supermarkt tätig und eine Frau als Haarwäscherin in einem Frisörsalon. Die fünf Arbeiterinnen haben ihren derzeitigen Job auf unterschiedliche Art und Weise gefunden, wobei sich zeigt, dass verwandtschaftliche Beziehungen eine zentrale Stellung einnehmen. So wurden die Jobs von drei Frauen über Familienmitglieder vermittelt und eine Befragte wurde von ihren Mitschülerinnen darauf aufmerksam gemacht. Auch im Falle der als Haarwäscherin tätigen Arbeiterin, die angab, ihre Anstellung per Zufall im Vorbeigehen gefunden zu haben, leben Verwandte in Tianjin, bei denen sie in der Zeit der Arbeitssuche untergebracht war. Die Kriterien für die Jobwahl der interviewten Frauen reichen von der Qualität des Chefs und der Atmosphäre unter den ArbeiterInnen über die Höhe des Gehalts sowie dem freien Zugang zu Wohnplatz und Essen bis hin zur Aussage der Verkäuferin im Supermarkt, einen «anständigen Beruf» – als Gegensatz zu einem KellnerInnenjob genannt – auszuüben. Eine der Befragten hatte keine Kriterien für die Auswahl ihres Jobs.

Einige Bauarbeiter erzählen in den Gesprächen von ausstehenden und nicht bezahlten Löhnen sowie ihren Reaktionen darauf. Ein 56-jähriger Arbeiter aus der Provinz Henan erinnert sich dabei an Proteste aufgrund ausstehender Löhne in der Hauptstadt Beijing:
«Vergangenes Jahr, als ich an der Bepflanzung der Grünanlagen gearbeitet habe, habe ich Proteste mit eigenen Augen gesehen.»
Frage: *Wie haben die Leute gehandelt?*
«Sie haben mithilfe eines Journalisten recherchiert und sich einmal auf der Straße in einer Reihe aufgestellt. Ich habe aber nicht weiter nachgefragt.»
Frage: *Hat der Chef ihnen schließlich den Lohn ausbezahlt?*
«Das weiß ich nicht genau.»
Wie er weiter beschreibt, bleibt den Wanderarbeitern oft nur die Wahl, entweder unter den gegebenen Bedingungen weiterzuarbeiten oder an einen anderen Ort zu wechseln:
Frage: *Hast du mit deinen Arbeitskollegen beim Chef protestiert und einen höheren Lohn gefordert, als du mit deiner früheren Arbeit nicht zufrieden warst?*
«Das passiert gewöhnlich, wenn der Lohn nicht ausbezahlt wird oder zu niedrig ist. Einige Leute gehen dann zum Chef und sprechen mit ihm.»
Frage: *Wie reagiert der Chef, wenn ihr ihm sagt, ihr seid unzufrieden?*
«Wenn du nicht zufrieden bist und er dir den Lohn nicht erhöht, kannst du auch nichts machen. Wenn du gerne dort arbeitest, dann arbeitest du eben dort. Wenn nicht, dann gehst du nach Hause. Allerdings hängt das auch von der Laune des Chefs ab. Manche Chefs haben eine große Vertrauenswürdigkeit und wissen, dass es auch nicht leicht ist, auswärts zu arbeiten. Wenn du die Arbeit für ihn ausreichend erledigst, gibt er dir einen höheren Lohn. Manche Chefs sind einfach nicht bereit, dir einen höheren Lohn zu geben. Wenn du gewillt bist, zu arbeiten, dann arbeitest du. Wenn nicht, lässt du es eben sein. Das gibt es auch.»

Arbeitszeit

Die befragten Wanderarbeiterinnen müssen zwischen 10 und 13,5 Stunden pro Tag arbeiten, im Winter verkürzt sich die vorgeschriebene Arbeitszeit einer der Kellnerinnen auf acht Stunden. Überstunden machen zu müssen, geben drei der Arbeiterinnen an, wobei diese nur in einem Fall bezahlt werden. Anspruch auf Urlaub – von zwei Tagen – hat nur eine Befragte, jedoch sagt diese, sie nehme sich nie frei, da sie nicht wüsste, was sie in der freien Zeit tun solle. Arbeiterinnen ohne geregelte Urlaubszeiten bitten um freie Tage, wenn sie zur Erntezeit nach Hause fahren müssen bzw. von der Arbeit erschöpft sind.

Lohn und Lebenshaltungskosten

Die Monatslöhne der Arbeiterinnen liegen zwischen 700 und 800 Kuai[5] – eine Ausnahme stellt die Kellnerin im familieneigenen Imbissladen dar; sie spricht von Einnahmen von etwa 2.000 Kuai pro Monat. Abgesehen von dieser Ausnahme, werden die Löhne den Befragten jeden Monat ausbezahlt. Obwohl einige Arbeiterinnen von Fällen ausstehender Gehälter gehört haben, ist es noch in keinem der derzeitigen Arbeitsverhältnisse zu einer derartigen Situation gekommen.

Bei keiner der Befragten stellt der eigene Lohn die Haupteinkommensquelle innerhalb der Familie dar. In den meisten Fällen wird zwar ein Teil des Lohns gespart oder an die Eltern überwiesen, doch diese sind nicht darauf angewiesen und legen das Geld wiederum für die Tochter zurück. Eine der Ar-

红卫兵

hong2wei4 bing1

Rote Garden

[treibende, militärisch organisierte Kraft der Jugend während der Kulturrevolution; auch: 赤卫队, chi4wei4 dui4]

U-Bahnbauarbeiter in Shenzhen

beiterinnen verbraucht ihren Monatslohn jeweils zur Gänze und legt nichts zurück. Die Angaben zu den monatlichen Lebenshaltungskosten schwanken zwischen 200 und 800 Kuai. Ausgegeben wird dieses Geld hauptsächlich für Essen, Kleidung, das Mobiltelefon und alltägliche Gebrauchsgegenstände.

Arbeitsvertrag und Krankenversicherung

Die Arbeiterinnen haben, bis auf die Ausnahme der Kellnerin im familieneigenen Betrieb, keinen Arbeitsvertrag unterzeichnet und verfügen über keine Krankenversicherung. Im Restaurant einer Kellnerin forderte der Chef die ArbeiterInnen im vergangenen Jahr auf, Arbeitsverträge zu unterzeichnen. Dies erklärt sie damit, dass ihr Chef zum damaligen Zeitpunkt Angst hatte, die Belegschaft könnte das Restaurant aus Unzufriedenheit über die Arbeitsbedingungen verlassen. Auf die Frage, was sie im Falle eines Arbeitsunfalls tun würden, antwortet die Befragte, sie würden den Chef bzw. Manager aufsuchen, der für einen Teil der Arztkosten aufkomme.

Wohnsituation

Zwei der Kellnerinnen wohnen in Wohnungen in der Nähe des Arbeitsplatzes, die von ihren Chefs gemietet wurden. Die anderen Befragten wohnen bei Verwandten bzw. der Familie und nur eine Arbeiterin muss für ihre Miete selbst aufkommen, da keine Wohnung vom Chef zur Verfügung gestellt wird und sie sich gemeinsam mit weiteren sechs Personen eine Wohnung gemietet hat.

Bildung

Die meisten der Wanderarbeiterinnen haben die Untere Mittelschule abgeschlossen. Einer Arbeiterin fehlt noch ein Jahr für die Absolvierung der Oberen Mittelschule. Zur Frage, ob die erfahrene Schulbildung für die jetzige Arbeit nützlich sei, gibt es unterschiedliche Meinungen. Während zwei der befragten Personen meinen, sie habe keinen Nutzen, wird die Schulbildung für die persönliche Charakterbildung, das Sprachverständnis und den zwischenmenschlichen Umgang als nützlich beschrieben.

Familie

Keine unter den befragten, um die 20 Jahre alten Wanderarbeiterinnen ist verheiratet. Da Fälle von arrangierten Ehen besonders auf dem Land noch weit verbreitet sind, haben einige Angst, den Ehemann von den Eltern vorgestellt zu bekommen. Die interviewten Arbeiterinnen, die alle über ein eigenes Mobiltelefon verfügen, haben mit ihrer Familie in sehr unterschiedlichen zeitlichen Abständen Kontakt. So rufen einige ihre Eltern täglich oder mehrmals in der Woche an. Bei anderen beschränken sich die Anrufe auf spezielle Anlässe wie Geburts- oder Feiertage. Der Großteil der Befragten kehrt nur einmal im Jahr – zum Neujahrsfest – in den Heimatort zurück. Eine Arbeiterin aus der nahe gelegenen Provinz Hebei fährt zweimal im Jahr nach Hause, um bei den Feldarbeiten zu helfen.

Freizeitbeschäftigungen

Die interviewten Wanderarbeiterinnen geben an, in der kaum vorhandenen Freizeit gerne fernzusehen und sich einfach nur vom Arbeitstag auszuruhen. Als weitere Freizeitbeschäftigungen werden Einkaufen gehen, spazieren, lesen und Musik hören genannt.

Verhältnis zu StadtbewohnerInnen[6]

Die Arbeiterinnen haben meist nur während der Arbeitszeit Kontakt mit StadtbewohnerInnen, und der Freundeskreis nur einer der befragten Frauen umfasst auch Menschen aus Tianjin. Während einige Arbeiterinnen die StadtbewohnerInnen Tianjins als freundlich beschreiben und es bei ihnen zu keinen Formen von Diskriminierung gekommen ist, verweist eine der Interviewten darauf, dass sie das Gefühl hat, als

Ein Arbeiter, 56 Jahre alt und vormals selbst Subunternehmer, erzählt im Gespräch von gescheiterten Versuchen in der Vergangenheit, Firmenchefs vor Gericht anzuklagen, um die nicht bezahlten Löhne doch noch zu erhalten:

Frage: *Aber ich habe noch nicht verstanden, wenn sich damals niemand darum gekümmert hat und der Chef sowie der Subunternehmer kein Geld auszahlen, wie hast du damals gehandelt? Haben Wanderarbeiter mit dem Subunternehmer gesprochen? Hat es Proteste oder Ähnliches gegeben?*

«Vor einigen Jahren, das sage ich dir, haben sich alle gegenseitig betrogen. Verstehst du, was ich meine? Der betrügt den und dieser betrügt den anderen. Man hat keine Alternative.»

Frage: Aber wie haben die Arbeiter, die ja in dieser Hierarchie ganz unten sind, wie habt ihr gehandelt?

«Welche Mittel haben wir Wanderarbeiter? Wir haben überhaupt keine Mittel. Wo sollen wir uns beschweren? Vor einigen Jahren konnte man eine Klage vor Gericht einbringen und das Gesetz verwenden um diese Sache zu regeln. Das Gericht verurteilt jemanden und dennoch gibt es kein Geld. Wenn du nicht gewinnst, bekommst du das Geld nicht zurück. Wenn du gegen jemanden einen Prozess machst, musst du zahlen. Hast du gezahlt, dann bekommst du das Geld erst nicht zurück. Ich habe aufgrund dieser Sache geplant, vor Gericht zu gehen, bin schließlich aber nicht hingegangen, da ich kein Geld mehr hatte und mir die Prozesse nicht leisten konnte. Drei, vier Jahre bin ich herum gerannt, damit die Rechnungen bezahlt werden, doch sie wurden nicht bezahlt. Verstehst du was ich meine?»

Frage: *Ich verstehe, nach drei, vier Jahren wurden dir auch keine Rechnungen bezahlt?*

«Man hat mir keine Rechnungen bezahlt, Formalitäten waren auch nicht oder unvollständig vorhanden. Es gab nur einen Vertrag, wie viel Geld kannst du damit vor Gericht erlangen? Wie ich gerade gesagt habe, es ist unnötig davon zu reden, dass man kein Geld hat und für das Gericht Geld braucht. Doch wenn man vor Gericht geht und jemand verurteilt wird, sollte man uns Geld – egal wie viel – geben, nicht? Ich habe für dich gearbeitet, folglich musst du mir zweifellos Geld geben, wie viel sagen wir gar nicht. Das Gericht verurteilt ihn, aber er hat erst kein Geld und gibt dir nichts. Was machst du dann? Kannst du mit ihm fertig werden? So sieht es aus und deshalb bekommt man das Geld nicht mehr zurück. Aufgrund dieser Sache, das sage ich dir, sind viele Subunternehmer ruiniert worden und vor einigen Jahren gab es aus unserem Dorf davon fünf, sechs Subunternehmer.»

护厂

hu4chang3

Fabrik verteidigen

[Maßnahme städtischer ArbeiterInnen gegen die Schließung des Betriebs, oft in Form der Besetzung]

Wanderarbeiterinnen in Shenzhen warten auf Anstellung

Wanderarbeiterin verachtet zu werden, und bissigen Bemerkungen von Gästen ausgesetzt ist. Des Weiteren werden anfängliche Verständnisschwierigkeiten aufgrund der unterschiedlichen Akzente beschrieben, die mit der Zeit zu einer Anpassung der Sprachgewohnheiten bei den Arbeiterinnen führen kann.

Staat, Polizei, Kontrolle

Die interviewten Wanderarbeiterinnen verfügen über keine Sozialversicherung und erhalten keine Sozialhilfe. Ein Teil der befragten Frauen hat eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung, die vom jeweiligen Chef bzw. den Eltern besorgt wurde. Kontrollen der Polizei werden von allen als problemlos eingeschätzt. So wurde auch eine Kellnerin, die über keine temporäre Aufenthaltsgenehmigung verfügt, von der Polizei kontrolliert und nur darum gebeten, sich diese aus Gründen der eigenen Sicherheit zu besorgen.

Auf die Frage, welche Hilfeleistungen sie sich von der Regierung wünschen würden, reagieren zwei Arbeiterinnen ablehnend, und meinen, sie würden von der Regierung keine Hilfeleistungen benötigen. Als Wünsche an die Regierung werden hingegen Hilfe für ältere Menschen auf dem Land sowie die eigene finanzielle Sicherheit im Alter geäußert.

Zukunft

Die eigenen Vorstellungen vom zukünftigen Leben sind sehr unterschiedlich und nur zwei der Befragten überlegen, in Tianjin zu bleiben. Neben den Äußerungen, nur von einem Tag auf den nächsten zu leben und sich über die Zukunft keine Gedanken machen zu wollen, sehen zwei Frauen ihre Zukunft nicht im derzeitigen Job, sondern wollen die Arbeit wechseln, um sich selbst weiter zu entwickeln, oder in den Heimatort zurückfahren und einen eigenen Laden aufmachen.

Bauarbeiter

Die sechs befragten Bauarbeiter sind zwischen 18 und 56 Jahre alt und sind aus den Provinzen Hebei, Henan, Shandong sowie Sichuan nach Tianjin gekommen, wobei die Dauer der jeweiligen Aufenthalte in Tianjin stark variiert und zwischen zwei Wochen und mehr als zwanzig Jahren liegt. Teilweise verfügen die Arbeiter über Arbeitserfahrungen in anderen Städten und auch anderen Arbeitssektoren. Keine der interviewten Personen hat seinen Wohnort auf dem Land alleine verlassen, sondern sie sind gemeinsam mit Verwandten oder anderen Leuten aus dem Heimatort, die zum Teil schon zuvor in Tianjin gearbeitet hatten, in die Stadt gekommen. Eine zentrale Rolle nehmen hier Subunternehmer ein, die Arbeiter aus ihren eigenen Dörfern für Bauprojekte suchen, und anschließend auch gemeinsam mit der Gruppe von Arbeitern in die Stadt fahren. Folglich sind die Arbeiter auf einer Baustelle in vielen Fällen aus demselben Dorf. Zu den kaum vorhandenen Kriterien für die Suche nach einer Arbeit zählen die Höhe des Lohns und die pünktliche Ausbezahlung desselben, so ist es auch die Nichterfüllung dieser Kriterien, die bei den Wanderarbeitern zum Verlassen vorangegangener Baustellen führte.

Arbeitszeit

Die Arbeitszeit der interviewten Bauarbeiter liegt zwischen acht und zwölf Stunden. Überstunden sind häufig gemäß des Verlaufs der Bauprojekte zu verrichten, werden jedoch zumindest ausbezahlt. Auf die Frage nach Urlaub und freien Tagen antworten die Wanderarbeiter, man könne sich grundsätzlich nach Belieben freinehmen, werde aber an diesen Tagen nicht bezahlt. Während ein jüngerer Befragter angibt, sich zwischen fünf und sechs Tage pro Monat auszuruhen, meint ein älterer Arbeiter, nur dann nicht arbeiten zu gehen, wenn er krank oder körperlich zu erschöpft sei.

Lohn und Lebenshaltungskosten

Der Tageslohn beträgt zwischen 35 und 50 Kuai, was einem Monatslohn von etwa 1050 bis 1500 Kuai entspricht. Ausbezahlt wird das Geld den Wanderarbeitern allerdings nicht pro Monat, sondern nach einer Abrechnung zum Jahresende. Stattdessen erhalten sie jeden Monat eine Art Taschengeld, welches die Lebenshaltungskosten abdecken soll und in der Höhe von 200 bis 400 Kuai liegt. Fälle von ausstehenden Gehältern gibt es in den derzeitigen Arbeitsverhältnissen der Befragten nicht, jedoch hat sich diese Situation erst seit einigen Jahren gebessert.

Bei den meisten der interviewten Arbeiter stellt ihr Lohn die Haupteinkommensquelle innerhalb der Familie dar. Dementsprechend wird versucht, während des Lebens in der Stadt sparsam zu sein und am Ende des Jahres – oder zu Erntezeiten – möglichst viel Geld nach Hause mitnehmen zu

户口制度

hu4kou3 zhi4du4

Haushaltsregistrierungssystem

[teilt alle auf in Stadt- und Landbevölkerung]

können. Das monatliche Taschengeld wird zum Kauf von Essen, Alkohol, Zigaretten, alltäglichen Gebrauchsartikeln, Kleidung, Medizin und Telefonwertkarten verwendet, wobei pro Monat etwa 200 Kuai ausgegeben werden.

Arbeitsvertrag und Krankenversicherung

Die befragten Wanderarbeiter haben keinen Arbeitsvertrag unterzeichnet, was von ihnen für als eine für Bauarbeiter übliche Situation beschrieben wird. An die Stelle von Arbeitsverträgen treten mündliche Vereinbarungen zwischen dem Chef bzw. Subunternehmer und den Arbeitern. Die Interviewten verfügen über keine Krankenversicherung. Bei Unfällen suchen sie den Chef bzw. Subunternehmer auf, von dem sie sich eine Entschädigung für etwaige Arzt- und Medizinkosten erwarten.

Wohnsituation

Die Bauarbeiter wohnen in Containern oder Baubaracken auf der Baustelle, die von der jeweiligen Firma zur Verfügung gestellt werden. Je nach Art der Unterkunft handelt es sich um Zimmer mit Stockbetten für etwa sechs Personen oder größeren Matratzenlagern für etwa zehn Personen.

Bildung

Die meisten der Arbeiter haben die Untere Mittelschule abgeschlossen. Unabhängig vom jeweiligen Bildungsniveau bezeichnen alle Befragten ihre Schulbildung auch für ihre derzeitige Arbeit als nützlich. Auch wenn für die Arbeit auf der Baustelle keine besondere Ausbildung erforderlich sei, so sei das in der Schule Gelernte für die Arbeitssuche, die Lohnabrechnungen, das Benutzen von Messgeräten und in Bezug auf das Allgemeinwissen hilfreich.

Familie

Die Mehrheit der interviewten Wanderarbeiter ist verheiratet und hat Kinder.[7] Etwa einmal pro Woche nehmen sie per Telefon – nur ein Arbeiter verfügt über ein eigenes Mobiltelefon – Kontakt mit der Familie auf. Zurück in den Heimatort fahren die Befragten zu Jahresende, zu speziellen Anlässen wie Hochzeiten und Geburtstagen, und in gewissen Fällen auch zu den Erntezeiten im Frühjahr und Herbst, um den Eltern, der Ehefrau, dem Sohn oder Bruder, welche weiterhin den Acker bebauen, zu helfen. Zu Veränderungen im Verhältnis zu den Familienmitgliedern sei es durch die eigene Abwesenheit nicht gekommen. Dies wird teilweise damit begründet, dass auch viele andere Verwandte in Städten weg von zuhause arbeiten.

Freizeit

Als Beschäftigungen nach dem Ende eines Arbeitstages nennen die Bauarbeiter das Spazierengehen auf Straßen und Märkten, hin und wieder Fernsehen oder das Lesen von Zeitschriften bzw. Büchern. Alle verweisen darauf, dass sie keine Hobbys hätten und diese Beschäftigungen nur der Erholung vom Arbeitstag dienen.

Die Bauarbeiter sagen in den Interviews, dass es derzeit kaum mehr Fälle von ausstehenden Gehältern gebe und auch die Polizei Wanderarbeiter nicht mehr nach Belieben festnehmen könne. Als Auslöser für die Verbesserung der Situation nennen die befragten Arbeiter den Erlass von Wanderarbeiter-Gesetzen durch die Zentralregierung. So antwortet ein 40-jähriger Arbeiter aus der Provinz Shandong auf die Frage, ob es zurzeit Fälle von ausstehenden Gehältern gebe:

«Das gibt es nicht. Allgemein haben wir auf dieser Baustelle noch nie von ausstehenden Löhnen gehört. Zurzeit packt die Regierung dieses Gewerbe fest an, vor einigen Jahren gab es das noch. Ich arbeite jedenfalls seit zwei Jahren und der Lohn ist noch nie ausgestanden.»

Ein weiterer Bauarbeiter antwortet auf dieselbe Frage:

«Vor einigen Jahren gab es das, jetzt ist es besser geworden und seit den letzten Jahren gibt es das kaum. Weswegen? Das Zentralkomitee hat dieses Wanderarbeiter-Gesetz erlassen und nun traut sich niemand mehr, den Wanderarbeitern Löhne zu schulden. Man schuldet eher dem Chef Geld und traut sich nicht, Wanderarbeitern Geld nicht auszuzahlen. In den letzten Jahren wurde es allgemein besser, vor einigen Jahren war es aber noch nicht in Ordnung. Damals, verfickt noch mal, hat es alleine durch dieses Schuldendreieck kein Geld gegeben. Egal ob der Chef Geld hat oder nicht, er würde es dir nicht geben. […] Wenn du bei einem Bau fertig gearbeitet hast, gibt dir der Chef kein Geld. Wenn unser Subunternehmer aber kein Geld erhält, was soll er uns dann geben? Das meine ich.»

Er erinnert sich im Verlauf des Interviews auch an Festnahmen von Wanderarbeitern durch die Polizei und spricht auch in diesem Fall von, durch die Wanderarbeiter-Gesetze ausgelösten, Verbesserungen der letzten Jahre:

«Ich weiß nicht mehr genau in welchem Jahr das war, aber ich habe damals auf dem Platz hinter dem Tianjiner Ostbahnhof auf einer Baustelle gearbeitet. Wir haben gerade zu Abend gegessen, als diese verdammte Polizei mit dem Auto zum Eingangstor gefahren ist und Leute festgenommen hat. Sie sind auf die Baustelle gekommen und haben uns überprüft. Wenn du nicht die gesamten Papiere hattest, dann haben sie dich eben mitgenommen. Manchmal haben sie dich auf der Straße überprüft, aber sie sind, verdammt noch mal, auch auf die Baustelle gekommen. Das hat es vor einigen Jahren alles gegeben.»

Frage: *Wenn diese Festnahmen damals ganz üblich waren und du schon wusstest, dass Leute festgenommen wurden, hast du dann anderen Wanderarbeitern davon erzählt oder sie davor gewarnt?*

«Davon haben auch die anderen Wanderarbeiter gewusst, jeder hat davon gewusst. Die Kleidung von Wanderarbeitern ist in Wahrheit ja ein wenig schmutzig, Menschen vom Land können sich dabei nicht mit den Stadtbewohnern messen. Ein Wanderarbeiter kann sich noch so herausputzen und kann sich noch so waschen, aber er wird dennoch nicht wie ein Stadtbewohner aussehen. Daher kann man auf der Straße auch einen Unterschied erkennen. Wenn man hin und wieder nicht aufmerksam ist, etwas einkaufen geht und so jemandem ein Dorn im Auge ist, wird man sofort mitgenommen. Diese Situation hat es vor einigen Jahren gegeben, jetzt ist es besser. Trauen sich diese Arschlöcher das heutzutage noch? Niemand traut sich das mehr, heutzutage sind Wanderarbeiter wie zu Göttern geworden.»

Frage: *Warum traut sich das heute niemand mehr?*

«Weil es jetzt das Wanderarbeiter-Gesetz des Zentralkomitees gibt, und es niemand mehr wagt, dich festzunehmen. Es ist nicht mehr wie damals. Vor einigen Jahren war es für einen Wanderarbeiter schon zu Ende, sobald er nur kontrolliert wurde.»

集体上访

ji2ti3 shang4fang3

kollektive Petition

[erlaubte Beschwerdeform bei Behörden]

Bauarbeiter in Beijing

Verhältnis zu StadtbewohnerInnen

Die interviewten Bauarbeiter geben an, einen geringen Kontakt mit StadtbewohnerInnen zu haben. Meist besteht der Kontakt nur über das technische Personal aus Tianjin auf Baustellen oder während der von den Arbeitern getätigten Einkäufe, wobei das Verhalten der StadtbewohnerInnen nicht als verachtend angesehen wird. Die Arbeiter zeigen sich bewusst über ihre äußerlichen und sprachlichen Unterscheidbarkeit, aufgrund beispielsweise der Kleidung und dem jeweiligen Akzent, fühlen sich aufgrund dessen von den StadtbewohnerInnen allerdings nicht diskriminiert. Eine Ausnahme stellt die Beschreibung positiver Diskriminierung eines Arbeiters dar, der erzählt, dass der Chef eines Supermarktes ihm aufgrund seiner verschmutzten Kleidung Waren zu herabgesetzten Preisen verkaufte.

Staat, Polizei, Kontrolle

Die befragten Wanderarbeiter verfügen weder über eine Sozialversicherung, noch erhalten sie Sozialhilfe. Einer der Arbeiter sagt im Interview jedoch, dass es auf dem Land eine Versicherung für ältere Menschen, die keine familiäre Unterstützung haben, gebe. Die Mehrheit der Arbeiter besitzt eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung bzw. wurde diese für erst kürzlich nach Tianjin Gekommene unter den Befragten zur Zeit der Interviews gerade beantragt. Für die Kosten der Aufenthaltsgenehmigung müssen die Bauarbeiter nicht selbst aufkommen, da dies vom jeweiligen Chef bzw. Subunternehmer erledigt wird. Nicht alle der interviewten Wanderarbeiter haben bereits Kontrollen durch die Polizei erlebt. Kontrollen in den letzten Jahren werden als harmlos beschrieben, da sich die Polizei damit begnügt, Arbeiter ohne temporäre Aufenthaltsgenehmigung aufzufordern, sich diese schnellstmöglich zu besorgen. Im Kontrast zu dieser Beschreibung erzählt ein Arbeiter von den gewaltsamen und korrupten Vorgehensweisen der Polizei und Sicherheitsdienste von vor mehr als etwa fünf Jahren. Als entscheidend für die Verbesserung der Situation nennen die Arbeiter den Erlass von Wanderarbeitergesetzen der Zentralregierung.

Von der Regierung wird gefordert, dass sie Initiative für die Wanderarbeiter ergreifen sollte, falls die Löhne zu niedrig sind oder am Jahresende nicht ausbezahlt werden. Abgesehen davon reagieren die Arbeiter allerdings ablehnend auf mögliche Hilfeleistungen der Regierung, da sie diese nicht brauchen würden.

Zukunft

Die Vorstellungen und Hoffnungen bezüglich der zukünftigen Lebenssituation fallen je nach Alter der Befragten unterschiedlich aus. Während sich ältere Arbeiter keine Hoffnungen mehr machen wollen und zufrieden sind, wenn sie genug zu essen haben und ihre Kinder groß ziehen können, wollen einige der jüngeren Arbeiter nur noch für eine gewisse Zeit fern von ihrer Heimat arbeiten und später ein eigenes Unternehmen in ihrem Heimatdorf gründen.

加班

jia1ban1

Überstunden

Endnoten

1 Zhonggong zhongyang (2004): «Zhonggong zhongyang guowuyuan guanyu cujin nongmin zengjia shouru ruogan zhengce yijian» (Einige politische Vorschläge des Zentralkomitees der KPCh und des Staatsrats für die Erhöhung der bäuerlichen Einkommen), auf der Website: www.people.com.cn/GB/jingji/1037/2325995.html, 29.10.2007.

2 Die vollständigen Interviews sind auf der Homepage www.wildcat-www.de/dossiers/china nachzulesen.

3 2006 Tianjin Statistical Yearbook, in http://www.stats-tj.gov.cn/2006nj/2/2-1.htm (29.10.2007). Weitere statistische Erhebungen zur temporären Bevölkerung finden sich in http://news.enorth.com.cn/system/2006/03/17/001258181.shtml, 29.10.2007.

4 Li Bingqin: «Floating Population or Urban Citizens? Status, Social Provision and Circumstances of Rural-Urban Migrants in China», in Social Policy and Administration, Nr. 2 (2006), 174-195.

5 10,7 Yuan RMB (umgangssprachlich als Kuai bezeichnet) entsprechen 1 Euro.

6 Im konkreten Fall beschreibt der Begriff StadtbewohnerInnen nur Menschen, die in Tianjin geboren sind oder über einen Tianjin-*hukou* verfügen.

7 Auf die Frage nach Kindern wurde oft nur mit der Anzahl der Söhne geantwortet und erst bei weiterem Nachfragen auch die Töchter genannt.

8 Ein Mu entspricht 1/15 Hektar.

9 Ein Fen entspricht 66,666 m².

Die unglückliche Arbeitergeneration

Lage und Proteste der städtischen ArbeiterInnen und Arbeitslosen

Das Proletariat in den Staatsbetrieben – die *gongren* – stand im Zentrum der Umstrukturierungen der achtziger und neunziger Jahre und der Massenentlassungen ab 1997. Von den Bauern und WanderarbeiterInnen unterschied es sich schon dadurch, dass ein Teil vor den Reformen gewisse Vergünstigungen genoss – garantierter Arbeitsplatz, bessere medizinische Versorgung usw. – und als feste Stütze des sozialistischen Regimes galt. Nach den Reformen gehörte das städtische Proletariat dann zu den Verlierern: Die Umstrukturierung der staatlichen Kombinate führte zu Dequalifizierung, Lohnkürzung, Prekarisierung und Entlassung von Millionen von ArbeiterInnen. Dagegen führten sie militante Kämpfe, vor allem ab 1997, die von Regierung und Parteiführung als eine der größten Bedrohungen für die soziale Stabilität gesehen werden. Sie brachten das chinesische Regime aber lediglich dazu, das Tempo der Umstrukturierung runterzufahren, stoppen konnten sie den Prozess nicht.

Viele der neuen städtischen Arbeitslosen sind vierzig Jahre alt und älter, unfähig in den neuen ökonomischen Strukturen aufzusteigen und von der alt-neuen Klasse chinesischer Kapitalisten und den ausländischen Weltmarktfabriken auf ihrer Suche nach frischen Arbeitskräften ignoriert. Sechzig Prozent der in den achtziger und neunziger Jahren aus den staatlichen Kombinaten Entlassenen sind Frauen. Sie machen nach der Entlassung vor allem prekäre Jobs.

Die Verarmung dieser städtischen ArbeiterInnen ist ein letzter Schlag gegen die «unglückliche Generation». Während der Kulturrevolution (1966-76) bekamen sie keine oder kaum Schulbildung auf den Weg, wurden von den Roten Garden drangsaliert (oder waren selber an den Exzessen beteiligt) und aufs Land geschickt, wo sie in Armut lebten und hart arbeiten mussten. Nach ihrer Rückkehr – zum Teil erst nach zehn und mehr Jahren – wurden ihnen ungelernte Jobs in den Kombinaten zugewiesen, schließlich hatten sie nichts gelernt. In den neunziger Jahren waren sie die ersten, die aus den Staatsbetrieben gefeuert wurden. Nun wartet die Altersarmut zwischen geringer Rente und prekärer Beschäftigung.

Während es heute eine breite Diskussion – in und außerhalb Chinas – über die wandernden «BauernarbeiterInnen» (*mingong*) gibt, die ihre Arbeitskraft in Fabriken und *sweatshops*, auf Baustellen, in Restaurants oder als Haushaltshilfen verkaufen, erregt das Schicksal der städtischen ArbeiterInnen weniger Aufmerksamkeit. Vor ein paar Jahren war das anders. Auf der Höhe der Welle von Arbeiterunruhen organisierten die von Umstrukturierung und Entlassung betroffenen städtischen ArbeiterInnen in einigen Gebieten – wie dem «Rostgürtel» des Nordostens – große Proteste gegen Entlassungen, Lohnrückstände, schlechtere Arbeitsbedingungen, Korruption und die Nicht-Auszahlung von Entschädigungen oder Sozialhilfe.

Miniaturgesellschaften

Der Großteil der städtischen ArbeiterInnen war in einer *danwei*,[1] oder Arbeitseinheit, beschäftigt. 1981, zu Beginn der Reformen, arbeiteten dort 42 Prozent der gesamten industriellen Arbeitskraft. Sie produzierten 75 Prozent des industriellen Outputs. Die anderen industriellen ArbeiterInnen waren diejenigen in städtischen Kollektiven, befristet Beschäftigte in den staatlichen Kombinaten und die in ländlichen Industrien (Lee 2003: 72).

Die *danwei* war nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische und soziale Organisation. Nach Abschluss der Schule wurden die städtischen Jugendlichen einer *danwei* zugeordnet, die ihnen einen lebenslangen Arbeitsplatz, Sozialversicherung, Rente und so weiter sicherte (die sogenannte «Eiserne Reisschüssel»). Nach der Heirat stellte die *danwei* in der Regel auch Wohnungen, Ledige konnten in Wohnheimen leben. Wegen der umfassenden Regelung und Kontrolle des Lebens der ArbeiterInnen werden *danwei* auch als Miniaturgesellschaften (*xiao shehui*) bezeichnet.

Nach außen funktionierten die *danwei* als ausführende Organe der staatlichen Behörden. Im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft, in der der Staat zentral über die Produktion und die Verteilung der Ressourcen entschied, waren die *danwei* nicht für Gewinne oder Verluste verantwortlich, sondern gaben beide an den Staat weiter, der ihnen die notwendigen Rohstoffe und Arbeitskräfte zuwies. Nach innen sorgten die *danwei* zum einen dafür, dass alle arbeiteten und so zur sozialistischen Akkumulation von Kapital beitrugen. Zum anderen waren sie Einheiten staatlicher Kontrolle über die sozialen Prozesse. Ökonomische Entscheidungen wurden von politischen Motiven geleitet, zum Beispiel bei der Einstellung und Beförderung von ArbeiterInnen oder der Ausbildung von Kadern. Im Zusammenspiel mit den betrieblichen und regionalen Institutionen der Kommunistischen Partei wurden die ArbeiterInnen geschult, kontrolliert und wo nötig bestraft. Für die ArbeiterInnen war die *danwei* sowohl Struktur ihrer sozialen Absicherung, als auch Organ der Kontrolle und Reglementierung ihres ganzen Lebens.

Im Vergleich zu anderen Teilen des Proletariats, insbesondere LandarbeiterInnen, den Beschäftigten der Kollektive und den prekären Teilen der städtischen ArbeiterInnen, ging es denen in den *danwei* ökonomisch relativ gut. Ihr niedriger Lohn wurde durch die weitgehende soziale Absicherung wettgemacht. Aber die *danwei*-ArbeiterInnen, BesitzerInnen eines städtischen *hukou*, waren keinesfalls eine homogene Gruppe. In den

阶级斗争

jie1ji2 dou4zheng1

Klassenkampf

Genuss einer vollen «Eisernen Reisschüssel» kam nur eine Minderheit von ihnen, insbesondere diejenigen, die in den großen *danwei* arbeiteten. Und innerhalb der *danwei* gab es eine Hierarchie der Beschäftigten, zunächst mal zwischen Kadern und ArbeiterInnen. Weitere Unterschiede wurden gemacht zwischen permanent Beschäftigten, befristet Beschäftigten und VertragsarbeiterInnen, zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern, Männern und Frauen, und zwischen Älteren mit langer Betriebszugehörigkeit und Jüngeren. Danach wurde zum einen die Zahl derjenigen begrenzt, die Anspruch auf die Sozialleistungen und lebenslange Arbeitsplatzgarantie hatten, zum anderen waren diese Spaltungen Grundlage der Lohnhierarchie.

Krise und neuer Despotismus

Die Krise und anschließende Reformen ab 1978 hatten verschiedene Ursachen, auf die wir hier nur kurz eingehen können. Die politischen und sozialen Umwälzungen der Kulturrevolution seit Mitte der sechziger Jahre hatten nicht nur vielerorts zu ökonomischem Chaos geführt, sondern auch den Einfluss der ArbeiterInnen auf betriebliche Entscheidungen gestärkt. Die Produktivität der chinesischen *danwei* war niedrig, auch weil sich die ArbeiterInnen weigerten, eine Intensivierung der Arbeit und insgesamt verschärfte Bedingungen hinzunehmen. Nachdem nach Maos Tod 1976 die «Pragmatiker» und «Technokraten» innerhalb der Kommunistischen Partei die aus der Kulturrevolution hervorgegangene Führungsschicht verdrängt hatten, gingen sie daran, die chinesische Wirtschaft zu «modernisieren». Ihr Ziel war, die Fabrikleitungen gegenüber den ArbeiterInnen zu stärken, um dann die Produktivität und die allgemeine Wirtschaftsleistung erhöhen zu können. Es ging um einen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungssprung bei gleichzeitiger Absicherung der Parteiherrschaft. Aber auch ArbeiterInnen und Bauern waren Reformen gegenüber aufgeschlossen. Sie wollten raus aus der Armut, ein Ende des sozialen Stillstands und eine Verbesserung der Lebensbedingungen.[2]

解放

jie3fang4

Befreiung

[Begriff für den Sieg über die Guomindang 1949]

Die Reformen ab Ende der siebziger Jahre, initiiert auch durch die Bauern, die in manchen Landkreisen das Land der Volkskommunen an die Familie verteilten, fanden zunächst auf dem Land, später dann auch in der Stadt statt. Das KP-Regime sah nun die Chance, die Rigidität der ländlichen und städtischen Arbeiterklassen auszuhebeln. Während überall auf dem Land die private Nutzung von Grund und Boden durch die Bauernfamilien eingeführt wurde, gab es in den Städten mehrere Vorgehensweisen: Aufbau eines neuen privaten Sektors in Sonderwirtschaftszonen mit ausländischem Kapital, Umstrukturierung und Rationalisierung der alten Industrien, dabei Schließung oder «Privatisierung» der kleinen und mittleren *danwei*, und Erhalt der großen *danwei* in strategischen Sektoren unter staatlicher Kontrolle.

Die Reformen waren keine Schocktherapie und liefen auch nicht nach einem Masterplan ab, sondern waren eher stufenweise und experimentell, nach dem Motto: «Den Fluss überqueren, indem man nach den Steinen tastet». Ökonomische, politische und soziale Prinzipien wurden je nach Passform und Opportunität angewandt. Ein «zweispuriges» System sollte sicherstellen, dass die alten Strukturen eine Zeit lang weiter existieren, während gleichzeitig neue entstehen, die später die alten ganz ersetzen. Kernpunkte der Reformen waren die Erhöhung der Befugnisse lokaler Behörden und Unternehmen, Anreize zur Effizienzsteigerung durch Belassung eines Teils der Gewinne im Betrieb, eine Deregulierung des Handels und stärkere Marktorientierung, vor allem aber die Errichtung eines neuen Arbeitsregimes, das keine lebenslangen Garantien mehr vergibt (Sozialvertrag, Eiserne Reisschüssel), sondern nur noch «vertragliche» Beziehungen von ArbeiterInnen und Arbeitgebern zulässt, mit anderen Worten: eine Kommodifizierung der Arbeitskraft. Alle Maßnahmen wurden schrittweise und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten angegangen. Manches kam erst nach dem Beitritt Chinas zur WTO in Schwung, viele Reformen sind noch (lange) nicht abgeschlossen.

Aus Sicht der ArbeiterInnen waren die Reformen der städtischen Industrien der Aufbau eines «neuen Despotismus» in den Betrieben (Lee 2003: 74). Die Stärkung der Fabrikdirektoren und Beschneidung der Kompetenzen von betrieblichen Parteistrukturen, Gewerkschaften und Arbeiterräten sowie die Aufweichung der bisherigen sozialen Garantien öffneten die Tore für einen «hire and fire»-Kapitalismus mit einer neuen Klasse von Managern, die sich aus den alten Strukturen von Armee, Partei und Verwaltung herausschälte.

Schon ab Mitte der achtziger Jahre deutete sich an, dass die Reformen nicht einfach durchgezogen werden konnten. Vielmehr war dies ein immer wieder stockender Prozess, weil der Widerstand nicht nur von den durch Umstrukturierungen betroffenen ArbeiterInnen kam, sondern auch von den *danwei*-Leitungen, die sich gegen ihre Aufspaltung, Schrumpfung oder Fusion wehrten. Ab 1997 nahmen mit der Intensivierung der industriellen Umstrukturierung und dem Personalabbau auch die sozialen Konflikte zu, obwohl die Regierung alle Propagandamittel einsetzte, um den ArbeiterInnen weiszumachen, dass dies langfristig für alle Vorteile bringe.

«Freistellung» des städtischen Proletariats

Natürlich betrafen die Reformen alle, die städtischen ProletarierInnen innerhalb und außerhalb der *danwei* und die wieder selbständigen Bauern. Hier soll es aber um die städtischen ProletarierInnen gehen, die in den *danwei* arbeiteten. Sie hatten vor den Reformen als Elite der Arbeiterklasse und Stütze des sozialistischen Chinas gegolten. Für die Partei waren sie «Soldaten» des Staates. Die Reformen veränderten den Blickwinkel. Was das Regime bisher als Aufgabe sah, die Versor-

Die Proteste 2002

Der Nordosten Chinas war früher ein Zentrum der Schwerindustrie und gilt heute als «Rostgürtel». Im Jahr 2002 erschütterten viele Arbeiterunruhen die Städte Liaoyang in der Provinz Liaoning und Daqing in Heilongjiang, möglicherweise die größten selbständigen Arbeiteraktionen in der Geschichte der Volksrepublik China.

Fast die gesamte Erdöl- und Gasproduktion des Landes ist in der Hand der staatseigenen PetroChina. Ende 2000 wurden die Erdölfelder von **Daqing** reorganisiert. Den Arbeitern wurde erzählt, die Firma stünde kurz vor dem Konkurs und es drohe eine Massenentlassung ohne Abfindungen. Deshalb erklärten sich 50.000 (von 260.000) bereit, die Abfindung zu nehmen. Die wenigsten fanden neue Jobs, und mit der Abfindung ging der Anspruch auf die Sozialleistungen der Erdölverwaltung verloren. Immerhin bezahlte die Firma weiterhin die Heizung. Auslöser für die Proteste war die Ankündigung, dass auch diese letzte Leistung eingestellt wird. In Heilongjiang sind die Winter lang und kalt.

Die Demonstrationen begannen am 1. März mit wenigen tausend Beteiligten, deren Zahl in den nächsten Tagen auf 50.000 stieg. An jedem Arbeitstag wurde demonstriert, und man sitzstreikte vor der Erdölbehörde. Es sollen sich auch noch beschäftigte Arbeiter angeschlossen haben, unter anderem weil sie höhere Rentenversicherungsbeiträge zahlen sollten, während Manager horrende Abfindungssummen kassierten. Die Produktion wurde nicht behindert.

Organisiert wurden die Proteste vom «Provisorischen Gewerkschaftskomitee der von der Erdölbehörde abgebauten Arbeiter». Sie verliefen anfangs weitgehend friedlich. Dann änderten die Behörden ihre Taktik, unter anderem weil eine Ausweitung drohte.

Am 19. März wurden mehrere Demonstranten bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt. Am 22. März besetzte ein Großaufgebot von Polizei und Militär die Versammlungsplätze. Dutzende Aktivisten wurden verhaftet. Die Aktionen gingen trotzdem weiter. Die Demonstranten riefen aber keine Parolen mehr, weil alle, die damit anfingen, Gefahr liefen, verhaftet zu werden oder zu verschwinden. Den noch beschäftigen Arbeitern stellte die Erdölverwaltung eine Lohnerhöhung in Aussicht. Am 27. Mai, 13 Wochen nach Beginn der Proteste, versammelten sich wieder mehr als 10.000 Leute.

Liaoyang ist von der Reform der Staatsbetriebe besonders betroffen: bis zu achtzig Prozent der ArbeiterInnen sollen «Freigestellte» sein. Es gab offenbar schon lange eine informelle Untergrundorganisation, deren Kern Arbeiter des FerroAlloy-Werks (Eisenlegierungen) bilden. Die Arbeiter dieser Fabrik hatten in den Jahren 2000 und 2001 größere Aktionen gegen Löhnrückstände und Werksschließungen gemacht.

Anlass für die erste Demo (11. März): Der Bürgermeister hatte in einem Fernsehinterview gesagt, dass es in seiner Stadt keine Arbeitslosen gäbe. Mehrere Tausend aus mehreren, zum Teil bankrotten Fabriken, demonstrierten daraufhin für seine Entlassung. In den nächsten Tagen wurden die Demos immer größer, bis zu 30.000 Teilnehmer. Auch hier reagierten die Behörden mit «Zuckerbrot und Peitsche»: Lohnrückstände wurden zum Teil gezahlt, anderen die baldige Zahlung ihres Arbeitslosengeldes versprochen, Korruptionsuntersuchungen gegen Manager des Eisenwerks angekündigt.

Am 17.3. wurde Yao Fuxin, ein Arbeiter des Eisenwerks verhaftet, was erst recht die Proteste anfachte, die jetzt nur noch eine Forderung hatten: «Freilassung von Yao Fuxin!» Später gab es weitere Verhaftungen.

Die Repression bediente sich wie in Daqing zweier Taktiken: einer starken Präsenz von Sicherheitsorganen in der Stadt zur Einschüchterung und der Jagd nach den Rädelsführern, den Aktivisten der Untergrundorganisation.

Von Daqing und Liaoyang inspirieren ließen sich die Bergarbeiter in den Kohlerevieren von Fushun und Fuxin (Liaoning). Tausende blockierten Mitte März Zuglinien, um gegen angekündigte Entlassungskonditionen zu protestieren. Um die aus Daqing und Liaoyang bekannte Verhaftung von Aktivisten zu erschweren, wurden Transparente und Schilder aufgestellt, die Ort und Zeit von Aktionen bekannt gaben; auf den Demos selbst gab es weder Schilder noch Parolen.

Die Regierung legte im Jahr 2002 ein neues Sozialprogramm auf, um die Binnennachfrage zu erhöhen und dem *xiagang*-Problem die Spitze zu nehmen: verstärkte Einrichtung von staatlichen Arbeitsämtern (die zum Teil die Freistellungslöhne verteilen und Arbeit vermitteln sollen), Erhöhung des Lohns der Staatsbeschäftigten, usw.

2007 richtete die Frau des zu 7 Jahren Haft verurteilten Yao Fuxin eine Petition zur Freilassung ihres Mannes an den Nationalen Volkskongress. Seine Haftbedingungen sind außerordentlich hart und seine Gesundheit ist kaputt. Die Petition wurde von mehr als 900 seiner ehemaligen KollegInnen unterzeichnet.

gung des städtischen Proletariats, sah es im Zuge der Umstrukturierung der Ökonomie als «Last». Die Umstrukturierung führte zu einer «systematischen Erosion der Arbeiterinteressen, verbunden mit harten Maßnahmen gegen die ArbeiterInnen, einschließlich Massenentlassungen, Verlust von Sozialleistungen, rücksichtslosem Vergehen gegen Arbeiterrechte und brutalen Arbeitsbedingungen» (Chen: 237/8). Hassard berichtet, dass im Jahr 1997 39 Prozent der städtischen Haushalte Einkommenseinbußen hatten. Dahinter verbargen sich auch richtige Not, neue Sorgen um medizinische Rechnungen und den Schulbesuch, den Einkauf von Lebensmitteln und so weiter (Hassard: 157/8). Viele städtische ProletarierInnen erlebten durch ihre Entlassung einen Absturz als «neugeborene Marginalisierte», wurden «von der Gesellschaft fallen gelassen» und «ausgeschlossen» (Solinger 2002: 304; 2004: 52, 55). Im Gegensatz zur Mehrheit der inländischen ArbeitsmigrantInnen waren die städtischen ArbeiterInnen «abwärts mobil».

Auch wenn die Aufweichung und Auflösung der *danwei* die staatliche Kontrolle über das Leben der StädterInnen minderte, bedeutete das keine größere Selbstbestimmung für die Betroffenen. Ihr Leben wird nun bestimmt durch die Notwendigkeit, sich ein noch so kleines Einkommen zu sichern, um zu überleben. Oft müssen sie verschiedene Quellen anzapfen: staatliche Unterstützungen, Verwandte, informelle Beschäftigung (auch hier oft über die Familie) oder flexible und «versteckte» Beschäftigung. Einziger Lichtblick ist hier, dass viele ehemalige StaatsarbeiterInnen weiter in ihren *danwei*-Wohnungen leben konnten (Lee 2007: 130/1).[3]

Die aus den *danwei* Entlassenen sind meist die Älteren, die Unqualifizierten, die Frauen. Sie finden vor allem in informellen Bereichen Beschäftigung wie Straßenhandel oder als Kurierfahrer, Sicherheitsleute, auf Baustellen und so weiter. Es gibt keine Arbeitsverträge, keine Sozialversicherung, keine festen Arbeitszeiten. Oft werden sie um den Lohn betrogen. Einige von den Jobs wurden vorher nur von den *mingong* gemacht, den vom Land in die Städte kommenden ArbeitsmigrantInnen. Allerdings können die Städter oft kaum mit diesen konkurrieren. Die vom Lande sind jünger,

mobiler und gewohnt, verschiedene Fertigkeiten zu erlernen und einzusetzen. Sie haben niedrigere Reproduktionskosten, da die Familie auf dem Land wohnt, können also für geringere Löhne arbeiten. Zudem gelten sie bei vielen Arbeitgebern als fleißiger und nicht so verwöhnt. Viele der *danwei*-Entlassenen haben Probleme, noch einen Job oder eine (verlässliche) Einkommensquelle zu finden.

Die Regierung spaltete die Entlassenen geschickt in verschiedene Gruppen, um gemeinsamen Kämpfen entgegenzuwirken. Es gab «offizielle» Kategorien, denen die Entlassenen zugeordnet wurden. Darunter sind die *xiagang*[4] (wörtlich: vom Posten entlassen; freigestellt), von denen es wieder verschiedene Formen gab wie die *daigang* (wörtlich: auf den Posten warten), also Leute, die zwischen Beschäftigung und Nicht-Beschäftigung wechseln mussten, diejenigen, die ihre Position behielten, aber keinen Lohn mehr bekamen (*tingxin liuzhi*), und diejenigen, die den Posten in der Firma verlassen und sich auch nicht mehr an diese wenden, ebenso wenig wie die Firma an sie (*liangbuzhao*). Dazu kamen Leute, die zwischen 1998 und 2001 als *xiagang* bei so genannten Wiederbeschäftigungszentren registriert waren, aber keine Arbeit fanden: Sie wurden dann als «Arbeitslose» (*shiye*) geführt und konnten für zwei Jahre staatliche Arbeitslosenunterstützung bekommen.

Andere Formen der Entlassenen waren die «internen RentnerInnen» (*neitui*), ArbeiterInnen, die nur noch fünf oder zehn Jahre bis zur Pensionierung hatten, ihre Verbindung zur *danwei* behielten und einen Teil des Lohns weiter bekamen (abhängig von der finanziellen Situation der *danwei*); die «Abgefundenen» (*mai duan gongling*), die eine bestimmte Summe bekamen, je nach Sektor und *danwei*, und sich danach selbst um Rentenversicherung und ähnliche Dinge kümmern mussten; und diejenigen, die auf ausgedehnten Mutterschaftsurlaub gingen, eine in den achtziger und neunziger Jahren bei der Entlassung von Frauen oft angewandte Methode. Nur einige der aufgezählten Gruppen bekamen nach der Freistellung weiter Sozialleistungen, andere bekamen nichts. Nur die eigentlichen *xiagang* tauchten in den offiziellen Entlassungsstatistiken auf, hatten einen (oft eher theoretischen) Anspruch auf Arbeitsvermittlung und sollten wie Arbeitslose Sozialhilfe bekommen, was aber von der wirtschaftlichen Lage der *danwei* abhängig blieb. Alles in allem soll die städtische Arbeitslosigkeit bis heute bei zehn bis fünfzehn Prozent liegen, allerdings mit viel höheren Zahlen in Städten des Rostgürtels.

Der Staat wollte die Folgen der Entlassungen auf mehreren Ebenen abfangen und gab vor, nach dem Motto «Den Kanal bauen, bevor das Wasser kommt» zu handeln (Hassard: 156). Der «private» Arbeitsmarkt sollte viele Entlassene aufsaugen, und Wiederbeschäftigungsprogramme sollten den *xiagang* Jobs in anderen staatlichen oder privaten Bereichen vermitteln – was beides aber kaum passierte. Weder wurden hier die Abwicklungsgesetze eingehalten – auch aufgrund von Korruption und Unterschlagung von Betriebsvermögen durch Kader und Manager – noch fanden die Entlassenen neue Jobs, aus Mangel an Ausbildung, wegen ihres Alters und Geschlechts. Die bereitgestellten Gelder waren zu gering oder wurden unterschlagen, und es gab zu wenige Jobs für die *xiagang*. Zum Teil wurden den Entlassenen die für die Leistungen erforderlichen Dokumente (*xiagangzheng*) einfach nicht gegeben, sodass sie auch keine Ansprüche auf Leistungen geltend machen konnten.

Als Ersatz für die wegfallenden Leistungen der *danwei* führte die Regierung Ende der neunziger Jahre auch die «drei Garantien» ein: eine «Existenzbeihilfe» für die *xiagang* (nur bis 2002), ein «Arbeitslosengeld» für alle Arbeitslose einschließlich derer aus bankrotten oder geschluckten Unternehmen, und eine «minimale Lebenshaltungskostengarantie» der lokalen Behörden für städtische Arme. Die Auszahlung setzte eine staatliche Kontrolle der persönlichen Einkommen voraus, was viele nicht wollten. Letztendlich waren diese Formen ineffektiv, und nur wenige bekamen die Unterstützung. Nur ein Teil der Entlassenen bekam überhaupt Kompensations- oder Unterstützungszahlungen; und die waren gering und wurden schnell eingestellt.

Das langfristige Ziel des Regimes ist, ein Versicherungssystem mit vier Säulen zu errichten: Renten, Gesundheit, Arbeitsunfall und Arbeitslosigkeit, aber die Ersetzung des *danwei*-gebundenen Sozialsystems durch ein staatlich oder privat finanziertes Sozialversicherungswesen kam bisher nur langsam voran, obwohl schon Mitte der achtziger Jahre Formen von Renten- und Arbeitslosenversicherung eingeführt wurden. Das ganze Vorgehen erinnert mehr an ein «Das Wasser ablassen, bevor der Abfluss fertig ist» (Cai 2002: 329).

Vorlauf und Ablauf der Kämpfe

Die großen finanziellen Einbußen und der Verlust der sozialen Absicherung stellten einen Bruch des «Sozialvertrags» zwischen städtischer Arbeiterklasse und Kommunistischer Partei dar, und führten damit auch in eine Legitimationskrise der KP-Herrschaft. Diese war bereits in den neunziger Jahren auf der Suche nach einer neuen Legitimationsbasis, die sie in den neuen (alten) städtischen Mittelklassen sowie den Kapitalistenkadern fand. Den ArbeiterInnen blieb das Aufbegehren.

Stahlarbeiter in Beijing

劳动条件

lao2dong4 tiao2jian4

Arbeitsbedingungen

Die städtischen ArbeiterInnen waren schon vor den Reformen längst nicht so fügsam, wie die strikte Organisationsform und soziale Kontrolle in den *danwei* vermuten lässt (siehe Sheehan). Noch 1984, als sich die Reformer der städtischen Industrie zuwandten, hatten die ArbeiterInnen große Erwartungen. Sie wollten eine deutliche Verbesserung ihrer Situation, fürchteten aber gleichzeitig eine Rückkehr der Verhältnisse vor 1949 mit unsicheren Jobs und hoher Arbeitslosigkeit. Die meisten ArbeiterInnen waren also nicht gegen die Reform an sich, welche die meisten von ihnen als notwendig ansahen, um dem Stillstand und der Armut zu entkommen. Sie wandten sich vielmehr gegen die mit den Reformen verbundene Korruption – wie in den «Demokratie» Bewegungen 1978 bis 1981 und auch 1989 –, die Ungerechtigkeiten bei der Durchführung, die wachsende Ungleichheit und die neuen Belastungen. Während Regime und Partei die «Eiserne Reisschüssel» als Ursache der Probleme ansahen, die sie durch die Reformen beseitigen wollten, galt sie den ArbeiterInnen als vielleicht einzige Errungenschaft des Sozialismus, die zu verteidigen lohnte.

Obwohl das neue Arbeitsvertragsrecht von 1986 zunächst nur wenige ArbeiterInnen betraf, brach eine Art «Jobunsicherheitspanik» aus (Sheehan: 207). Dieses Unsicherheitsgefühl, die Korruption und die neue Macht der Fabrikdirektoren, die alte Formen der Arbeitermitbestimmung – die auch früher wenig effektiv waren – aushebelten, sowie die Inflation waren Gründe dafür, dass zahlreiche ArbeiterInnen die «Demokratie»-Bewegung 1989 unterstützten. Viele hatten schon vorher an Protesten teilgenommen, und einige gründeten im Frühjahr und Sommer 1989 unabhängige Arbeiterorganisationen, die nicht nur die eigenen Interessen im Unternehmen vertreten, sondern auch auf politischer Ebene aktiv werden sollten.

Die Proteste in den neunziger Jahren, vor allem nach 1997, waren auch eine Fortsetzung dieser Bewegungen. Dabei waren die meisten Arbeiterinnen erstmal «untätig, passiv und machtlos» (Chen: 238). Obwohl die Zahl der sozialen Kämpfe 1992 bis 1997 zunahm, passierte 1995 und 1996, am Beginn der industriellen Umstrukturierung, nicht viel, weil die ArbeiterInnen dachten, der Kelch ginge an ihnen vorbei oder es handele sich um vorübergehende Probleme. Aber das zeitweise Leiden wurden zum andauernden Schmerz. Ab 1997 hat die Zahl der sozialen Auseinandersetzungen dann stetig zugenommen. Dabei kam es vor allem zu drei Arten von Protesten: 1. Kämpfe gegen die Nichtzahlung von Löhnen und Renten; 2. Nachbarschaftskämpfe gegen schlechte staatliche Versorgung und zerfallende Infrastruktur; 3. Proteste gegen Konkurse und damit zusammenhängende Entschädigungen, Abfindungen, illegale Verkäufe oder Umstrukturierungen staatlicher Unternehmen und Korruption von Kadern. Meistens spielten sich diese Auseinandersetzungen nach demselben Muster ab: Erst traten die Betroffenen an die unmittelbar zuständigen *danwei*-Leiter oder Behörden heran und stellten ihre Forderungen. In der Regel ging es um Geld oder konkrete Bedingungen, selten wurden auch politische Forderungen gestellt, allenfalls mal die Absetzung eines korrupten Beamten oder Kaders. Wenn sie keine (zufriedenstellende) Reaktion bekamen, gingen sie in der staatlichen Hierarchie eine Stelle höher, meistens über eine Petition, und pochten auf die Einhaltung von Gesetzen. Diese Petitionen oder die Vorsprache bei der Regierung haben in China eine lange Tradition und werden weitgehend geduldet, solange sich die Bittsteller an die vorgeschriebenen Prozeduren halten und nicht zu viel Chaos stiften. Wenn auch dies nichts einbrachte und sich die staatlichen Stellen ignorant zeigten, konnte es zu einer Eskalation auf der Straße kommen (Lee 2007: 112). In der Regel vermieden die Beteiligten auch hier noch, sich mit ArbeiterInnen anderer Betriebe und Regionen oder anderen sozialen Gruppen zu koordinieren, weil sie wussten, dass dann der Staat repressiv eingreift.

Gespaltene Akteure

Das Kalkül des Regimes, durch die Schaffung unterschiedlicher «Kategorien» von *gongren* deren Zusammenkommen in sozialen Auseinandersetzungen zu verhindern, ist bisher weitgehend aufgegangen. Die *gongren* selber unterscheiden in ihren Auseinandersetzungen zwischen RentnerInnen, Freigestellten (*xiagang*), Arbeitslosen und ArbeiterInnen, die alle ihre eigenen Kämpfe führen. Zwar funktionieren die *danwei*-Gemeinschaften noch halbwegs, weil viele *gongren* in den neunziger Jahren ihre Wohnung gekauft haben und die alten Wohnviertel der Ort sind, an dem die Informationen zirkulieren und die Diskussionen über möglichen Widerstand geführt werden, aber da die einzelnen Gruppen mittlerweile unterschiedliche Bedingungen und Forderungen (nach Renten oder Löhnen oder Arbeitslosengeld oder dem Erhalt der Arbeitsplätze) haben, laufen die Kämpfe meistens getrennt. Lee nennt in dem Zusammenhang den Begriff «zellularen Aktivismus» (Lee 2007: 72).

Die Kampfformen der verschiedenen Akteure unterscheiden sich. Die *xiagang* oder Arbeitslosen können – ebenso wie die RentnerInnen – nicht streiken. Sie sind schon außerhalb des Betriebs, und sie kämpfen «zu spät» gegen die Maßnahmen, die sie in ihre prekäre Lage gebracht haben. Weston sieht das als Schwäche der Kämpfe: «Da die meisten Beteiligten der Proteste entweder freigestellt worden waren (*xiagang*) oder formal arbeitslos, hatten sie kaum die Fähigkeit, die Produktionsabläufe der Fabriken zu stören» (Weston: 70). Oft kämpften sie noch Monate oder Jahre nach Schließungen oder Entlassungen, weil sie keine Unterstützung bekamen. Sie waren angewiesen, eine andere «Störungsmacht» zu entwickeln, und machten Randale, kampierten außerhalb von Regierungsgebäuden und blockierten Verkehrsadern, um die Behörden zu zwingen, aktiv zu werden.

Die *danwei*-ArbeiterInnen, die noch im Betrieb waren, kämpften gegen Restrukturierungsmaßnahmen, die gegen ihre Interessen liefen. Ihre

劳动局

lao2dong4 ju2

Arbeitsbehörde

[auch häufige Anlaufstelle bei Arbeiterprotesten]

Kämpfe brachen oft «spontan» aus, aufgrund plötzlicher Missstände, gegen ein Umstrukturierungsprogramm oder geplante Entlassungen. Dieses «spontan» bedeutet aber nicht die Abwesenheit von Planung und Zusammenhalt, sondern nur dass es keine formale Organisation und Führung gibt (Lee 2007: 80). Sie wollten das Programm noch verhindern und verlangten eine Mitsprache oder machten Eigentumsansprüche geltend. Ausgangspunkt für die Kämpfe der *danwei*-ArbeiterInnen waren unter anderem Arbeitsverträge, Löhne, Zulagen, Renten, Abfindungen – vor allem aber geplante Entlassungen, miese Arbeitsbedingungen und despotisches Management, sowie Korruption oder Unterschlagung durch die Betriebsleitungen. Zum Teil wurden die ArbeiterInnen noch Anfang der neunziger Jahre gezwungen, Anteilsscheine ihrer maroden Betriebe zu kaufen. Ein paar Jahre später machte der Betrieb dann dicht und wurde von den Managern vorher noch ausgeschlachtet, ein Grund für die immense Wut auf die Fabrikdirektoren und lokalen Kader.

Hier spielt auch eine Rolle, dass die *danwei*-Fabriken nach wie vor nach offiziellem Dogma öffentliches Eigentum waren und sind. Auch wenn die meisten betroffenen ArbeiterInnen nur zynisch über ihr Dasein als «Herren der Betriebe» sprechen, so wissen sie um ihren lebenslang erbrachten Anteil am Aufbau der Fabriken. Sie hatten zwar eine Arbeitsplatzgarantie, aber oft auch niedrige Löhne. Jetzt sollen sie die Jobs und ihre Ansprüche auf Renten verlieren – und ihre gesellschaftlichen Beziehungen, die über die *danwei* liefen. Sie sehen ihren Widerstand gegen die Umstrukturierung als «gerechtfertigt» (Chen: 246) und wollen Mitsprache bei der Durchführung der Reformen.[5] ArbeiterInnen, denen Entlassungen drohten, benutzten Parolen wie «Gebt mir die Fabrik zurück» (Chen: 248). Zuweilen besetzen sie die Fabrik (*hu chang*), um damit die Umstrukturierung zu blockieren.[6] Streiks sind keine Alternative, weil die Betriebe während der Umstrukturierung oft nicht voll laufen. Manchmal nehmen die Kämpfe auch die Form eines «Verhandeln durch Randale» (Chen: 251) an, bei dem die Betroffenen Verwaltungsgebäude, Rathäuser oder für ihre Misere Verantwortliche angriffen.

Die Störungsmacht der gongren

Viele unzufriedene ArbeiterInnen, ob noch in der *danwei* arbeitende oder schon arbeitslose, «benutzen die proletarische Rhetorik aus der Mao-Zeit, um sich für soziale Gerechtigkeit im neuen wirtschaftlichen Umfeld einzusetzen. Sie formulierten ihre Forderungen in Klassenbegriffen, mit denen die Behörden schlecht umgehen können»

劳改

lao2gai3

«Umerziehung durch Arbeit»

[Gefängnis mit Zwangsarbeit]

Kämpfe in (ehemaligen) Staatsbetrieben

(*von* www.umwaelzung.de)

Textilfabrik: Ab Mitte September 2004 streikten in Xianyang tausende TextilarbeiterInnen (die meisten davon Frauen) 7 Wochen lang und blockierten ihre Fabrik. Obwohl die ehemalig staatseigene Baumwollfabrik vor Jahren in Belegschaftseigentum übergegangen war und alle ArbeiterInnen Anteile kaufen mussten, war sie an ein Unternehmen aus Hongkong verkauft worden. Dieses verlangte, dass die ArbeiterInnen gegen eine kleine Abfindung einen Aufhebungsvertrag unterschreiben, und wollte sie hinterher als Neueingestellte behandeln, mit Probezeit, befristeten Arbeitsverträgen und niedrigerem Lohn. Die Streikenden bestimmten keine Sprecher, um zu verhindern, dass die Behörden Rädelsführer ausmachen können. Deshalb fanden die Behörden niemanden, mit dem sie verhandeln konnten. Der Streik endete, als sich die Geschäftsführung bereit erklärte, auf die Probezeit zu verzichten und die Befristungszeiten zu verlängern. 20 festgenommene Streikende wurden nach Monaten alle ohne Anklage freigelassen.

Stahlwerk: Im August und Oktober 2005 protestierten entlassene Arbeiter des Stahlwerkes in Chongqing einige Wochen lang. Das Werk hatte im Juli den Bankrott erklärt. Die Arbeiter machten das korrupte Management für die Pleite verantwortlich und forderten eine bescheidene Abfindung. Als die Arbeiter einen Sit-in vor dem Rathaus machten, griffen einige Männer die anwesende Polizei an – vermutlich eine von der Polizei arrangierte Provokation. Bei der anschließenden Auseinandersetzung kamen zwei Frauen ums Leben.

Militärfabrik: Im Januar 2006 lieferten sich in Chengdu drei Tage lang Arbeiter einer Militärfabrik Kämpfe mit der Polizei. Die Fabrik war pleite und sollte weit unter Wert verkauft werden. Den ArbeiterInnen wurden die versprochenen Abfindungen nicht bezahlt. Deshalb besetzten sie die Fabrik und nahmen den Geschäftsführer fest. Als Militärpolizisten versuchten, den Manager zu befreien, kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen es Verletzte gab.

Verkehrsbetrieb: Seit 2001 versuchte die Stadtverwaltung von Qingyang die städtischen Verkehrbetriebe zu privatisieren, aber die betriebliche Arbeitervertretung verweigerte dies fünf Mal. Im September 2006 wurde die Firma an ein Privatunternehmen verkauft, nachdem der Arbeiterrat von der Stadtverwaltung zwangsaufgelöst worden war. Die Stadtverwaltung nötigte 1448 ArbeiterInnen einen Aufhebungsvertrag zu unterschreiben. Es war eine Abfindung von etwa achtzig Euro pro Jahr der Betriebszugehörigkeit vorgesehen. Aber einige ArbeiterInnen bekamen das Geld nicht, da auf dem Firmenkonto nicht genug drauf war. Daraufhin gingen sie zu dem zuständigen Gremium und verlangten eine Lösung in zwei Tagen. Als sie keine Antwort bekamen, belagerten sie die Firmenverwaltung und hinderten das Management am Verlassen des Gebäudes, bis Polizisten die Geiselnahmen beendeten. Ab Januar 2007 gab es vor diesem Verwaltungsgebäude ständige Proteste, die erst im August 2007 von hundert Riotpolizisten aufgelöst wurden.

Bank: Seit Jahren kommt es immer wieder zu Protestkundgebungen hunderter ehemaliger Angestellter der Industrie- und Handelsbank Chinas (ICBC). Als die ICBC privatisiert wurde, waren hunderttausend Angestellte mit geringen Einmalabfindungen und ohne Renten- oder Krankenversicherung entlassen worden. Die Bank sagt, sie hätten freiwillig auf den Job verzichtet und deshalb keinen Anspruch auf volle gesetzliche Abfindung. Die Demonstrationen finden meist in Beijing statt, besonders vor der Hauptverwaltung der Bank und vor der Gewerkschaftszentrale. Es kommen auch Betroffene aus anderen Städten, obgleich die Polizei sehr bemüht ist, diese abzufangen.

Kohlemine: Im August 2007 traten Arbeiter des Tanjiashan-Kohlebergwerks gegen Entlassungspläne und geringe Abfindungen in den Streik, auch weil sie entdeckt hatten, dass das Management sich Gelder angeeignet hatte, die von der Regierung als Teil des Privatisierungsplans für Abfindungen zur Verfügung gestellt worden waren. Das Management ließ den Streik von zweihundert extra angeheuerten Sicherheitskräften niederschlagen.

(Hassard: 138). Der Widerstand der *danwei*-ArbeiterInnen gegen die Entlassungen war oft auch durch eine Art «moralischer Ökonomie» motiviert. Sie bezogen sich auf Rechte aus der Vergangenheit, maßen die erlittenen Ungerechtigkeiten an Normen des Sozialismus oder gar der Kulturrevolution. Daraus entwickelten sie eine Art kollektiven Aktionsrahmen, bei dem die alte «kommunistische» Rhetorik herhielt, um die illegitime Ungleichheit und die neuen Ungerechtigkeiten zu geißeln. Zuweilen entstand eine Art imaginärer Maoismus, bei dem die Vergangenheit zu einer Zeit verklärt wird, in der die ArbeiterInnen noch glücklich und zufrieden waren. Das gilt vor allem für die älteren, mittlerweile verrenteten StaatsarbeiterInnen. Andere bezogen sich auf die Positionen der kulturrevolutionären «Rebellen»: «Während der Kulturrevolution (1966-76) verbreitete sich bei den radikaleren, an der Bewegung Beteiligten die Vorstellung, dass die Kommunistische Partei Chinas eine neue, ausbeuterische Herrscherklasse ist, die den Arbeiterklassen Mehrwert abpresst und ihre Privilegien an ihre Nachkommen weiter gibt. Diese Vorstellung nahmen viele von ihnen mit in die späten siebziger und frühen achtziger Jahre, als sich Chinas Demokratiebewegung zum ersten Mal regte» (Hassard: 161/2). Der Eindruck, den die polnische Solidarnosz-Bewegung Anfang der achtziger Jahre machte, unterstützte die Vorstellung einer Ausbeutung durch die sozialistische Bourgeoisie weiter.

Von außen schienen die Kämpfe oft «unorganisiert und führungslos» (Chen: 251). Tatsächlich wurden und werden kollektive Proteste und Demonstrationen, auch gegen lokale Behörden, oft durch (ehemalige) Vorarbeiter oder Kader koordiniert, die ihre «angestammte» Führungsrolle spielen und ihre «legitimen» Rechte einfordern. Sie wirken als Arbeitermilitante und wägen ab, wie sie eingreifen. Oft tauchen sie nur als Berater auf, weil eine offene oder verdeckte Organisierung zu riskant wäre. Nur wenige Leute wagen, firmenübergreifende Aktionen zu organisieren.

Auch wenn Proteste und Selbstorganisation von ArbeiterInnen meist lokal begrenzt, sporadisch und kurzlebig sind, so ergibt sich die Durchsetzungsmacht der einzelnen Kämpfe aus ihrem häufigen Auftreten und aus der Angst des Regimes vor einer Ausbreitung der Bewegung und ihrer Ausrichtung gegen den Staat oder die Rolle der Kommunistischen Partei als einzige politische Führungsmacht. Die Angst ist begründet, zumal die direkten Auseinandersetzungen zwischen Staat und Arbeiterbewegungen lange Zeit zunahmen. «Die Arbeiterklasse verwandelt sich von einer stabilisierenden Kraft in eine potentiell störende Macht innerhalb der chinesischen Gesellschaft» (Cai 2006: 185). Das hat mehrere Gründe: Ohne funktionierende Sozialsysteme richten sich protestierende Arme an die Regierung mit der Forderung nach Absicherung und Einkommen; die lokalen Regierungen sind zudem direkte Akteure der Reformen und Betriebsschließungen; und die offensichtliche Korruption und die Veruntreuung und der Diebstahl staatlichen Eigentums durch KP-Funktionäre, Fabrikdirektoren und Verwaltungschefs lässt viele auch deswegen nach dem Eingreifen des Staates rufen – oder eben selbst Hand anlegen und die Verantwortlichen angreifen.

Dass bis auf einige prominente Ausnahmen die meisten Mobilisierungen relativ klein blieben, lag auch daran, dass viele der großen *danwei* verschont wurden oder mehr Geld locker machen konnten. Aber sobald friedliche und moderate Methoden nicht halfen, kam es zu Radikalisierung und gewalttätigen Protesten. Die Kämpfe ab 1997 haben dazu geführt, dass die Entlassungen der 20 bis 50 Millionen überschüssigen Arbeitskräfte nicht so schnell vorgenommen wurden, wie das ursprünglich geplant war. Aber auch wenn die Fristen für anvisierte Entlassungen in einigen Industrien verschoben wurden, die Reform selber wurde durchgeführt.

Zuckerbrot und Peitsche

Spätestens nach 1997, im Zuge der Umstrukturierung der staatlichen Industrien und der Entlassungen, musste das Regime Maßnahmen zur Eindämmung der Kämpfe ergreifen. Zunächst machte es sich die Dezentralisierung der politischen und ökonomischen Entscheidungen zunutze, die Behörden auf kommunaler und provinzieller Ebene mehr Einfluss und Macht gab. Sie waren das erste Ziel der Angriffe der Bauern, WanderarbeiterInnen und städtischen ProletarierInnen. Die Zentralregierung in Beijing griff nur in Kämpfe ein, wenn die lokalen Auseinandersetzungen außer Kontrolle gerieten oder explosiv wurden. Bis heute lautet die Anweisung der Zentrale an die lokalen Behörden, dass sie «unerwartete Ereignisse» (*tufa shijian*) entschärfen sollen. Bei privaten Unternehmen ist der direkte Einfluss der lokalen Behörden meist gering. Sie greifen dort nur über die Gewerkschaften oder die Arbeitsbehörde ein. Aber bei den staatlichen Unternehmen spielen sie eine wichtige Rolle und können die Firmenleitungen unter Druck setzen (wenn sie das wollen). Es passiert aber nur etwas, wenn die ArbeiterInnen die Initiative ergreifen, offen Widerstand leisten und so Druck ausüben.

Bei den Kämpfen wandte der Staat bisher eine Art «Zuckerbrot und Peitsche»-Strategie an. Zum einen will er die ArbeiterInnen beschwichtigen, indem er versucht, durch Nachgeben bei Forderungen oder durch Abfindungen und Sozialhilfe die Folgen der Entlassungen und Freistellungen zu lindern.[7] Lee spricht in diesem Zusammenhang von «Sicherheitsventilen», um den Kämpfenden zu ermöglichen, «Dampf abzulassen» (Lee 2003: 83). Dabei spielten auch die ab 1987 neu geschaffenen Schlichtungsorgane eine Rolle, die sich aus Arbeitsbehörde, Gewerkschaften und staatlicher Wirtschaftsverwaltung zusammensetzten, und eine Eskalation von Streitigkeiten verhindern sollten. Eine schnelle Befriedung hängt aber auch von den finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Gemeinde oder *danwei* ab, die sozialen Folgen von Entlassungen abzufedern oder Lohnrückstände

劳教

lao2jiao4

«Erziehung durch Arbeit»

[Arbeits- und Umerziehungslager]

auszugleichen. Gemeinden und *danwei* in den prosperierenden Küstenregionen hatten dafür genug finanzielle Mittel, nicht aber die an der «dritten Front», in den Provinzen des Südwestens und des Nordostens. Und nur die großen *danwei* konnten sich das leisten, die kleinen und mittleren hatten dafür kein Geld, sodass es hier auch zu den meisten Kämpfen kam.

Die Strategie, nur den kämpferischen ArbeiterInnen nachzugeben, schuf auch Probleme. «Die Erfüllung von Forderungen derjenigen, die in den heftigsten Ausbrüchen von Unruhen verwickelt waren, schuf eine Art Präzedenzfall für die ArbeiterInnen, die perfekte Ausrede für Störungen und Unordnung» (Hassard: 150). Interessant ist, dass dies schon in den fünfziger Jahren ähnlich lief, als ArbeiterInnen gegen die Betriebsleitungen streikten, weil sie wussten, dass diese nach dem Motto verfuhren: «Die Guten drangsalieren, aber vor den Schlechten in Acht nehmen» (Sheehan: 74).

Die Peitsche sahen vor allem die «Organisatoren» der Proteste. Aufmüpfige ArbeiterInnen und vermeintliche «Rädelsführer» wurden und werden verhaftet und zu langen Haftstrafen oder Arbeitslager verurteilt, um die anderen ArbeiterInnen von der weiteren Beteiligung an Streiks und Demonstrationen abzubringen – in anderen Worten: «Das Huhn töten, um den Affen einzuschüchtern» (Weston: 78). Besonders hart gehen die Behörden weiter gegen firmen- oder regionenübergreifende Mobilisierungen und unabhängige Gewerkschaften vor.

老板

lao3ban3

Chef, Boss

Die Propaganda, dass die ArbeiterInnen die Härten ertragen müssen, damit die Reformen Erfolg haben, geht weiter: Sie sollen sich fürs Kollektiv aufopfern, für den Staat, sollen ihre eigenen Interessen zurückstellen. Aber das Regime hat auch auf den Druck der Kämpfe reagiert: Verlangsamung der Umstrukturierung, Verlängerung der Fristen für die Entlassungen (von 2000 auf 2003), Aufsetzung neuer Sozialprogramme... und letztendlich mit der Regierungsübergabe 2002/3 ein neuer Fokus auf die soziale Stabilität. Die Reform der Staatsgewerkschaften und der Aufbau eines Tarifsystems, das sich die chinesische Führung bei mitteleuropäischen «Sozialpartnerschaften» abschaut, soll eine Explosion der sozialen Kämpfe verhindern. Zwar ist die Partei-Losung mit dem Aufbau einer «Harmonischen Gesellschaft» als Drohung zu verstehen gegen all jene, die sich ganz unharmonisch für ihre Interessen einsetzen, aber der Staat ist bemüht, größeren Konfrontationen aus dem Weg zu gehen und Blutvergießen zu vermeiden. Aber wie lange noch? Die Umstrukturierung der unprofitablen *danwei* ist noch nicht abgeschlossen und wird weiteren sozialen Sprengstoff zünden.

Literatur

Cai Yongshun (2002): The Resistance of Chinese Laid-off Workers in the Reform Period. China Quarterly, No.170, 2002

Cai Yongshun (2006): The weakening of workers' power in China. In: Brodsgaard, Kjeld Erik; Zheng Yongnian (eds.): The Chinese Communist Party in Reform. London

Feng Chen (2003): Industrial Restructuring and Workers' Resistance in China. In: Modern China, Vol. 29, No. 2, April 2003

Hassard, John / Sheehan, Jackie / Zhou Meixiang / Terpstra-Tong, Jane / Morris, Jonathan (2007): China's State Enterprise Reform. From Marx to the market. London/New York

Lee Ching Kwan (2003): Pathways of labour insurgency. In: Perry, Elizabeth J./Selden, Mark: Chinese Society, Second Edition. Change, conflict an resistance. London/New York

Lee Ching Kwan (2007): Against the Law. Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt. Berkeley/London

Sheehan, Jackie (1998): Chinese Workers: A New History. London

Solinger, Dorothy J. (2002): Labour Market Reform and the Plight of the Laid-off Proletariat. In: China Quarterly, No. 170, 2002

Solinger, Dorothy J. (2004): The new crowd of the dispossessed. The shift on the urban proletariat from master to mendicant. In: Gries, Peter Hays/Rosen, Stanley: State and Society in 21st Century China. Crisis, contention and legitimation. London/New York

Walder, Andrew G. / Gong Xiaoxia (1993): Workers in the Tiananmen Protests: The Politics of the Beijing Workers' Autonomous Federation. In: The Australian Journal of Chinese Affairs , No. 29, January 1993 (now known as The China Journal; online: http://tsquare.tv/links/Walder.html

Weston, Timothy B. (2004): The Iron Man weeps. Joblessness and political legitimacy in the Chinese rust belt. In: Gries, Peter Hays/Rosen, Stanley: State and Society in 21st Century China. Crisis, contention and legitimation. London/New York

Ya Ping Wang (2004): Urban Poverty, Housing and Social Change in China. London/New York

Endnoten

1 Formal werden drei Arten von *danwei* unterschieden: industrielle Betriebe, Dienstleistungsbetriebe und verwaltende Institutionen.

2 Die Reformen hatten weitere Ursachen, wirtschaftliche, politische und geopolitische: Die «Tiger-Staaten» waren Ende der siebziger Jahre schon im Aufwind und zeigten, dass eine «nationale» wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen eines autoritären Regimes möglich war. Für China war besonders wichtig, dass drei der vier «Tiger» chinesisch waren: Taiwan, Hongkong und Singapur (der vierte war Südkorea). Besonders der Aufstieg Taiwans forderte Reaktionen der Volksrepublik heraus. Während vor allem japanisches Kapital in die Tiger investiert hatte, um das billige Arbeitskräftereservoir dort anzuzapfen, pumpten ab Ende der siebziger Jahre in den Tigern ansässige, chinesischstämmige Händler, Banker und Unternehmer Kapital in die neuen Industrien der VR China. Chinas Anpassung an den Weltmarkt fand im Rahmen der Internationalisierung des Kapitals ab Mitte der 70er Jahre, dem Beginn der neuen Phase der sogenannten «Globalisierung» statt.

3 Lee sieht in der Tatsache, dass viele *gongren* ihre Wohnungen kaufen oder weiter billig mieten konnten, einen Grund für die relative soziale Stabilität trotz der dramatischen Folgen der Umstrukturierungen in den Rostgürteln (Lee 2007: 125).

4 «Offiziell gelten als *xiagang*-ArbeiterIn all jene, die diese Bedingungen erfüllen: 1) Er oder sie hat vor dem [Arbeits-] Vertragssystem von 1986 mit der Arbeit begonnen und eine formelle, permanente Anstellung im staatlichen Sektor (plus die VertragsarbeiterInnen, deren Vertrag noch nicht ausgelaufen ist); 2) Er oder sie musste wegen der wirtschaftlichen oder betrieblichen Schwierigkeiten des Unternehmens gehen, hat aber bisher die Verbindungen mit dieser Firma nicht abgebrochen; 3) Er oder sie hat in der Gesellschaft noch keine andere Arbeit gefunden.» (Solinger 2004: 63, Fußnote 16).

5 Ein Unterschied zu den ArbeiterInnen in den privaten Firmen, die keine Ansprüche auf «Eigentum» stellen.

6 Auch hier beziehen sie sich auf historische Parallelen, nämlich die Aufstellung von «Arbeiterschutzgruppen» (*gongren jiuchadui*) gegen Sabotage-Akte der Guomindang kurz vor der Machtübernahme 1949.

7 Die Absicherung der Abfindungen und Renten der *danwei*-ArbeiterInnen hat den Staat umgerechnet hunderte Millionen Euro gekostet, was er über die Staatsbanken finanziert hat.

Arbeiterinnen im maoistischen Patriarchat

Man mag annehmen, der Sozialismus habe dem «feudalistischen» Patriarchat chinesischer Prägung den Garaus gemacht. Immerhin hat der Maoismus die Lage der Frauen im Vergleich zur Zeit vor der «Befreiung» verbessert, in der Stadt, aber auch auf dem Land. Die meisten städtischen Frauen machten nach der «Befreiung» 1949 Lohnarbeit in den staatlichen Fabriken oder anderen Unternehmen, während die Frauen auf dem Land wie ihre Männer in den Volkskommunen zum Arbeitsdienst herangezogen wurden. Das änderte ihre Rolle in der Familie, auch weil bei den niedrigen Löhnen der Mao-Ära der Lohn der Frauen für das Familieneinkommen wichtig war (Wang: 159). Aber auch wenn die Frauen nicht in gleichem Maße im Haus eingesperrt wurden und neue Gesetze sie den Männern weitgehend gleichstellten, so fand ihr Leben weiterhin in einem patriarchalen Rahmen statt. Zur «traditionellen» Arbeit im Haushalt kam zusätzlich noch Lohnarbeit – und zwar meist außerhalb ihrer Familie oder der Gemeinschaft von Frauen, in der sie aufgewachsen waren (McLaren: 171). Das sozialistische Regime hat veränderte Formen des «feudalistischen» Patriarchats übernommen und in die neuen gesellschaftlichen Organisationsformen integriert.

Die Autorin Liu Jieyu folgt in ihrem 2007 erschienenen Buch «Gender and Work in Urban China. Women workers of the unlucky generation» (Geschlecht und Arbeit in den Städten Chinas. Die Arbeiterinnen der unglücklichen Generation) dem Schicksal einiger städtischer Arbeiterinnen der Generation der Kulturrevolution (Jahrgänge etwa von 1945 bis 1960). Frauen waren während der Umstrukturierung der staatlichen Industrien seit Mitte der neunziger Jahre mehr von den Entlassungen betroffen als Männer. 62,8 Prozent der Entlassenen waren Frauen, obwohl sie nur 39 Prozent der städtischen Arbeitskräfte ausmachten (Wang: 161). Liu wollte herausfinden, welche Faktoren dafür eine Rolle spielen und wie das Leben dieser Frauen im Sozialismus von den patriarchalen Strukturen und gesellschaftlichen Normen bestimmt wurde.

Die Autorin, heute Dozentin für Soziologie an der Universität von Glasgow, ist selbst in Nanjing aufgewachsen, und ihre Mutter gehört zu denen, die in den neunziger Jahren von ihrer *danwei* gefeuert wurden. Liu hat in Nanjing über dreißig Frauen aus der Generation ihre Mutter, fast alle ungelernte Arbeiterinnen, zu ihren Erfahrungen und ihrer Lebenssituation befragt. Ob im «egalitaristischen Kollektivismus» der Mao-Ära oder der heutigen «sozialistischen Marktwirtschaft», in den Interviews wird deutlich, dass diese Frauen in jeder Phase ihres Lebens aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt und diskriminiert wurden.

Geschichte der Diskriminierung

Die städtische Kulturrevolution-Generation – die erste im «Sozialismus» geborene – erlebte die zentralen Einschnitte in der Geschichte der Volksrepublik China: den «Großen Sprung nach vorne» und den nachfolgenden Hunger Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre, die Kulturrevolution der sechziger und siebziger Jahre, den Anfang der Reformen und die Ein-Kind-Politik in den achtziger Jahren, die Repression der Tian'anmen-Bewegung Ende der achtziger und die durchgreifende Umstrukturierung der neunziger Jahre.

Diejenigen Frauen, die sich an die Kampagnen Ende der fünfziger Jahre und den «Großen Sprung nach vorne» erinnern können, haben das Ausmaß der folgenden Hungerkatastrophe erlebt. Ihre Erzählung ist durchdrungen von der damaligen staatlichen Rhetorik, der offiziellen Version: Das Lohnarbeiten der Frauen, der Ausbruch aus dem Haushalt, galt als Zeichen der Befreiung und prägt bis heute die Erinnerung. Der Begriff der Hausfrau (*jiating funü*) hat bei ihnen immer noch einen schlechten Klang. Liu schreibt: «Obwohl ihre Mütter zur Arbeit gingen, waren sie nicht so frei, wie die offizielle Geschichtsschreibung uns weismachen will. Am Arbeitsplatz verrichteten die Mütter dieser Frauen schlechter entlohnte Arbeiten in der Textilindustrie, im Dienstleistungs- oder im sozialen Sektor. In der Familie bestand das tra-

流动人口

liu2dong4 ren2kou3

umherziehende Bevölkerung

[Bezeichnung für die Arbeits-migrantInnen]

Arbeiterinnen in Nanning

Modegeschäft in Beijing

ditionelle patriarchale Muster fort. Die Interviewten berichteten, dass ihre Mütter, manchmal mit ihrer Hilfe, die häuslichen Belange bestimmten, während die Väter vor allem die Brotverdiener und Entscheidungsträger waren.» (Liu: 27)

Die Frauen erinnern sich auch mit Bitterkeit an die Bevorzugung von Söhnen (*zhongnan qingnü*).[1] In den frühen fünfziger Jahren ermunterte das Regime die Frauen noch, so viele Kinder wie möglich zu haben, was zu einem enormen Bevölkerungswachstum beitrug. In den Familien wurden die Jungen besser behandelt und eher zur (höheren) Schule geschickt. Die Mädchen mussten oft Hausarbeit machen, einschließlich der Betreuung kleinerer Geschwister und der Großeltern. Das wiederum hatte Auswirkungen auf ihre Schulbildung. «Die Frauen selbst führen die Vernachlässigung ihrer (Aus-)Bildung auf die traditionellen, «feudalen» Haltungen zurück. Dennoch ist die Investition in die Ausbildung des Sohnes angesichts eines Arbeitsmarktes, auf dem Mädchen diskriminiert werden, eine vernünftige Entscheidung.» (Liu: 29) Die Frauen hatten also schon wegen der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der «traditionellen» Bevorzugung von Jungen schlechtere Chancen in ihrem Leben, bei der Arbeit, beim Zugang zu Bildung – und später auf dem Arbeitsmarkt.

流盲

liu2mang2

«ziellos umherziehen»

[abschätziger Begriff für die ArbeitsmigrantInnen; auch 流氓, Rowdy, Gauner]

Während der Kulturrevolution ab Mitte der sechziger Jahre gab es zwar Slogans wie «Jetzt haben sich die Zeiten geändert, Männer und Frauen sind gleich», gleichzeitig waren aber alle feministischen Forderungen oder der Bezug auf die besonderen Probleme von Frauen verpönt. Sie galten als «bürgerlich» (Honig: 255). Die Klassenherkunft war die entscheidende Konstante, die darüber entschied, ob jemand angegriffen und umerzogen wurde oder nicht. Dabei galt bei Frauen sowohl Herkunft (vor allem der Vater) als auch Heirat (der Ehemann) als Kriterium für die Klassenzuweisung.

Die Kinder von so genannten «Klassenfeinden» mussten nicht nur die Angriffe auf ihre Eltern verkraften, sie hatten auch Probleme in der Schule, wurden von vielen Aktivitäten ausgeschlossen – oder gingen nicht hin, weil sie die Angriffe und Rechtfertigungen satt hatten. Familien, die zur Elite gehörten und während der Kulturrevolution angegriffen wurden, konnten aufgrund ihrer Beziehungen trotzdem dafür sorgen, dass ihre Kinder eine Ausbildung bekamen, während viele Arbeiterkinder – ob mit oder (angeblich) ohne «guten Familienhintergrund» – wegen der Schließung der Schulen und der Landverschickungen keine Ausbildung machen konnten.

Die erste Welle von Landverschickungen fand von 1966 bis 1968 statt. Dadurch wurden die schulische und berufliche Ausbildung der damaligen Jugendlichen endgültig unter- oder abgebrochen. Bis heute heißt es in China, diese Generation habe «nichts gelernt». Offiziell ging es darum, die «intellektuelle Jugend» (*zhishi qingnian*) auf dem Land umzuerziehen. Dahinter standen aber auch andere Gründe, zum Beispiel die Minderung der städtischen Arbeitslosigkeit. Allerdings wurden nicht alle Kinder aufs Land geschickt. Berufsschüler konnten in der Stadt bleiben, ebenso eine geringe Quote pro Schulklasse. Eltern mit guten Beziehungen hatten ebenfalls Chancen, ihre Kinder in der Stadt zu halten. Eine zweite Welle von Landverschickung lief von 1974 bis 1976. Diesmal war das Hauptkriterium, wie viele Kinder aus einer Familie in der Stadt geblieben und wie viele schon aufs Land geschickt worden waren. Familien mit mehr Kindern in der Stadt mussten welche davon aufs Land schicken.

Frauen und Männer arbeiteten auf dem Land in verschiedenen Produktionsteams. Männer machten die angeblich «schwerere» Arbeit. Zum Beispiel hatten sie Säcke mit Reissetzlingen zu tragen, die Frauen mussten sie – oft stundenlang hockend – einpflanzen. Die Schwere der Arbeit wurde bei der Bezahlung nach «Arbeitspunkten» (*gongfen*) gewertet. Eine Frau berichtet: «Bei uns war die Männerarbeit zehn Punkte wert. Die schlechtesten von ihnen bekamen 8,5 Punkte, die besten zehn. Was Frauenarbeit anging, war das Höchste 5,5 Punkte.» Eine andere sagt: «Wir waren nur die halbe Arbeit wert.» (Liu: 34)

Die interviewten Frauen erzählen trotz allem mit Stolz von der harten Arbeit auf dem Land und den von ihnen ertragenen Schwierigkeiten – dem «*chi ku*», wörtlich: Bitterkeit essen. «Sie alle hatten keinen Zweifel daran, dass Arbeit ein unvermeidlicher Teil ihres Lebens ist. In dem Sinn hatte die staatliche Kampagne einen positiven Einfluss auf ihre geschlechtlichen Identitäten, indem ihre Identität als Arbeiterin gestärkt wurde; aber gleichzeitig erfuhren sie, trotz der offiziellen Rhetorik, die geschlechtliche Arbeitsteilung, die sie schlechter stellte als die Männer.» (Liu: 35)

Die Frauen vermieden in den Interviews, auf eine eigene Beteiligung bei den Roten Garden der Kulturrevolution einzugehen. Sie unterstrichen das Chaos, Ergebnis der politischen Angriffe und der Unterbrechung ihrer Schulbildung, aber wenn es um die eigenen Angriffe ging, erscheinen sie als «Außenstehende, Mitläuferin oder stille Sympathisantin.» (Liu: 36) «Diese verbreitete Vermeidung der Bezeichnung «Rote Garden» in den Erinnerungen der Frauen an die Kulturrevolution hat damit zu tun, dass die Roten Garden in der Zeit nach Mao als Verüber ungerechtfertigter und gewalttätiger Angriffe dargestellt wurden. Und es zeigt auch, wie die Erinnerungen der Frauen an die Vergangenheit durch eine öffentlich zugängliche Darstellung der Gegenwart entsprechend rekonstruiert wurden.» (Liu: 37)

Auch wenn sich die Gewalt der Roten Garden gegen die «Klassenfeinde» richtete, so war sie doch oft «sexualisiert» und «geschlechtsspezifisch». Viele junge Frauen wurden zu Objekten sexueller Übergriffe, auf dem Land durch lokale Funktionäre, in der Stadt durch die Roten Garden oder andere Gangs (Honig: 256, siehe auch Xinran: 160, 185). Während der Kulturrevolution wurden Frauen angegriffen, wenn sie modisch gekleidet waren oder «feminin» aussahen. Die weiblichen Roten Garden zogen sich wie Männer an, wer sich wie eine Frau benahm, konnte als «rückständiges Element» (*luohou fenzi*) gelten. Es gab auch Fälle, in denen Frauen unter dem Vorwand der «sexuellen Unmoral» attackiert wurden. Eine Frau erzählt: «Damals wurden Leute wegen ihres schlechten Klassenhintergrunds angegriffen. Bei Frauen sagten die Leute zu der Zeit, sie hätten Probleme mit ihrem Lebensstil (ein Euphemismus für sexuelle Unmoral). Solche Probleme mit dem Lebenstil konnten ein schwerer Schlag für dich sein. Wenn sie keinen Grund hatten, dich anzugreifen, sagten sie, du hättest Probleme mit dem Lebensstil. Ich erinnere mich, dass diese Frauen mit Lebensstilproblemen während der Kulturrevolution mit einer Schnur mit getragenen Schuhen um den Hals durch die Straßen geführt wurden und als «ausgelatschte Schuhe» verspottet wurden (ein Euphemismus für «Schlampe»).» (Liu: 38)[2]

Diese Form der «Moral» spielte dann später bei der Kontrolle und Überwachung der Frauen und ihrer Sexualität in den *danwei* eine Rolle. Die erste Generation der aufs Land Geschickten kehrte nach Maos Tod 1976 zurück in die Stadt, die zweite Generation nach 1978. Ein Jahr vorher wurden die Aufnahmeprüfungen für die höheren Schulen wieder aufgenommen. Die meisten Frauen bewarben sich aber nicht mehr. Sie hatten schon zu viele Jahre Bildung verpasst. Der ersten Generation wurden Arbeitsstellen in den *danwei* zugewiesen. Die zweite Generation beendete Anfang der achtziger Jahre die Mittelschule. Aufgrund der Arbeitslosigkeit wurde ihnen oft keine Arbeitsstelle zugewiesen, sie kamen aber in der *danwei* ihrer Eltern (oft der Mutter) unter.

Arbeit in den staatlichen Kombinaten

Laut Liu spielten die *danwei*-Führer die Rolle der traditionellen Familienoberhäupter. Die konfuzianische Familie, theoretisch im Sozialismus obsolet, wurde in verschiedene Formen alltäglicher Kontrolle und Diskriminierung übersetzt.[3] Die Familienkultur der *danwei* – die Verbindung der öffentlichen und privaten Sphäre – trug auch zu einer Stärkung der geschlechtlichen Segregation am Arbeitsplatz und der geschlechtlichen Spaltung in der Gesellschaft bei. «Die Mobilisierung der Frauen an den Arbeitsplatz brachte keine Befreiung in der Art, wie sie die sozialistische Rhetorik behauptete. Die sozialistische Arbeitseinheit wirkte als Vermittlerin zwischen der beruflichen Karriere der Frauen und ihrem persönlichen Leben und setzte die patriarchale Funktion der präsozialistischen Institutionen fort. Im Ergebnis wurden die Arbeiterinnen mehr benachteiligt als ihre männlichen Gegenüber und verloren bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung.» (Liu: 86)

Die «*danwei* waren nicht geschlechtsneutral; vielmehr war das Geschlecht eine komplexe Komponente in den Kontrollprozessen.» (Liu: 64) Die Zuweisung von Arbeitsstellen folgte stets (unausgesprochenen) Geschlechterlinien. Die geschlechtsspezifische Segregation der Arbeit war horizontal und vertikal. Die horizontale Segregation bestand in der Unterscheidung von «schwerer» und «leichter» Industrie, wobei Frauen in letzterer siebzig Prozent der Beschäftigten ausmachten, in ersterer zwanzig Prozent. Auch die Arbeitsstellen wurden in «schwere» und «leichte» unterteilt. Frauen machten die vermeintlich «leichten» Arbeiten, wobei die Unterscheidung willkürlich war. «Diese Arbeitsteilung nahm den «natürlichen» Unterschied zwischen Männern und Frauen als gegeben an und legte die Annahme nahe, dass die «schwache» körperliche Konstitution von Frauen besser geeignet war für «leichte» Arbeiten.» (Liu: 42) Männer bekamen auch eher Arbeiten, die «Qualifikationen» verlangten, während Frauen weniger qualifizierte Arbeit übernahmen. Wang schreibt mit Bezug auf eine Untersuchung zweier staatlicher Kombinate in Guangzhou: «Der großen Mehrheit der Männer wurden technische Arbeiten zugewiesen, den Frauen nicht-technische, Hilfstätigkeiten und Dienstleistungsjobs, unabhängig vom Ausbildungsstand. Diese geschlechtsspezifische Beschäftigungshierarchie schrieb die untergeordnete Position der Frauen fest und formte das Selbstverständnis der

落后分子

luo4hou4 fen4zi3

rückständiges Element

[Bezeichung für alle der Partei nicht genehme Leute, vor allem während der Kulturrevolution]

Frauen.» (Wang: 159, siehe auch: 168/9) Schon in den achtziger Jahren gab es zudem den Trend, dass Arbeiterinnen staatlicherseits in «Nebenbereiche» (Abteilungen für betriebsfremde Zusatzarbeiten, zum Beispiel Kantine, Putzen, Krankenstation) versetzt wurden, um den Überschuss an Arbeitskräften abzubauen (Liu: 43).

Die vertikale Segregation beschreibt die Chancen, beruflich aufzusteigen. In Chinas *danwei* wurden alle Beschäftigten in Arbeiter (*gongren*) und Kader (*ganbu*) eingeteilt. Kader konnten werden: 1. Ex-Soldaten, die mindestens den Rang eines Zugführers hatten; 2. Absolventen von Berufs- und Fachschulen; 3. Arbeiter, die befördert wurden. Aus dem Militär kamen nur wenige Frauen. Bei der schulischen Aus- und Fortbildung wurden sie diskriminiert. Blieb also nur die dritte Möglichkeit. Die Kader waren noch mal geteilt in verschiedene Ebenen, untere Kader, mittlere Kader, höhere Kader. Frauen kamen meist nur auf die erste Ebene. Die es zum Kader schafften, hatten meist symbolische Funktion (wie Leiterin der Jugendliga). Auch bei der Parteimitgliedschaft, eine der Voraussetzungen für Beförderungen und bei der Abwendung von Entlassungen in den neunziger Jahren, waren Frauen benachteiligt.

瞒产私分

man2chan3 si1fen1

«weniger berichten um heimlich aufzuteilen»

[Verhalten der Bauern in den Volkskommunen, um trotz Zwangsabgaben an den Staat noch was zu essen zu haben]

Die horizontale und vertikale Segregation war verantwortlich dafür, dass Frauen in Niedriglohnsegmenten arbeiteten.[4] Hier spielten zwei Gesichtspunkte eine Rolle: *biaoxian*, wörtlich Leistung oder Verhalten, hier genauer die Arbeitsleistung verbunden mit politisch korrektem Verhalten, die von Vorgesetzten beurteilt wurden; und *guanxi*, die Beziehungen oder Verbindungen mit höheren Angestellten oder Funktionären und die Leistung von Gefälligkeiten. Beide hängen eng zusammen, da sie Formen von Leistungsdruck, Gehorsam, Wohlverhalten, und «emotionaler Arbeit» beinhalten. Die Bewertung von *biaoxian* bildete die Grundlage für die Verteilung von Lohn und anderen Leistungen sowie Beförderungen. Neben der Arbeitsleistung wurde auch der soziale Rahmen kontrolliert, und damit spielte auch eine moralische Komponente eine Rolle, also inwieweit sich eine Frau entsprechend ihrer Stellung, ihrem Geschlecht und ihrer Rolle (zum Beispiel als Mutter) gebührlich verhält.

Die *guanxi* waren und sind Grundlage, um das Wohlwollen von Vorgesetzten und Funktionären zu erhalten. Sie spielen bei allen Fragen der Arbeit und des sozialen Lebens in China eine Rolle, zum Beispiel für den Erhalt einer Arbeitsstelle oder Wohnung sowie für Beförderungen. Da Frauen in den *danwei* an untergeordneter Stelle standen, versuchten Arbeiter und Arbeiterinnen vor allem mit Männern in gehobenen Positionen Kontakte aufzubauen. Frauen wiederum hatten oft nur Kontakt zu unteren Kadern, also solchen mit geringem Einfluss, «schlechten *guanxi*».

Insgesamt konnten sich Frauen weniger um *biaoxian* und *guanxi* kümmern, weil sie neben der Lohnarbeit noch die Hausarbeit übernehmen mussten. Zudem haben sie oft in der *danwei* des Ehemanns gewohnt (oder dort in niedrigerer Stellung gearbeitet), hatten also meist keine eigenen Netzwerke, sondern mussten auf die *guanxi* des Mannes zählen. Wenn Frauen gute *guanxi* aufbauen konnten, gerieten sie oft – auch unter Kolleginnen – in den Ruf, dafür sexuelle Gegenleistungen zu erbringen. Andersherum nutzten Männer in gehobenen Positionen ihre Stellung gegenüber den Frauen aus, um diese sexuell unter Druck zu setzen und zu belästigen. Frauen mussten also Strategien entwickeln, um dem zu entgehen, ohne ihre männlichen Vorgesetzten zu Feinden zu machen, und gleichzeitig ohne unter den anderen Arbeiterinnen in schlechten Ruf zu kommen. «Für Frauen galt als goldene Regel für die Sicherung eines guten Rufes, engen Kontakt mit Männern zu vermeiden, was aber den Praktiken von *biaoxian* und *guanxi* entgegen stand.» (Liu: 64) Frauen hatten wenig Raum, um diesem Druck zu entgehen. Sie blieben einfache Arbeiterinnen, bis sie entlassen wurden.

Das Leben in der *danwei* war laut Liu von Formen des Familiarismus bestimmt. Sie beleuchtet vier Aspekte: die Eheanbahnung (zur Verheiratung der jungen Leute), die Zuteilung von Wohnungen (Druck zur Heirat), die Überwachung des Familienlebens (zur Absicherung der Ehe) und die Familienplanung (zur Bevölkerungskontrolle).

Die Eheanbahnung (zur Verheiratung der jungen Leute) gilt in China als tugendhaft. Oft sind viele Menschen, Kader und einfache Arbeiter und Arbeiterinnen damit beschäftigt, die Jungen zu verheiraten. Früher wurde es auch als Aufgabe der *danwei* gesehen. Schwierigkeiten ergaben sich, wenn jemand abgelehnt wurde oder es nach der Heirat Probleme gab, weil das auch das Verhältnis zu der Person betraf, die Eheanbahner gespielt hatte. Frauen, die nicht heiraten, gelten als «komisch». Manche heiraten nur, um dem sozialen Druck und der Diskriminierung zu entgehen. Bei alleine lebenden Männern sind viele Chinesen toleranter. Als gerade noch akzeptables Heiratsalter von Frauen gilt 25, bei Männern 35.

Die Zuteilung von Wohnungen (Druck zur Heirat) war ein allgemeines Problem. Sie waren rar und sollten von den *danwei* zugewiesen werden. Dabei wurden männliche Arbeiter bevorzugt. Oft konnten nur sie einen Antrag auf eine Wohnung stellen. Alleinstehende Männer bekamen oft einen Wohnheimplatz, Frauen mussten bei ihrer Familie bleiben. Die traditionelle Form wurde fortgesetzt: Die Frau trat in die Familie (hier: *danwei*) des Mannes ein. «Diese Regelung der Frage des Wohnens in der *danwei* stärkte noch die traditionelle Vorstellung von der weiblichen Abhängigkeit in der Ehe und im Familienleben.» (Liu: 69) Mütter übertrugen diese Ideologie auch auf ihre Töchter. Sie sorgten für sie, bis sie eine Arbeit fanden. Dann erwarteten sie, dass die Familie des Ehemanns der Tochter die Wohnung (und das Geld für die Heirat) bereitstellt. Wenn es Eheprobleme gab, konnten die Frauen sehen, wie sie mit der Wohnungssituation klar kommen. Da sie keine eigene Wohnung hatten, mussten sie unter Umständen zurück zu ihren Eltern ziehen. Aber schon vorher

gab es Schwierigkeiten, zum Beispiel wegen der langen Anfahrtszeiten zur Arbeit (in einer anderen *danwei*) oder der Mitnahme der Kinder in den *danwei*-Kindergarten der Frau. Heute gibt es einen Markt für Mietwohnungen, aber die Mieten sind so hoch, dass die meisten Frauen sie sich nicht leisten können.

Die Überwachung des Familienlebens (zur Absicherung der Ehe) geschah innerhalb der *danwei*. Die Funktionäre hatten ein Interesse an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen unter den Arbeitern und Bewohnern. Bei Streit mischte sich ein «Schlichtungs-» oder «Nachbarschaftskomitee» ein. «Was für Begründungen die Komitees den Leuten mit Problemen auch immer gaben, sie versuchten Frauen davon zu überzeugen, den geschlechtsspezifischen sozialen Erwartungen zu entsprechen und Kompromisse zu schließen, um die familiäre Harmonie zu bewahren.» (Liu: 71) Zum Beispiel rieten sie Frauen, deren Männer fremdgingen, bei sich selber zu schauen, was sie alles falsch machten. Trotz all der sozialistischen Rhetorik über die Gleichberechtigung in der Familie überwog in der gelebten Realität die traditionelle Ideologie über Geschlechterrollen. In den *danwei*-Wohneinheiten wurden die Frauen auch von den Nachbarn kontrolliert, die den Komitees Bericht erstatteten.

Die Familienplanung (zur Bevölkerungskontrolle) durchlief in China unterschiedliche Phasen. Von den fünfziger bis in die siebziger Jahre hatte China, auch unterstützt durch Regierungspropaganda, hohe Geburtenraten – mit Ausnahme der Zeit des «Großen Sprungs» Anfang der sechziger Jahre, als der immense Arbeitsdruck, die prekäre Versorgungslage und Hungersnöte die Geburtenrate drückten. Nach 1979 begann die staatliche Kontrolle der Geburten über die sogenannte Ein-Kind-Politik. Die *danwei*-Leitung überwachte die reproduktiven Leistungen der Arbeiterinnen. «Es sind die Körper der Frauen, die all diese vorgeschriebenen Verfahren durchlaufen, wie die eingehende Untersuchung, erzwungene Abtreibungen oder Geburtshilfe.» (Liu: 74) Paradoxerweise konnten Frauen die Ein-Kind-Politik, bei der sie offiziell zum Wohle der «Nation» auf weitere Kinder verzichten, zum Teil auch nutzen: Sie verweigerten weitere Kinder, um sich mehr Freiraum zu schaffen. Andere Frauen hielten (und halten) die Ein-Kind-Politik allerdings auch für ein «weiteres Opfer»,[5] das sie für den Staat erbringen mussten (Liu: 76). Frauen kamen unter Druck, wenn das erste Kind ein Mädchen war. Hier gerieten sozialistisches und traditionelles Patriarchat aneinander: Die Familie erwartete einen Jungen zur Fortsetzung der Familienlinie, der Staat erlaubte nur ein Kind. Die Last lag vor allem auf den Frauen, deren Verhalten überwacht wurde.[6]

Liu setzt sich auch mit der Frage der Kontrolle über die Zeit unter dem Gesichtspunkt der geschlechtlichen Arbeitsteilung auseinander. Da die Definition von Zeit abseits der entlohnten Arbeitszeit eine Manifestation von geschlechtlicher Diskriminierung ist, unterscheidet sie zunächst vier Arten: notwendige, festgelegte, gebundene und freie Zeit.[7] «Die notwendige Zeit bezieht sich auf die Zeit, die gebraucht wird, um die grundlegenden physiologischen Bedürfnisse wie Schlafen, Essen, persönliche Pflege, Gesundheit und Sex zu bedienen. Festgelegte Zeit bezeichnet regulär entlohnte Arbeit. Die Zeit, um zur Arbeit zu kommen, ist hier mit enthalten... Gebundene Zeit umfasst Hausarbeit, Hilfeleistungen, Versorgung und Unterstützung aller Art, vor allem Kinder betreffend, das Einkaufen und so weiter. Freie Zeit ist die Zeit, die übrig bleibt, wenn die anderen Zeitformen abgezogen sind.» (Liu: 76/7) Der «Reichtum an Zeit» besteht darin, über Zeit zu verfügen, darüber Kontrolle auszuüben und zeitliche Rhythmen zu haben, die denen anderer Familienmitglieder entsprechen. Liu nennt das auch «persönliche Zeitsouveränität» (Liu: 83).

Die Organisation der *danwei* schuf für die Frauen immer wieder Zeitkrisen und hatte Anteil an der Aufrechterhaltung der geschlechtlichen Hierarchie dort. Trotz Lohnarbeit und damit Aufwendung von Arbeitszeit (festgelegter Zeit) waren Frauen nicht von den «traditionellen» Aufgaben einer «guten Ehefrau und Mutter» befreit. Die Mehrzahl der von Liu interviewten Frauen mussten im Dreischichtsystem an Maschinen arbeiten. Sie waren der Maschinenzeit unterworfen, während in ihren Betrieben Männer die Arbeitsstellen einnahmen, die mehr Kontrolle über die Zeit zuließen (Tagesschicht, Reparatur, Büro...). Die Frauen mussten

民工

min2gong1

Arbeiterbauern

[Bezeichung der vom Land in die Städte wandernden ArbeitsmigrantInnen; Abkürzung von: 农民工, nong2min2 gong1

Versteinertes Geschlechterverhältnis in Shanghai

ständig die Zeitkrisen lösen, die auch durch das Dreischichtsystem mit der Verwischung von Tag und Nacht, und durch die Widersprüche zwischen festgelegter (Arbeit, Fahrweg) und gebundener Zeit (Hausarbeit oder «Haushaltsmanagement», Kinder) entstanden (Liu: 79). Das führte in der Regel zu einem ständigen Kampf zwischen Arbeit und Familienaufgaben und zu Erschöpfung. Viele Frauen haben dann – ohne Rücksicht auf *biaoxian* und *guanxi* – die Arbeitstellen getauscht, oft gegen untergeordnete, schlechter entlohnte, die aber mehr Zeit ließen.

Auch wenn die *danwei* zum Teil Hilfestellung leistete, um den Arbeiterinnen die Ableistung von Lohn- und Hausarbeit zu ermöglichen, so bleibt festzuhalten, dass diese Arrangements gleichzeitig bedeuteten, dass die Frauen nicht als vollwertige Arbeiter genommen wurden. Die «Ablenkung durch ihre Familie» war dann ein Grund, warum Frauen bei der Entscheidung über die Entlassungen zuerst ausgewählt wurden (Liu: 81).

Auch bei der Nicht-Arbeitszeit (nicht festgelegte Zeit) waren Frauen benachteiligt. In den *danwei* mussten alle Arbeiter und Arbeiterinnen außerhalb der Arbeitszeit an Veranstaltungen teilnehmen, zum Beispiel an politischen Schulungen. In den achtziger Jahren wurden zudem Prüfungen eingeführt, die vor Beförderungen bestanden werden mussten. Das Lernen dafür fiel auch in die Nicht-Arbeitszeit. Frauen hatten mehr Probleme, hier Zeit zu investieren, da sie neben der Lohnarbeit noch die Hausarbeit machen mussten.

磨洋工

mo2yang2 gong1

bei der Arbeit trödeln, bummeln

Nach einer Studie des Chinesischen Frauenverbandes von 1990 machten Frauen pro Tag über 260 Minuten Hausarbeit, Männer 130 Minuten (Liu: 82).[8] Auch für soziale Aktivitäten hatten Frauen kaum Zeit. Ihre Möglichkeiten, während der Ehe mit anderen Menschen soziale Kontakte zu pflegen, waren wegen der traditionellen geschlechtlichen Diskriminierung eingeschränkt. Sie blieben «tugendhaft» zu Hause. Ihre sozialen Beziehungen fanden sie deswegen weitgehend während der Arbeitszeit. Hier entwickelten sie ihre sozialen Netzwerke und tauschten Informationen aus. Allerdings bewegten sich ihre Themen weitgehend um ihre traditionellen Rollen als Ehefrau und Mutter, was diese Rollen noch verstärkte.

Stellenaushänge in Shenzhen

Rückkehr an Heim und Herd

In der Reformphase ab 1978 nahmen die Lohn- und Einkommensunterschiede und die geschlechtliche Segregation des Arbeitsmarktes weiter zu. Schon ab Anfang der achtziger Jahre gab es Kampagnen, in denen städtische Frauen aufgefordert wurden, «nach Hause zurückzukehren» (*hui jia*). Damals waren zunächst die über zehn Millionen «Jugendlichen, die vom Land zurückkehren» Ursache für eine steigende städtische Arbeitslosigkeit, die mit der Rückkehr der Frauen an Heim und Herd gesenkt werden sollte. Die Frauen sollten raus aus den *danwei*, auch um die Produktivität der sozialistischen Planwirtschaft zu erhöhen. Sie sollten wieder Opfer bringen für die «Nation» (Wang: 163/4).

Als bei den Umstrukturierungen der neunziger Jahre, verstärkt ab 1997, über 85 Prozent der Entlassungen in den industriellen *danwei* stattfanden, waren die Frauen wieder stärker betroffen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Ihr Anteil an den Beschäftigten in den industriellen *danwei* war besonders hoch. Geschlecht und Alter waren die kritischen Faktoren bei der Auswahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die entlassen werden sollten, weniger die Qualifikation und Bildung. Viele Frauen mussten schon mit 40 Jahren den Job verlassen, Männer oft erst mit 50.[9] Dahinter stand auch die Vorstellung, dass Männer im Alter leistungsfähiger sind als Frauen. Männer wurden bei guter Auftragslage oder späteren «Einstellungen» auch eher zur Arbeit zurückgeholt, selbst wenn sie vorher in Rente geschickt worden waren. Zudem wurden die Hilfstätigkeiten und Dienstleistungen, die von Frauen ausgefüllt wurden, zuerst abgewickelt.

Hier spielten auch wieder *guanxi* (Beziehungen) eine Rolle. Männer hatten mehr Möglichkeiten, die Zwangsverrentung und die damit zusammenhängenden finanziellen Einbußen abzuwenden, indem sie ihre Kontakte spielen ließen oder sich versetzen ließen. Liu beschreibt aber auch, wie die von ihr interviewten Frauen die Entlassung oder Pensionierung nicht tatenlos ertrugen, sondern Mittel und Wege suchten, ihre Interessen zu verteidigen. Sie ließen sich noch mal versetzen, krank schreiben, nutzten die *guanxi* der Ehemänner oder nahmen die für sie beste Form der Entlassung oder

Verrentung in Anspruch. Zum Teil akzeptierten die Frauen die Abwicklung auch, weil sie damit mehr Zeit für ihre Aufgaben in der Familie hatten – sofern sich das finanziell tragen ließ. In dem Fall fand das auch die Unterstützung ihrer Ehemänner. Die Arbeit der Frauen galt beiden als Zuverdienstform, die Hausarbeit als Pflichtaufgabe. Aber diese «Wahlmöglichkeit» war begrenzt.

Wang zitiert einen Manager, der deutlich macht, dass Frauen auch deswegen zuerst entlassen wurden, weil sie sich angeblich weniger widersetzten. Er sagte: «Wenn sie Männer entlassen, betrinken die sich und machen Schwierigkeiten. Aber wenn sie Frauen entlassen, gehen die einfach nach Hause und nehmen das still hin.» (Wang: 162) Dies deutet auf eine Strategie der Parteiführer und Fabrikdirektoren hin, denen es vor allem darum ging, soziale Kämpfe zu vermeiden. Sie kalkulierten, dass es weniger Unruhe stiftet, wenn sie die Frau einer Familie entlassen und den Mann nicht.

Nach der Entlassung hatten die Betroffenen zwar noch ihre Wohnung, ansonsten aber keine der Zulagen und Vergünstigungen wie medizinische Versorgung. Hart war das insbesondere für die «rausgekauften» Frauen, die eine Abfindung bekamen, weil deren Verbindung zur *danwei* komplett gekappt wurde. Eine ehemalige Arbeiterin sagt dazu: «Wir haben keine Verbindung zu unser früheren *danwei*. Sie behandeln uns, als hätten sie vergammeltes Fleisch weggeworfen.» (Liu: 107)

Die abgewickelten Frauen fanden auch wenig Unterstützung durch die neu eingeführten Formen der «drei Garantien», die geringfügigen Unterstützungszahlungen für entlassene ArbeiterInnen. Aufgrund der Finanzkrise der *danwei* und von Korruption funktionierten diese nicht. Abgeschnitten von den formalen Formen staatlicher Unterstützung mussten die Frauen auf informelle Formen zurückgreifen, die im Übergang zur Marktwirtschaft zunahmen. Der Zerfall oder das Abschneiden von der *danwei* stärkte auf der anderen Seite die familiären Beziehungen, auf die sich die Entlassenen nun stützen mussten.

Zum Teil gab es auch gegenseitige Unterstützung der entlassenen Frauen untereinander. Der Druck, eine neue Arbeit zu finden, war groß, zum Teil wegen der finanziellen Probleme aufgrund der Entlassung, zum Teil, weil die Kinder in der Pubertät waren und die steigenden Kosten für Schule und Ausbildung getragen werden mussten. Bei der Suche nach Arbeit spielten wieder die *guanxi* eine Rolle, die Verbindungen zu Macht und Einfluss, aber auch Formen «sozialen Kapitals», Kontakte der Frauen in ihren eigenen Netzwerken, zum Beispiel zu alten Arbeitskolleginnen, Ressourcen, auf die sie dort zurückgreifen konnten.

Frauen fanden aufgrund des vorherigen, niedrigeren sozialen Status und der im Vergleich «schlechteren» Verbindungen wiederum vorwiegend Jobs in den unteren Arbeitsmarktsegmenten oder als prekäre Straßenhändlerinnen.[10] «Frauen mit schlechtem sozialem Kapital waren gefangen im Teufelskreis von niedrig entlohnter, ungelernter Teilzeitarbeit, die wiederum wenig soziales Kapital zur Verfügung stellten. Frühere Kader waren in der Lage, ihre soziale Position zu wahren; die Arbeiterinnen dagegen waren anfällig für sozialen Abstieg.» (Liu: 115) Das geschlechtsspezifische networking reproduziert die Segregation des Arbeitsmarktes. Für die neu geschaffenen Jobs in den «privaten» Dienstleistungen waren die Entlassenen zu alt, hatten zu geringe Qualifikationen, waren nicht feminin und charmant genug. Die Jobs bekamen die jungen und attraktiven Frauen, die vom Land und von den Schulen auf den städtischen Arbeitsmarkt drängten. Während die Frauen aufgrund der Probleme oft niedrig entlohnte Jobs akzeptierten, lehnten die Männer solche oft ab, weil sie es als würdelos empfanden, schlecht angesehene, niedere Arbeiten zu verrichten. Zum Teil hielten die familiären Verpflichtungen zur Hausarbeit die Frauen davon ab, sich wieder Jobs zu suchen. «Sie wurde eine Vollzeit-Familiendienerin», schreibt Liu über eine Frau (Liu: 115). Die meisten Frauen mussten sich darüber hinaus nicht nur um die eigene Familie kümmern, sondern wurden auch von der weitläufigen Familie als unbezahlte Arbeitskraft gesehen, die sie ausnutzen konnte.

Die meisten Frauen, die Liu interviewte, hatten eine Lohnarbeit, aber keine von ihnen – sofern in der Privatwirtschaft – hatte einen Arbeitsvertrag oder eine genaue Regelung der Arbeitsstunden bei Teilzeitarbeit. Viele wurden von ihren Arbeitgebern belästigt und beschimpft. Die sich selbständig machten, verloren oft Geld und wurden von den Behörden schikaniert. Das produzierte auch eine Art Nostalgie für die Verhältnisse in den *danwei*, insbesondere die soziale «Sicherheit» dort. Nur die wenigen, die tatsächlich beruflich erfolgreich waren, sahen die Umstrukturierung und soziale Umwälzung positiv, weil sie die neuen «Freiheiten» schätzten.

Die folgende Generation

Liu interviewte auch die Töchter der Frauen. Die meisten von ihnen waren nach Einführung der Ein-Kind-Politik geboren worden. Anders als ihre Mütter standen sie als einziges Kind im Mittelpunkt der Familienaufmerksamkeit. Die «traditionelle» chinesische Familie war noch eltern-orientiert, das bedeutete, die Bedürfnisse der Eltern stehen über denen der Kinder. Die Kinder sollen den Eltern Ehre erbieten. Mit dem Erwachsenwerden der ersten Ein-Kind-Generation bricht diese Konstellation nach und nach zusammen.[11]

In den *danwei* wurde die Ein-Kind-Politik strikt angewandt,[12] sodass viele Familien nur eine Tochter haben konnten. Die Bildungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen wurden in der Folge teilweise aufgehoben. Viele aus der «unglücklichen Generation», die wenig Bildung erfahren und zahlreiche Rückschläge erlebt hatten, investierten viel in die Entwicklung und Ausbildung ihrer Töchter, «um indirekt ihre eigenen unerfüllten Träume zu realisieren.» (Liu: 126)

Die Arbeit um die Kinder lag weiterhin auf den

男尊女卑

nan2zun1 nü3bei1

«Männer stehen über den Frauen»

[eine der sexistischen Redensarten]

Schultern der Mütter, die Väter hielten sich raus. In manchen Familien kümmerte sich die Mutter um alle Lebensaspekte, der Vater lediglich um erzieherische Fragen. Mütter versuchten ihre Arbeit an die Bedürfnisse des Kindes anzupassen, zum Beispiel indem sie die Wechselschichten gegen Tagesschichten tauschten, um mehr Zeit für das Kind zu haben, auch wenn das einen beruflichen Abstieg bedeutete.

Die «unglückliche Generation» von Frauen hatte nun eine dreifache Belastung: Sie mussten ihrer eigenen Elterngeneration «Ehre erbieten» und sich um deren Bedürfnisse kümmern, sie taten alles für ihre eigenen Kinder, und sie mussten noch auf die Ansprüche ihrer Ehemänner eingehen. Nach der Entlassung aus den *danwei* – ihrer «Heimkehr» – wurden sie zeitweilig oder endgültig zu Vollzeitmüttern. Die Töchter sahen diese Entwicklung positiv, weil die Mütter sich mehr um sie kümmerten und «regelmäßig kochten». Töchter akzeptierten, dass die Mütter, da ohne Qualifikation, entlassen wurden. Das war für sie ein notwendiges Opfer der alten Generation beim Übergang zu einer Marktwirtschaft. Hier stand auch für sie die «Gesellschaft» mit ihren Interessen über denen der «Individuen». Sie unterstützen die Reformen, obwohl ihre Mütter dadurch den Job und die Sicherheit der *danwei* verloren hatten, und akzeptierten weitgehend die offiziellen Parolen und Erklärungen, mit denen die sozialen Härten, welche die Reformen begleiteten, gerechtfertigt wurden: Stimulation der eigenen Initiative, Unterstützung der jungen Berufstätigen durch Hausangestellte aus den *danwei*, Platz frei für junge Arbeiterinnen.

Die Töchter kennen die Hoffnungen, die ihre Mütter in sie setzen, und sind selbst ehrgeizig. «Das Streben der Töchter nach Erfolg spiegelt die Wertstellung von Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit wider, die beim Übergang zu einer Marktwirtschaft stark in den Vordergrund gestellt wurden.» (Liu: 133) Die Töchter wollen auch auf keinen Fall die Vergangenheit ihrer Mütter wiederholen. Während für die Mütter ihre Arbeit ein Job war und es wenig um Aufstieg und Karriere ging, sind die Töchter ganz anders. Ihnen geht es um ihre persönliche Entwicklung. Sie wollen sich nicht mehr für die Familie aufopfern und für ihre Kinder (oder die Eltern) leben (siehe auch Jaschok: 122). Dabei nutzen die Töchter zum Teil die Dienste ihrer Mütter, die auf die Enkel aufpassen, während die Töchter gleichzeitig ihr eigenes Leben führen, ihre Zeit anders nutzen. Sie wollen sich nicht wie die Mütter für die Familie aufopfern, belassen diese aber genau in so einer Situation.[13]

Während nur wenige der Mütter geschlechtliche Diskriminierung als Ursache für ihre Entlassungen erkannten und Nachteile auf biologische Unterschiede schoben, die sie für gegeben hielten, waren die Töchter sich der geschlechtlichen Ungleichheit bewusster. Die Töchter erfahren Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, sexuelle Belästigung und Gewalt, die ihren Raum und ihre Möglichkeiten beschränken. «Die weiten sozialen Zwänge, die auf Frauen wirken, sind im China nach Mao beherrschend.» (Liu: 135) Die jungen Frauen haben ihre Ziele, planen ihre Karriere. Sie betonen ihre Unabhängigkeit – gleichzeitig erwarten sie aber in der Zukunft ein Leben mit einem Ehemann als «Brotverdiener» für die eigene Kleinfamilie. Hier zitiert Liu Maria Jaschok: «Jaschok interpretierte die «erwachenden Wünsche [junger Frauen] nach Änderung und Anpassung» mehr als «eine Modernisierung etablierter Formen denn als Experimentieren mit alternativen Lebensstilen.» (Liu: 135/6; Jaschok: 126) Liu ergänzt: «Die Töchter schienen zwei Wertesysteme zu haben, die aus Vergangenheit und Gegenwart stammen, aus Tradition und Modernität; die Widersprüche dieser Wertsysteme zeigen sich in den Spannungen und Brüchen, die aus diesen gegensätzlichen Ideologien entstehen.» (Liu: 136) Sie müssen individualistische und kollektivistische Orientierungen zusammenbringen. Sie wollen ein modernes und unabhängiges Leben ohne sexistische Diskriminierung, aber sie halten an den Glücksversprechen von Ehe und Familie fest.[14]

Lius Untersuchung zeigt, dass proletarische Frauen – vor allem die älteren – einen überproportional großen Teil der Kosten der wirtschaftlichen Reformen in China tragen mussten und müssen. Die Entlassung der Frauen aus den *danwei* ist das Ergebnis einer «Anhäufung lebenslanger geschlechtlicher Ungleichheiten» (Liu: 143), vom Großen Sprung bis heute. Schlechtere Bildungschancen, mehr Belastungen im Haushalt und in der Familie, mehr Druck im Alltag, stärkere Überwachung persönlichen Verhaltens, enge Kontrolle der Sexualität und Fortpflanzung, schlechtere Aufstiegschancen bei der Arbeit, beschränktes soziales Netz, geringere Löhne: die Liste der Folgen struktureller und persönlicher Diskriminierung von Frauen ist lang. Dabei halten die Frauen der «unglücklichen Generation» selbst an Vorstellungen wie dem «natürlichen Unterschied von Mann und Frau» und weiblicher Opferbereitschaft fest. Auch sie können das patriarchale Vermächtnis des Konfuzianismus, die Patrilinearität (Vaterfolge) und die enge Kontrolle über die Keuschheit und Monogamie der Frauen nicht einfach abstreifen. Und wenn ihre Töchter hier ihre eigenen Wege suchen, haben sie doch bisher nicht vollkommen mit den «traditionellen» Vorstellungen gebrochen. Trotzdem bleibt die Hoffnung, dass sich die jungen Frauen mehr Kontrolle über das eigene Leben erkämpfen.

闹事

nao4shi4

Unruhe stiften

Literatur

Honig, Emily (2002): Maoist Mappings of Gender: Reassessing the Red Guards. In: Brownwell, Susan/Wasserstrom, Jeffrey N. (2002): Chinese Femininities, Chinese Masculinities: A Reader. Berkeley, Los Angeles/London

Jaschok, Maria (1995): On the Construction of Desire and Anxiety: Contestations Over Female Nature and Identity in China's Modern Market Society. In: Einhorn, Barbara/Yeo, Eileen James: Women and Market Societies: Crisis and Opportunity. Cambridge

Lipinsky, Astrid (2006): Der Frauenverband und die Arbeit im Privathaushalt. In: Lipinsky, Astrid, Der Chinesische Frauenverband. Eine kommunistische Massenorganisation unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Bonn, S. 215-254

Liu Jieyu (2007): Gender and Work in Urban China. Women workers of the unlucky generation. London/New York

McLaren, Ann (2004): Women's Work and ritual space in China. In: McLaren, Ann (ed.): Chinese Women – Living and Working. London/New York

Pun Ngai/Li Wanwei (2006): Shiyu de husheng. Zhongguo dagongmei koushu. Beijing (Deutsch: *dagongmei* – Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen. Erscheint im Juni 2008 bei Assoziation A)

Solinger, Dorothy J. (2002): Labour Market Reform and the Plight of the Laid-off Proletariat. In: China Quarterly, No. 170, 2002

Wang Zheng (2003): Gender, employment and women's resistance. In: Perry, Elizabeth J./Selden, Mark: Chinese Society, Second Edition. Change, conflict and resistance. London/New York

Xinran (2003): The Good Women of China: Hidden Voices. London (deutsch: Xinran: Verborgene Stimmen. Chinesische Frauen erzählen ihr Schicksal. München 2005)

Zuo Jiping (2006): Women's Liberation and Gender Obligation Equality in Urban China: Work/Family Experiences of Married Individuals in the 1950s. Relations Centre, RSPAS, The Australian National University and St. Cloud State University, Minnesota, USA. Online: http://rspas.anu.edu.au/grc/publications/pdfs/ZuoJ_2006.pdf (aufgerufen am 25. Juni 2007)

Endnoten

1 Eine Entsprechung für die «Erwachsenen» ist *nanzun nübei*, etwa: Frauen sind Männern untergeordnet. Diese sexistischen Slogans sind Teil des neo-konfuzianischen Breis, der in China auch weiterhin viele gesellschaftlichen Diskurse verklebt.

2 Bis heute benutzen viele Chinesen diese Bezeichnung. Zum Beispiel haben geschiedene Frauen, vor allem jene mit Kindern, oft Probleme, neue Partner zu finden, weil sie als «ausgelatschte Schuhe» gelten. Scheidung verspricht Frauen in China heute keine (neue) Unabhängigkeit, sondern Einsamkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Tratsch (siehe Jaschok: 119).

3 Die modernisierte Übernahme der feudalistischen Strukturen gilt nicht nur für die patriarchalen Formen (und findet sich auch in anderen asiatischen Ländern). Die kaiserlichen, staatlichen Einheiten in China, von den Mandarinen bis runter zu den Dorfvorstehern, fanden sich in neuer Fassung auch in den sozialistischen Strukturen wieder.

4 Wang weist allerdings darauf hin, dass ein Grund für die Akzeptanz der geschlechtsspezifischen Zuweisung von «schlechteren» Jobs an Frauen darin zu suchen ist, dass die Unterschiede beim Lohn und den Sozialleistungen der *danwei* relativ gering waren – im Einklang mit dem Egalitarismus der Maoisten – und zudem die Lage der städtischen Frauen, die in den *danwei* beschäftigt waren, sehr viel besser war als die der Frauen auf dem Land (Wang: 160).

5 Zum konfuzianischen und nationalistisch-sozialistischen Hintergrund des Opfergedankens (für den Herrscher, den Staat, die Partei, die Familie) siehe Zuo: 16.

6 Heute gibt es in China weit mehr Männer als Frauen, weil viele Eltern vor der Geburt einen Geschlechtstest machen – und falls es ein Mädchen ist, den Fötus abtreiben. Das Verhältnis liegt bei etwa 117 Männern auf 100 Frauen.

7 Liu bezieht sich hier auf Davies, K. (1990): Women, Time, and the Weaving of the Strands of Everyday Life. Aldershot: Avebury. Davies spricht (auf Englisch) von «necessary», «contracted», «committed» and «free time».

8 Lipinsky schreibt, dass im Jahr 2001 in 85 Prozent der Familien die Frauen für «Kochen, Kleiderwäsche, Geschirrspülen, Aufräumen, Putzen und andere Haushaltstätigkeiten zuständig» sind und Frauen täglich vier Stunden mit Hausarbeit verbringen, gegenüber 2,7 Stunden für Männer. Dieser Durchschnitt schließt Land und Stadt ein, nur für die Stadt gerechnet bleiben 1,7 Stunden für Männer täglich (Lipinsky: 224).

9 Zum Teil auch 45 und 55; offizielles Rentenalter ist bisher 50 und 60.

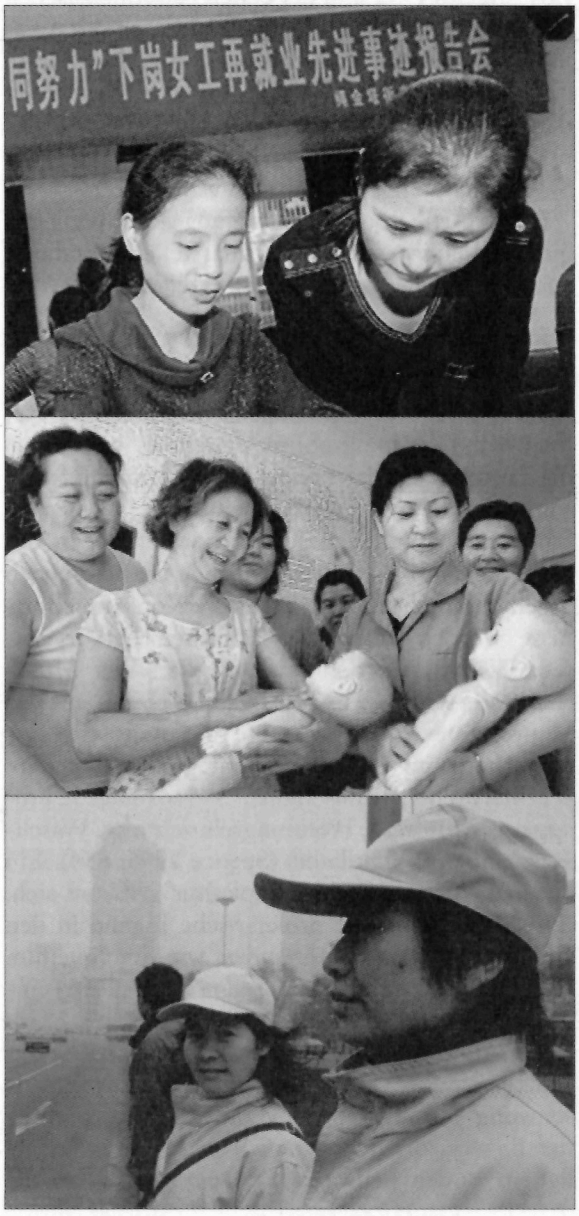
10 Zum Beispiel auch als Hausangestellte oder Taxifahrerinnen: Zu Taxifahrerinnen siehe Besprechung des Films «Die Taxischwestern von Xi'an» in diesem Heft S. 77.

11 Im öffentlichen Diskurs – weitgehend von Partei und Staat sowie der älteren Generation getragen – finden sich noch viele Verweise auf die Ehrerbietung gegenüber den Eltern, seit einigen Jahren auch mit offenem Bezug auf die reaktionäre konfuzianische Lehre.

12 Das galt und gilt nicht für alle gesellschaftlichen Bereiche in China.

13 Diese Haltung der Kinder von ArbeiterInnen, die auf keinen Fall selbst ArbeiterIn sein wollen, aber auch der Eltern, die ihren Kindern was «Besseres» wünschen, findet sich weltweit. Ob die Kinder es schaffen und keine «dreckigen» Jobs mehr machen müssen, ist eine andere Frage.

14 Ähnliche Einstellungen finden sich auch bei den *dagongmei*, den jungen Frauen, die vom Land in die Städte gehen und dort in den Fabriken arbeiten (siehe Pun/Li 2006).



农民

nong2min2

Bauer(n)

xiagang-Frauen bei Jobmesse, im Hausangestelltenkurs und mit neuen städtischen Jobs

Anton Pam

Eine gescheiterte Revolution?

Die Bewegung vom Tian'anmen 1989 und ihre Niederschlagung

Vor achtzehn Jahren ließ die chinesische Regierung am 4. Juni 1989 die Bewegung vom Platz des Himmlischen Friedens (Tian'anmen) vom Militär blutig niederschlagen. Bis heute wird dieser «Zwischenfall» in China tabuisiert und der größte befestigte Platz der Welt argwöhnisch kontrolliert. Uneinigkeit herrscht darüber, welchen Charakter die Millionenbewegung von 1989 hatte. In westlichen Medien wurde sie damals als antikommunistische Demokratiebewegung präsentiert. Linke Beobachter aus Europa sehen in der Bewegung hingegen einen proletarischen Aufstand, amerikanische Professoren einen moralischen Aufschrei einer Elite in der Tradition des Konfuzianismus. Die «neue Linke» in China betrachtet die Unruhen als eine soziale Bewegung gegen den «Neo-Liberalismus», einen Vorboten der Anti-Globalisierungsbewegung von Seattle. Der Post-Operaist Antonio Negri glaubt sogar, dass neben den Aufständen in Los Angeles 1992 und der ersten palästinensischen Intifada auch auf dem Tian'anmen-Platz das revolutionäre Subjekt der Multitude gegen das Empire in Erscheinung trat. Giorgio Agamben begründet den Einsatz des Militärs mit der Rebellion der nicht repräsentierbaren Singularitäten, die der Staatsmacht entgegen getreten wären.

Dieser Artikel soll die Bewegung selbst und einige Analysen ihres Charakters darstellen, um damit auch ihre große Bedeutung aufzuzeigen.

贫穷

pin2qiong2

arm, Armut

Vorgeschichte: Die enttäuschten Hoffnungen der Reformpolitik

Als 1978/79 die Kommunistische Partei die Reform- und Öffnungspolitik einleitete, weckte sie die Hoffnungen der breiten Bevölkerung auf eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Nach den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der Kulturrevolution sehnten sich viele Chinesen nach gesellschaftlicher Stabilität. Neue Konsumbedürfnisse wurden durch die Reformen hervorgerufen. Während in der Mao-Ära die «Vier Muss» (Fahrrad, Radio, Uhr und Nähmaschine) auf der Wunschliste standen, strebte die städtische Bevölkerung nun nach den «acht großen Dingen» (Farbfernseher, Kühlschrank, Stereoanlage, Fotoapparat, Motorrad, Wohnungseinrichtung, Waschmaschine und Ventilator) (Spence 1995: 854). Ein «Fieber» der westlichen Popkultur griff um sich. Es erfasste selbst die proletarische Jugend in den Kleinstädten des Hinterlandes, wie der Spielfilm «Zhantai» (Plattform) von Zhang Kejia (2001) eindrucksvoll zeigt.

Die Auflösung der Volkskommunen Anfang der achtziger Jahre führte zunächst zu einem Aufschwung der Agrarproduktion. Die Einkommen der Bauern, die nun Familienwirtschaft auf staatlichem Boden betrieben, stiegen rapide und die Ernährungssituation verbesserte sich. Die damals noch kollektiven Gemeindeunternehmen wurden zur Triebkraft des Wirtschaftsaufschwunges.

Die Mitte der achtziger Jahre forcierten Reformen der Industrie hatten zwiespältige Auswirkungen für die breite Masse der Bevölkerung. Während die frühen Reformen auf dem Land mit dem Familienverantwortlichkeitssystem eine Art egalitären «Kleinproduzenten-Sozialismus» schufen, führte die Industriereform nach 1985 zur Kapitalisierung der Gesellschaft (Wang Hui 2003: 49). Besonders das duale Preissystem, nach welchem die Preise für Konsumgüter über den Markt, aber die Preise für Industriegüter noch vom Staat festgelegt wurden, resultierte in schlimmen Formen der Korruption und des Machtmissbrauchs durch Kader des staatlichen Sektors. Die «Eiserne Reisschüssel» (*tie wanfan*), der lebenslang sichere Arbeitsplatz für die Kernbelegschaften der Staatsbetriebe, wurde durch die Reformen zunehmend in Frage gestellt. 1985 ging ein chinesischer Staatsbetrieb zum ersten Mal nach 1949 in Konkurs. Im Zuge der staatlichen Kritik an der «Gleichmacherei» der Mao-Ära und der Einführung eines «wissenschaftlichen Managements» verstärkte sich der Druck am Arbeitsplatz enorm. Durch die Übergabe von Entscheidungskompetenzen an die Betriebsführung stieg die Macht der Manager über die Belegschaft. Das Gefühl von Ausbeutung und Entfremdung breitete sich aus.

Auch die Lage der Studenten und Akademiker gab Anlass zur Sorge. Die Stipendien der Studenten reichten immer weniger zum Leben aus. Die Löhne der Lehrer und Akademiker waren im Vergleich zu denen der Angestellten in der Privatwirtschaft sehr niedrig. «Mit dem Verkauf von Tee-Eiern verdient man mehr, als mit der Erforschung der Atombombe» wurde zum geflügelten Sprichwort. Dieses Sprichwort drückt auch den Statusverlust gegenüber den Privatunternehmern und Händlern aus.

Mitte der achtziger Jahre formierte sich der Widerstand gegen Korruption und politische Repressionen. 1986/87 kam es in Städten wie Shanghai, Wuhan und Beijing zu Studentendemonstrationen mit einigen tausend Teilnehmern. Am 20. Dezember 1986 demonstrierten in Shanghai sogar über 60.000 Studenten und Bürger. Rufe nach Demokratie wurden laut (Spence 1995: 844). Nach Demonstrationen in Tibet im Oktober 1987 wurde in der Provinz der Ausnahmezustand verhängt und das Militär eingesetzt. Die Parteiführung reagierte auf den Widerstand mit einer Einschränkung der politischen Freiheiten. Sie startete mehrere Kampagnen gegen «geistige Verschmutzung» und den westlichen «Liberalismus». Auch die Streiks in Staatsbetrieben, die regional begrenzt waren, be-

reiteten der chinesischen Regierung seit Anfang der achtziger Jahre Sorgen. Sie verfolgte die Entwicklung in Polen aufmerksam und ergriff Maßnahmen, um das Entstehen einer chinesischen Solidarnosc zu verhindern (Wilson 1990). Zum einem wurden die «Streikführer» verfolgt, gleichzeitig sollte aber auch der «Bürokratismus» der staatlichen Gewerkschaften abgebaut werden, um Proteste besser auffangen zu können.

1988 war das Jahr einer schweren Krise der Reformpolitik. Die Subventionierung der Staatsbetriebe belastete den Haushalt so sehr, dass in einigen Gegenden der Staat den Bauern nur noch Schuldscheine statt Bargeld für ihr Getreide ausstellen konnte. Die rapide Inflation und Korruption in nie gekanntem Ausmaß belasteten das Leben der Menschen in den Städten. Ende 1988 schnellte die Inflationsrate in den Städten auf 26 Prozent, was zum massiven Rückgang des Lebensstandards führte (Spence 1995: 855). Obwohl das Bruttosozialprodukt Chinas in diesem Jahr um elf Prozent stieg, glaubten viele, dass sich eine kleine korrupte Elite auf Kosten der Allgemeinheit an diesem Wachstum bereichere. Im April 1989 kulminierte die Frustration zu einer Legitimitätskrise der Kommunistischen Partei und die Bewegung vom Tian'anmen entstand.

Der Funke wird zum Steppenbrand

Der konkrete Auslöser der Bewegung in Beijing war der Tod des früheren Parteichefs Hu Yaobang, der sich 1987 auf die Seite protestierender Studenten gestellt hatte und dafür abgesetzt worden war. Am 17. April 1989 zogen ca. 2000 Studenten der Top-Elitehochschule Beijinguniversität auf den Platz des Himmlischen Friedens, um die Rehabilitierung von Hu zu fordern. Drei Tage später führte ein Zusammenstoß zwischen Studenten und Polizei zur Radikalisierung der Bewegung. Der Platz wurde daraufhin besetzt und unabhängige Studentenverbände gegründet. Erst mit dem Massaker am 4. Juni gelang es der Regierung, den Platz wieder zu räumen. Am 19. April entstand auch die unabhängige «Autonome Arbeiterförderation» (*gongzilian*), die bis zum Massaker 20.000 registrierte Mitglieder in Beijing gewinnen konnte (Walder/Gong 1993).

Proteste gegen die Verurteilung der Bewegung als konterrevolutionären «Aufruhr» durch das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, der «Volkszeitung», sowie ein Hungerstreik auf dem Platz führten dazu, dass sich Hunderttausende der Bewegung der Studenten anschlossen. Verhandlungen zwischen Regierung und Studentenvertretern scheiterten mehrfach. Besonders die drohenden Repressionen führten zur Solidarisierung von Arbeitern und Stadtbevölkerung mit den Studenten. Am 17. Mai gingen schließlich über eine Million Beijinger Bürger auf die Straße. Als zwei Tage später das Kriegsrecht verhängt wurde, ignorierten es Hunderttausende einfach. Die Menschen blockierten die Straßen, sodass die Armee, die noch keinen Schießbefehl bekommen hatte, nicht in das Zentrum der Stadt vordringen konnte. Studenten und Jugendliche aus ganz China kamen nach Beijing, um den Platz zu verteidigen. In vielen Provinzhauptstädten brachen Unruhen gegen den Ausnahmezustand aus. Erst zwei Wochen später entschied sich die Regierung für das Blutbad. Über zweitausend Menschen wurden auf den Straßen Beijings getötet und der Platz am 4. Juni geräumt. Die meisten Toten gab es jedoch nicht auf dem Platz, sondern auf den großen Zufahrtsstraßen. Durch eine landesweite Repressionswelle gelang es der Kommunistischen Partei die «Ordnung» wiederherzustellen und die Bewegung zu zerschlagen.

An dieser Stelle sollen verschiedene Erklärungsansätze und Bewertungen der Akteure dargestellt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt halte ich es für nicht möglich, eine klare Position dazu zu beziehen, was auf dem Tian'anmen-Platz «wirklich» geschah.

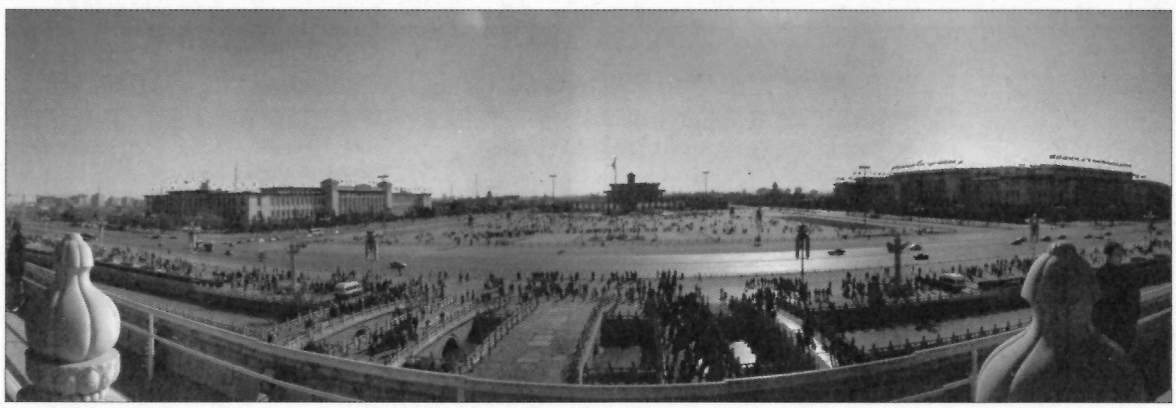
Die Studenten als konfuzianische Elite?

Kommen wir nun zur Interpretation der Bewegung. Elizabeth Perry, Professorin an der Harvard Universität und Expertin für soziale Unruhen im modernen China, stellt in ihrer Interpretation das westliche Bild von einer Demokratiebewegung in Frage. Die Studenten wären während der Proteste im Sinne der konfuzianischen Tradition als moralisches Gewissen der Nation aufgetreten (Perry 1994: 79). In dieser Tradition gibt es den moralisch sauberen Gelehrten, der für das Volk beim Kaiser wegen Korruption und Machtmissbrauch von Beamten vorspricht. Um ein Beispiel zu nennen: Studentenvertreter knieten nieder, als sie vor der Großen Halle des Volkes ihre erste Petition übergaben. Viele Studenten unterstützten Zhao Ziyang, den Kopf der Reform-Fraktion in der Regierung,

岐视

qi2shi4

Diskriminierung



Tian'anmen-Platz 2004

群众运动

qun2zhong4 yun4dong4

Massenbewegung

der allerdings zum Rücktritt als Staatspräsident gezwungen wurde und der Bewegung nicht mehr helfen konnte.

Obwohl die Vertreter der Arbeiter schon Ende April die Studenten von einer Allianz und von einem gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik überzeugen wollten, dauerte es einen Monat bis erste Studenten-Delegationen in die Fabriken geschickt wurden (ebenda: 84). Zwar ließen sich die Studenten, die den Platz besetzt hatten, von Händlern und Arbeitern versorgen, jedoch nahmen sie diese nicht als gleichberechtigte Partner wahr. Die Hierarchie im Bildungssystem wurde laut Perry auf die Bewegung übertragen. Die Studenten der Eliteuniversitäten gaben den Ton an und ältere Intellektuelle, die auf den Platz kamen, hatten eine besonders große Autorität, wenn sie hohe Posten im Kulturapparat besaßen. Die Mobilisierung der großen Massen von Menschen erfolgte im Rahmen der *danwei* (der Arbeitseinheiten der Universitäten und Fabriken). Da die *danwei* vom Staat abhängig ist und die Parteikomitees auf jeder Ebene verankert sind, konnte die Bewegung wieder relativ leicht demobilisiert werden, so Perry (ebenda: 78).

Wie heute, wurden auch damals die chinesischen Studenten durch ein zentrales Prüfungssystem (*gaokao*) ausgewählt und den Universitäten, deren Ansehen über ein klar definiertes staatliches Ranking bestimmt wird, zugeteilt. Anders als heute teilte damals der Staat den Absolventen die Arbeitsplätze zu. Das führte zu großem Unmut, weil viele glaubten, dass Kommilitonen mit Beziehungen zur Partei die besten Jobs im begehrten Beijing bekämen und nicht in die Provinz verschickt würden.

Auch Rudolf Wagner zeigt, dass sich die Studenten als moralische Opposition gegen Korruption und Machtmissbrauch inszenierten, indem sie zentrale Symbole des Staates wie den Tian'anmen-Platz oder das Denkmal der Volkshelden mit eigenen Inhalten besetzten. Mit ihrem positiven Bezug auf die 4.-Mai-Bewegung von 1919, die «Science and Democracy» forderte, versuchten die Studenten der Partei dieses Erbe zu entreißen. Nach 1949 wurde der Tian'anmen-Platz zum heiligen Ort des neuen Chinas, auf dem Aufmärsche und Paraden stattfanden. Vom Eingang der Verbotenen Stadt aus hatte Mao die Volksrepublik China ausgerufen. Für die Regierung stellte es einen großen Gesichtsverlust dar, dass Gorbatschow, der als erster sowjetischer Regierungschef seit 1959 China besuchte, am 15. Mai 1989 nicht auf dem besetzten Platz empfangen werden konnte. In den Augen der Partei hatten die Demonstranten den heiligen Platz entweiht.

Eine zentrale Geste im moralischen Selbstverständnis war der Hungerstreik. «Mit dem Hungerstreik erreichte die Projektion der Gewaltlosigkeit, Reinheit, Entschlossenheit und Selbstaufopferung für das öffentliche Wohl ihren höchsten öffentlichen Ausdruck. Erhebliche Teile der öffentlichen Meinung, vor allem die älteren Intellektuellen (...) ließen sich durch den Hungerstreik von der Ernsthaftigkeit der Studenten und der Unhaltbarkeit der Regierungsbehauptungen überzeugen» (Wagner 1992: 339). Der Hungerstreik führte dazu, dass sich der Platz wieder füllte, nachdem der Anfangsenthusiasmus schon verflogen war. Die vier älteren Intellektuellen, die auch in den Hungerstreik traten, nannten sich die «Vier Edlen» (*si ge junzi*). Der Edle ist eine zentrale Figur im konfuzianischen Denken. Der Berühmteste der Vier war allerdings Popstar Hou Dejian.

Wie Perry glaubt Wagner, dass die Studenten keinen Versuch unternahmen, sich mit den Arbeitern und der Bevölkerung Beijings zu verbünden. Statt sich auf die Solidarnosc-Bewegung in Polen zu beziehen, trugen sie weiße Stirnbinden wie die Demonstranten der Demokratiebewegungen in Südkorea und auf den Philippinen. Die Bewegung spielte also auf einer Klaviatur verschiedenster Symbole.

Die Krise der Repräsentation und die Vielfalt der Bewegung

Bei Wagner und Perry kommt die Tatsache zu kurz, dass die Studenten keine einheitliche Gruppe darstellten, sondern in verschiedene Fraktionen gespalten waren. Tausende verließen frustriert den Platz, wurden aber sofort durch Neuankömmlinge ersetzt. Bei Abstimmungen stimmten immer die ab, die gerade auf dem Platz waren. Zwischen den Gruppen brachen sogar handgreifliche Konflikte um die Kontrolle der Lautsprecheranlagen aus. Demokratie und Freiheit waren Schlagworte, die jeder mit anderen Inhalten füllte. Keine der Gruppen hatte ein klares Programm und es gelang nicht, neue Verbände zu gründen, die von allen als Repräsentanten anerkannt wurden. Dass die Studentin Chai Lin, die sich Kommandantin der Abteilung zur Verteidigung des Tian'anmen-Platzes

Der «tank-man» in Beijing; Demonstranten in Shanghai: «Die ArbeiterInnen Shanghais vereinigen sich».

nannte, oder der uigurische Student Wu Erkaixi als Studentenführer berühmt wurden, hing wohl eher damit zusammen, dass die westlichen Reporter, die das Ereignis in die ganze Welt trugen, repräsentative Interviewpartner brauchten. Außerdem musste die chinesische Regierung nach der Niederschlagung Drahtzieher und Hintermänner der Öffentlichkeit präsentieren. In Wirklichkeit gab es aber weder eine anerkannte Führung noch eine charismatische Führerpersönlichkeit.

Die Forderungen der Studenten sind im nachhinein betrachtet wenig radikal gewesen: Die Anerkennung der neuen Verbände und Organisationen, die Rücknahme der Verurteilung der Bewegung als «Aufruhr», ein demokratischer Dialog mit der Regierung, die Freilassung der Verhafteten usw. Die eigentliche Radikalität der Bewegung bestand meiner Meinung nach in der Besetzung des Platzes, die den Führungsanspruch der Partei in Frage stellte. Für die Regierung war es schwer, Kompromisse mit Studentenvertretern zu finden, da diese nur im Rahmen ihrer Gruppe über eine Autorität verfügten und von den Studenten immer wieder neue Forderungen gestellt wurden. Erst nach der Verhängung des Kriegsrechts richteten sich die Parolen auch gegen Deng Xiaoping sowie die gesamte Parteiführung und nicht mehr nur gegen die Hardliner um Li Peng.

Der Interpretation der Studentenbewegung als «konfuzianische» Opposition steht der Dokumentarfilm «The gate of heavenly peace» von Cameron Hinton gegenüber. In dem Film erscheinen die Studenten eher als die Erben des egalitären und demokratischen Nachlasses der Kulturrevolution. Die «Internationale» und kommunistische Lieder aus dem Bürgerkrieg wurden zu Erkennungsmelodien der Studenten. Die sozialistische Vergangenheit und ihre Symbole standen hoch im Kurs. Die Studenten «verhafteten» Arbeiter, nachdem diese Dreck auf das große Bild von Mao Zedong am Eingang zur Verbotenen Stadt geworfen hatten, und übergaben sie der Polizei.

Die große Bedeutung der Popmusik und die direkte Teilnahme von Rockstars auf dem Platz erinnern mehr an Woodstock als an den «reinen» konfuzianischen Gelehrten. Hinzu kommt sicher, dass auch die Arbeiter nicht versuchten, den Studenten die Führung der Bewegung streitig zu machen. Nachdem eine Million Menschen gegen das Kriegsrecht auf die Straßen gingen, wurde aus den Studentenprotesten ohnehin eine breite Volksbewegung, an der fast alle Schichten beteiligt waren. Immerhin setzten tausende Studenten ihr Leben ein und traten der geballten Staatsmacht gegenüber. Als die Truppen am 4. Juni den Platz erreichten, waren bis auf einen harten Kern von circa 4.000 Menschen alle Teilnehmer geflohen (Zhao 2001: xxvi). Die Studenten nur als privilegierte Vertreter einer Elite zu sehen, die schneller an die Macht kommen wollte, greift daher viel zu kurz und wird dem Charakter der Bewegung nicht gerecht.

Militär besetzt den Tian'anmen-Platz 1989

Der Widerstand der Arbeiter: Egalitär und anti-bürokratisch

Der Charakter der Proteste der Arbeiter unterschied sich von dem der Studentenproteste. Die Gründung der «Autonomen Arbeiter-Föderation», der ersten unabhängigen Gewerkschaft, erfolgte spontan und ihre Gründer lernten sich erst auf den Platz kennen. Im Gegensatz zu den Studenten, die überwiegend auf der Seite von Zhao Ziyang standen, versuchten die Arbeiter nicht, in die Fraktionskämpfe in der Partei einzugreifen. Ihre Rhetorik war mehr vom egalitären und antibürokratischen Vokabular der Kulturrevolution geprägt als von westlichen Demokratiediskursen. Ihre Reden und Flugblätter stellen konkrete soziale und politische Probleme in den Vordergrund, ein moralischer Zugang war ihnen fremd (Walder/Gong 1993). Die negativen sozialen Folgen der Reformpolitik wie Inflation, Preissteigerungen und die Privilegien der Parteibürokraten spielten dabei eine wichtige Rolle.

Wie Han Dongfang, der damals einer der Gründer der Autonomen Arbeiter-Föderation war, im Film «The gates of heavenly peace» berichtet, war diese nicht in den Betrieben verankert, sondern die Basis der Organisation war der Tian'anmen-Platz. Dort waren das Quartier und die Lautsprecher der Föderation angesiedelt. Aus Angst vor der proletarischen Beteiligung in der Bewegung verbot die Beijinger Stadtregierung allen Arbeitern zwischen dem 25. April und 5. Mai ihren Arbeitsplatz zu verlassen (Perry 1994: 84). Zwar nahmen auch tausende Arbeiter aus den staatlichen Arbeitseinheiten an der Bewegung teil, es gelang jedoch nicht, mächtige Streiks in den Betrieben in Beijing zu organisieren. Das lag nicht zuletzt daran, dass sich die Studentenvertreter lange gegen die Idee des Generalstreiks stellten und sich «ihre» Bewegung nicht aus der Hand nehmen lassen wollten. In vielen chinesischen Städten wie Wuhan und Shanghai fanden trotzdem Streiks statt.

In den Flugblättern der Föderation wurden nicht nur Arbeiterinteressen formuliert, sondern auch die Einheit von «Arbeitern, Studenten und Kaufleuten» beschworen (Wildcat Thekla 13: 53). Die KPCh hatte diese Einheit im Kampf gegen den japanischen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg propagiert. Auch die Arbeiter waren nicht frei von Vorurteilen. Die unabhängige Gewerkschaft machte die Zugehörigkeit zu einer staatlichen Arbeitseinheit in Beijing zur Aufnahmebedingung

人浮于事

ren2fu2 yu2shi4

Arbeitskräfteüberangebot

(Schell 1995: 232) und schloss damit die Wanderarbeiter indirekt aus. Die Kämpfe vom Tian'anmen waren gespalten entlang der Hierarchien, die die Kommunistische Partei durch das *hukou*-System geschaffen hatte. Die Föderation legte sogar Mitgliederlisten an und versuchte mehrfach, ihre Organisation offiziell anzumelden. Diese Fakten sind wichtig, da die Regierung später fälschlicherweise behauptete, nur Wanderarbeiter und Rowdys von außerhalb hätten die Bewegung unterstützt, nicht aber die Kernbelegschaften der Staatsbetriebe.

Jackie Sheehan weist darauf hin, dass besonders der Widerstand in den Tagen nach dem Massaker von den Arbeitern getragen wurde. Nachdem sich am frühen Morgen des 4. Juni die Nachricht von dem Blutbad verbreitete, flammten in einer Reihe von Städten neue Arbeiterproteste auf, die ganze Industriezonen kurzzeitig zum Stillstand brachten (Sheehan 1998: 219). Außerdem sank die industrielle Produktion von Mai bis Juni. Nach Monaten voller Verhaftungen und Repressionen gelang es der chinesischen Regierung, die Betriebe wieder unter Kontrolle zu bringen. Nach der Zerschlagung der «Autonomen Arbeiterföderation» hat sich bis heute keine überregionale und unabhängige Gewerkschaft gebildet.

人民公社

ren2min2 gong1she4

Volkskommune

[in den 50er Jahren eingeführte Organisationseinheit auf dem Land]

Niederschlagung aus Angst vor der Arbeiterbewegung?

Bis heute ist umstritten, welche Rolle die Angst vor der Arbeiterbewegung bei der Entscheidung der Regierung für das Massaker spielte. Wilson (1990) stützt sich auf Quellen aus Hongkong, um zu belegen, dass Deng Xiaoping das Militär schickte, um die Ausweitung der Arbeiterproteste zu verhindern. Deng soll Ende April gesagt haben, dass die Studentenbewegung stärker unterdrückt werden müsse, damit der Funke nicht auf die Arbeiter überspringt. Mit Bezug auf Osteuropa meinte er, dass selbst wenn 20.000 Menschen getötet werden, die Partei auf jeden Fall die Kontrolle wieder herstellen müsse (Wilson 1990: 272). Die These vom Militäreinsatz aus Angst vor der Arbeiterbewegung lässt sich allerdings durch die Geheimdokumente, die unter den Namen «Die Tian'anmen-Akte» veröffentlicht wurden, nicht bestätigen. Die Echtheit dieser Dokumente ist auch unter westlichen Sinologen umstritten.

Aktivisten der «Autonomen Arbeiterföderation» haben sicher nicht Unrecht, wenn sie darauf hinweisen, dass Arbeiter nach der Niederschlagung viel härter bestraft wurden als die Studentenführer (Walder/Gong 1993). Sowohl die unabhängigen Organisationen der Arbeiter als auch die der Studenten wurden verboten. Jedoch wurden die berühmt gewordenen «Studentenführer» zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, viele Unbekannte aus der breiten Bevölkerung aber zum Tode, besonders wenn man sie der Gewalt bezichtigte. Den Popstar Hou Dejian, einen der «Vier Edlen» des Hungerstreiks, schickte die chinesische Regierung nach Taiwan zurück.

Die gewaltsame Zuspitzung des Konfliktes war auch ein Resultat des innerparteilichen Machtkampfes. Dass der Platz überhaupt über sechs Wochen besetzt werden konnte, ist nur vor dem Hintergrund der Lähmung des Systems zu begreifen. Die Reformer in der Parteiführung hofften, durch die Bewegung Auftrieb zu bekommen, während die Hardliner um Li Peng Interesse an einer Eskalierung des Konflikts hatten, um die Unfähigkeit ihrer Widersacher in der Führung zu beweisen. Da es keine klaren Anweisungen gab, hörten Ministerien, Zoll und Polizei in den Wochen vor dem 4. Juni praktisch auf zu arbeiten (Wagner 1992: 320). Auch die Kontrolle über die Presse konnte nicht mehr aufrechterhalten werden, so dass über den Hungerstreik der Studenten anfangs überwiegend positiv berichtet wurde. Selbst die Redaktion der «Volkszeitung» und Journalisten des Staatsfernsehens CCTV schickten Delegationen zur Unterstützung der Demonstranten auf den Platz. Vor diesem Hintergrund nahmen viele Kader erst mal eine abwartende Haltung ein. Als Li Peng schließlich die Verkündung des Kriegsrechts nach der Ausschaltung von Zhao Ziyang durchsetzen konnte, wurde es von Hunderttausenden auf der Straße einfach ignoriert. Selbst an der Spitze, im ständigen Ausschuss des Politbüros, entstand bei der Entscheidung für oder wider Militäreinsatz eine Pattsituation. Schließlich beschloss Deng Xiaoping, der nur noch die Funktion des Leiters der Militärkommission des ZK innehatte, zusammen mit dem Ältestenrat den Einsatz. Die Führung hatte also nicht nur Angst vor der Ausweitung der Studenten- und Arbeiterbewegung, sondern war für Wochen handlungsunfähig und der Staatsapparat war paralysiert. Die gewaltsame Niederschlagung der Bewegung war daher eine Maßnahme, um die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herzustellen bzw. mit Jiang Zemin eine neue Führung zu etablieren und den Zusammenbruch des ganzen Systems zu verhindern.

Massaker für die Durchsetzung des Kapitalismus?

Wang Hui, der Herausgeber der Zeitschrift «Lesen» (*dushu*), der als wichtiger Kopf der neuen Linken in China gehandelt wird, glaubt, dass die Niederschlagung der Tian'anmen-Bewegung die Voraussetzung für die Durchsetzung des Kapitalismus in China war. Zu einer ähnlichen Ansicht kommt auch die *wildcat*-Zeitschrift «Thekla». Nach 1989 wurde die Liberalisierung und Kapitalisierung der Gesellschaft (von Wang als Neo-Liberalismus bezeichnet) in einem Tempo fortgesetzt, wie es niemand für möglich gehalten hatte. Die Bewegung von Tian'anmen war für ihn in erster Linie eine soziale Bewegung, die sich gegen die Korruption und Bereicherung der Funktionäre richtete. Gerade die fehlende demokratische Kontrolle der Funktionäre war seiner Meinung nach der Grund, warum die Privatisierung der Industrie und die Liberalisierung des Marktes die Korruption treibhausartig förderte. Die Fragen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit waren daher eng verbunden.

Wang Hui glaubt, die Bewegung sei falsch interpretiert worden, weil damals das Paradigma vom «Ende der Geschichte» in Mode war. In Wirklichkeit sei die Bewegung von 1989 der Vorbote der Anti-Globalisierungsbewegung gewesen, die 1999 mit den Protesten gegen den Internationalen Währungsfond (IWF) in Seattle ihren Aufschwung nahm (Wang Hui 2003: 64). Da die chinesischen Intellektuellen den Charakter der Bewegung falsch interpretiert hätten, sei ihnen der Zusammenhang mit dem globalen Siegeszug des Neo-Liberalismus entgangen. Die direkte Ursache für das Scheitern

Gefangenentransporter in Shenzhen

der Bewegung sei die Niederschlagung durch den Staat. Indirekt sei aber auch die Unfähigkeit der Akteure, die Forderungen nach Demokratie und sozialer Gleichheit zu verbinden, schuld gewesen. Nicht nur das gewaltsame Eingreifen des Militärs machte den Weg zum «Neoliberalismus» frei, sondern auch die staatliche Propaganda, die von den achtziger Jahren bis heute jeder radikalen Kritik an sozialer Ungleichheit unterstellt, die alte «Gleichmacher»-Ideologie der Kulturrevolution zu vertreten (Wang Hui 2003: 76). Die Dämonisierung der Kulturrevolution diene dazu, einen Bezugspunkt für eine Kritik des «Neoliberalismus» zu zerstören.

1968 and 1989: Verhältnis von Arbeitern und Studenten

Wang Hui trägt seine Kritik am «Neoliberalismus» und seine Analyse der Tian'anmen-Bewegung so vor, dass sie hervorragend in die westlichen Diskurse passt und er auch in China weiter seine Zeitschrift publizieren darf. Er spricht im Text auch nicht von Massaker. Kritik am «Neoliberalismus» richtet sich meist nur gegen eine bestimmte Erscheinungsform des Kapitalismus und nicht gegen das System als solches. Außerdem halte ich es für fragwürdig, die komplexen Proteste von 1989 unter dem relativ nichts sagenden Wort «soziale Bewegung» zusammenzufassen.

Parallelen könnte man natürlich nicht nur zur Anti-Globalisierungsbewegung, sondern auch zur «Weltrevolution» von 1968 ziehen. Paradox erscheint vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass sich die chinesischen Studenten 1989 als Elite sahen, aber nicht versuchten, sich an die Spitze der Arbeiterbewegung zu stellen. In Deutschland setzten Spontis, MLer und andere Linke nach 1968 viel Energie ein, um ihre Revolte in die Fabriken zu tragen und scheiterten damit weitgehend. In Frankreich gelang es hingegen im Mai 1968 den Funken der Studentenrevolte auf die Industrie überspringen zulassen, Millionen Arbeiter beteiligten sich am Generalstreik. Übersehen werden darf natürlich nicht, dass auch in diesem Fall die Beweggründe von Studenten und Arbeitern nicht einheitlich waren. In Polen war hingegen die Arbeiterbewegung in den achtziger Jahren so stark, dass die intellektuelle Opposition nur eine Nebenrolle spielte. Vielleicht fehlte in China bei den Studenten 1989 der Marxismus der Neuen Linken als Bindeglied, um sich offensiv an die Arbeiter zu wenden und für einen Generalstreik einzutreten. Viele «Studentenvertreter» schreckten auch davor zurück, die Konfrontation mit dem System voranzutreiben und wandten sich erst an die Arbeiter, als ein Militäreinsatz drohte. Die Arbeiter sahen sich im Gegensatz zu den Studenten nicht als Avantgarde und nahmen an der Bewegung, die die Studenten ausgelöst hatten, teil. Forderungen nach dem Sturz der «Diktatoren» blieben auf dem Papier stehen. Das ganze Szenario wirft die Frage auf, ob es bei Revolutionen im 21. Jahrhundert überhaupt noch eine klar definierte Avantgarde geben wird.

Die Lehren vom Tian'anmen

Trotz aller Widersprüche in der Bewegung darf man nicht vergessen, dass sich im Mai 1989 Millionen Stadtbewohner unterschiedlicher Schichten gegen die Staatsmacht und das Kriegsrecht solidarisierten. Nicht in den Universitäten oder Fabriken fanden die Hauptauseinandersetzungen in Beijing statt, sondern auf dem Tian'anmen-Platz und auf den Straßen. Studenten verließen den Campus, Arbeiter und Angestellte den Arbeitsplatz, Kleinunternehmer machten ihre Geschäfte zu und Straßenhändler organisierten mithilfe von Spenden eine kostenlose Versorgung. Während der über sechswöchigen Besetzung des Platzes wurde eine neue Form von nicht-staatlicher Gemeinschaft geschaffen, auch wenn diese nicht frei von Konflikten und Machtkämpfen war. Außerdem entstand eine nicht-warenförmige Wirtschaftsweise, die sicher nicht ewig weiter bestehen konnte. Auf dem Tian'anmen-Platz blitzte für einen kurzen Moment die Möglichkeit einer emanzipierten Gesellschaft auf.

Giorgio Agamben versucht, die unklaren und vielfältigen Identitäten und das Fehlen einer Repräs-

社会保险

she4hui4 bao3xian3

soziale Absicherung; Sozialversicherung

sentation theoretisch zu fassen: «Am auffälligsten an den Demonstrationen des Chinesischen Mai ist in der Tat der relative Mangel an klar umrissenen inhaltlichen Forderungen (Demokratie und Freiheit sind als Begriffe zu allgemein, um einen realen Konfliktgegenstand zu bilden, und die einzige konkrete Forderung, die Rehabilitierung Hu Yao Bangs wurde prompt erhört). Umso unerklärlicher erscheint die Gewalt der staatlichen Reaktion. Dennoch, wahrscheinlich ist das Missverständnis nur ein scheinbares, und die chinesische Führung hat, aus ihrer Sicht, mit vollkommener Klarheit gehandelt. Auf dem Tian'anmen-Platz sah der Staat sich dem gegenüber, was weder repräsentiert werden kann noch will, und was sich trotzdem als eine Gemeinschaft und als gemeinsames Leben präsentiert (und das unabhängig davon, ob die auf dem Platz Anwesenden sich dessen tatsächlich bewusst waren) … Wo immer diese Singularitäten friedlich ihr gemeinsames Sein bekunden werden, dort wird Tian'anmen sein und – früher oder später werden die Panzer auffahren.» (Agamben 2001: 87).

Da die Bewegung weder klare Forderungen stellte, noch klare Identitäten repräsentierte und keine Formen der Repräsentation hervorbrachte, die sich kanalisieren ließen, scheiterten alle Versuche der Regierung mit Vertretern Kompromisse auszuhandeln oder die Bewegung zu spalten. Als Ausweg boten sich die Verhängung des Kriegsrechts und das Massaker an.

生产力

sheng1chan3 li4

Produktivkräfte

Die Kommunistische Partei hat heute aus Tian'anmen ihre Lehren gezogen, da das Massaker zu einem großen Legitimitätsverlust im In- und Ausland führte. Die Erinnerungen an den Mai 1989 sollen ausgetilgt werden. Statt die offizielle Interpretation vom «konterrevolutionären Aufruhr» ständig zu wiederholen, darf das Ereignis in Büchern und Medien überhaupt nicht erwähnt werden. Der Kampf gegen die Erinnerungen an die Revolte soll einen Bezugspunkt für den Widerstand heute ausradieren. Die Regierung versucht heute alles, Konflikte regional zu isolieren und mit Hilfe der modernisierten bewaffneten Volkspolizei im Keim zu ersticken. Nicht mehr blutiger Armeeeinsatz, sondern moderne Anti-Riot-Strategien und die verstärkte Kontrolle der Medien sowie des Internets mit Hilfe westlicher Technologie stehen heute im Vordergrund. Han Dongfang schreibt, dass der «crack-down-Effekt» dieser Bewegung immer noch Terror verbreitet und Menschen einschüchtert (Han Dongfang 2007). Eine offene Konfrontation der Zentralregierung im Herzen der Macht wagten nach dem Massaker nur noch wenige. Trotzdem gibt es in China heute mehr soziale Unruhen als je zuvor. Der Kampf vom Tian'anmen geht weiter, wenn auch an anderen Orten und in anderen Formen.

Soldat am Tian'anmen-Platz

Film

Cameron Hinton / Richard Gordon (USA 1995) Tian'anmen: The gate of heavenly peace (Deutsche Fassung), 180 Minuten unter http://tsquare.tv und bei www.youtube.com

Literatur

Agamben, Giorgio (2001): Mittel ohne Zweck – Noten zur Politik. Berlin

Chan, Anita / Unger, Jonathan (1991): Voices from the protest movement in Chongqing: Class accents and class tensions. In: Unger, Jonathan (ed.): From The Pro-Democracy Protests in China: Reports from the Provinces. Armonk, NY. 1991. Online: http://tsquare.tv/links/Chan.html (Aufruf am 2.1.2007).

Han, Dongfang (2007): June 4 – The opening act of a tragedy. In: http://www.china-labour.org.hk/public/contents/article?revision%5fid=45379&item%5fid=45378 (Aufruf am 14.6.2007)

Nathan, Andrew J. (2001): Die Tian'anmen-Akte: die Geheimdokumente der chinesischen Führung zum Massaker am Platz des Himmlischen Friedens (Berlin: Propyläen-Verl., 2001).

Negri, Antonio / Hardt, Michael (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt/M.

Perry, Elizabeth J. (1994): Casting a Chinese «Democracy» Movement: The Roles of Students, Workers and Entrepreneurs, in: Wasserstrom, Jeffrey N. (Ed.): Popular protest and political culture in modern. Boulder, Co., 1994

Schell, Orville (1995): Das Mandat des Himmels – China: Die Zukunft einer Weltmacht. Berlin

Sheehan, Jackie (1998): Chinese Workers: A New History. London

Spence, Jonathan D. (1995): Chinas Weg in die Moderne. München

Wagner, Rudolf (1992): Konfrontation im Imaginaire: Institutionelle Struktur und Modernisierung in der Volksrepublik, in: **Dietrich Hath / Jan Assmann** (Hrsg.): Revolution und Mythos. Frankfurt/M., 1992

Walder, Andrew G. / Gong Xiaoxia (1993): Workers in the Tiananmen Protests: The Politics of the Beijing Workers' Autonomous Federation. In: The Australian Journal of Chinese Affairs, No. 29, January 1993 (now known as The China Journal; online: http://tsquare.tv/links/Walder.html, Aufruf am 1.2.2007)

Wang Hui (2003): China's New Order. London

Wasserstrom, Jeffrey N. (ed.) (1994): Popular protest and political culture in modern. Boulder, Co.

Wildcat (1990): China – Massaker für die Reformen. In: Wildcat: Thekla 13. Klassenkämpfe im Sozialismus. Berlin, S.63-69 (noch lieferbar; Bestellung siehe Impressum vorne)

Wilson, Jeanne L. (1990): The Polish Lesson: China and Poland 1980-1990. In: Studies in Comparative Communism, Vol. XXIII, No. 3/4, 1990

Zhao Dingxin (2001): The power of Tian'anmen: state-society relations and the 1989 Beijing student movement. Chicago

Adam Smith in Beijing

Eine Buchvorstellung

Wird der historisch beispiellose Aufstieg Chinas zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt zu einer grundlegenden Umwälzung der gesamten Weltordnung führen – oder wird es der bisherigen Weltmacht USA doch gelingen, diesen Aufstieg einzudämmen? Oder, ein keinesfalls hoffnungsvolleres Szenario, wird China einfach in die Fußstapfen der bisherigen Ordnungsmächte des kapitalistischen Weltsystems treten und einen neuen Zyklus kapitalistischer Verwertung, Ausbeutung und barbarischer Zerstörung einleiten? Nichts ist ausgemacht, sagt Giovanni Arrighi in seinem neuen Buch «Adam Smith in Beijing», das im Untertitel beansprucht, «die Genealogie des 21. Jahrhunderts» darzustellen.

Schon mit dem auf den ersten Blick verwirrenden Titel stellt sich der italienische, heute in den USA lebende Autor bewusst in die Tradition des italienischen Operaismus, der Klassenkämpfe und Revolten von unten nicht als pure Reflexe auf zwangsläufig ablaufende ökonomische Entwicklungen betrachtet, sondern in ihnen einen eigenständigen und unabhängigen Faktor der Geschichte sieht. Nicht zuletzt dieser operaistische Grundgedanke, den er nicht als abstraktes Glaubensbekenntnis bemüht, sondern als empirisch feststellbare historische Tendenz herausarbeitet, stimmt ihn optimistisch – auch wenn für ihn nichts ausgemacht und vieles offen ist. Schließlich stellen die USA durch ihren Versuch, den eigenen Niedergang als Supermacht durch Kriege mit desaströsem Ausgang aufzuhalten, nur zu deutlich unter Beweis, dass der kollektive Untergang der Menschheit in militärischer Barbarei immer noch eine historische Option ist.

Arrighi stützt seinen Optimismus darauf, dass der Aufstieg Chinas im Weltsystem nach grundsätzlich anderen Mustern verläuft als der Aufstieg des westlichen Industriekapitalismus in den letzten zweihundert Jahren – und dass in diesem Fall die größte Sozialbewegung der Welt, die chinesischen ArbeiterInnen auf dem Land und in den Städten einen schon jetzt unübersehbaren Einfluss auf den Verlauf dieses Aufstiegs haben werden. Worin besteht dieses andere Muster? Bedeutet der Aufstieg Chinas nicht einfach die Ablösung einer kapitalistisch-imperialistischen Supermacht durch eine andere, so wie die USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Erbe des niedergehenden britischen Empires antraten oder letzteres am Ende des 18. Jahrhunderts der ersten kapitalistischen Weltmacht Holland den Rang abgelaufen hatte? Eben nicht, sagt Arrighi und nennt seine Analyse daher «Adam Smith in Beijing» – nicht um zu unterstreichen, dass sich China unaufhaltsam in Richtung einer kapitalistischen Großmacht entwickelt, sondern weil er es noch nicht für ausgemacht hält, dass China überhaupt den kapitalistischen Weg einschlagen wird.

Theoretiker einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft

Adam Smith, der berühmte schottische Philosoph und Ökonom des 18. Jahrhunderts, war Arrighi zufolge keineswegs der Verfechter des Kapitalismus, zu dem ihn die späteren Ideologen und Apologeten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gemacht haben. Das Prinzip der «unsichtbaren Hand» des Marktes, das automatisch dazu führt, dass die rücksichtslose Verfolgung der eigenen Interessen in der Konkurrenz zum größtmöglichen Wohlergehen aller führt, ist meistens das Einzige, was aus seinem 1776 erschienen Hauptwerk «Der Wohlstand der Nationen» herausgegriffen und als Rechtfertigung von Konkurrenz und Ausbeutung benutzt wird. Bei Adam Smith ist dieses Prinzip aber an einen politischen und institutionellen Rahmen gebunden, in dem der Einfluss des Kapitals zurückgedrängt und die Profite niedrig gehalten werden. Der Markt hat nur solange seine Berechtigung, wie es dem Staat gelingt, die Bildung übermächtiger Kapitale zu verhindern, und ihre Konkurrenz untereinander nicht dazu führt, dass die Löhne der Arbeiter und die Renten der Pächter sinken, sondern der Profit selber auf das geringste mögliche Niveau gesenkt wird. Der tendenzielle Fall der Profitrate war keine Erfindung von Marx, sondern wurde von Smith als eine positive Folge der Konkurrenz unter den Kapitalisten gesehen, die deren Einfluss in Grenzen hält. Was für das Schulbuchwissen über Adam Smith noch überraschender sein mag: Den Idealzustand einer solchen Gesellschaft, in der es zwar einen Markt aber keine die Gesellschaft beherrschende Kapitalistenklasse gibt, sah Smith am Ende des 18. Jahrhunderts in China verwirklicht. Das Land war damals die größte Wirtschaftsnation der Welt, die Importe aus dieser hochentwickelten Ökonomie spielten eine große Rolle und Denker der Aufklärung waren fasziniert von dem dort erreichten Stand der Wissenschaft, Kultur aber auch der Staatskunst oder des Geld- und Kreditwesens. Es gab Handels-, Geld- und Manufakturkapitalisten in China, aber es gab keinen Selbstlauf einer an der «endlosen Akkumulation» von Kapital orientierten Expansion. Smith bezeichnet diesen Zustand daher als «stationär» – im positiven Sinne als erreichter und gesicherter Wohlstand. Der Entwicklungsweg dahin sei in China der «natürliche» gewesen, das heißt ausgehend von der Verbesserung in der Landwirtschaft habe sich ein Manufakturwesen entwickelt und erst auf dessen Basis der innere und äußere Handel. Im Gegensatz dazu hätten sich die westeuropäischen Staaten über einen «unnatürlichen» und «verkehrten» Weg ent-

失业职工

shi1ye4
zhi2gong1

Arbeitslose

wickelt: ausgehend vom auswärtigen Handel seien die Manufakturen entstanden und erst über deren Entwicklung sei es dann zu Verbesserungen in der Landwirtschaft gekommen.

Der Buchtitel «Adam Smith in Beijing» ist eine bewusste Anspielung auf den Text «Marx in Detroit» des operaistischen Theoretikers Mario Tronti. Im Nachwort zur zweiten italienischen Auflage seines Buchs «Arbeiter und Kapital» weist er darauf hin, dass die Klassenkämpfe in den großen Fabriken der USA in den dreißiger Jahren viel deutlicher und unverhüllt von linker Ideologie zeigen, was Marx in seiner Kritik des Kapitals theoretisch herausgearbeitet hat. Damit wendet er sich gegen die Vorstellung, die westeuropäische, stärker ideologisch geprägte Arbeiterbewegung sei marxistischer im Vergleich zu der ganz unideologischen und von sozialistischer Ideologie kaum berührte in den USA. Eine ähnliche Umkehrung von der Ideologie zur Realität beansprucht Arrighi mit «Adam Smith in Beijing»: Nicht die Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa, als deren Ideologe Adam Smith gilt, entspricht seinem Gesellschaftskonzept, sondern vielmehr das China des 18. Jahrhunderts und vielleicht darüber hinaus.

In doppelter Weise benutzt Arrighi die – von ihren späteren Entstellungen befreite – Wirtschaftstheorie von Adam Smith als einen heuristischen Leitfaden zur Hypothesenbildung. Zum einen nimmt er Smith, um sich gegen die von bürgerlicher Ökonomie und Linken gleichermaßen gepflegte Vorstellung zu wenden, Märkte seien zwangsläufig mit Kapitalbildung und endloser Akkumulation verbunden. Das bürgerliche Credo, Märkte würden von sich aus zu Kapitalbildung und dem, was Marx die «Verselbständigung des Werts» nennt, führen, ist zwar auch längst historisch widerlegt, aber gerade im Kontrast zwischen der chinesischen und der westeuropäischen Entwicklung entsteht damit die Frage, wie es überhaupt zu diesem gigantischen Aufstieg des Industriekapitalismus mit all seinen verheerenden Folgen kommen konnte. Smith hatte ihn jedenfalls weder theoretisch untermauert noch herbeigesehnt. Zweitens kann Smith als eine erste Annäherung an das Besondere der chinesischen Wirtschaftsentwicklung genommen werden, weil er es explizit benennt und die Unterscheidung zweier grundsätzlich verschiedener Entwicklungspfade einführt. Smith liefert damit Hypothesen, um den zwei zentralen Rätseln auf die Spur zu kommen, die sich durch alle Debatten um die Entwicklung des globalen Kapitalismus im allgemeinen und die Rolle Chinas darin im besonderen hindurchziehen. Im Folgenden fassen wir recht grob zusammen, wie Arrighi versucht, diesen Rätseln unter Anleitung von Adam Smith auf die Spur zu kommen.

世界革命

shi4jie4 ge2ming4

Welt-revolution

Die große Divergenz

Wenn China bis ins 18. Jahrhundert oder gemessen an seiner globalen wirtschaftlichen Bedeutung sogar bis Mitte des 19. Jahrhunderts die größte und am weitesten entwickelte Wirtschaftsnation war, auf allen Gebieten der Technik, des Handels, des Geld- und Kreditwesens oder der Künste mindestens ebenso versiert wie Westeuropa, wieso gelang es dann nur Westeuropa, genauer gesagt England, mit der industriellen Revolution in kurzer Zeit zur beherrschenden und den Rest der Welt ausbeutenden Macht aufzusteigen? Und warum verschwindet China nach dem ersten Opiumkrieg (1839-1842) in der historischen Bedeutungslosigkeit, bis dahin, dass es 1950 als ärmstes Land der Erde gilt? Genauso rätselhaft ist dann die Frage, warum China in den letzten zwanzig Jahren einen so kometenhaften Aufstieg erleben konnte – vor allem vor dem Hintergrund, dass sich an dem globalen Nord-Süd-Gefälle trotz aller Entwicklungsversprechungen in den letzten hundert Jahren kaum etwas geändert hatte. Damit stellt sich auch die Frage, ob zwischen den beiden Rätseln ein Zusammenhang besteht, ob Verbindungslinien zwischen der heutigen Renaissance der chinesischen Wirtschaft und ihrer Blüte bis vor 150 Jahren – einer welthistorisch eher kurzen Zeitspanne – bestehen. Wenn es solch eine Verbindung gibt, wäre sogar umgekehrt zu fragen: Warum hat es dann doch so lange gedauert bis zu diesem Wiederaufschwung?

Wenn sowohl der zeitweise Niedergang Chinas wie der heutige Aufschwung auf einem vom klassisch kapitalistischen Weg grundsätzlich verschiedenen Entwicklungspfad beruht – das zu zeigen verspricht Arrighi schon im Buchtitel –, dann wäre dies zumindest ein starkes Indiz dafür, dass Chinas Rückkehr in die globale Wirtschaft deren Weichen neu stellen könnte, zumal es sich hier um einen Raum handelt, in dem anders als in Fällen wie Kuba, Vietnam, Nicaragua oder Venezuela ein Fünftel der Menschheit lebt. «Die große Divergenz», mit der heute in der historischen Forschung die Frage nach der abrupten Auseinanderentwicklung von China und Westeuropa bezeichnet wird, ist Teil einer umfassenderen Nord-Süd-Spaltung in der Verteilung des Reichtums auf der Welt, deren Hartnäckigkeit bürgerliche Entwicklungstheorien nicht erklären konnten (oder wollten). Auch in dieser Hinsicht nimmt Arrighi eine Überlegung von Adam Smith auf, weniger als theoretische, denn als praktisch-politische Hypothese. Bei der Frage, welche Vor- oder Nachteile die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien um das Kap der Guten Hoffnung gebracht hätten, stellt Smith fest, dass «das Übergewicht an Macht auf seiten der Europäer so groß [war], dass sie sich jede Art Ungerechtigkeit in diesen fernen Gebieten erlauben konnten», und fragt danach, wie die Menschen dieser Länder stärker und die Europäer schwächer werden könnten, damit es zu einem Gleichgewicht in der Abschreckung und damit zu wechselseitigem Respekt kommen könnte. «Die übergreifende These in *Adam Smith in Beijing* ist, dass das Scheitern des Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert und der Erfolg der chinesischen Wirtschaftsentwicklung zusammengenommen die Verwirklichung von Smiths Vision einer Weltmarktgesellschaft auf der Grundlage größe-

rer Gleichheit unter den Zivilisationen der Welt wahrscheinlicher gemacht haben als je zuvor seit der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* vor fast 250 Jahren. Die Versuche der USA, die Erlangung von Macht durch den globalen Süden zurückzudrängen, schlugen auf sie selbst zurück. Sie haben das beschleunigt, was ich die 'letzte Krise' der US-Hegemonie nenne, und günstigere Bedingungen für die Bildung eines Commonwealth, einer Gemeinschaft der Zivilisationen, in der Art, wie Smith sie sich vorgestellt hat, geschaffen als je zuvor. Die Entstehung einer solchen Gemeinschaft ist bei weitem nicht sicher.» (Arrighi, in: Kapitalismus reloaded, 2007 – gekürzte Übersetzung der Einleitung von «Adam Smith in Beijing», S. 250)

Endlose Akkumulation von Kapital

Im linken wie im bürgerlichen Denken herrscht oft große Einigkeit darüber, dass die expansive Bewegung des Kapitals und seiner Akkumulation das «normale» oder «natürliche» ist – sei es als ehernes Gesetz der Konkurrenz oder als Selbstlauf einer nebulösen «Produktivkraftentwicklung». Bei genauerem Hinsehen wird es aber historisch sehr schwierig zu erklären, wieso es zu dieser von ihrem Prinzip und Selbstverständnis her «endlosen» Akkumulationsbewegung gekommen ist und vor allem, warum sie sich so lange erhalten konnte, statt mit der nächsten Krise, die sie auslöste, zu ihrem Ende zu kommen. In der Auseinandersetzung mit verschiedenen Erklärungsansätzen zeigt Arrighi, dass sich dieser «Take-Off» und sein Andauern weder aus der Entwicklung des Marktes noch allein aus inneren Klassenverhältnissen erklären lassen. Dreierlei musste zusammenkommen, um diese Akkumulationsdynamik einzuleiten und aufrechtzuerhalten: 1. eine Klasse von Kapitalisten, die diese Bewegung G-W-G', also mit Geld Waren kaufen und für mehr Geld diese oder andere Waren wieder verkaufen, organisierten. In diesem allgemeinen Sinn gab es Kapitalisten schon im römischen Reich oder früher und ebenso im China der Kaiserzeit. 2. Entscheidend dafür, dass diese Bewegung, also das Kapital zu einer das gesellschaftliche Leben beherrschenden Form werden konnte, war die Unterstützung durch den Staat. Arrighi sitzt nicht der Mystifizierung der Ökonomie als eigenständiger Sphäre der Gesellschaft auf, wie sie von der kapitalistischen Gesellschaft selbst hervorgebracht und in bürgerlichen oder vulgärmarxistischen Auffassungen reproduziert wird, sondern betont den inneren Zusammenhang von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Erst die Verbindung zwischen dem von den Kapitalisten aufgehäuften Reichtum und der Staatsmacht brachte die Akkumulationsdynamik in Schwung. Das unmittelbare Bindeglied zwischen Staat und Kapitalisten war 3. das Militär und die Kriegsführung. An der Entwicklung des westeuropäischen Staatensystems und der in seinem Rahmen beginnenden Kapitalakkumulation lässt sich zeigen, wie einerseits die Staaten über ihre Kriege in Abhängigkeit vom Reichtum der Kapitalisten gerieten und umgekehrt mit ihrer so erkauften militärischen Macht die territoriale Expansion nach Außen durchsetzen konnten, die zur notwendigen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der «endlosen Akkumulation» wurde. Daneben gingen vom Militär die größten Impulse zur Einführung der Lohnarbeit («Söldner»), einer fabrikmäßigen Disziplinierung dieser Arbeitskräfte («Drill») und zur frühen Entwicklung moderner, quasi-tayloristischer Produktionsmethoden in der Waffenproduktion aus. In seinen früheren Studien, auf die sich Arrighi hier bezieht, hatte er vier große Zyklen der kapitalistischen Akkumulation ausgemacht, die sich jeweils unter der Herrschaft einer hegemonialen Geld- und Militärmacht vollzogen: die genuesisch-iberische noch vor-staatliche Machtkonfiguration im 16. Jahrhundert, der Proto-Nationalstaat Niederlande im 17. und beginnenden 18. Jahrhundert, das schon über einen bloßen Nationalstaat hinausgehende britische Empire im 19. Jahr-

Bettler vor Börse, Shenzhen

宿舍

su4she4

Wohnheim

Slum im Westen Beijings

天安门广场

tian1an1 men2guang3 chang3

Platz des Himmlischen Friedens

[zentraler Platz in Beijing; Schauplatz vieler wichtiger Demonstrationen]

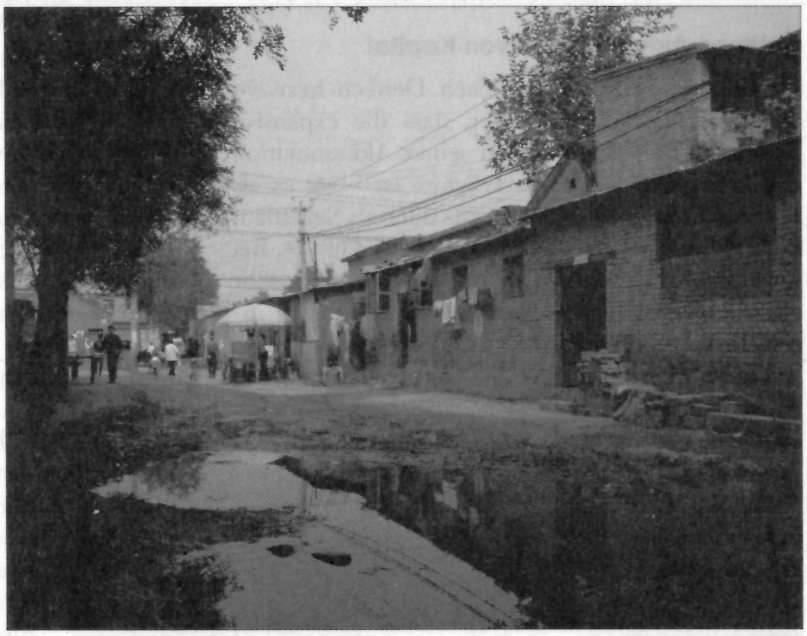
hundert und schließlich die Supermacht USA, die zwar auf keinen so umfassenden territorialen Einfluss wie das britische Empire zurückgreifen, aber in historisch beispiellosem Ausmaß Militärbasen rund um den Globus unterhalten konnten. Dies zeige nebenbei, dass es nicht um Nationalstaaten in irgendeinem idealtypischen Sinne geht, sondern um unterschiedliche Arrangements von politischer, militärischer und ökonomischer Macht, die jeweils für sich historisch zu untersuchen sind.

Wichtig ist es Arrighi an dieser Stelle, den Begriff Kapitalismus richtig zu fassen. Ein paar Kapitalisten machen noch keinen Kapitalismus. Als realisierte «endlose Akkumulation» existiert «das Kapital» nur in diesem Prozess sich ablösender hegemonialer Machtpole, von denen jeder den Raum der Akkumulation ausweitet. Erst durch diese Ablösung des einen Zentrums, in dessen Rahmen die Entwicklung durch eine zwangsläufig einsetzende Überakkumulation an Grenzen gestoßen ist, durch ein neues Zentrum, das durch die militärisch-politische Öffnung eines größeren Raums der Akkumulation einen erneuten Aufschwung ermöglicht, kann sich das Kapital als Kapital, als selbstverwertender Wert erhalten. Diese Erweiterung des Raums betrifft nicht einfach das staatliche Territorium, sondern besteht vor allem in einer Externalisierung, dem Rückgriff auf Rohstoffe und der Abwälzung von Kosten (sozialer, ökonomischer, aber auch militärischer Art) auf andere Gebiete. Dass sich in dieser Entwicklung Wohlstand für einen kleinen Teil der Menschheit und Armut für die globale Mehrheit entwickeln, ist also kein bedauerlicher historischer Unglücksfall, sondern eine systemische Bedingung dieser endlosen Akkumulation von Kapital und von Macht.

Um mit Marx zu sprechen, könnten wir sagen, diese nationalen historischen Konfigurationen sind keine dem Kapitalismus als Entwicklungsprozess äußerliche, kontingente Erscheinungsformen, sondern sie sind seine Existenzweise. Die Frage nach einem Ende des Kapitalismus ist damit die Frage nach den Grenzen dieser historischen Entwicklungsdynamik.

Turbulenzen der Weltwirtschaft

Diese historische Analyse des politischen Charakters der «ökonomischen» Entwicklung des Kapitals nutzt Arrighi, um sich mit der aktuellen Krise oder Stagnation der Weltwirtschaft in den letzten dreißig Jahren auseinanderzusetzen. Am Beispiel der rein ökonomischen und auf die drei Länder USA, Japan und Deutschland beschränkten Analyse des linken Wirtschaftshistorikers Robert Brenner («Boom & Bubble», 2003) zeigt er, das dessen Theoriebildung an zwei zentralen Aspekten der gegenwärtigen Krise vorbeigeht: 1. der Rolle der Arbeiterklasse in ihr, und 2. der Krise der hegemonialen Weltmacht in Bezug auf das Nord-Süd-Gefälle. Wenn Brenner mit rein theoretischen Überlegungen das Anfang der siebziger Jahre entwickelte Argument der Profitklemme, also einer durch die Lohnexplosion in den sechziger Jahren in die Krise geratenen Profitrate, vom Tisch fegt, dann zeigt Arrighi durch den Vergleich mit den Krisenverläufen im 19. Jahrhundert, dass der Einfluss der Klassenkämpfe auf Beginn und Verlauf der Krise ein historisch neues Moment ist. Die Flucht in die sogenannte Stagflation, also die ökonomisch ungewohnte Kombination aus Stagnation und Inflation statt Deflation wie im 19. Jahrhundert, wertet Arrighi als Ausdruck der Unfähigkeit des kapitalistischen Staats, die Krise einfach auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Noch dramatischer ist die Verbindung zwischen der mit der Niederlage in Vietnam einsetzenden politischen Krise der hegemonialen Rolle der USA und ihrer Unfähigkeit, einen ökonomischen Ausweg aus der Krise zu finden. Durch die monetaristische Wende in der Geldpolitik Anfang der achtziger Jahre gelingt es zwar den USA, die globalen Kapitalströme umzukehren und vom größten Gläubiger der Welt zu ihrem größten Schuldner zu werden. Als Zentrum der globalen Finanzströme und durch den spekulativen Boom der «New Economy» erzeugen die USA in den neunziger Jahren eine ökonomische Scheinblüte, die manche schon als die Grundlage eines weiteren amerikanischen Jahrhunderts deuten wollen. Aber diese Blüte ändert nichts an der grundlegenden Überakkumulation von Kapital und sie steht auf tönernen Füßen, weil sie von ständigen Kapitalzuflüssen aus anderen Teilen der Welt abhängt, die wiederum auf der weltpolitischen Rolle der USA als militärische Supermacht und damit als «sicherer Hafen» für Kapitalanlagen beruhen. Und in dem Maße, wie sich das Kapital in



den USA aus der industriellen Produktion zurückzieht, um in Finanzgeschäfte investiert zu werden, verschiebt sich global das Zentrum der Industrie – nach Ostasien. Warum hierhin und nicht nach Lateinamerika oder Afrika, wo ebenfalls billige Arbeitskraft im Überfluss vorhanden wäre – die mexikanischen Maquiladoras sind ein wichtiges Beispiel –, ist für Arrighi eine wichtige Frage und ein Puzzle in seiner Erklärung für den Niedergang und die Renaissance von China. Was die Kapitalisten an China so interessiert, ist nicht einfach die billige Arbeitskraft, sondern dass es gut ausgebildete und industriell vorgebildete billige Arbeitskraft ist. Hier sieht er eine Verbindungslinie zu der bereits im 18. Jahrhundert stark arbeitsteiligen Produktion, deren Kultur und Erfahrung sich durch den Niedergang und die Mao-Zeit hindurch erhalten haben. Der Aufstieg der Industrie in den USA zum führenden Produktionsmodell, der sogenannte Fordismus, beruhte auf der extremen vertikalen Integration riesiger Firmen, die die gesamte Produktionskette angefangen von den Rohstoffen bis zum Endprodukt in eigener Regie organisierten. Unter den Bedingungen eines in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammengebrochenen Weltmarkts bot dieses Modell den USA einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen, zersplitterteren Formen der Arbeitsteilung. Mit der zunehmenden Re-Integration des Weltmarkts nach dem zweiten Weltkrieg geriet dieses Modell aber ins Hintertreffen gegenüber flexibleren Modellen der Verkettung von kleineren Produktionseinheiten, wie sie zunächst beispielhaft in Japan und später in China genutzt wurden. Anders als es aus westlicher Perspektive erscheinen mag, ging der erste Impuls zum industriellen Wiederaufschwung Chinas auch nicht von ausländischen Direktinvestitionen und von dort importierten Produktionsmodellen aus, sondern von einer eigenständigen Entwicklung – weniger in den Städten als auf dem Land. Was daraus entstand nennt Arrighi in Anlehnung an asiatische Wirtschaftsforscher eine «Hybridisierung» aus den traditionellen asiatischen Produktionsformen und Elementen der kapitalistischen Großindustrie. Elemente einer Wirtschaftsweise, die im 19. Jahrhundert einen dem Westen vergleichbaren industriellen und damit militärischen «Take-Off» verhinderten, werden damit heute zu Wettbewerbsvorteilen auf einem globalen Markt.

Asiatisches Staatensystem und stationäre Ökonomie

Der entscheidende Grund für den Niedergang Chinas und Ostasiens im Zuge der militärisch-imperialistischen Expansion des Westens war das gänzliche Fehlen eines ähnlichen Zusammenwirkens von Kapital, Staaten und militärischer Expansion nach außen wie in Westeuropa. Entgegen einem verbreiteten Mythos der westlichen Sozialwissenschaften waren Nationalstaaten keine europäische Erfindung. Abgesehen von Indonesien, Malaysia und den Philippinen, die Produkte der Kolonialgeschichte sind, existierten die wichtigsten Staaten Ostasien schon lange vor ihren europäischen Gegenstücken als Nationalstaaten: Japan, Korea, China, Vietnam, Laos, Thailand oder Kambodscha. Sie alle standen direkt oder vermittelt über das Zentrum China in Verbindung miteinander, unterhielten Handels- und diplomatische Beziehungen und verfügten über einen gemeinsamen Kanon an Regeln und Normen in ihrem Verhalten untereinander. Diese Konstellation ist also durchaus dem europäischen Staatensystem vergleichbar und um so auffälliger sind die Unterschiede: 1. Während zwischen den europäischen Staaten eine ständige militärische Konkurrenz und das Streben nach territorialer Ausweitung herrschte, was schließlich in der Industrialisierung des Kriegs kulminierte, gab es innerhalb des ostasiatischen Staatensystems, zwischen den Nationalstaaten kaum kriegerische Auseinandersetzungen – auch wenn es, wie Arrighi hervorhebt, in dieser Zeit zu zahlreichen militärischen Konflikten an den Außengrenzen und bürgerkriegsähnlichen sozialen Konflikten im Inneren kam. 2. Es gab keinerlei Tendenzen, in Konkurrenz miteinander überseeische Territorien zu erobern. Konkurrenz untereinander existierte in anderen Formen, zum Beispiel zwischen Japan und China um die Rolle des Zentrums in den regionalen Tributbeziehungen. Entsprechend bemühte sich Japan, technologisches und organisatorisches Know-How für die Landwirtschaft, den Bergbau und die Manufakturen aus China und Korea abzuwerben. Aber diese Art der Konkurrenz trieb die Entwicklung in Richtung des Aufbaus des Staates und der nationalen Ökonomie, ohne zur kriegerischen territorialen Expansion nach Außen zu führen.

Diese Unterschiede in der Dynamik des europäischen und des ostasiatischen Staatensystems sieht Arrighi in engem Zusammenhang mit zwei weiteren Aspekten: Innerhalb der beiden Systeme war die Macht ganz anders verteilt und sie unterschieden sich bezüglich der Frage, ob die Hauptquelle der Macht innerhalb oder außerhalb des Systems liegt. Das Machtgleichgewicht zwischen vielen Staaten trug in Europa dazu bei, dass sie ständig Krieg untereinander führten, während in Ostasien mit China eine stabile hegemoniale Macht existierte. Das allein könne aber noch nicht erklären, wieso sich in Ostasien kein vergleichbares Muster militärisch-imperialistischer Konkurrenz um Territorien herausbildete. Denn als nach den Napoleonischen Kriegen England zur militärisch-politischen Hegemonialmacht aufstieg, kam es zwar zu dem für Europa beispiellosen «hundertjährigen Frieden» von 1815 bis 1914. Dieser konnte aber nicht verhindern, dass das Wettrüsten und die imperialistische Konkurrenz um Territorien weiter eskalierte und schließlich in Weltkrieg mündete. Den entscheidenden Grund für die unterschiedliche politisch-militärische Dynamik sieht Arrighi in dem stärker extrovertierten ökonomischen Entwicklungspfad der westeuropäischen Staaten.

Damit kommt er auf die Beobachtung und Hypothese von Adam Smith zurück, dass sich die europäischen Länder, vor allem Holland, auf «un-

跳槽

tiao4cao2

«Job-hopping»

[Verhalten vieler ArbeiterInnen, Problem vieler Chefs]

natürliche» Weise, nämlich ausgehend vom Fernhandel entwickelt haben, während China den «natürlichen» Weg einschlug. Mit einem Abriss der chinesischen Wirtschaftsgeschichte untermauert Arrighi die von Smith getroffene Unterscheidung und präzisiert sie. Für Chinas Herrscher war es zum Zweck ihrer Machtfestigung und zur Reichtumssteigerung einfach sinnvoller, sich auf die Entwicklung der nationalen Ökonomie und friedlicher Handelsbeziehungen zu den Nachbarländern zu konzentrieren, statt in einen riskanten Fernhandel oder territoriale Eroberungen zu investieren. Selbst technisch durchaus mögliche Entdeckungsreisen wurden untersagt und der Fernhandel eingeschränkt. Umgekehrt lag für die europäischen Staaten eine Hauptquelle ihres Reichtums und ihrer Machtposition innerhalb des eigenen Staatensystems in der exklusiven Kontrolle des Handels mit dem Osten. Dies stieß die Dynamik sich wechselseitig verstärkender militärischer, wirtschaftlicher und imperialistischer Entwicklungen an, in denen und durch die sich die «endlose Akkumulation» von Kapital und Macht entwickelte. Auch in China kam es zu teilweise rasanten wirtschaftlichen Entwicklungen, so noch im 18. Jahrhundert, was ein Grund dafür ist, dass China seinen Anteil an der weltweiten Reichtumsproduktion selbst nach dem Beginn der industriellen Revolution in England noch fast ein halbes Jahrhundert lang steigern konnte. Aber diese Art der Wirtschaftsentwicklung verschob lediglich ein gegebenes Gleichgewicht auf ein höheres Niveau, löste jedoch keinen Selbstlauf des Kapitals als eine die Gesellschaft beherrschende Macht aus. Während sich die Kapitalisten in Europa die Kontrolle über den Staat verschaffen konnten und ihn zu dem machten, was Marx und Engels in diesem Fall zutreffend als einen puren Ausschuss zur Verwaltung der gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisie bezeichneten, blieben die Kapitalisten in China eine untergeordnete Gruppe, die keinen Einfluss auf die Staatsgeschäfte nehmen konnte. Stattdessen entwickelte sich der chinesische Kapitalismus nur in der Diaspora, dort allerdings mit einer beispiellosen Nachhaltigkeit, die ihn zu einem wichtigen Faktor der Rückkehr Chinas als Wirtschaftsmacht in den letzten zwanzig Jahren machen sollte. Im Verhältnis zum Westen war diese «Introvertiertheit» der chinesischen Wirtschaftsentwicklung um so fataler, da der bewusste Verzicht auf die Entwicklung von Fernhandel und überseeischen Eroberungen am Ende des 18. Jahrhunderts zu einem Niedergang des einst so fortschrittlichen Schiffbaus führte, während er in Europa in dieser Zeit einen enormen Aufschwung und eine technologische Weiterentwicklung erfuhr. Als das britische Empire China durch seine maritime Überlegenheit im ersten Opiumkrieg eine vernichtende Niederlage beibrachte, war es zu spät, diesen Entwicklungsvorsprung wieder aufzuholen. Es war militärische Gewalt, mit der sich der Westen Ostasien unterwarf, keineswegs «die schwere Artillerie der wohlfeilen Preise ihrer Waren», mit denen Marx und Engels im Kommunistischen Manifest die Bourgeoisie alle chinesischen Mauern metaphorisch in den Grund schießen lassen. Im Gegenteil, die Unfähigkeit der britischen Händler, mit legalen Methoden in den chinesischen Markt hereinzukommen, war der unmittelbare Grund für den Einsatz militärischer Gewalt. Später hat sich Marx in dieser Hinsicht korrigiert, und er bezeichnet im Kapital «die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft» als «Geburtshelfer» zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, wobei er auch die Opiumkriege erwähnt, und die Gewalt selbst eine «ökonomische Potenz» nennt.

Kapitalismus in China?

In militärischer Gewalt sieht Arrighi auch den Hauptgrund dafür, dass nicht China, sondern Japan als erstes ostasiatisches Land nach dem Zweiten Weltkrieg den ökonomischen Wiederaufschwung schaffte. Im Zuge der Schwächung Chinas durch den westlichen Imperialismus schien es Japan mit seinem Sieg im chinesisch-japanischen Krieg 1894 und im Krieg mit Russland 1904/1905 sowie der Kolonialisierung Koreas 1910 gelungen zu sein, alte Bestrebungen nach einer vorherrschenden Rolle in Ostasien zu verwirklichen und in den Kreis der imperialistischen Großmächte aufzusteigen. Mit seiner Niederlage 1945 musste es diese zwar zugunsten der Anerkennung der hegemonialen Rolle der USA in Asien aufgeben, aber der katastrophische Zusammenbruch des chinesischen Staates bis zur Revolution von 1949 ließ die chinesische Ökonomie für ein halbes Jahrhundert weiter zurückfallen.

Im abschließenden Kapitel seines Buchs fragt Arrighi nach den sozialen Gründen und Widersprüchen des Aufstiegs China in den letzten zwanzig Jahren. Motor dieses Aufstiegs waren nicht ausländische Direktinvestitionen, vielmehr sprang das Kapital aus den Industriemetropolen relativ spät auf den fahrenden Zug auf. Finanzielle Hauptquelle für den Aufstieg waren Gelder aus der chinesischen Diaspora in Ostasien, die von Deng Xiaoping dazu ermuntert worden war, in China zu investieren. Ebenso falsch ist der von heute aus gewonnene Eindruck, der Aufstieg Chinas habe sich vor allem über den Export vollzogen. Der Boom des Exports ist für Arrighi eine relative späte Episode in der Geschichte dieses Aufschwungs und zeigt, dass das westliche Kapital sehr viel stärker auf China angewiesen war (und ist), als China auf dieses Kapital.

Um zu zeigen, dass der heutige Aufstieg Chinas mit Elementen der früheren Strukturen einer nichtkapitalistischen aber auf Märkten basierenden Nationalökonomie verbunden ist, widerlegt Arrighi zunächst die Vorstellung, China habe sich dem neoliberalen Credo angeschlossen, Deng Xiaoping sei also nur das chinesische Pendant zu Reagan und Thatcher gewesen. Der Erfolg Chinas, so gestehen auch führende Ökonomen ein, beruhte darauf, dass die Lehren des Neoliberalismus nicht befolgt und die Kapitalmärkte nicht dereguliert wurden. Anders

铁饭碗

tie3fan4 wan3

«Eiserne Reisschüssel»

[Bezeichung der früheren sozialen Absicherung der städtischen ArbeiterInnen]

als Russland und andere postsozialistische Staaten vermied China bewusst eine Schock-Therapie, die vom IWF und anderen Weltfinanzinstitutionen so dringend angeraten wurde. Ausländisches Kapital wurde willkommen geheißen, aber es musste sich einer starken Regulierung im Sinne der Entwicklung der nationalen Ökonomie unterwerfen – das galt auch für den Hauptgeldgeber, die chinesische Diaspora. Diesen Kapitalisten ist es in keiner Weise gelungen, sich den chinesischen Staat zu unterwerfen. Angesichts der Rolle, die China mittlerweile selbst als globaler Kreditgeber spielt, wäre es ebenso unsinnig zu behaupten, der chinesische Regierungskurs würde wie in anderen Ländern des Südens von den globalen Finanzmärkten diktiert.

Parallelen zur nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft von Adam Smith sieht Arrighi auch in der Förderung der Konkurrenz unter den Kapitalisten, die in China zu ständiger Überakkumulation und dem Druck auf die Profitrate führt – was landläufig als Chinas «Dschungelkapitalismus» charakterisiert wird. Natürlich ist das mit all den Phänomenen von Entlassungen, Überausbeutung und Wanderarbeit verbunden, die immer wieder herausgestellt werden. Trotzdem hält er es für bemerkenswert, dass die chinesische Regierung sich nicht in der Weise einer neoliberalen Industrialisierungspolitik verschrieben hat wie andere Länder des globalen Südens, die alle sozialen Rechte oder Errungenschaften der ländlichen und urbanen Arbeitskräfte auf dem Altar des internationalen Profits opfern. Das zeige sich auch an der Sensibilität, mit der die chinesische Regierung auf die zunehmenden Rebellionen und Streiks reagiert oder reagieren muss. «Die Revolution und der Sprung in die Moderne» – so zitiert Arrighi aus einem Text seines Freunds Samir Amin von 2006 – «haben die Menschen in China stärker verwandelt als in irgendeinem anderen Land der Dritten Welt: Sie haben Selbstvertrauen und sind weitgehend frei von Unterwürfigkeit. Soziale Kämpfe sind ein alltägliches Bild, sie gehen in die Tausende und enden keineswegs immer mit Niederlagen.» Wenn das internationale Kapital heute schon über Arbeitskraftengpässe in China jammert, dann sieht Arrighi darin auch eine Folge der Verbesserung der Lebenssituation auf dem Land und im Bildungswesen, mit der die Regierung den zunehmenden Protesten zu begegnen versucht. Es gäbe zwar viele ArbeiterInnen in China, erklärte im April 2006 ein renommierter Anlageberater, aber das Angebot an unausgebildeten Arbeitskräften gehe zurück. «Die chinesischen ArbeiterInnen steigen in der Wertschöpfungskette schneller empor, als die Leute gedacht haben.»

Werbung an U-Bahnstation in Beijing

Ausgangspunkt des Wirtschaftsaufschwungs war nach Arrighi nicht die Exportindustrie sondern die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft – auch dies eine Parallele zum «natürlichen» Entwicklungspfad von Adam Smith. Mit den Wirtschaftsreformen von 1978 bis 1983 wurden die Entscheidungen und die Kontrolle über die landwirtschaftliche Produktion von den Kommunen auf die Bauernfamilien übertragen und die Erzeugerpreis deutlich angehoben. Dies verstärkte frühere Ansätze einer Kleinindustrie auf dem Lande, was von der Regierung unter der Parole «Die Felder verlassen, ohne die Dörfer zu verlassen» gefördert wurde. Das Ergebnis war eine ländliche Industrialisierung lange vor dem Exportboom. Auf dem Land und in Kleinstädten entstanden Industriebetriebe im Kollektivbesitz, die sogenannten «Township and Village Enterprises» (TVEs). Zwischen 1978 und 2003 stieg die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf dem Land von 28 auf 176 Millionen, von denen die meisten in TVEs arbeiteten. Von 1980 bis 2004 entstanden

同乡

tong2xiang1

«Landsleute»

[Bezeichnung für Leute aus demselben Dorf oder derselben Gegend]

Freihandelszone in Shenzhen

in den TVEs vier mal mehr Arbeitsplätze als in diesem Zeitraum in den Staats- und Kollektivbetrieben verloren gingen. Von dieser Dynamik der ländlichen Unternehmen sei die chinesische Regierung selber völlig überrascht gewesen. Im Nachhinein, so Arrighi, lasse sich vielleicht sagen, dass die Kleinindustrie auf dem Land ebenso zentral für den Aufschwung Chinas gewesen sei, wie es die Entwicklung der großen, vertikal integrierten Unternehmen in den USA für deren Herausbildung einer globalen industriellen Überlegenheit war. Für die marxistische Schulweisheit verblüffend ist daran noch etwas anderes: Dieser Typus der industriellen Entwicklung beruhte nicht auf einer vorhergehenden Trennung der Produzenten vom Land als ihrem zentralen Produktionsmittel. Auch die Bauern, die in die ländlichen Fabriken strömten, behielten den Anspruch auf ihr Land, was den TVEs im Verhältnis zu den städtischen Fabriken Wettbewerbsvorteile verschaffte, da sie in geringerem Umfang für die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zahlen mussten. Einige sehen hierin einen vom westlichen Modell abweichenden Typ der Akkumulation – nämlich Akkumulation ohne Enteignung des Lands –, während im marxistischen Konzept der «ursprünglichen Akkumulation» die Lostrennung vom Land zwingende Vorbedingung jeder kapitalistischen Akkumulation ist. Verbunden damit scheint Arrighi eine weitere Besonderheit des chinesischen Entwicklungspfads zu sein, die er als hohe Selbstverwaltungsfähigkeit der chinesischen ArbeiterInnen bezeichnet. Im Vergleich zu westlichen Standards sei die Zahl der Führungskräfte in chinesischen Fabriken lächerlich gering. Ob dies lediglich dem chinesischen Kapital und den in China investierenden multinationalen Firmen Wettbewerbsvorteile verschafft, oder ob darin schon Ansätze einer nichtkapitalistischen Ökonomie und günstigere Bedingungen für die Durchsetzungsfähigkeit von Klassenkämpfen liegen, ist nach Arrighi heute eine offene Frage. Er hält es aber für voreilig, schon von einem Sieg des Kapitalismus in China zu sprechen: Unter dem Staatschef Jiang Zemin (1989-2002) wies die Regierungspolitik eindeutig in die kapitalistische Richtung, aber seine Nachfolger Hu Jintao und Wen Jiabao reagieren wieder stärker auf das Problem der dramatisch zunehmenden sozialen Ungleichheit und die zunehmenden Spannungen und Kämpfe in der Gesellschaft.

同性恋

tong2xing4 lian4

Schwule, Lesben

[«die dasselbe Geschlecht lieben»]

Weltpolitische Perspektiven

Was in China passiert und welche Rolle China innerhalb des kapitalistischen Weltsystems spielen wird, ist für die Zukunft der Revolution aus zwei Gründen von entscheidender Bedeutung. Arrighi nennt China den eigentlichen Gewinner des von den USA geführten «Krieg gegen den Terror», weil das Debakel im Irak die ökonomische und politische Führungsrolle der USA schneller und dramatischer in Frage gestellt hat, als wir es uns hätten vorstellen können. Die aktuellen Zeitungsmeldungen zu den dramatisch anschwellenden Folgen der geplatzten Immobilienblase in den USA lesen sich wie eine klare Bestätigung seiner These. Mit dem Wegfall einer hegemonialen Macht des kapitalistischen Weltsystems, die gleichermaßen Geldschöpfer und militärische Gewalt in letzter Instanz ist, fehlt dem Kapitalismus als solchem der Rahmen, den er für den Fortgang der «endlosen Akkumulation» braucht. In ähnlichen Krisen oder Zusammenbrüchen der jeweils führenden kapitalistischen Ordnungsmacht hat sich in den letzten 500 Jahren immer wieder eine neue Macht durchgesetzt, die durch eine räumliche und soziale Ausweitung der Verwertungsdimensionen einen neuen Aufschwung der Akkumulation einleiten konnte. Aber im kapitalistischen Modell beruhte jeder dieser Aufschwünge in hohem Grad auf einer Externalisierung von Kosten: Die jeweils führende Produktions- und Lebensweise war immer nur für einen kleinen Teil der Menschheit mit sozialen Verbesserungen und Wohlstand verbunden. Das Dilemma zeigt sich heute in China stärker als in irgendeinem anderen Fall nachholender Industrialisierung: Der «American Way of Life» ist mit zu vielen sozialen und ökologischen Verwüstungen verbunden, als dass er für ein Land, in dem ein Fünftel der Menschheit lebt, eine Option sein kann. Der Aufstieg Chinas zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt, wirft daher objektiv das Problem auf, eine Alternative zu der bisherigen industriekapitalistischen Entwicklung zu finden, wie sie sich in den letzten Jahrhunderten der Welt auf recht gewaltsame Weise aufgezwungen hat. Arrighi sieht in den Traditionen einer auf dem Markt basierten Entwicklung von Akkumulation ohne Enteignung Ansatzpunkte einer solchen Alternative

– deren Verwirklichung für ihn in erster Linie von der Entwicklung der Klassenkämpfe in China, aber auch in anderen Teilen der Welt abhängt. Denn die globale Barbarei ist nach wie vor eine historische Option – auch das behandelt Arrighi ausführlich in der Darstellung der verschiedenen Strategien zur Eindämmung Chinas, die in der herrschenden Klasse der USA entworfen und diskutiert werden.

* * *

«Adam Smith in Beijing» ist nicht immer eine einfache Lektüre und die Darstellung auf über 400 Seiten (die für den Winter von VSA angekündigte deutsche Übersetzung soll über 500 haben) geht oft sehr gewundene Wege. Die Argumentation wechselt von streckenweise langwierigen theoretischen und theoriegeschichtlichen Überlegungen zu historischen und ökonomischen Darstellungen, die den Rahmen eines halben Jahrtausends aufspannen, und kommt dann wieder zu tagesaktuellen Auseinandersetzungen über den Irak oder die Militärstrategie der USA. Beeindruckend ist auf jeden Fall, wie er diese verschiedenen Ebenen immer wieder zusammenbringt, aber nicht alle werden mit allen Teilen gleich viel anfangen können – wie der Autor einleitend selber einräumt. Da er mit dem Buch den Doppelzweck verfolge, die chinesische Entwicklung durch die Theorie von Adam Smith besser zu verstehen, und umgekehrt Adam Smith im Lichte Chinas neu zu bewerten, werden je nach Leseinteresse der eine oder andere Teil des Buchs etwas überflüssig erscheinen. Hinzu kommt, dass der Band zum Teil aus bereits früher veröffentlichten Artikeln, die nur leicht überarbeitet wurden, zusammengesetzt ist. Das betrifft die beiden mittleren Teile, in denen er sich lang und breit mit der Erklärung der krisenhaften Stagnation in den letzten dreißig Jahren beschäftigt («Tracking Global Turbulence») und dem Niedergang der USA durch den Irak-Krieg nachgeht («Hegemony Unraveling»). Dass er seine eigene Darstellung immer in dichter Auseinandersetzung mit anderen marxistischen Theoretikern des Kapitalismus wie Robert Brenner oder David Harvey entwickelt, scheint seine Argumentation manchmal unnötig umständlich zu machen, verleiht ihr aber auch die Lebendigkeit einer Debatte und macht viele seiner Argumente erst richtig deutlich – zumal es sich um Texte handelt, die in den letzten Jahren im Zentrum der Diskussion innerhalb der Linken gestanden haben. Arrighi liebt es, zu provozieren und zu verblüffen. Auch wer ihm nicht in allen Punkten folgen will, muss anerkennen, dass diese theoretische Leidenschaftlichkeit dazu anregt, eingefahrene Denkgleise zu verlassen und über bestimmte Fragen noch einmal ganz anders nachzudenken. Und immer wieder zwingt er uns und seine Diskussionspartner, die wirkliche Geschichte ernst zu nehmen. Theorien haben ihre historische Bedingtheit, sie werden zu falschen Abstraktionen, wenn sie dies nicht sehen. Das gilt auch für ihre räumliche Bedingtheit, die gerade von den westlichen Sozialwissenschaften nur zu gerne übersehen wird. Arrighi, dessen wissenschaftliche Laufbahn in den sechziger Jahren in Afrika, zur Zeit und im Milieu der revolutionären Befreiungsbewegungen von Angola, Mozambique und dem damaligen Rhodesien, begann, hat zusammen mit Beverly Silver («Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870») und anderen so etwas wie den «operaistischen» Flügel der Weltsystemtheorie begründet. In der Einleitung von «Adam Smith in Beijing» streift er kurz das Problem, dass sich im Zuge der Revitalisierung der Marxschen Kapitalismuskritik in den sechziger Jahren ein unüberwindbarer Graben zwischen denen auftat, die in der Ausbeutung der ArbeiterInnen durch das Kapital den zentralen Widerspruch des Kapitalismus sahen, und denjenigen, die das barbarische Missverhältnis von Reichtum im Norden und Armut im Süden in den Mittelpunkt stellten. Mit seinen Forschungen zur Dialektik von globalem Staatensystem und Klassenkämpfen versucht Arrighi diesen Graben zu überwinden. Er weist auf die bedingte Reichweite von Theorien hin, die diese zwei Dimensionen der Weltgeschichte des Kapitalismus nicht in ihrem inneren Zusammenhang begreifen können.

Wirklich neu ist in «Adam Smith in Beijing», abgesehen von den theoretischen Überlegungen zum verkannten Adam Smith, seine Untersuchung der Geschichte in Ostasien, und an einigen Stellen hat er auch seine in früheren Büchern (von denen keines in deutscher Übersetzung vorliegt) dargestellten Thesen weiterentwickelt. Bei allen Schwierigkeiten, die der Text im Einzelnen bieten mag, die Lektüre lohnt sich für alle, die über die Zukunft bzw. den Weg zum baldigen Ende des kapitalistischen Weltsystems nachdenken.

Giovanni Arrighi: Adam Smith in Beijing.
Lineages of the Twenty-First Century.
Verso, London, 2007, 420 S.
ca. 40 Euro
ISBN 978-1-84467-104-5

Giovanni Arrighi. Adam Smith in Beijing.
Die Genealogie des 21. Jahrhunderts.
VSA-Verlag, Hamburg, Januar 2008, 528 S.
36,80 Euro
ISBN 978-3-89965-203-1

同志

tong2zhi4

Genosse

[Parteijargon; heute auch eine Bezeichnung für Schwule]

China und Indonesien

Ein Vergleich zweier Entwicklungsdiktaturen

Die Weltgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg ist – neben der Verschiebung des kapitalistischen Zentrums von Europa nach Nordamerika – von Entwicklungsdiktaturen dominiert. Von China bis Lateinamerika, von Indonesien bis Afrika waren Partei- und Militärdiktaturen an der Macht, deren vorrangiges Ziel war, eine eigenständige industrielle Entwicklung mit mehr oder weniger Gewalt durchzusetzen.

In der Geschichte fast aller Entwicklungsdiktaturen können drei Phasen unterschieden werden: Dekolonialisierung unter nationalistischen Regimes mit mehr oder weniger liberaler bürgerlicher Demokratie (zum Beispiel Sukarno in Indonesien von 1945 bis 1965). Nach dem Scheitern dieser Versuche kamen dann Militärregimes oder die KP an die Macht. Beide stützten sich ausdrücklich auf die Bauern oder doch auf die relative Ruhe auf dem Land. Die Mittel für die industrielle Entwicklung sollten durch Ausbeutung der Landbevölkerung freigesetzt werden. Mittel, um die Lebensbedingungen in der Stadt zu sichern und Maschinenimporte zu bezahlen. Die letzte, noch andauernde Phase ist der Fall dieser Diktaturen. Es liegt nahe, 1989 als Schnittpunkt anzusetzen: Fall der Berliner Mauer und der Aufstand in Beijing. Zwar fielen vorher schon die Diktaturen in Kamerun, Brasilien und die Marcos-Diktatur auf den Philippinen. Danach aber folgen ganz Osteuropa, Südkorea, Thailand, Indonesien, Nigeria.

拖欠

tuo1qian4

Lohnrückstand

Indonesien ist mit etwa 240 Millionen Einwohnern das viertgrößte Land der Welt. Es umfasst 17.000 Inseln und erstreckt sich von Ost nach West über mehr als 5.000 km. Es gibt 350 Ethnien mit 250 verschiedenen Sprachen. Etwa die Hälfte der Menschen wohnt auf der Insel Jawa, die damit eines der am dichtest besiedelten Gebiete der Welt ist. Mehr als 90 Prozent der Menschen gehören der islamischen Religion an. Die Sprache Bahasa Indonesia wurde von indonesischen Intellektuellen noch während der Kolonialzeit entwickelt und in lateinischer Schrift niedergeschrieben. Sie beruht auf der alten Handelssprache Malaiisch.

Nicht überall entstanden stabile bürgerliche Demokratien – dort, wo die Diktaturen eben nicht erfolgreich gewesen waren, Landflucht und Proletarisierung nur Verelendung gebracht hatten und deshalb keine breite Arbeiterklasse entstanden war, entstand das, was als «failed state», als «zusammengebrochene staatliche Ordnung» bezeichnet worden ist (zum Beispiel Somalia, Afghanistan).

Um die Entwicklung in einem Land zu verstehen, kann es sinnvoll sein, ein anderes Land zum Vergleich heranzuziehen. Wir wollen hier zwei Länder gegenüberstellen, die auf den ersten Blick eine völlig andere Geschichte und Rolle in der Weltpolitik hatten. In China regiert die Kommunistische Partei, Indonesien war und ist die antikommunistische Speerspitze in Südostasien.

China und Indonesien haben viele, auch grundlegende Unterschiede. Das liegt zum einen an den durchaus unterschiedlichen Voraussetzungen aufgrund der Kolonialgeschichte – China war nur relativ kurz kolonisiert, Indonesien dagegen seit Jahrhunderten. In China musste der Nationalstaat als solcher nicht hergestellt werden, sondern hat Jahrtausende Tradition. In Indonesien konnte er nur aus dem Ausbeutungszusammenhang der Kolonialgeschichte aufgebaut werden. Und weiter unterscheiden sich beide Länder in geografischer Hinsicht (Festland gegen Inseln), in den natürlichen Voraussetzungen (fruchtbares Ackerland oder Urwald im tropischen Indonesien, viele Wüstengebiete in China; darüber hinaus ist Indonesien relativ reich an Bodenschätzen). Der wichtigste Unterschied ist natürlich der ideologische – «Kommunismus» gegen Antikommunismus und als Folge davon die größere Isoliertheit Chinas von 1949 bis in die neunziger Jahre gegenüber dem Westen. Die Menschen selbst waren in beiden Ländern von der Welt abgeschnitten. Einen Reisepass oder eine Ausreisegenehmigung zu kriegen war nur einer kleinen Schicht vorbehalten und die Nachrichten über die Welt unterlagen der Zensur.

Umso mehr mag es überraschen, dass es so viele parallele, ja sogar ähnliche Erscheinungen gibt. Wenn wir also eine rein ideologische Brille absetzen, können wir zwei Entwicklungsdiktaturen vergleichen – nicht historischem Interesse wegen. Es geht darum, die Vergangenheit zu verstehen, um sich auf zukünftige Entwicklungen vorzubereiten. Grob darum: Indonesien zeigt, wie andere Entwicklungsdiktaturen auch, dass sie nur solange von ihren Leuten geduldet werden, solange sich deren ökonomische Situation stetig verbessert. Soeharto wurde sofort gestürzt, als Indonesien tief im Strudel der Asienkrise versank. Das kann auch als eine der möglichen, ja wahrscheinlichen Entwicklungen für China angenommen werden. Aber was kommt danach?

Indonesien

Wie im ganzen pazifischen Raum war es die Niederlage Japans, die ab 1945 die Entkolonialisierung Indonesiens eingeleitet hat. 1945 wurde einseitig die Republik erklärt, die alte Kolonialmacht Niederlande stellte allerdings ihre Kontrolle wieder her. Es folgte ein Guerillakrieg bis 1950, als die Niederlande die Unabhängigkeit Indonesiens anerkannten. Der Nationalismus – also die politische Absicht, auf den Tausenden von Inseln und mit Hunderten von Ethnien eine gemeinsame Gesellschaft aufzubauen, war letztlich das einzige, worauf

sich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung einigen konnte. Ansonsten war sie gespalten in traditionellen und modernen Islam sowie in eine im Westen ausgebildete Elite und eine weitgehend analphabetische Bauernbevölkerung. Die Regierungen unter Sukarno versuchten es erst mit parlamentarischer Demokratie, später mit «gelenkter Demokratie». Die Streitkräfte bildeten von Anfang an die am besten organisierte Gruppe; ihr Einfluss nahm stetig zu in internen Auseinandersetzungen mit radikalislamischen Aufständen (in Westjawa) und Gegenregierungen (in Südsumatra und Sulawesi). Auf der anderen Seite wuchs der Einfluss der Kommunistischen Partei (Partai Komunis Indonesia, PKI), vor allem auf dem Land und dort vor allem in Zentral- und Ostjawa. Der KP gelang es, gegen die anfänglich nur langsame ökonomische Besserung die Politik der Selbsthilfe zu organisieren mit der Folge, dass ganze Dörfer Mitglied wurden – wenn die Mehrheit weniger religiös war. Dort wo der Einfluss religiös-islamischer Kräfte größer war, wuchs auch der Einfluss der islamischen Parteien.

Anfang der sechziger Jahre hatte die KP 2 Millionen Mitglieder, der ihr nahestehende Bauernverband mehr als 5 Millionen, ihre Gewerkschaft mehr als 3 Millionen. Politisch hatte sie sich schließlich nach China ausgerichtet. Auf den Militärputsch von 1965 war sie allerdings nicht vorbereitet. Putsch und Gegenputsch sollen es gewesen sein, die Vorgänge sind bis heute nicht geklärt und die offizielle indonesische Geschichtsschreibung darf in diesem Punkt ohne weiteres als falsch bezeichnet werden. Jedenfalls übernahm General Soeharto die Macht, Sukarno wurde unter Hausarrest gestellt. In den Monaten von September 1965 bis April 1966 wurden die Kommunisten zur Jagd freigegeben – zwischen einer halben und einer ganzen Million Menschen wurden massakriert. Wobei wichtig ist zu betonen, dass nicht die Soldaten allein am Werk waren. Massenhaft wurden Leute von ihren Nachbarn, von Leuten aus dem Nachbardorf, von ehemaligen Geschäftspartnern etc. umgebracht. Alte Rechnungen wurden beglichen. Vor allem die Jugend der NU (Nahdlatul Ulama, «die größte Moslemorganisation der Welt», die den traditionellen Islam repräsentiert und damals noch Partei war) soll die Gelegenheit genutzt haben, um die Kontrolle über die Dörfer Ost- und Zentraljawas wieder für den Islam (und das hieß meist: die etwas wohlhabenderen Grundbesitzer) herzustellen. Die Diktatur Soehartos dauerte bis 1998, als er auf dem Höhepunkt der «Asienkrise» gestürzt wurde. Seitdem ist Indonesien durchaus so etwas wie eine bürgerliche Demokratie – der Antikommunismus ist allerdings bis heute vorherrschende Staatsideologie.

Der Vergleich: Die Individuen unter Kontrolle

Sowohl Indonesien als auch China waren keine oder besser gesagt, viel mehr als Militärdiktaturen. Es ist nicht so, dass sich die oberste Schicht der Herrschenden (Generäle, Politiker, Kapitalisten/Manager) im wesentlichen «auf die Gewehrläufe» stützten. In beiden Gesellschaften wurde die aus dem asiatischen Feudalismus überkommene Einbindung des Individuums in Familie, Dorfzusammenhang und unter ländliche Kleinmachthaber zu einem modernisierten und engen Netz der Kontrolle umgewandelt und weiterentwickelt. In China war es die Einbindung in ländliche Produktionseinheiten bis hin zu den Volkskommunen, die allesamt durch Komitees der KP kontrolliert wurden. In Indonesien wurde die Institution des Dorfvorstehers zur kleinsten Einheit des Staates auf dem Land mit weitreichenden Aufgaben: Meldebehörde, Dorfverwaltung, Vermittler aktueller Staatsparolen, Organisator gemeinsamer Arbeiten (zum Beispiel Bewässerung) und vieles mehr. Auch für die Städte wurden diese Modelle übernommen: In China wurden Stadtteilkomitees aufgebaut, in fast allen Städten Indonesiens ein System der Nachbarschafts- und Viertelorganisation eingeführt. Auch hier haben die jeweiligen Vorsteher weitreichende Befugnisse und Aufgaben, vor allem als Meldebehörde. Der Staat reicht also in beiden Ländern viel tiefer in die Gesellschaft; übernimmt viel mehr Aufgaben direkt und ist in Ideologie und Politik viel einheitlicher organisiert als wir das aus Europa kennen.

外资企业

wai4zi1 qi3ye4

ausländisches Unternehmen

Demonstration von indonesischen Hausangestellten in Hongkong

Bevölkerungspolitik

In China wurden während der Hungerjahre nach dem «Großen Sprung» in den Sechzigern erste Geburtenplanungskampagnen durchgeführt; allerdings ohne nachhaltigen Erfolg. Die Ein-Kind-Politik begann erst 1979/80 – die Bevölkerung hatte sich seit 1950 fast verdoppelt. Auch in Indonesien wuchs die Bevölkerung gegen Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre weit stärker als die Produktion von Reis. Beginnend mit Gruppen zur Fa-

milienplanung, die von Ärzten aufgebaut wurden, wurde 1970 ein eigenes Ministerium eingerichtet. Es galt eine «Zwei-Kind»-Politik. Es wurde nie so rigoros vorgegangen wie in China, wo Frauen zu Abtreibungen gezwungen und massenhaft sterilisiert worden sind. Aber auch in Indonesien war es mehr als gesundheitliche Aufklärung. Mehr oder weniger sanfter Druck auf die Frauen war an der Tagesordnung. Kredite und andere Vergünstigungen waren an die Teilnahme am Programm der «Keluarga Berencana», der «Geplanten Familie» gebunden. Es gibt Berichte, dass zum Beispiel den Mädchen ganzer Schulklassen Hormonspritzen verabreicht worden sind – auch zu Zeiten, als die «Dreimonatsspritze» wegen möglicher Nebenwirkungen in der westlichen Medizin höchst umstritten war. Indonesien war zeitweise der größte Verbraucher weltweit von IUDs (Intrauterin Devices), also von «Spiralen». Auch und gerade für die «Familienplanung» wurde das Blockwartsystem der Dorf- oder Straßenvorsteher benutzt. So ist es heute noch in jawanischen Dörfern üblich, dass sich die Männer regelmäßig beim Dorfvorsteher treffen, um zum Beispiel anstehende Arbeiten zu bereden, während sich gleichzeitig die Frauen bei der Frau des Dorfvorstehers versammeln, wo vorwiegend über Familie und Familienplanung gesprochen wird. Jede Frau gibt an, wieviele Kondome oder Pillenpackungen sie braucht, die dann von der Frau des Dorfvorstehers bestellt werden. Frei sind die Verhütungsmittel kaum zu bekommen, da sie sonst auch für vor- oder außereheliche Geschlechtsverkehr benutzt werden könnten. Das Familienplanungsministerium berichtet auf seiner Webseite selbst von einem Versuch, an «bestimmten Orten» Kondomautomaten aufzustellen. Der Versuch musste «nach Intervention religiöser Kreise» umgehend wieder eingestellt werden.

Erfolgreich waren beide Programme: In China sollen 200 bis 400 Millionen Geburten verhindert worden sein; in Indonesien sank die Geburtenzahl pro Frau von 5,6 (1970) auf derzeit 2,36.

Zur Bevölkerungspolitik gehört aber auch die Steuerung von Wanderungsbewegungen. In China ging es dabei immer vor allem um den Schutz der Städte vor zuviel Zuwanderung. Schon vor, aber vor allem während der Kulturrevolution 1966-68 wurden an die dreißig Millionen städtische Jugendliche aufs Land verschickt. In Indonesien wurden zwischen 1974 und 1990 im Rahmen des (von der Weltbank unterstützten) Transmigrasi-Programms etwa 3,5 Millionen Menschen in ländliche, dünn besiedelte Gebiete umgesiedelt. Dünn besiedelt heißt nicht, dass es sich um unbebautes Land handelte – es wurde den Ansässigen oft einfach weggenommen. Dahinter stand natürlich auch die Vorstellung, mit ethnischer Vermischung den Nationalstaat zu fördern – ganz ähnlich wie China in Tibet oder Xinjiang die Zuwanderung von Han-Chinesen förderte.

Kern der Bevölkerungspolitik in China war (und ist) das Haushaltsregistrierungssystem *hukou*, der grundsätzlich zwischen Land- und Stadtbewohnern unterscheidet. Etwas ähnliches gibt es auch in Indonesien, betrifft im Wesentlichen aber nur die Hauptstadt Jakarta: Dort werden regelmäßig Razzien in den ärmeren Vierteln durchgeführt, um Leute festzunehmen, die keinen Ausweis der Stadt haben. Wichtiger ist, dass – wie in China – nur diejenigen Anspruch auf subventionierte Lebensmittel, Sonderzuwendungen, Wohnung haben, die sich «legal» am Ort aufhalten. Ansonsten wäre es vor allem auf Jawa vergebliche Mühe, das Wachstum der Städte aufhalten zu wollen: Im dichtest besiedelten Gebiet der Welt sind die Entfernungen so gering, dass man nicht wirklich zwischen Land- und Stadtbewohner unterscheiden kann.

Das Militär

In beiden Ländern spielt das Militär eine Schlüsselrolle. Es kann sich jeweils auf die Tradition des antikolonialen Kampfes stützen. In beiden Ländern ist nicht ganz klar, welchen politischen Einfluss die Generäle im politischen Alltagsgeschäft haben. Klar ist aber, dass das Militär die wesentliche Stütze der KP Chinas ist, wie sich beim Aufstand in Beijing 1989 gezeigt hat. In Indonesien war das Militär – vor allem die Landstreitkräfte – immer eigenständige Macht im Land und politische Partei. Wie die Volksarmee sind auch die indonesischen Streitkräfte weniger als Verteidiger der Grenzen organisiert, sondern in Form von Territorialkommandos. Die innenpolitische Rolle war unter Soeharto auch formell festgeschrieben: Die Polizei war ein Teil der Armee. Die hatte nicht nur selber eine gewisse Anzahl von Sitzen im Parlament, sondern die Staatspartei «Golkar» (Sekretariat Bersama Golongan Karya, Vereinigtes Sekretariat der funktionellen Gruppen) war 1964 von den Landstreitkräften gegen den Einfluss der PKI aufgebaut worden. Es gab unter Soeharto regelmäßig Wahlen, aber nur die Golkar durfte Basisorganisationen unterhalb der Kreisebene aufbauen und hatte als einzige Partei die Möglichkeit, auch auf den Außeninseln tätig zu werden. Heute besteht sie immer noch, als eine unter vielen. Immerhin ist sie heute eine der wenigen säkularen Parteien.

Im Zuge der «Reformasi» verlor die indonesische Armee beträchtlich an Einfluss. Polizei und Armee sind jetzt formal getrennt. Das ändert aber nichts daran, dass der Einfluss der Armee immer noch groß ist und ihre innenpolitische Rolle immer noch festgeschrieben ist. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem «bewaffnete separatistische Bewegungen zu bekämpfen, bewaffnete Aufstände zu bekämpfen, der Verwaltung in den Landesteilen zu helfen, der Polizei zu helfen» und so weiter.

Ideologie

Welch emanzipatorisches Potential in der chinesisch/maoistischen Rezeption des Marxismus auch immer vorhanden gewesen ist, es ist nicht viel übrig geblieben – vielleicht außer der Vorstellung, dass Alle prinzipiell gleiche Rechte haben. Dies in China mit seiner feudalistischen und frauenunterdrückenden Tradition in den Köpfen zu verankern,

无产阶级文化大革命

wu2chan3 jie1ji2 wen2hua4da4 ge2ming4

Große Proletarische Kulturrevolution

ist ohne Zweifel eine wahrhaft historische Tat. War der Maoismus seinerseits schon eine drastische Verkürzung des Marxismus, wurde er weiter zusammengestrichen zu der Sprüchesammlung, die als «Kleines Rotes Buch» erst von Lin Biao für die Soldaten, dann in der Kulturrevolution für alle zur Zwangslektüre erklärt wurde. Nicht zu Unrecht als «Mao-Bibel» bezeichnet, wurde aus der Antireligion selbst eine Religion mit allem Zubehör. Und in gewissem Sinn sogar eine besonders eklige, weil der Liebe Gott nicht nur eine virtuelle Verkörperung der Unerklärlichkeiten und Hoffnungen darstellte, sondern ein lebender Mensch war. Damit ist ein Kampf gegen die anderen Religionen – oder «Aberglauben», wie sie offiziell genannt werden – nicht zu gewinnen.

In Indonesien ging es von Anfang an um die Abwehr der Islamisierung – auf der Ebene der Staatsverfassung als auch praktisch in der Form der Niederschlagung islamistischer Aufstände. Die Religion ist zwar offizielle Staatsideologie, und jeder muss einer Religionsgemeinschaft angehören. Aber der Islam ist formell nicht bevorzugt, alle großen Weltreligionen sind anerkannt. Obwohl nur etwa vier Prozent der Bevölkerung Christen sind, gehören Weihnachten, Karfreitag und Christi Himmelfahrt zu den hohen und landesweit (prinzipiell) arbeitsfreien Feiertagen. Der Einfluss der Christen in der Elite in Jakarta war und ist weit größer, als ihr Bevölkerungsanteil vermuten lässt. Die normale Indonesierin ist nicht viel religiöser als etwa die Westdeutsche, dennoch spielt die Religion eine größere Rolle im Alltag – sie regelt alle Familienangelegenheiten wie Heirat oder Erbrecht. Für wohlhabende Städter ist es schwierig (und teuer) aber prinzipiell denkbar, außerhalb der eigenen Religion zu heiraten, auf dem Land völlig unmöglich.

Zur offiziellen Staatsideologie gehören neben der Religion noch «Humanismus, Nationale Einheit, Demokratie und Soziale Gerechtigkeit», zusammengefasst als «Pancasila». Die weitreichende Buch- und Medienzensur war unter Soeharto ähnlich intensiv wie in China. Was für die dortigen Studenten die obligatorischen Kurse in Mao Zedong-Ideen, nannte sich in Indonesien «Pancasila- Unterricht» für Schüler und Studenten – in dem eine Vorstellung der korporatistischen Gesellschaft, gemischt mit krudem Antikommunismus, gelehrt wurde.

Traumata

Viel wichtiger als die offiziellen Ideologien jedoch ist etwas ganz anderes, und auch da gibt es spiegelbildlich Entsprechungen in beiden Ländern: ein gesellschaftliches Trauma, das aus den von vielen selbst ausgeübten oder sympathisierend geduldeten Verbrechen der Vergangenheit rührt. In China gibt es die Erinnerung an die Hungerkatastrophe des Großen Sprungs von 1959 bis 1962, an die Verfolgung von «Reaktionären» während der Kulturrevolution und die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Beijing 1989. In Indonesien war es das Massaker an den tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten 1965/66. Über all das können beide Gesellschaften schwer reden. Bis heute ist deshalb der Antikommunismus in Indonesien tief verwurzelt und ein völliges Nichtthema. Vorsichtige Versuche während der Reformasi-Zeit nach dem Sturz Soehartos eine gewisse Öffnung zuzulassen (auch durch den damaligen Präsident Abdurrahman Wahid, immerhin auch Chef der NU), sind gescheitert.[1]

Es ist deshalb kein Wunder, dass die Standardwerke über die jüngere Geschichte in beiden Ländern außerhalb geschrieben wurden – immerhin ist «A History of Modern Indonesia Since c. 1200» von M.C. Rickleffs schon auf Indonesisch erschienen und erhältlich. Darüber hinaus sind auch einige Schriften von Karl Marx inzwischen übersetzt und veröffentlicht (was Abdurrahman Wahid höchstpersönlich gedeckt hat, als er bei der Pressekonferenz zur Vorstellung von «Das Kapital Band I» auf dem Podium Platz nahm).

Entwicklung und Ausbeutung

1959 hatte in China die Hungerkatastrophe als Folge der Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktion zugunsten des Versuchs, auf dem Land Stahl zu produzieren, schon drastische Ausmaße erreicht. Die pro Person verfügbare Menge an Getreide war von 205 Kilo zwei Jahre zuvor auf 183 Kilo gefallen. Dennoch erhöhte die Regierung die Getreideausfuhren in die Sowjetunion, um für Anlagen für die Schwerindustrie zu bezahlen. Im nächsten Jahr waren nur noch 156 Kilo Getreide pro Person verfügbar. (Spence, The Search for Modern China, 1999, p. 553) Ein drastisches Beispiel für die Politik aller Entwicklungsdiktaturen. Es ging um die Entwicklung der Industrie, vor allem der Schwerindustrie, und die Mittel, dies zu erreichen, mussten aus der Arbeit der Bauern gezogen werden. Ein anderes, ebenso bezeichnendes Beispiel: Im Spätjahr 1998 war die Währung Indonesiens auf etwa 10 Prozent ihres Wertes von 1996 gefallen mit der Folge, dass sämtliche Preise – vor allem all die Preise, die für Städter wichtig sind – drastisch anzogen. Finanziert vom Ausland (IWF, aber auch direkt zum Beispiel als «Gift from Germany»), wurde fünf mal soviel Reis importiert, als in den Jahren zuvor. Nicht weil die Ernte misslungen war. Sondern um wenigstens den Preis für das grundlegendste aller Lebensmittel einigermaßen im Griff zu halten – auf Kosten der einheimischen Reisbauern.

Lebensmittel

In China monopolisierte die Regierung über viele Jahre den Lebensmittelhandel fast vollständig. In Indonesien wurde 1967 aus verschiedenen Vorläufergesellschaften das Amt für Logistik BULOG gebildet, das landesweit den Handel mit Agrarprodukten organisierte. Erklärtes Ziel war, den Preis für die Grundnahrungsmittel zu stabilisieren, «sowohl für die Konsumenten als auch für die Produzenten nach den Vorgaben der Regierung».

武裝警察

wu3zhuang1 jing3cha2

bewaffnete Volkspolizei

BULOG handelte mit Reis und anderen Grundnahrungsmitteln als auch mit Saatgut, Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln. Obwohl nur etwa 15 Prozent des Reis von BULOG verwaltet wurde, waren seine Speicherkapazitäten groß genug, um jederzeit den politischen Preis am Markt durchzusetzen. Darüber hinaus liefen die Subventionen für Grundnahrungsmittel über BULOG.

Landreform

In China wurde recht schnell, 1950, eine umfassende Enteignung der Großgrundbesitzer und Grundherrn durchgeführt. Auch die junge Republik Indonesien beschloss eine Landreform, aber nur «abwesende Besitzer» sollten enteignet werden. Das zielte auf weiterbestehenden Kolonialbesitz, weniger auf einheimische Grundherrn. Dazu muss gesagt werden, dass unter der holländischen Besatzung einheimischer Großgrundbesitz kaum entstanden war (im Gegensatz etwa zu den Ländern, die von den Spaniern beherrscht waren – Lateinamerika und die Philippinen). Es gab in der frühen Phase einige Enteignungen und einige Ländereien wurden von der KP nahestehenden Bauern besetzt. Ernsthaft angegangen wurde das Problem der vielen armen und landlosen Bauern nicht. 1957/58 wurden niederländische Plantagen nationalisiert. Mit der Leitung wurden verdiente Militärs beauftragt – ein Modell, das sich dann während der Soeharto-Diktatur auf so gut wie alle Staatsbetriebe ausweitete. Unermessliche Summen an Geldern konnten damit von den Militärs manipuliert werden, ohne je ernsthaft Rechenschaft ablegen zu müssen. Die Staatsplantagen wurden systematisch auf Kosten der Kleinbauern ausgeweitet. Wie groß sie wirklich sind, wird nicht veröffentlicht. Aber ihre Dimension lässt sich daran ermessen, dass im Jahr nach dem Sturz Soehartos etwa zwei Millionen Hektar Land von Kleinbauern und landlosen Bauern besetzt wurde – das ist ungefähr ein Prozent der Gesamtfläche Indonesiens. Es war Land der Staatsplantagen. Präsident Abdurrahman Wahid hat einmal die Plantagenfirmen beschuldigt, dass sie etwa 40 Prozent ihres Landbesitzes den Leuten während der Soeharto-Ära gestohlen und niemals einigermaßen korrekte Entschädigungen geleistet hätten. Es wird geschätzt, dass in den achtziger Jahren etwa 15 Prozent aller Plantagen wertmäßig in Staatsbesitz waren. Auch die mit agrarindustriellem Kapital finanzierten Plantagen hatten sich während der Diktatur auf Kosten der Kleinbauern ausgedehnt – vor allem deshalb, weil diese ihren Besitz selten in der Form als kapitalistisches Eigentum beweisen konnten. Reis wird bis heute von Kleinbauern produziert; die Plantagen produzieren die Cash-Crops, landwirtschaftliche Exportprodukte, wie Palmöl, Gummi, Tee, Kaffee, Tabak und nicht zuletzt Holz.

Fabrikgebäude in Shenzhen

Industrie

Ebenso wie in China lag das Schwergewicht der staatlichen Investitionspolitik anfangs im Bereich der Schwer- und Grundstoffindustrie. Bis 1975 stieg der staatliche Anteil an der Industrie auf 25 Prozent. Zu den Staatsbetrieben gehörten neben dem Stromversorger, der Eisenbahn und anderen Infrastrukturunternehmen vor allem Düngemittelfabriken, das Stahlwerk mit dem schönen Namen Krakatau Steel, Zementfabriken und die Erdölfirma Pertamina, der die Hälfte der Produktion von Erdöl/Erdgas zugestanden wurde. Die Liste reicht weiter von einer Flugzeugfabrik bis zum berühmtesten Kaufhaus in Jakarta, dem Sarinah. Nach 1975 nahm der Staatsanteil wieder ab – weil Soehartos Familie und seine Clique inzwischen selbst reich genug waren, ihre Imperien aufzubauen.

Der Entwicklungsprozess wurde in den achtziger und neunziger Jahren nicht mehr energisch vorangetrieben. Das Land war praktisch in den Händen der Soeharto-Familie und ihrer Freunde, und die waren letztlich an schnellem Profit interessiert. Trotz der Bodenschätze und des fruchtbaren Landes ist Indonesien noch immer im wesentlichen der Anbieter von billiger, junger Arbeitskraft. Nicht nur im Export. Jedes Jahr gehen Millionen junger Menschen ins Ausland, meist von zugelassenen oder staatlichen Agenturen geschickt – Frauen als Haushelferinnen nach Arabien, Männer als Plantagenarbeiter nach Malaysia. Auch im Inland verfolgt die Regierung deutlich eine Politik der billigen Arbeitskraft in Konkurrenz mit Vietnam und China. Gewerkschaften sind inzwischen zugelassen. Aber nachdem die ArbeiterInnen jetzt in der Lage sind, viele der formell guten arbeitsrechtlichen Vorschriften auch einzufordern, werden die stückweise verschlechtert.

Nach dem Fall der Diktatur: Demokratie allein ist nur ein winziger Fortschritt

Die Bewegung zum Sturz Soehartos 1998 wurde – ähnlich wie der Aufstand in Beijing 1989 – von

den Studenten dominiert. Aber beide Aufstände hatten ihre Vorgeschichte und Vorläufer: Streiks, breite Unzufriedenheit über die Korruption und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Nach dem Sturz des Diktators war Indonesien für ein paar Monate zwar eines der ärmsten, aber auch eines der freiesten Länder der Welt. Das Militär war zurückgedrängt, Zeitungen und Zeitschriften erschienen in großer Zahl und wurden verschlungen.

Täglich gab es Nachrichten über Landbesetzungen, Streiks und Demos. Aber bald zeigte sich, dass in Wirklichkeit nur die alleroberste Spitze der Diktatur gekappt war, Soeharto selbst und seine Familie. Die Zeit der Öffnung war vorbei, als der erste gewählte Präsident Adurrahman Wahid, der einen weltoffenen und liberalen Islam vertritt, abgesetzt wurde. Ironischerweise wegen Korruption, obwohl er wohl die einzige honorige Person in der politischen Schlangengrube in Jakarta war.

Die Strukturen der Herrschaft sind nicht wesentlich angetastet worden. Die Korruption in Indonesien war unter Soeharto legendär. Ausländische Kapitalisten hatten damals geklagt, dass sie mehr Geld für Hilfsdienste aller Art als für Löhne ausgeben mussten. Das ist in Wirklichkeit eher schlimmer geworden – es sind einfach viel mehr Leute und Ebenen geworden, die ihre Dienste honoriert haben wollen. Zwar ist der derzeitige Präsident wegen seines Versprechens gewählt worden, dagegen vorzugehen. Aber wenn mal einer angeklagt wird, dann nur aufgrund einer politischen oder finanziellen Auseinandersetzung innerhalb der Elite selbst. Das ist wohl nicht ganz unähnlich der derzeitigen Situation in China, wo gerade einige dem Dauermachtkampf zwischen den Parteizentren in Beijing und Shanghai zum Opfer fallen.

Nach 1998 entstanden in Indonesien hunderte Gewerkschaften, meist auf dem Hintergrund langjähriger versteckter Arbeit von Einzelnen oder kleinen Gruppen von Studenten oder Anwälten. Diese Organisationen entwickelten aber ganz schnell ihr Eigenleben. Zwar konnten sie in unzähligen Streiks erreichen, dass der Lebensstandard der Vorkrisenzeit wieder erreicht wurde. Aber dann waren sie nicht nur anerkannt, sondern auch eingebunden. Wie ein Kollege in Medan das formuliert hat: «Früher sind wir zu den Arbeitern gegangen, weil wir die Revolution machen wollten. Jetzt haben wir ein Büro und sitzen den ganzen Tag in Verhandlungen, bei Gerichtsterminen usw. Das ist nicht das, was wir wollten. Aber was können wir anders machen?» Wer aufgrund eines Streiks als Rädelsführerin rausflog, wurde oft genug zur Hauptamtlichen in der Gewerkschaft selbst. Dazu flossen und fließen ziemlich große Summen aus Europa (zum Beispiel von der Friedrich-Ebert-Stiftung) oder Amerika (vom AFL/CIO) an die Gewerkschaften und nur wenige nehmen diese Gelder nicht. Insgesamt repräsentieren die Gewerkschaften sowohl den Fortschritt nach der Diktatur als auch dessen Beschränktheit; sowohl die Kampfkraft der indonesischen ArbeiterInnen, die sie zu den streikfreudigsten der Welt gehören lässt, als auch ihre immer noch weitreichende Eingebundenheit in die korporatistische Gesellschaft. Eine politisch radikale Opposition entwickelt sich erst langsam und droht – auch das eine Parallele zu China – immer wieder, von NGOs eingefangen (und in rechtliche oder lobbyistische Bahnen gelenkt) zu werden.

Die persönliche Freiheit ist größer geworden, in China und in Indonesien, das kann nicht bestritten werden. Wegen der wirtschaftlichen Verbesserung und der Kommerzialisierung des Lebens und vor allem im Zuge der zunehmenden Urbanisierung. Das macht die Kontrolle der Einzelnen schwieriger, vor allem in der Stadt und gegenüber den ArbeiterInnen und Arbeitern. Persönliche Freiheit meint mehr Möglichkeiten der Lebensgestaltung (darunter auch größere sexuelle Selbstbestimmung trotz aller praktischen Schwierigkeiten), es meint nicht unbedingt mehr politische Freiheit. Davon kann nur in Indonesien gesprochen werden, und auch dort nur eingeschränkt.

In Indonesien nutzen zumindest Teile der Armee und Elite die Zeit um reaktionäre, zum Teil direkt faschistische, gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Organisationen aufzubauen. Gewöhnlich, aber nicht ausschließlich, unter islamistischer Verbrämung. Die fungieren zum Teil als Schlägertrupps, um Streiks und Demos anzugreifen. Die größte Gefahr derzeit ist der Erfolg einer Partei, die sich «Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei PKS» nennt, Verbindungen zur ägyptischen «Islamischen Bruderschaft» hat und erfolgreich selbst eine große nationale Gewerkschaft aufbaut.

Es gibt also keinen Automatismus, soviel können wir aus Indonesien lernen. Diktaturen, die über Generationen das Leben, die Politik und die Kultur bestimmen, wirken nach. In der Zeit, in der die ganze Gesellschaft um ihre tatsächliche Überwindung kämpft, können neue Feinde von Freiheit und Emanzipation von der Situation profitieren. In Indonesien ist das vor allem die Religion, auch wenn sich bislang die Gesellschaft zäh gegen eine weitreichende Islamisierung wehrt. Aber es wäre wohl auch zu viel erwartet, wenn man hoffte, dass die Arbeiterklasse den ganzen alten Mist, Diktatur, feudale Reste, Kapitalismus und Religion auf einmal auf den Müllhaufen werfen könnte.

下岗

xia4gang3

entlassene oder «freigestellte» ArbeiterIn

Endnote

1 Im Juli 2007 wurden in Bandung auf gerichtliche Anordnung hin die Schulbücher des Jahrgangs 2004 öffentlich verbrannt, weil in ihnen nicht mehr eindeutig behauptet worden war, die PKI hätte den Putsch «linker Generale» am 30.9.65 organisiert. Sie hatten dafür das Kürzel «G30S» (Gerakan 30 September, Bewegung 30. September) benutzt, nicht das alte Kürzel «G30S/PKI».

Unbequeme Filme in unbequemen Zeiten

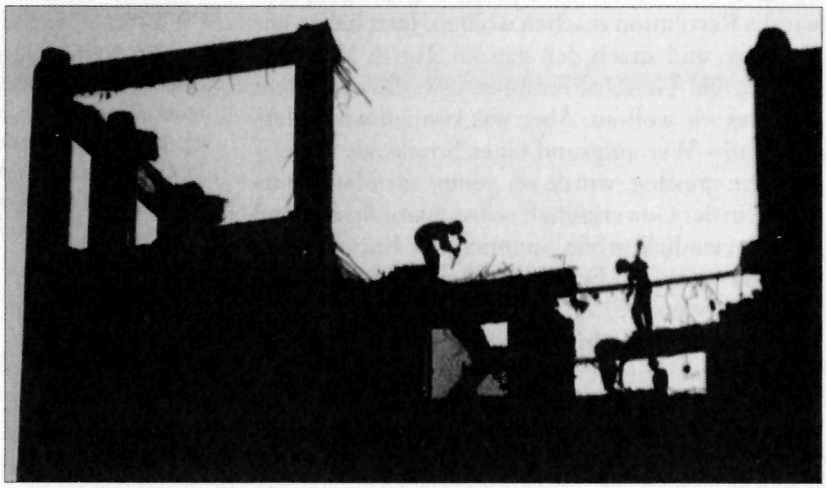
性解放

xing4 jie3fang4

sexuelle Befreiung

Seit Ende der achtziger Jahre sind chinesische Produktionen regelmäßig auf internationalen Filmfestivals vertreten und werden mit Preisen überhäuft. Vor allem machen immer wieder Filme des Arthouse- und Programmkinos auf sich aufmerksam. Trotz niedriger Budgets und schwierigen Produktionsbedingungen zeichnen sie sich durch eine intensive Bildsprache und hohe Ästhetik aus. Nicht selten sind die Filme in China verboten. Um der Zensur zu entgehen, wird im Untergrund gedreht, Filmmaterial aus dem Land geschafft und im Ausland fertig gestellt. Filme wie «Beijing Bicycle» (2002) von Wang Xiaoshuai, in dem das harte Leben eines jungen Wanderarbeiters in Beijing geschildert wird, dürfen in China offiziell nicht aufgeführt werden, finden ihre Verbreitung aber als DVD auf dem Schwarzmarkt und werden somit weitläufig bekannt.

Wang Xiaoshuai gehört mit Zhang Yuan (Mama 1990, East Palace, West Palace 1996), Jia Zhangke (Xiao Wu 1997, Unknown Pleasures 2002, Still Life 2006) und Zhang Yang (Shower 1999, Getting Home 2007) und anderen zur so genannten «sechsten Generation» chinesischer Filmregisseure. Ihre Vertreter verbindet eine gemeinsame Zeit an der Beijinger Filmakademie Ende der achtziger Jahre, die von den traumatischen Ereignissen 1989 am Tian'anmen-Platz geprägt war. Ihre Filme stehen für einen unverschönten, realistischen, sozialkritischen Blick auf die Verhältnisse im heutigen China. Sie erzählen von Kleinkriminellen, Arbeitslosen, Wanderarbeitern, von Frauen in der Prostitution, von der Diskriminierung Homosexueller oder vom perspektivlosen Alltag Jugendlicher im urbanen China. Jia Zhangke, vielleicht ihr bekanntester Vertreter, sagt in einem Interview: «Zu viele chinesische Filme konzentrieren sich auf kommerziellen Gewinn und Unterhaltung. Ich will den Kampf der arbeitenden Klasse in China darstellen und meiner Sorge für die einfachen Menschen Ausdruck geben.»[1] Seine Kritik am kommerziell ausgerichteten Kino richtet sich vor allem an zwei Regisseure der fünften Generation: Zhang Yimou (Das rote Kornfeld 1987, To Live 1994, Happy Times 2000) und Chen Kaige (Lebewohl, meine Konkubine 1993), die ihre Rolle als kritische Filmemacher komplett aufgegeben haben. Mit den in China oft verbotenen früheren Werken der beiden haben Zhang Yimous Filme «Hero» und «Der Fluch der goldenen Blume» oder Chen Kaiges «Wu Ji» nichts mehr gemeinsam. Hier geht es nur noch um prunkige Kostüme und Geschichtsverklärung. Zhang Yimou ist auf diese Weise zum Aushängeschild der chinesischen Regierung avanciert. Von ihren jüngeren Kollegen der sechsten Generation werden sie als Verräter gesehen.



Szene aus Still Life

Im Folgenden wollen wir euch einige aktuelle Spielfilme, aber auch weniger bekannte Dokumentarfilme vorstellen, die sich den gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialen Verhältnissen und Kämpfen in China widmen. Seit ein paar Jahren scheint es in China einfacher geworden zu sein, in den vom Staat kontrollierten Medien auf die Situation von WanderarbeiterInnen oder Arbeitslosen aus den ehemaligen Staatsbetrieben aufmerksam zu machen. So ist es Filmen wie Still Life, in dem von häufigen Arbeitsunfällen in den Bergwerken und von Korruption bei Entschädigungszahlungen während der massiven Zwangsumsiedlung am Drei-Schluchten-Staudamm die Rede ist, gelungen, durch die Zensur zu kommen. Ein Blick in diese Filme lohnt sich.

Zunächst zu den Spielfilmen:

Still Life

von Jia Zhangke, China 2006. Der Drei-Schluchten-Staudamm und die mit seinem Bau verbundenen enormen Umwälzungen, der Abriss und die Überflutung ganzer Städte, Zwangsumsiedlung und Trennung, Auflösung sozialer Beziehungen – all das ist Thema in diesem Spielfilm. Der in langen, ruhigen Einstellungen erzählte Film folgt weniger der Dramaturgie einer Geschichte. Er setzt sich vielmehr aus genauen Beobachtungen und kleinen, einfachen Momenten zusammen. «Still Life» heißt «Stillleben». Orte, die von Menschen erzählen. Mittendrin zwei Menschen auf der Suche: Han Sanming ist Kohlebergarbeiter aus der weit entfernten Provinz Shanxi und nach Fengjie gereist, um seine Ex-Frau wiederzufinden und seine Toch-

ter, die er noch nie gesehen hat. Zur gleichen Zeit kommt die Krankenschwester Guo Shenhong in die Gegend, um ihren Mann, den sie zwei Jahre lang nicht gesehen hat, zur Rede zu stellen.

In den vielen kleinen Momenten greift der Film auf, was das heutige China und die Probleme der arbeitenden Klasse ausmacht: Von Arbeitsunfällen ist die Rede, nicht gezahlten Löhnen. Ein sechzehnjähriges Mädchen fragt eine Fremde, ob sie in ihrer Gegend nicht Dienstmädchen suchen, Sanmings Ex-Frau, die einen fremden Menschen pflegt, weil ihr Bruder Schulden bei ihm hat, und seine Tochter, von der es ein Foto gibt: in hellblauer Arbeitskleidung vor einem Fabriktor in Shenzhen. Immer wieder Menschen, die umsiedeln müssen, Entschädigungen, die nicht gezahlt werden, Gebäude, die abgerissen werden. Eine Stadt im Rhythmus der Vorschlaghämmer. Die ausgemergelten Gesichter der Abrissarbeiter, Tagelöhner. Und auch wenn es Geduld erfordert, den langen Einstellungen und dem ruhigen Rhythmus zu folgen – der Blick in die Gesichter der Menschen und die Momentaufnahmen ihres Lebens machen den Film sehenswert.

Getting Home

von Zhang Yang, China / Hongkong 2007. Zhao hat mit seinem Kumpel vier Jahre lang zusammen in Shenzhen auf dem Bau gearbeitet und jetzt ist der Kumpel tot. Hat sich tot gesoffen. Da ihnen trotz schwerer Arbeit nicht viel vom Leben bleibt und auch der Tod nicht umsonst ist, macht sich Zhao selbst auf den Weg, um die Leiche seines Kumpels zu seiner Familie zu bringen, in ein Dorf in der Gegend des Drei-Schluchten-Staudamms. Ein Weg, der für Leute mit dem nötigen Geld eini-

Überleben als mingong

Dies ist ein Dialogauszug der ersten Episode der 32-teiligen Fernsehserie «shengcun zhi mingong» (Überleben als mingong), die 2005 ausgestrahlt wurde und in China großen Erfolg hatte. Der 38-jährige Regisseur Guan Hu beschäftigte etwa vierzig mingong als Schauspieler [Aus: Reeve, Charles/ Xi Xuanwu: Mensonges au pays de l'harmonie sociale. Editions Verticales/ Paris; erscheint Frühjahr 2008]

Hunderte Arbeiter warten. Es ist ruhig, die Stimmung gedrückt. Sie sitzen auf der Erde oder lehnen an den Wänden der Baracken einer großen Baustelle. Einer steht auf.

Xiao: Wir können nicht länger warten. Wenn sie uns keinen Lohn geben, wie kommen wir dann aufs Land zurück?

Ye: Die Ernte wartet auf uns. Das ist eine ernste Angelegenheit!

Zhou: Wenn uns heute niemand Geld gibt, wie kommen wir dann zurück?

Stimmen: Da kommt der alte Xie [*der Polier*] zurück.

Xie, ein kleiner Mann, geht durch das Eingangsgitter der Baustelle. Er trägt eine Mappe unter dem Arm. Er läuft auf die Gruppe zu, die ihn schweigend umringt.

Xie: Was macht ihr hier? Wohin geht ihr? Was habt ihr denn?

Xiao: Wir wollen unser Geld!

Zhou: Wenn du nicht zurückgekommen wärst, hätten wir dich geholt!

Xie: Scheißtyp! Wo sollte ich denn eurer Meinung nach hingehen? Ich war unterwegs, um für alle Geld zu holen. Ich weiß, ihr wartet seit einigen Tagen auf mich, aber ich bin die ganze Zeit rumgelaufen. Heute bin ich den ganzen Tag wegen euch am Suchen gewesen und habe niemanden gefunden. Was soll ich denn machen? Ihr müsst mir weiter vertrauen. Ich versuche nicht, euch übers Ohr zu hauen. Ich weiß, dass ihr beunruhigt seid, aber ich bin es noch mehr als ihr. Seht, ich verliere meine Haare...

Xiao: [*Richtet sich an die Menge*] Es ist wahr, er ist beunruhigt.

Xie: Ich bin genau so ein Kerl wie ihr.

Ye: Glaubst du wirklich, du bist wie ich? Wir beide haben nichts miteinander zu tun. Wenn du wie ich wärst, wenn du denselben Namen wie ich tragen würdest, würden sich meine Ahnen im Grab umdrehen! Und sie würden sich beeilen, ihren Namen zu ändern!

Zhou: Wir scheißen darauf, was du denkst, alter Xie. Hast du uns nicht gesagt, du würdest mit Geld zurückkommen?

Xie: Das Geld ist da. Es ist im Büro im Panzerschrank. Aber ihr seht doch, dass niemand da ist. Was soll ich da machen?

Hu: Wir haben keine Zeit mehr zu warten! Wir müssen zur Ernte aufs Land zurück.

Die Gemüter erhitzen sich, es wird geschrien, gestikuliert. Der Polier wird umringt und aggressiv angegangen.

Xie: Hört mir eine Sekunde zu! Für die Leute in der Stadt ist heute Sonntag, also Wochenende. Ich bin zum Unternehmenssitz gegangen, aber es war keiner da. Ich habe den ganzen Vormittag gewartet, aber niemand kam! Dann am Nachmittag, auch niemand! Was kann ich da machen? Ich habe seit heute morgen nichts gegessen und keinen Tropfen getrunken...

Xiao: Das ist hart für dich, armer Alter!

Xie ruft einen Jungen, der mit leerer Miene etwas abseits steht.

Xie: Was ist mit dir los? Komm her!

Ye: Lass ihn in Ruhe. Denkst du, wir wüssten über deine Tricks nicht Bescheid? Idiot! Du willst uns nur wieder verarschen. Du verbringst den Tag mit Trinken und Kartenspielen, oder etwa nicht? Wir wissen Bescheid. Also hör auf damit!

Xie: Du erzählst alles Mögliche. Was weißt du denn schon, Hurensohn!

Es folgt ein Handgemenge. Jemand stößt Xie. Die Menge wird unruhig.

Eine Stimme: Es macht doch keinen Sinn, sich zu prügeln!

Ein junger Kerl, der daneben gestanden hatte, packt mit hartem und entschlossenem Blick einen Maurerhammer und ruft.

Yang: Geht zur Seite! Macht Platz!

Er geht auf die Bürobaracke zu, deren Tür mit einem Vorhängeschloss versperrt ist. Die Menge vor ihm öffnet sich und mehrere Arbeiter schließen sich ihm an. Xie stellt sich vor die Tür.

Xie: Das kannst du nicht machen!

Stimmen: Geh weg, hau ab!

Xie: Ich will dir was sagen, Yang Zhigang [*der Junge mit dem Hammer*]. Was du da machst, ist illegal! Wenn dir dein Geld scheißegal ist, den anderen sicher nicht.

Xiao: Xie, verpiss dich! Hau ab!

Yang Zhigang lässt mit einem Hammerschlag das Vorhängeschloss aufspringen. Er dringt gefolgt von einigen Arbeitern in die Bude ein. Der Raum ist leer. Es gibt keinen Panzerschrank mehr, Papiere fliegen auf dem Boden herum, alles wurde ausgeräumt.

Xiao: [*Geht raus und ruft zur Menge draußen*] Wir stecken in der Scheiße! Das gibt's doch nicht. Der Panzerschrank ist weg! Letzte Nacht habe ich den Lärm gehört. Dieses Mal gibt es wirklich kein Geld.

Der verdutzte Xie verdrückt sich leise zur Seite. Die Menge wird unruhig.

Dong: Ich weiß, wo ihre Verwaltungsbüros sind. Lasst uns hingehen!

Die Menge nimmt den Vorschlag auf. «Los jetzt!» «Lasst und hingehen!» Alle Arbeiter verlassen die Baustelle. Unter den erstaunten Blicken der Passanten ziehen sie dicht zusammen laufend und mit entschlossenem Schritt die Straße runter, an der Spitze, zwischen einigen anderen, Yang Zhigang.

Xiao: [*Dreht sich um und wendet sich an den Arbeiter, der den Polier fertig gemacht hatte und der sich nicht dem Zug angeschlossen hatte.*] Warum stehst du noch da? Komm mit uns zur Zentrale. Wenn wir dahin gehen, müssen alle mit!

Yang: Einverstanden!

Der Polier steht wie angewurzelt und bleibt allein auf dem Platz zurück.

Szene aus Crazy Stone

ge wenige Flugstunden bedeutet. Für Zhao aber, in seiner schäbigen Maojacke und blauen Arbeitshosen, sein ganzes Hab und und Gut in einer kleinen Feldtasche untergebracht, bedeutet es eine lange und beschwerliche Reise. Er trifft die unterschiedlichsten Menschen, und auch wenn ihn die Kräfte und der Mut verlassen, so nicht sein Einfallsreichtum, die Leiche zu transportieren ohne Argwohn zu wecken. Auch diese schwarze Komödie ist gesellschaftskritisch. Erzählt wird von Armut und der Kriminalität als Ausweg, von Fabrikunfällen, illegalem Bluthandel, Razzien gegen WanderarbeiterInnen. Aber auch von den Demütigungen, denen die *mingong* ausgesetzt sind, von der Tatsache, das die eigenen Kinder, die studieren und aufsteigen, sich ihrer in Armut lebenden Eltern schämen und den Kontakt abbrechen.

Die Darstellung dieser Realitäten passt zu der Art, mit der mittlerweile in chinesischen, staatlich kontrollierten Medien auf die Problematik der WanderarbeiterInnen aufmerksam gemacht wird: eine Frau wird gezeigt, deren Gesicht nach einem Brand in der Fabrik von Narben entstellt ist. Und die sich mit diesem Elend zurückgezogen hat und auf Dauer versteckt und verborgen lebt. Der Staat selbst taucht in diesem Film in Gestalt des hilfsbereiten, gütigen Polizisten auf oder als fürsorgende Einrichtung für Obdachlose. Ein Staat, der sich den Belangen seiner BürgerInnen annimmt. Er scheint jedoch nicht verantwortlich zu sein, für das Elend der *mingong*, für die Arbeitsunfälle, die Armut...

暂住证

zan4zhu4 zheng4

vorübergehende Aufenthaltserlaubnis

[brauchen die WanderarbeiterInnen in den Städten]

Crazy Stone

von Ning Hao, China 2006. Diese schwarze Gaunerkomödie hat im vergangenen Jahr die chinesischen Kinos gestürmt und ließ dabei einige amerikanische Blockbuster hinter sich. Der Low-Budget-Film wurde für nur 400.000 Dollar produziert. Mit viel Witz und flottem Tempo und in schwer verständlichem Sichuan-Dialekt dreht sich die Geschichte um einen wertvollen Jadestein, der auf dem Gelände einer Fabrik gefunden wurde. Der Fabrikbesitzer ist zahlungsunfähig, seit Monaten stehen Löhne aus und bald wird der Betrieb ganz schließen. Nun soll die Versteigerung des Jadesteins Rettung bringen. Doch hinter dem Stein sind bereits kleine und große Kriminelle her und es wird nicht einfach sein, ihn zu bewachen. Diese Aufgabe übernehmen zwei der Arbeiter unter einer Bedingung: alle Arbeitsplätze werden erhalten und die Löhne gezahlt. So werden die beiden in die Verwirrungen um den Stein hineingezogen. Um am Ende festzustellen, dass sie wieder verarscht wurden...

Ghosts

von Nick Broomfield, Britannien 2006. Ein Film, der das Schicksal von chinesischen Arbeitsmigrant-Innen in Europa erzählt. Er spielt nur anfangs in China. Ai Qinlin, eine junge Frau vom Land, verschuldet sich, um die Fahrt mit einer Schlepperbande nach Europa zu bezahlen. Sie hat die Hoffnung, dort einen Job zu finden und Geld an ihren vierjährigen Sohn zu schicken.

Rekonstruiert wird ein wahrer Vorfall und dessen Vorgeschichte in Großbritannien, bei dem 23 Menschen, Illegale aus China, bei der Muschelernte in der Flut umgekommen sind. Die Hauptrolle wird von einer Laiendarstellerin gespielt, die selbst lange als illegale Migrantin in England gelebt hat. Sehr präzise werden die Lebensbedingungen der Illegalen nachgezeichnet, der lange Weg und die Zwischenstationen über Land nach Europa, ihre billigen Massenunterkünfte, die Beziehungen untereinander, der verzweifelte Kampf um einen Job, meist Drecksarbeit in der Lebensmittelindustrie, der Rassismus Einheimischer, denen sie mit ihren Jobs zum Teil in die Quere kommen.

Nun zu den Dokumentarfilmen:

Tie Xi Qu – West of tracks

von Wang Bing, China 2003. Tie Xi Qu ist eine neunstündige Trilogie, die aus den Teilen Rust, Remnants und Rails (Rost, Restposten und Schienen) besteht. In einem Zeitraum von zwei Jahren, zwischen 1999 und 2001, dokumentierte der Filmemacher Wang Bing mit seiner Videokamera die tiefgreifende Transformation, der die Menschen in der Tie Xi-Region, einem Rostgürtel im Nordosten Chinas ausgesetzt sind. Tie Xi war lange ein Zentrum der Schwerindustrie.

Der erste Teil Rust beobachtet und begleitet die

Arbeiter eines riesigen Stahlwerks, das geschlossen werden soll. 6 000 Menschen werden ihre Arbeit verlieren. Andere staatliche Werke der Region sind bereits dicht gemacht worden. Die Zukunft der ArbeiterInnen aus diesem Staatsbetrieben, deren Leben von dieser Arbeit geprägt und deren Sicherheiten daran gekoppelt waren, ist ungewiss. Wang Bings erste Version war fünf Stunden lang. Fünf lange Stunden, in denen wir die riesigen Industrieanlagen sehen, ein letztes Mal kochen die Stahlöfen, an denen die Arbeiter ungeschützt arbeiten. Viel ist

nicht mehr zu tun. Warten in dunklen Umkleiden und schäbigen Aufenthaltsräumen, Rauchen, Essen. Diskutieren, Streiten. Verzweiflung, Fragen. Wie geht es weiter?

Remnants, der zweite Teil wendet den Blick in eine ärmliche Arbeiter-Siedlung im Tie-Xi-District, die demnächst Modernisierungsprojekten der Stadt zum Opfer fallen soll. Viele der AnwohnerInnen weigern sich jedoch umzuziehen. Sie haben noch keine Entschädigung erhalten, sind unzufrieden mit den Ausweichwohnungen oder wehren sich dagegen, ihre jahrelangen Gewohnheiten aufzugeben. Im Mittelpunkt steht eine Gruppe Teenager und deren unspektakulärer Alltag. Erst als die Abrissarbeiten unausweichlich näher rücken, sind sie gezwungen, sich Gedanken über ihre eigene Zukunft zu machen.

Nachdem sich die Dokumentation in den ersten beiden Teilen dem Produktions- und dem Reproduktionsbereich gewidmet hat, dreht sich der dritte Teil Rails um den Transportbereich. Lange Bahnstrecken dienten dem Gütertransport zwischen den weit auseinander liegenden Industrieanlagen, den Stahlhütten, Kupfer-, Blei- und Zinkgießereien. Hier wird die Geschichte zweier Menschen erzählt, zweier Arbeitsloser, die sich entlang der Bahnstrecke mit Betteln den Lebensunterhalt verdienen.

Yan Mo – Before the flood

von Yan Yu und Li Yifan, China 2005. Ein Dokumentarfilm, der sehr eindringlich die harten und ärmlichen Lebensbedingungen der BewohnerInnen von Fengjie schildert, einer Stadt, die nach Abschluss des Baus des Drei-Schluchten-Staudamms komplett überflutet sein wird. Die Zwangsräumungen sind bereits angekündigt, doch bei der Auszahlung von Entschädigungen und der Stellung von Ausweichwohnungen gibt es immer wieder Probleme. Korruption und Willkür, ein undurchsichtiger Wust von Ausnahmeregelungen und die bewusste Verzögerung der Entschädigungszahlungen seitens der Behörden sind dafür verantwortlich, dass die Abrisse begonnen haben und viele Leute vor dem existentiellen Aus stehen. Vor der Kamera kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den Leuten, die von der Zwangsumsiedlung bedroht sind, und den VertreterInnen der Behörden, die diese Zwangsumsiedlung anordnen und durchsetzen. Tumulte, Diskussionen, Beschimpfungen, handgreifliche Auseinandersetzungen – ein alltäglicher, hartnäckiger Kampf auf allen Ebenen. Fast grotesk mutet die Szene an, als die Stadtverwaltung eine Tombola organisiert, bei der Ausweichgrundstücke verlost werden. Der riesige Saal bleibt jedoch leer. Die AnwohnerInnen boykottieren die Aktion. Einige Anwesende schimpfen: «Ihr könnt mich mal.»

Die beiden Filmemacher waren für einen chinesischen Fernsehsender in die Region geschickt worden. Ihr Beitrag für das staatliche Fernsehen war erwartungsgemäß und passierte die Zensur. Doch die beiden beschlossen auf eigene Faust länger zu bleiben und eine Dokumentation über die tatsächlichen Vorgänge in Fengjie zu machen. Als Fernsehleute genossen sie auch bei den Behörden Vertrauen, was ihnen ungehinderten Zugang verschaffte. Ihr Material mussten sie aus China schmuggeln, der Film durfte dort öffentlich nicht aufgeführt werden.

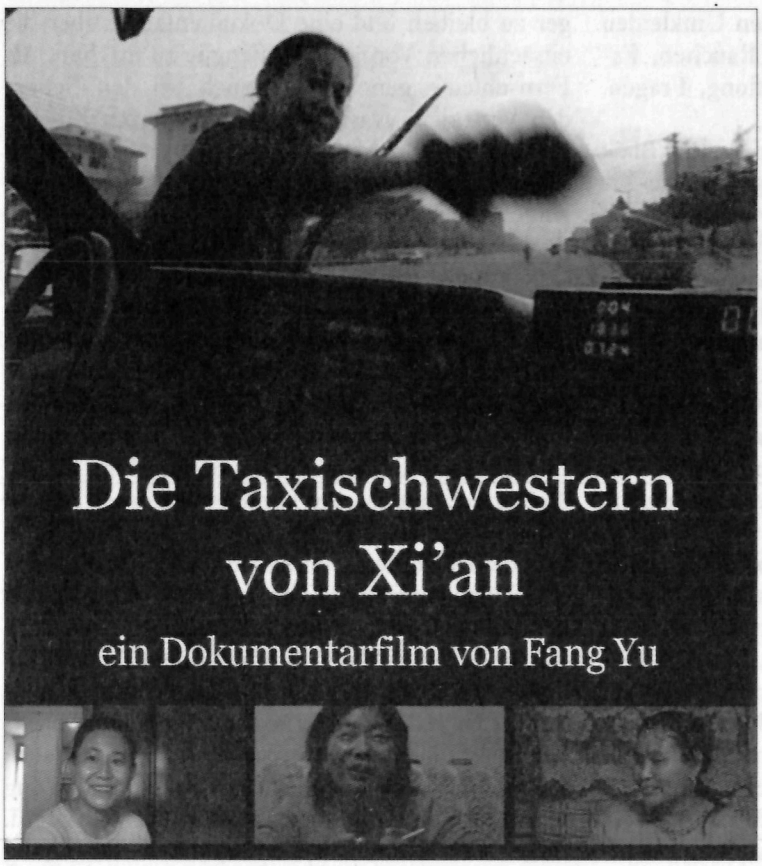
Railway of Hope

von Ning Ying, China 2001. Die Migration innerhalb Chinas bewegt sich nicht nur vom Land in die Stadt, auf den Bau und in die Fabriken. Ein Teil der Landbevölkerung fährt jedes Jahr tausende Kilometer, um als Saisonkräfte in der Landwirtschaft zu arbeiten. Die Filmemacherin Ning Ying hat die dreitägige Zugreise von LandarbeiterInnen aus der Provinz Sichuan begleitet, die für zwei Monate in der 3000 Kilometer entfernten autonomen Region Xinjiang auf den endlosen Baumwollfeldern als ErntehelferInnen arbeiten. Eine junge Frau sagt: «Es ist das erste Mal, dass ich mit dem Zug fahre.» Und lacht. Auf dem Bahnsteig drängeln und quetschen sich unzählige Menschen. Viele sind bereits seit zwei Tagen hier, übernachten auf den Bahnsteigen, um sicherzugehen, dass sie es in den Zug schaffen, der hoffnungslos überfüllt sein wird. Bilder von Menschenmengen, die in Bewegung sind. Schubsen, Drängeln, Schieben. Als der Zug einfährt, durchbrechen sie die dürftigen Absperrungen, klettern durch die Fenster in den Zug. In ihren Gesichtern und Äußerungen spiegelt sich die Hoffnung auf ein besseres Leben wider, aber auch Abenteuerlust, der Ruf des Unbekannten.

Die Taxischwestern von Xian

von Fang Yu, China/Deutschland 2006. Xian, einst wichtiger Standort der staatlichen Rüstungs- und Textilindustrie, hat heute, nach Schließung vieler staatlicher Betriebe, mit einem hohen Ausmaß von Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Neue Investoren kommen nur langsam in die Stadt.

Nachdem sie arbeitslos wurden, fingen Yu Weihong, Wang Aiju und Duan Yimei an, Taxi zu fahren. 365 Tage im Jahr, zehn Stunden und länger täglich. Sie sind die Taxischwestern (chin: *dijie*) von Xian. Ihre Männer sind entweder arbeitslos, drogensüchtig oder tot. Von ihrem Einkommen ernähren sie die Familie. Die Stadtverwaltung hat angeordnet, dass nur noch bestimmte Autotypen von den Marken VW und Citroën als Taxis gefahren werden dürfen. Neuanschaffungen können sich die Frauen von ihrem Lohn niemals leisten. Um auch die hohen jährlichen Gebühren für die Taxi-Konzessionen zahlen zu können, nehmen sie Kredite bei Verwandten auf. Dies wiederum schafft Abhängigkeiten. Mit einem liebevollen Blick auf ihre Persönlichkeiten erfahren wir, unter welchem enormen Existenzdruck die Frauen stehen. Sie erzählen offen von ihren kleinen Überlebensstrategien, Demütigungen und Hoffnungen. Auch von Liebe. Aus ihren Erzählungen heraus versteht man auch die Ruppigkeit, mit der sie sich durch ihren ermüdenden Alltag kämpfen.



Nebenbei wird das Gesicht einer chinesischen Großstadt und ihrer Menschen gezeigt: die morgendlichen Appelle vor Arbeitsbeginn vor den Restaurants oder Supermärkten, Kindertanz als Werbung vor einer KFC-Filiale, hunderte Taxis in der Schlange an einer Tankstelle, Straßenküchen, leer stehende Fabrikgebäude, Schuhputzer, Flicker, Arbeitslose auf Jobsuche... Ein wirklich sehenswerter Film!

China Blue

von Micha X. Peled, USA 2005. Ein Dokumentarfilm, der von jungen Wanderarbeiterinnen in einer Textilfabrik im Süden Chinas erzählt, in der Jeans für den US-amerikanischen und europäischen Markt hergestellt werden. Jasmin ist 17 Jahre alt und hat erst vor kurzem ihr Dorf verlassen. Zwei Tagesreisen weit entfernt findet sie in der Lifeng-Fabrik in der Stadt Shaxi eine Stelle als Fadenabschneiderin. Der Film schildert detailliert und eindrücklich die Bedingungen, unter denen Ausbeutung hier stattfindet: ein «normaler» Arbeitstag fängt um acht Uhr morgens an und endet um 19 Uhr. Doch an den meisten Tagen werden Überstunden gemacht, oft bis zwei, drei Uhr nachts. Wenn Liefertermine anstehen, dann müssen Jasmin und ihre Kolleginnen auch die Nächte durcharbeiten. Die Löhne werden selten pünktlich gezahlt. Jasmins erster Lohn wird als Pfand einbehalten. Mit Überwachungskameras werden die Arbeiterinnen jeden Augenblick kontrolliert. Ein rigides Strafsystem ahndet jedes regelwidrige Verhalten mit Lohnabzügen.

Der Fabrikbesitzer Herr Lam ist, wie er gerne beteuert, selbst Bauer gewesen und hat sich später zum Polizeichef von Shaxi hochgearbeitet. Er geht grundsätzlich davon aus, dass er seine Arbeiterinnen gut behandelt, für die er jedoch nur widerliche Arroganz und Verachtung übrig hat: «Die Arbeiter nutzen uns aus. Wenn sie Überstunden machen, bekommen sie gratis einen Imbiss. Aber sie fälschen ihre Produktionszahlen.» Und an anderer Stelle: «Diese Bauern sind total ungebildet. Man kann ihnen keine Arbeitsmoral beibringen, das ist ihnen zu hoch.» Problematisch an dem Film ist, dass Herr Lam immer wieder Raum bekommt, sich zu rechtfertigen. Dafür, dass er so hart durchgreifen muss und alleine das Risiko trägt und nicht er, sondern seine Auftraggeber, die multinationalen Konzerne, den größten Profit machen. Er sei nur ein Opfer ihrer Preispolitik...

Vielleicht war das Filmteam selbst überrascht, in den jungen Frauen nicht einfach die Opfer der Globalisierung zu finden, die sich ihrem Schicksal fügen, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt. Während der Dreharbeiten treten die Arbeiterinnen wegen ausstehender Lohnzahlungen in einen Streik. Jade, eine Freundin Jasmins, die erst vierzehn Jahre alt ist und nur mit gefälschten Papieren den Job bekommen konnte, wird eine der Sprecherinnen des Streiks. Es ist nicht das erste Mal, dass die Löhne über Monate nicht gezahlt wurden, und es ist nicht das erste Mal, dass die Frauen streiken. Sie nutzen ihre Macht, als ein Liefertermin ansteht, der Druck enorm ist und die Arbeiterinnen Nächte durcharbeiten sollen.

Endnote

1 http://german.china.org.cn/culture/archive/film100/txt/2006-12/19/content_7530670.htm (gefunden am 14.10.2007)

Buchtipps

Ching Kwan Lee
Against the Law, Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt
[University of California Press, Berkeley, Los Angeles, London, 2007] Die Autorin hat in Feldstudien die unterschiedlichen Protestformen der abgebauten ArbeiterInnen der Staatsbetriebe im Norden und der WanderarbeiterInnen im Süden untersucht. Wie der Titel nahelegt, insbesondere im Hinblick darauf, wie sich die ArbeiterInnen in unterschiedlicher Weise auf Gesetze, Vorschriften und die Behörden beziehen. Insofern hat die Autorin eine zu eng gefasste Perspektive. Dennoch unschätzbare Einblicke in die Art und Weise, wie Kämpfe entstehen, wie Kämpfe zirkulieren und auf die Akteure, die sie organisieren.

Humanismus in China
[Die deutsche Ausgabe, 2006 bei der Edition Braus im Wachter Verlag erschienen, ist leider zur Zeit vergriffen.] In diesem Ausstellungskatalog zur gleichnahmigen Fotoausstellung sind rund 600 Fotografien zu sehen. Die beeindruckenden Bilder der 250 verschiedenen Fotografen aus China erzählen offen und schonungslos von Armut und Elend, harter Arbeit, Krankheit, Einsamkeit, aber auch von schönen Momenten im Leben der Bauern und ProletarierInnen. In einer zeitlichen Spannweite der letzten fünf Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts entsteht ein ganz besonderer Blick auf den Alltag der Menschen in China und ihre gesellschaftlichen Bedingungen. Wer die Gelegenheit hat, sollte sich diese Fotos unbedingt ansehen!

Liu Jieyu
Gender and Work in Urban China. Women workers of the unlucky generation
[London/New York, 2007. Geschlecht und Arbeit in den Städten Chinas. Die Arbeiterinnen der unglücklichen Generation] Dieses Buch basiert auf der Auswertung von Interviews mit städtischen Arbeiterinnen der Generation der Kulturrevolution (Jahrgänge etwa von 1945-60). Sie erlebten alle Umwälzungen auf Chinas Weg vom «egalitaristischen Kollektivismus» der Mao-Ära zur «sozialistischen Marktwirtschaft», mit weit verbreiteter Arbeitslosigkeit und wachsender Ungleichheit. In den Interviews wird deutlich, dass diese Frauen in jeder Phase ihres Lebens aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt und diskriminiert wurden (siehe auch den Artikel «Arbeiterinnen im maoistischen Patriarchat» in diesem Heft).

Elizabeth J. Perry, Mark Selden
Chinese Society, Second Edition. Change, conflict and resistance
[London/New York, 2003. Die chinesische Gesellschaft, zweite Auflage. Veränderung, Konflikte und Widerstand] Eine Sammlung von Beiträgen über verschiedene Formen des Widerstandes gegen die Ausbeutung und die Folgen der Reformen in China. Neben dem Einleitungsbeitrag der HerausgeberInnen sind besonders die Artikel von Ching Kwan Lee (Pathways of labour insurgency: Pfade des Arbeiterwiderstands), von Hein Mallee (Migration, *hukou* and resistance in reform China: Migration, *hukou* und Widerstand im China der Reformen) und Wang Zheng (Gender, employment and women's resistance: Geschlecht, Beschäftigung und Widerstand von Frauen) hervorzuheben.

Pun Ngai
Made in China. Women factory workers in a global workplace
[Durham, NC, 2005. Made in China. Fabrikarbeiterinnen an einer globalen Arbeitsstätte] Die Autorin arbeitete Mitte der neunziger Jahre über ein Jahr in einer Elektronikfabrik in Shenzhen. In ihrem Buch zeigt sie, wie die dort arbeitenden jungen Frauen vom Land zu Fabrikarbeiterinnen werden. Pun ist der Meinung, dass in China eine stille soziale Revolution im Gange ist und diese jungen MigrantInnen dabei eine Hauptrolle spielen. Bezug nehmend sowohl auf Marx als auch Foucault untersucht sie die Ausbeutungsbeziehungen, die Machtmechanismen des Fabrikregimes und die Formen der Regelverstöße und des Widerstandes – vom unvermeidbaren Konflikt zwischen den Zeitrhythmen des weiblichen Körpers und dem Zeittakt der Fabrik, von Krankheiten und Menstruationsschmerzen, bis hin zu Aktionen des Aufbegehrens und Streiks.

Pun Ngai/Li Wanwei
Shiyu de husheng. Zhongguo dagongmei koushu
[Beijing, 2006; Deutsch: *dagongmei* – Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen. Erscheint im Juni 2008 bei Assoziation A] Die beiden Autorinnen haben in Shenzhen Geschichten von Chinas jungen Fabrikarbeiterinnen gesammelt, den *dagongmei*, die ihre Dörfer verlassen, um in den Weltmarktfabriken zu arbeiten. Diese sprechen über ihre Erwartungen, wenn sie in die Stadt kommen, über harte Bedingungen und lange Arbeitszeiten, die giftige Arbeitsumgebung und Unfälle, über Lohnraub und Erniedrigungen. Sie wollen der Ignoranz und Diskriminierung der Behörden und dem langen Arm der patriarchalen Familien trotzen und versuchen, Kontrolle über ihr eigenes Leben zu gewinnen. Gegen die Despotie der Fabrikleitungen finden sie zusammen, organisieren Bummelstreiks und Demonstrationen.

Orville Schell
Das Mandat des Himmels. China: Die Zukunft einer Weltmacht
[Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 1995. Im Original: Mandate of Heaven: A New Generation of Entrepreneurs, Dissidents, Technocrats, and Bohemians

最低工资

zui4di1 gong1zi1

Mindestlohn

Grasp for Power in China, Simon & Schuster, New York, 1994] Das Buch handelt von der Tian'anmen-Bewegung 1989 und deren Folgen für die Akteure und für die chinesische Gesellschaft. Schell war Augenzeuge der 89er-Ereignisse, er schreibt kenntnisreich und spannend. Man wird ganz mitgerissen, obwohl man den tragischen Ausgang ja kennt. Wichtig ist vor allem seine Darstellung der Tian'anmen-Bewegung nicht nur als Studentenprotest, sondern als echter Volksaufstand. Nach der bleiernen Zeit, die dem 4. Juni folgt, entfaltet sich das chinesische Wirtschaftswunder mit seiner unsäglichen Geschäftemacherei. Zwar lassen politische Freiheiten weiter auf sich warten, aber die persönlichen Freiheiten werden größer.

Jackie Sheehan
Chinese Workers: A New History
[London, 1998. Chinesische ArbeiterInnen: Eine neue Geschichte/Darstellung] Der Arbeiterkampf war in den Zeiten des Maoismus mitnichten obsolet. Sheehan folgt in ihrem Buch den Linien der Unruhen der städtischen Arbeiterschaft von 1949 bis 1994, die immer wieder mit den Parteikadern aneinander gerieten und für ihre Interessen kämpften. In diesem Zeitraum spielten sie in fast allen Mobilisierungen und Bewegungen eine Rolle, ob die nun unter dem Banner der «Kulturrevolution» oder der «Demokratie» liefen.

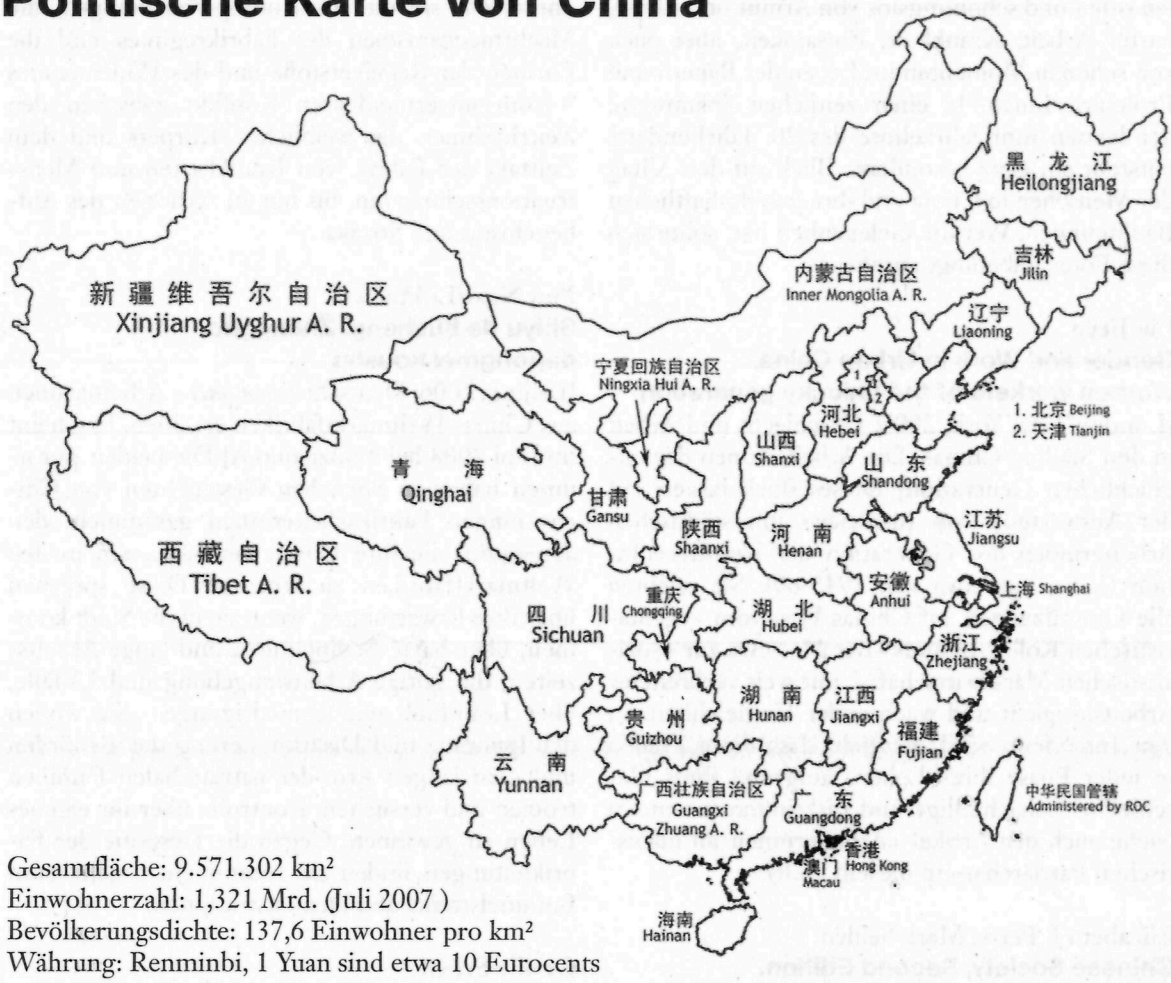
Jonathan D. Spence
The Search for Modern China
[Second Edition, W. W. Norton & Co, New York, 1990/1999; deutsch: Chinas Weg in die Moderne, Carl Hanser, München, 1995] Die jüngere Geschichte Chinas von den späten Ming bis 1990. Für Anfänger unbedingt zu empfehlen, aber auch ein Buch, in dem man mal etwas nachschlagen kann. Spence schafft es, die Entwicklungen im politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenhang darzustellen. Und dabei ist es nicht nur informativ, sondern auch leicht zu lesen. Heute machen zehn Jahre ein Buch zu einem alten Buch, nach neueren Forschungen könnten einzelne Punkte oder Zusammenhänge anders beurteilt werden. Einen gleichwertigen oder gar besseren Ersatz für diesen Klassiker gibt es aber noch nicht.

Politische Karte von China

尊严

zun1yan2

Würde



Gesamtfläche: 9.571.302 km²
Einwohnerzahl: 1,321 Mrd. (Juli 2007)
Bevölkerungsdichte: 137,6 Einwohner pro km²
Währung: Renminbi, 1 Yuan sind etwa 10 Eurocents

22 Provinzen
5 Autonome Regionen (A.R.)
4 freie Städte (Beijing, Tianjin, Shanghai, Chongqing)
2 Sonderverwaltungszonen (Hongkong, Macau)
(1 Taiwan)

Daten der neueren Geschichte Chinas

1911/12 Ende des Kaiserreichs, Gründung der Republik, die bald in einen Bürgerkrieg gegen Warlords verstrickt wird.

1921 Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)

1927 Nationalistische Guomindang-Truppen massakrieren Kommunisten und streikende Arbeiter in Shanghai; mit dem Aufstand von Nanchang beginnt der Bürgerkrieg zwischen KP-Truppen und der Guomindang.

1931 In Jiangxi errichtet die KP eine Sowjetrepublik; Japan marschiert in der Mandschurei ein. In China existieren damit zwei wesentliche Kriege nebeneinander: Bürgerkrieg zwischen KP und Guomindang und Guomindang/KP gegen Japan.

1934 Guomindangtruppen greifen Jiangxi an; Langer Marsch der Kommunisten nach Shaanxi.

1937 Massaker von Nanjing; japanische Truppen erobern die damalige Hauptstadt und ermorden Hunderttausende.

September 1945 Die japanischen Einheiten in China kapitulieren; damit intensiviert sich der Bürgerkrieg zwischen der Guomindang und kommunistischen Truppen.

1949 Gründung der Volksrepublik, die Guomindang flieht nach Taiwan.

1950 Enteignung der Grundherren und Verteilung ihrer Ländereien an Landlose und Kleinbauern, wobei auch alleinstehende Frauen berücksichtigt werden; ausländische Firmen werden behindert oder zum Verkauf gezwungen; fast alle westlichen Ausländer verlassen das Land. Tausende Experten aus der UdSSR kommen.

1951 Einheimische Kapitalisten werden verfolgt; die Kampagne dient aber vor allem dazu, die Kontrolle über die Gewerkschaften zu erlangen.

1952-57 Bauern werden über die Stufen «Gruppen gegenseitiger Hilfe» und Kooperativen von 30-50 Familien zu Kooperativen von 200 bis 300 Familien zusammengefasst.

1953 Erster Fünfjahresplan

1954/55 Reorganisation der Volksarmee in Regionalkommandos und Wiedereinführung von Offiziersrängen mit Gehaltsunterschieden.

1955 Nationalisierung der Privatindustrie

1956 Einführung des Haushaltsregistrierungssystems (*hukou*), weitreichendes Reiseverbot

1957 «Hundert Blumen»-Bewegung: Studentenproteste in vielen Städten; bis Ende des Jahres werden mehrere hunderttausend Intellektuelle deswegen als «Reichsabweichler» ins Gefängnis oder aufs Land geschickt.

1958 Aus den Großkooperativen werden Volkskommunen

1958-61 «Großer Sprung nach vorn», der zu einer drei Jahre dauernden Hungerkatastrophe führt, bei der bis zu 30 Millionen sterben.

1960 Erster öffentlicher Streit zwischen China und der Sowjetunion; diese zieht ihre Experten ab.

1966 Beginn der Kulturrevolution

1966/67 Streiks in Shanghai, die erst durch eine «Machtergreifung» radikaler Rotgardisten, dann von der Volksarmee niedergeschlagen werden.

Sommer 1967 Die Volksarmee erobert nach Streiks und Demos die Stadt Wuhan, dabei werden 1.000 Menschen ermordet.

1966-71 16 Millionen städtische Jugendliche werden im Zuge der Kulturrevolution aufs Land geschickt.

1971 Die Volksrepublik China ersetzt die Republik China (Taiwan) als Mitglied der UNO und des UN-Sicherheitsrates.

1972 US-Präsident Nixon besucht die VR China.

4./5.4.1976 Sicherheitskräfte beenden die Trauerfeiern tausender Menschen für Zhou Enlai auf dem Tian'anmen-Platz in Beijing.

1979 Erste vier Sonderwirtschaftszonen, darunter Shenzhen und Xiamen; das Justizministerium (abgeschafft 1959) wird wieder eingerichtet und ein formell unabhängiges Gerichtssystem eingeführt; Beginn der «1-Kind-Politik»

1980 Heiratsgesetze: Frauen dürfen erst mit 24 heiraten; nach dem ersten Kind werden Spiralen zur Verhütung vorgeschrieben; Zwangssterilisation nach dem zweiten Kind.

1982-84 Die meisten Volkskommunen werden aufgelöst und ein «Quotensystem» eingeführt. Produziert ein Haushalt mehr, darf das auf dem Markt verkauft werden.

1984 Ökonomische Reformen: Land zur privaten Nutzung (für 15 Jahre oder länger) an Bauern; ländliches Kapital darf frei investiert werden; Staatsunternehmen dürfen die Hälfte des Profits selbst behalten; Manager dürfen Leute entlassen.

1986 Proteste der 1966-71 aufs Land Verschickten; Studentendemos unter anderem in Hefei, Wuhan und mehrere Tage lang in Shanghai; später auch in Tianjin, Nanjing und im Januar 1987 in Beijing; erstes Konkursgesetz, womit die Schließung von Staatsunternehmen ermöglicht wird; Einführung von Arbeitsverträgen.

1988 Inflation von 20 Prozent und mehr in den Städten; Streiks; Migration vom Land in die Städte (geschätzt acht Millionen); Entstehen der «Umherziehenden Bevölkerung» (Arbeitslose, Zugewanderte): über eine Million jeweils in Shanghai, Kanton, Beijing.

15.4.1989 Erste Studentendemos in Beijing, später auch in vielen anderen Städten; Tian'anmen-Platz wird besetzt.

3./4.6.1989 Dem Angriff der Armee widersetzt sich schon weit vom Tian'anmen-Platz entfernt die Bevölkerung; der Aufstand wird blutig niedergeschlagen, der Platz geräumt. In anderen Städten gehen die Proteste noch tagelang weiter.

1990 Eröffnung der Shanghaier Aktienbörse

1992 Der Anteil der Staatsbetriebe an der Industrieproduktion sinkt unter 50 Prozent.

1993 Mindestlohnsystem: Mindestlöhne werden lokal festgelegt.

1997-99 Öffentliche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen werden für städtische Beschäftigte/Firmen verbindlich gemacht.

2000 Internetzensur: Gesetze über den «Verrat von Staatsgeheimnissen» werden aufs Internet ausgedehnt.

2001 Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO; Homosexualität wird aus der Liste der Geisteskrankheiten gestrichen.

2002 Große Streiks und Arbeiterdemos im Nordosten

2003 Zum ersten Mal wird mehr als die Hälfte der neuen Autos von Privatleuten gekauft; neue Heiratsgesetze: die Erlaubnis des Chefs und Zwangsuntersuchung sind nicht mehr vorgeschrieben; die derzeit noch amtierende Staats- und Parteiführung übernimmt und repräsentiert eine «sozialere Ausrichtung» der Politik; später wird daraus die Parole der «Harmonischen Gesellschaft».

2004 Erste Klagen über Arbeitskräftemangel in den Südostprovinzen

2005 Spezielle Polizeieinheiten zur Bekämpfung von Riots und «Terrorismus» werden aufgestellt.

2006 Die Devisenreserven der VR China überschreiten 1000 Milliarden US-Dollar.

中国 zhongguo, China. Neben den kitschigen Vorstellungen von Stäbchenessen, Kongfu und Kulturrevolution erscheinen uns die Skylines der neuen Metropolen, die reichen Kader und Fabrikbosse... und die Kehrseite: Abbruchbagger, Sweatshops und Bergwerkstote. Hinter all diesen Bildern steht ein tumultartiger Prozess sozialer Umwälzung und Neuzusammensetzung, eine Dynamik kapitalistischer Verwüstung und sozialer Kämpfe. Zwischen den Umschlagseiten dieses Heftes werdet ihr auf viele Momente dieser Dynamik treffen. Das 闹 *nao* vorne ist die Unruhe, der Lärm und Tumult. Es steht für die proletarischen Störenfriede, die AktivistInnen der Proteste und Revolten der Bauern und Arbeiterklassen gegen Enteignungen und Lohnraub, Ausbeutung und Vertreibung. Das 拆 *chai* oben malen die Abrisskolonnen in den Städten auf die alten Häuser, um den BewohnerInnen zu sagen, dass sie verschwinden müssen. Es bedeutet Demontage und Zerstörung nicht nur der Häuser sondern auch der alten sozialen Zusammensetzung. Diese Zerstörung und die Revolten, die eine neue soziale Kraft hervorbringen, sind Gegenstand dieses Heftes.